



LAND AM RAND DER MITTE EUROPAS

Makedonien

Streifzüge durch die Geschichte

Politik und Kultur

Religion und Nation

~~15.16~~

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising, Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11 info@renovabis.de · www.renovabis.de und Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär, Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn, Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44 info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster · Burkhard Haneke, Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg · Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST. Europäische Perspektiven“, Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44 owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr, jeweils Mitte Februar, Mai, August und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 € Jahresabonnement 19,80 € (jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis 15. November keine schriftliche Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Verlag Friedrich Pustet Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330 verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

ISSN 1439-2089

Inhaltsverzeichnis

Für die Abbildung auf dem Umschlag wurde eine Aufnahme von Skopje aus dem Jahr 2013 von Tim Graewert, Autor in diesem Heft, verwendet; sie zeigt die mittelalterliche Brücke über den Vardar, daneben das Denkmal für Kyrill und Method und im Hintergrund das Reiterdenkmal für Alexander den Großen. – Gesamtgestaltung: Martin Veicht.

Nada Boškovska
Makedonien – ein historischer Überblick 2

Tim Graewert
Die Regierungen Makedoniens 1990-2014 zwischen regionaler Vorbildfunktion und autoritärer Versuchung 14

Ulf Brunnbauer
Zwischen Eigensinn und Realitätsflucht: „Skopje 2014“ als Bau an der Nation 26

Nita Starova
Ethnische Zusammensetzung der Republik Makedonien – Fakten und Probleme 36

Aleksandar Spasenovski
Religiosität und säkulare Tendenzen in Makedonien 43

Marinela Todorovska
Makedoniens Eisenbahn- und Straßennetz 51

Angelina Banović-Markovska
Makedonien, der Balkan und Europa als „Zeit-Raum-Spiel“ 59

Länderinfo
Makedonien (Dr. Monika Kleck) 67

Interview
„Es ist notwendig, das Vertrauen zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften zu pflegen.“ Ein Gespräch mit Dr. Kiro Stojanov, Bischof von Skopje 69

Übersicht der Textkästen 73

Bücher 74

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Jahres-Inhaltsverzeichnis

16. Jahrgang 2015

Schwerpunkte

- Heft 1: Makedonien
 Heft 2: Menschenhandel – moderne Sklaverei in Europa
 Heft 3: Russland – Bedrohung oder Partner?
 Heft 4: Religiöse Gruppen in Europa

Hauptartikel*Hannes Adomeit*

- Westliche Zusagen, die Nato nicht nach Osten
 zu erweitern: Fakt oder Fiktion? 217 - 224

Michael Albus

- Sehnsucht nach mehr. Religiöse Vielfalt in Europa 242 - 248

Angelina Banović-Markovska

- Makedonien, der Balkan und Europa als „Zeit-Raum-Spiel“ 59 - 66

Inge Bell

- Verkauft, betrogen, ausgebeutet – Menschen als
 Ware. Das „System Menschenhandel“ 82 - 93

Nada Boškowska

- Makedonien – ein historischer Überblick 2 - 13

Ulf Brunnbauer

- Zwischen Eigensinn und Realitätsflucht: „Skopje 2014“
 als Bau an der Nation 26 - 35

Aleš Črnič

- Religiöser Pluralismus in Slowenien 297 - 303

Konstantin von Eggert

- Ukraine und Russland: Warum Putin nicht aufhören wird 225 - 232

Ottmar Fuchs

- Theologische und pastorale Aspekte des Menschenhandels 130 - 138

Roland Götz

- Entwicklungsgrenzen für Russlands Volkswirtschaft 200 - 207

Tim Graewert

- Die Regierungen Makedoniens 1990-2014 zwischen
 regionaler Vorbildfunktion und autoritärer Versuchung 14 - 25

2A9873

Burkhard Haneke

Renovabis-Projekte und das „Aktionsbündnis gegen Frauenhandel“

139 - 141

Susanne Labsch

Die Waldenserkirche in Italien – eine beachtete Minderheit

256 - 262

Elke Mack

Ist Prostitution jemals frei?

94 - 101

András Máté-Tóth und Réka Szilárdi

Neuheidentum in Ungarn

277 - 283

Peter Morée

Die Rolle der nicht römisch-katholischen Kirchen in der tschechischen Öffentlichkeit

314 - 320

Agata S. Nalborczyk

Der Islam – eine traditionelle polnische Religion?

Die muslimische Minderheit in Polen

263 - 269

Alexander Panchenko

„Heterodoxes“ Christentum im modernen Russland

249 - 255

Ruprecht Polenz

Die Putin-Doktrin – eine Gefahr für die europäische Sicherheit

208 - 216

Cathrin Schauer

Sexuelle Ausbeutung in der deutsch-tschechischen Grenzregion

122 - 129

Irina Scherbakowa

Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen in Russland – eine Gratwanderung

175 - 182

Christoph Schmidt

Buddhisten in Russland: Die Kalmüken

270 - 276

Hans-Henning Schröder

Die „Macht“ in Russland. Russische Eliten von Jelzin bis Putin

164 - 174

Roman Skakun

Das „Wunder von Serednje“ und die „Büßer“:

Ein „Papst“ im ukrainisch-katholischen Untergrund

304 - 313

Susanne Spahn

Die harte Hand des großen Bruders.

Wie Russland den postsowjetischen Raum integrieren will

191 - 199

Aleksandar Spasenovski

Religiosität und säkulare Tendenzen in Makedonien

43 - 50

Nita Starova

Ethnische Zusammensetzung der Republik
Makedonien – Fakten und Probleme 36 - 42

Zrinka Štimac

Die Bosnische Kirche heute –
eine pfingstkirchliche Gemeinschaft in Tuzla 290 - 296

Réka Szilárdi und András Máté-Tóth

Neuheidentum in Ungarn 277 - 283

Marinela Todorovska

Makedoniens Eisenbahn- und Straßennetz 51 - 58

Ganna Tregub

Die „Gesandtschaft Gottes“ – eine umstrittene
Pfingstgemeinde in der Ukraine 284 - 289

Bärbel Heide Uhl

Strategien gegen Menschenhandel in Mittel- und
Südosteuropa seit 2004. Eine Zwischenbilanz 102 - 107

Christian Wulzinger

Menschenhandel – Renaissance eines Unrechts in Europa 108 - 116

Oleksandr Zabirko

„Russkij mir“ und der Krieg in der Ukraine 183 - 190

Dokumente

EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung
des Menschenhandels vom 5. April 2011 (Auszug) 148 - 152

Botschaft von Papst Franziskus zum Weltfriedenstag
2015: „Nicht mehr Knechte, sondern Brüder“ (Auszug) 153 - 156

Interviews

„Es ist notwendig, das Vertrauen zwischen den verschiedenen
Religionsgemeinschaften zu pflegen.“

Ein Gespräch mit Dr. Kiro Stojanov, Bischof von Skopje 69 - 72

„Frauenhandel und Prostitution sind die letzte Bastion des
Patriarchats.“ Ein Gespräch mit Schwester Lea Ackermann 117 - 121

„Wir müssen dringend mehr wissen, um besser helfen
zu können“. Ein Gespräch mit Michaela Huber 142 - 147

Länderinfo

Makedonien (*Monika Kleck*) 67 - 68

Nachruf

Es lohnt sich, anständig zu sein. Zum Tode von
Władysław Bartoszewski (*Michael Albus*) 162 - 163

Porträt

Der ewige Putin (*Gemma Pörzgen*) 233 - 237

Bücher

74, 157, 238

Textkästen (in Heft 1/2015)

Stefan Kube

Mutter Teresa

47

Stefan Kube

Tabak

54

Johannes Schmid

Alexander der Große

4

Vlatko Stojanov

Ökotourismus in Makedonien

17

Vlatko Stojanov

Ohrid: See und Stadt

38

Anna-Maria Thaler

Universität Tetovo

21

Editorial

Makedonien? Oder Mazedonien? Manch einer wird schon beim Namen unsicher. Dabei sind zwei Schreibvarianten in der Regel noch das kleinste Problem. Denn wo genau liegt das Land eigentlich? Wie verhält sich das einstige Königreich Makedonien unter Philipp II., dessen Sohn Alexander der Große einst ein Weltreich schuf, zum heutigen doch eher kleinen und unauffälligen Balkanstaat gleichen Namens?

Es bedarf schon eines besonderen Interesses an Südosteuropa, um diese Fragen ohne digitale Hilfe oder den Blick in einen historischen Atlas beantworten zu können. Im Wahrnehmungsbewusstsein eines Durchschnittseuropäers befindet sich die Republik Makedonien eher in einer Randlage. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Allein die Tatsache, dass sich die geografische Region Makedonien auch über die Länder Griechenland und Bulgarien erstreckt und die Republik Makedonien nur einen kleineren Teil ausmacht, schafft Irritationen. Der seit einigen Jahren schwelende Namensstreit mit Griechenland, das im internationalen Verkehr die Bezeichnung der kleinen Republik als *Former Yugoslav Republic of Macedonia* durchgesetzt hat, tut sein Übriges.

Die Entscheidung der Redaktion, der Republik Makedonien ein eigenes Länderheft zu widmen, lag also nahe. Ohne freilich den Anspruch zu erheben, Antworten auf alle Fragen geben zu können, wollte sie mit diesem Heft ein Signal setzen und das Land wenigstens vorübergehend ins Zentrum der Wahrnehmung ihrer Leser setzen. In Beiträgen zu grundlegenden Themen wie der Geschichte Makedoniens, zu seiner ethnischen Vielfalt sowie seinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen will das Heft einen Überblick über landeskundliche Hintergründe bieten. Neben religiösen und säkularen Aspekten steht in einem Beitrag auch die wenig bekannte Hauptstadt Skopje im Mittelpunkt, deren ambitioniertes Städtebaukonzept unter dem Motto „Skopje 2014“ tiefe Einblicke in die Befindlichkeiten einer Nation liefert, die sich im wahrsten Sinne des Wortes im Um- und Aufbau befindet. Wir hoffen, Interesse und Neugier zu wecken auf ein Land, dessen Geschichte und Politik bei aller Komplexität zweifelsohne wert ist, mehr wahrgenommen zu werden, als es auf der großen politischen Bühne Europas zurzeit der Fall ist.

Die Redaktion

Makedonien – ein historischer Überblick¹

Prof. Dr. Nada Boškowska ist ordentliche Professorin für Osteuropäische Geschichte am Historischen Seminar der Universität Zürich.

Die Republik Makedonien ist einer der Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Erstmals entstand 1991 ein unabhängiges Makedonien, denn zuvor war dieses Gebiet immer Bestandteil anderer Staatsgebilde gewesen: im Mittelalter abwechselungsweise des Byzantinischen, Bulgarischen und Serbischen Reiches, dann über 500 Jahre lang des Osmanischen. Das kurze 20. Jahrhundert war von der Zugehörigkeit zu Jugoslawien geprägt. Seit 1991 kämpft das Land außenpolitisch um einen anerkannten Platz auf der internationalen Bühne, innenpolitisch mit interethnischen Spannungen und wirtschaftlichen Problemen.

Geografische und politische Grundlagen

Wer in Makedonien kurz nach 1900 zur Welt kam, begann sein Leben als Untertan des Osmanischen Reichs, kam von 1913 bis 1915 zum Königreich Serbien, anschließend zu Bulgarien und fand sich Ende 1918 im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen wieder. Im Zweiten Weltkrieg kam er wieder unter bulgarische Herrschaft, um nach 1945 sein Leben im sozialistischen Jugoslawien fortzusetzen. Langlebige konnten, ohne ihr Dorf je verlassen zu haben, die letzten Jahre in einem siebten Staat, der 1991 unabhängig gewordenen Republik Makedonien, verbringen. Das war ein rasanter Wechsel, vor allem im Vergleich zum halben Jahrtausend davor, in dem Makedonien konstant zum Osmanischen Reich gehört hatte.

Die Sozialistische Republik Makedonien war der südlichste Teil Jugoslawiens. Als dieses Land 1991 zerfiel, erklärte sie sich unabhängig, womit der erste makedonische Staat entstand – 25.713 km² groß und von

1 Es handelt sich bei diesem Beitrag um eine erweiterte Fassung des Textes von Nada Boškowska: Makedonien im 20. Jahrhundert. In: Religion und Gesellschaft in Ost und West 40 (2012), H. 4, S. 16-18.

rund zwei Millionen Menschen bewohnt. Damit bewegt sich das Land in ähnlichen Dimensionen wie Slowenien. Während jedoch dieses eine hohe ethnische und religiöse Homogenität aufweist, ist Makedonien diesbezüglich sehr vielfältig. Die Volkszählung von 2002² weist rund 1,3 Millionen Makedonier (64 Prozent), 509.000 Albaner (25 Prozent), 78.000 Türken (3,8 Prozent), 54.000 Roma (2,7 Prozent) und zahlreiche andere kleinere Minderheiten aus. Die religiöse Zugehörigkeit verläuft in etwa parallel dazu. 65 Prozent der Bevölkerung bekennen sich zur orthodoxen Kirche. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Makedonier, von denen nur ein sehr kleiner Teil anderen Religionen angehört, sowie die rund 36.000 Serben. 33 Prozent der Bevölkerung sind Muslime. Den größten Anteil haben die Albaner, die sich in Makedonien fast durchwegs zum Islam bekennen. Muslime sind außerdem die Türken, die Mehrheit der Roma, die rund 17.000 Bosniaken und ein kleiner Teil der Makedonier.³

Die Republik Makedonien ist ein Teil des geografischen Makedonien, über dessen Grenzen unter den Geografen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts weitgehend Konsens bestand: Sie bezeichneten als Makedonien das Gebiet, das im Norden vom Šar-Gebirge, im Süden von Olymp und Pindus, im Osten von den Rhodopen und im Westen vom Ohrid-See begrenzt wird. Insgesamt handelt es sich um ein Territorium von etwa 63.000 km², auf dem zu Beginn des 20. Jahrhunderts rund zwei Millionen Menschen gelebt haben dürften.⁴ Diese geografische Region gehörte im Mittelalter abwechselungsweise zu Byzanz, zum Bulgarischen und zum Serbischen Reich – ein Umstand, der im 19. und 20. Jahrhundert von den Nationalstaaten Griechenland, Bulgarien und Serbien ins Feld geführt wurde, um den Anspruch auf Makedonien zu legitimieren.⁵

Mit „Makedonien“ ist zunächst ein geografischer Raum gemeint, der weiter reicht als der heutige unabhängige Staat.

2 Sie kann auf der Homepage des statistischen Amtes Makedoniens in Makedonisch und Englisch heruntergeladen werden: <http://www.stat.gov.mk/PrikaziPublikacija.aspx?id=54&rbr=222> (letzter Zugriff: 19.01.2015).

3 Zu den Eckdaten vgl. auch die Länderinformationen in diesem Heft auf S. 67f.

4 Vgl. z. B. Leonhard Schultze Jena: Makedonien. Landschafts- und Kulturbilder. Jena 1927, S. 1-4.

5 „Makedonien“ bezeichnet also einerseits einen geografischen Raum, andererseits ein politisches Gebilde, das mit ersterem nicht deckungsgleich ist. Hinzu tritt die Problematik des offiziellen Staatsnamens, auf den die Autorin weiter unten eingeht. – Im deutschen Sprachraum wird neben „Makedonien“ häufig auch „Mazedonien“ verwendet,

Entwicklungen bis zum Ende der Osmanenzeit

Sehr viel länger als diese Reiche herrschten jedoch die Osmanen über Makedonien, das sie ab den 1370er Jahren eroberten und erst wieder in den Balkankriegen von 1912/13 verloren. Kein anderes Gebiet in Europa stand länger unter osmanischer Herrschaft. Sie hat dem Gebiet entsprechend stark ihren Stempel aufgedrückt. Ein Teil der Bevölkerung trat zum Islam über. Das wurde nicht durch Zwang erreicht, sondern durch Anreize. Wer Muslim wurde, musste keine Kopfsteuer zahlen und wechselte von der diskriminierten zur privilegierten Bevölkerungsgruppe. Wie in allen Gebieten des Balkans, die unter direkte osmanische Herrschaft kamen, ging die einheimische christliche Bevölkerung ihrer Elite verlustig: Diese kam entweder in den Eroberungskriegen um, floh oder konvertierte zum Islam, um ihren Status zu wahren. Das hatte zur Folge, dass die christliche Bevölkerung hauptsächlich aus slawischen Bauern bestand, während vor allem Muslime sowie jüdische, griechische und armenische Händler und Handwerker die Städte bevölkerten.

In Ermangelung einer politischen und gebildeten Führungsschicht war es die Kirche, der weit über den religiösen Bereich hinaus eine Führungsrolle zufiel. Das wurde durch das Millet-System befördert: Im

Alexander der Große

Für die Makedonier ist „Alexander der Große“ mehr als nur ein ehemaliger König. Er war es, der das kleine Land Makedonien erst weltberühmt gemacht hat. Hierfür wird Alexander III. von den Makedoniern verehrt. Es bedarf nur eines Besuchs der Hauptstadt Skopje, um die Bedeutsamkeit dieser Person für die Makedonier zu spüren.⁶ Zum Beispiel ist der Flughafen von Skopje nach ihm benannt und im Zentrum der Stadt steht eine prunkvolle, goldene Statue, über dessen Schönheit und Notwendigkeit man sicher streiten kann. Dennoch oder gerade deswegen zeigt sie die Bedeutung Alexanders für die Bewohner. Auch beim aktuellen Streit um den Ländernamen Makedonien mit Griechenland spielt der König eine große Rolle. Griechenland besteht darauf, dass Alexander der Große ein griechischer Vorfahre ist, wohingegen die makedonische Bevölkerung der Meinung ist, Alexander war Makedonier. Es wird also deutlich, welchen großen Einfluss er – auch politisch – noch immer auf die Makedonier hat und haben wird.

Johannes Schmid

was auf die unterschiedliche Aussprache des Buchstabens „c“ in der lateinischen Namensform „Macedonia“ zurückzuführen ist (Anm. d. Redaktion).

- 6 Vgl. die Abbildung auf dem Umschlag dieses Heftes und die Hinweise am Ende des vorliegenden Beitrags (S. 13).

Osmanischen Reich wurde den Religionsgemeinschaften der Status eines so genannten Millet zuerkannt, der beinhaltete, dass die Gemeinschaften sehr viele Angelegenheiten, auch juristische, selbst regeln konnten, soweit keine Muslime oder der Staat betroffen waren. Orthodoxe Untertanen des Sultans unterstanden der Jurisdiktion des Patriarchen in Konstantinopel, unabhängig davon, wo im Reich sie lebten und welcher Ethnie sie angehörten.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts verlor das Osmanische Reich seine Besitzungen auf dem Balkan sukzessive und es entstanden die kleinen Nationalstaaten Serbien, Griechenland, Montenegro, Bulgarien und Rumänien, während Bosnien und Herzegowina an Österreich-Ungarn fiel. Unter direkter osmanischer Herrschaft verblieben nach 1878 nur noch Albanien, Makedonien und Thrakien. Vor allem auf das strategisch wichtige und vergleichsweise große Makedonien hatten die Nachbarländer ein begehrlisches Auge geworfen. Die Ansprüche Griechenlands, Bulgariens und Serbiens überschnitten sich allerdings stark, zumal alle drei Länder darauf verweisen konnten, dass Makedonien im Mittelalter Bestandteil des entsprechenden Reiches gewesen war. Deswegen wurde als weiteres Argument die ethnische Zugehörigkeit der Bevölkerung ins Feld geführt.

Makedoniens Völkergemisch

Wie sah es diesbezüglich um 1900 aus? Ausländische Diplomaten, Journalisten und Abenteuerreisende, die Makedonien in der Endphase des Osmanischen Reiches besuchten, waren immer wieder von der Vielfalt der „Rassen“ beeindruckt, der sie dort begegneten. Die kulinarischen Begriffe *salade macédoine* (Gemüsesalat) oder *macedonia di frutta* (Fruchtsalat) sind Resultate dieses Eindrucks. Woraus diese *macedonia*

bestand, insbesondere auch welcher Anteil daran wie groß war, wurde damals leidenschaftlich diskutiert, auf dem Balkan wie anderswo. Wenn



*Blick auf die Altstadt von Skopje: Erinnerungen an die Zeit der Osmanen
(Foto: Tim Graewert)*

man die Auseinandersetzung über die Zahlen außer Acht lässt, so herrschte weitgehend Konsens darüber, dass im osmanischen Makedonien Türken, Albaner, Juden, Walachen, Griechen, Roma und andere kleinere Volksgruppen lebten. Die Differenzen betrafen die größte Bevölkerungsgruppe, die christlichen Slawen, welche je nach Standpunkt als Bulgaren, Serben, Slawen, makedonische Slawen oder Makedonier bezeichnet wurden. Der deutsche Geograf Theobald Fischer hatte einen pragmatischen, aber nicht konsensfähigen Vorschlag: Es sei

Um die nationale Zugehörigkeit der christlichen Slawen entbrannte im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ein erbitterter Kampf.

schwer zu entscheiden, ob die Slawen Makedoniens Serben oder Bulgaren seien, deshalb solle man sie „heute am besten als Makedonen“ bezeichnen.⁷

Um die nationale Zugehörigkeit dieser Menschen entbrannte im letzten

Viertel des 19. Jahrhunderts ein erbitterter Kampf. Ein nationales Bewusstsein war den meisten von ihnen noch fremd. Für ihre Selbstidentifikation, aber auch für die Zuordnung aus Sicht des osmanischen Staates war in erster Linie maßgeblich, dass sie Christen waren; an zweiter Stelle folgte die Zugehörigkeit zum griechischen Patriarchat oder bulgarischen Exarchat. Davon abhängig wurde der slawische Christ Makedoniens als „Griechen“ oder „Bulgare“ gesehen und bezeichnete sich in der Regel auch selbst so. Es handelte sich dabei zunächst einmal um eine kirchliche Kategorie im Sinne des Millets, nicht um eine ethnische. In gleicher Weise galten alle Muslime als „Türken“, ob sie nun ethnisch tatsächlich Türken waren oder Slawen, Albaner, Tataren oder Tscherkessen. Die benachbarten Staaten erklärten, um ihre territorialen Ansprüche zu stützen, die slawischen christlichen Untertanen der Pforte jeweils zu Serben, Griechen oder Bulgaren und versuchten mit einigem propagandistischem Aufwand, die derart vereinnahmte Bevölkerung wie auch die europäische Öffentlichkeit davon zu überzeugen. Freischärlergruppen aus den drei Staaten, die ins osmanische Makedonien einfielen, halfen mit Gewalt nach, die „richtige“ Einstellung zu finden.

7 Theobald Fischer: Die südeuropäische (Balkan-) Halbinsel. In: Länderkunde von Europa. Hrsg. unter fachmännischer Mitwirkung von Alfred Kirchhoff. Leipzig 1893, S. 63–198, hier S. 151.

Aufteilung Makedoniens nach den Balkankriegen

Im Ersten Balkankrieg von 1912 vertrieben Montenegro, Serbien, Bulgarien und Griechenland mit vereinten Kräften die Osmanen fast gänzlich von der Balkanhalbinsel. Nach einem weiteren Krieg, nunmehr zwischen den Bündnispartnern um die eroberten Gebiete, wurde im Vertrag von Bukarest am 10. August 1913 die Aufteilung Makedoniens besiegelt. Etwa die Hälfte (das so genannte Ägäisch-Makedonien) fiel an Griechenland, rund 40 Prozent (Vardar-Makedonien) an Serbien und ein kleines Stück (Pirin-Makedonien) ging an Bulgarien; die damaligen Grenzen sind im Wesentlichen die gleichen wie heute. In der Folge hatten die drei Staaten freie Hand, in den ihnen zugefallenen Teilen ihr nationales Programm umzusetzen und zu versuchen, aus der dort ansässigen slawischen Bevölkerung Griechen, Serben oder Bulgaren zu formen. In Griechenland und Bulgarien wird seitdem im Wesentlichen durchgehend eine strikte Assimilierungspolitik verfolgt, die keine makedonische Minderheit anerkennt.

Einen anderen Verlauf nahm die Entwicklung in jenem Teil, der an Serbien fiel und aus dem die heutige Republik Makedonien entstanden ist. Im Folgenden ist nur noch dieses Gebiet gemeint, wenn von Makedonien die Rede ist. Als Teil Serbiens ging Makedonien 1918 in das neu entstandene Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen ein, das 1929 in Königreich Jugoslawien umbenannt wurde. Die Politik gegenüber Makedonien wurde von serbischen Politikern bestimmt, welche ein serbisches nationales Programm umzusetzen versuchten.⁸ Makedonien, das nunmehr als „Südserbien“ bezeichnet werden musste, wurde mit serbischen Beamten und Lehrern überzogen. Durch einen entsprechenden Unterricht sollte die Jugend eine „korrekte“ nationale Gesinnung entwickeln. Serbische Kolonisten wurden angesiedelt, um das serbische „Element“ zu stärken. Darüber hinaus waren in den 1920er Jahren 35.000 Mann Sicherheitskräfte damit beauftragt, in Makedonien für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Grund dafür waren die Aktivitäten der *Inneren Makedonischen Revolutionären Organisation* (IMRO), die von Bulgarien aus aktiv war und durch Einfälle und Anschläge eine Destabilisierung des jugoslawischen Staates und eine neue Lösung für Makedonien erreichen wollte. Schon bei den Pariser Friedensverträgen im An-

⁸ Vgl. allgemein zur Zwischenkriegszeit Nada Boškovska: Das jugoslawische Makedonien 1918-1941. Eine Randregion zwischen Repression und Integration. Wien (u. a.) 2009.

schluss an den Ersten Weltkrieg hatten sich makedonische Organisationen für eine Autonomie eingesetzt, allerdings vergeblich. Danach waren immer noch verschiedene Szenarien über eine alternative Zukunft in Umlauf. Ein Teil der großen makedonischen Diaspora in Bulgarien⁹ war für einen Anschluss an Bulgarien. Andere wünschten ein unabhängiges Makedonien als Protektorat des Völkerbundes oder Englands und Frankreichs.

Was in Makedonien selbst darüber gedacht wurde, ist schwer festzustellen, da sich wegen der Repression niemand offen äußern konnte. Hermann Wendel, ein deutscher Sozialist, der Makedonien 1920 bereiste, berichtet z. B. von einem jungen Mann aus Bitola, der „ein autonomes Makedonien mit Landesregierung und Landesparlament zu Skoplje im Gefüge eines südslawischen Bundesstaates“ forderte.¹⁰ Auch Studenten aus Ohrid, die in Graz und Wien studierten, träumten von einem autonomen Makedonien, wie der Generalstab der Armee wusste. Davon war auch ein serbischer nationalistischer Gymnasiallehrer in Prilep überzeugt, der 1926 dem Innenministerium hinterbrachte, dass die jungen Studenten aus Makedonien (sic!) in Wien, Graz, Berlin, Paris und Montpellier über ein autonomes Makedonien, über die Theorie der makedonischen Nationalität und über eine eigene makedonische Sprache diskutierten: „In letzter Zeit spürt man sowohl hier als auch in diesen Studentengröppchen im Ausland eine lebhaftte Freude, die aus der Hoffnung kommt, dass eine baldige Möglichkeit für die Abspaltung eines eigenständigen Makedonien besteht und dass das Makedonische Komitee in dieser Frage erfolgreich sein wird.“¹¹

Im serbischen Teil Makedoniens durfte sich nichts formieren, was einen makedonischen Anstrich hatte.

Für die serbischen Machthaber kam eine Autonomie nicht in Frage. 1924 erklärte Außenminister Momčilo Ninčić dem britischen Botschafter, dieses Gebiet sei die Wiege des

Serbentums. „Südserbien“ war gemäß der Belgrader Ideologie ein zurückgewonnenes Kerngebiet Serbiens, die dortigen Brüder endlich aus türkischer Knechtschaft befreit und mit dem Norden wiedervereint.

9 100.000-300.000 Flüchtlinge und Übersiedler aus Vardar- und Ägäisch-Makedonien.

10 Hermann Wendel: Kreuz und quer durch den slawischen Süden. Von Marburg bis Monastir – Von Belgrad bis Buccari – Krainer Tage. Frankfurt (Main) 1922, S. 101 f.

11 Državen arhiv na Republika Makedonija, 1.1038.8.21/1. Vl. Nešković, Prilep, 18.12.1926.

In der Praxis wurde Makedonien aber wie Feindesland behandelt, der Bevölkerung schlugen Misstrauen und Verachtung entgegen. Politische oder kulturelle Vereinigungen auf regionaler Basis wurden nicht geduldet, es durfte sich nichts formieren, was einen makedonischen Anstrich hatte. Die Folge war, dass sich an den Schaltstellen der Macht niemand für die Interessen Makedoniens einsetzen konnte. Dabei war der Handlungsbedarf enorm. Das Gebiet war in jeder Beziehung unterentwickelt und hatte zudem als Schauplatz der Balkankriege und des Ersten Weltkriegs große Zerstörungen erlitten. Die Analphabetenrate war 1921 mit 84 Prozent die höchste im Land, Verkehrsinfrastruktur und Gesundheitswesen waren nur in Ansätzen vorhanden. Erst kurz vor dem Zweiten Weltkrieg wurden wirtschaftliche Fördermaßnahmen ernsthaft ins Auge gefasst, meistens aber nicht umgesetzt, denn sobald nicht mehr nur geredet wurde, sondern die staatlichen Mittel konkret zugeteilt wurden, konnten sich Regionen mit größerem politischem Einfluss durchsetzen.

Die fortgesetzt stiefmütterliche Behandlung durch Belgrad und der Assimilierungszwang waren Faktoren, die dazu beitrugen, dass eine makedonische Identität zunehmend an Boden gewann und sich in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, als die Repression nachließ, vermehrt auch äußern konnte. Mittlerweile war eine junge Elite herangewachsen, die, da sie sich dem Serbentum weitgehend verweigerte, am politischen Leben nicht partizipieren konnte und nun zunehmend die alte Idee einer Autonomie für Makedonien aufnahm. Die politischen Umwälzungen in Europa seit 1938 und insbesondere die Revision von Grenzen vor und nach Beginn des Zweiten Weltkriegs ließen es erstmals seit den Friedenskonferenzen nach 1918 als realistisch erscheinen, dass sich auch in Makedonien etwas am Status quo ändern könnte. Während die einen erwarteten, dass Deutschland und Italien Makedonien von der serbischen Herrschaft befreien würden, setzten die Kommunisten ihre Hoffnungen auf die Sowjetunion. Jugoslawien, das im April 1941 kapitulierte, trauerte kaum jemand nach. Die Hoffnungen auf „Befreiung“ wurden allerdings enttäuscht. Während des Krieges wurde der größte Teil des jugoslawischen Makedonien von Bulgarien besetzt, das umgehend ein Bulgarisierungsprogramm einleitete. Der westliche Teil wurde dem von Italien kontrollierten Großalbanien zugeschlagen.

Makedonien als Teilrepublik innerhalb Jugoslawiens

Unmittelbar nach dem Krieg sah es zunächst so aus, als könnte sich der Wunsch nach Autonomie und Wiedervereinigung der drei makedonischen Teile im Rahmen einer Balkanföderation erfüllen. Mit dem Bruch zwischen Tito und Stalin 1948 wurde dieser ohnehin schwer umzusetzende Plan jedoch vollends Makulatur. Allerdings eröffneten sich für Vardar-Makedonien neue Perspektiven, denn Jugoslawien wurde nach

In der jugoslawischen Teilrepublik war es erstmals möglich, sich zur makedonischen Nation zu bekennen.

dem Krieg neu als föderalistischer Staat konzipiert, um seinem multiethnischen Charakter Rechnung zu tragen. Makedonien erhielt den Status einer Republik mit allen dazugehörigen

Institutionen wie Verfassung, Regierung, Parlament, Gerichtsbarkeit, einem eigenen Bildungswesen, wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen usw. Im November 1944 wurde die Standardisierung der makedonischen Sprache in Angriff genommen und war im Mai 1945 vollendet. Erstmals war es möglich, sich zur makedonischen Nation zu bekennen und die eigene Sprache frei in allen Lebensbereichen zu verwenden. Die Quasistaatlichkeit der Republik ermöglichte eine Förderung des nation-building, inklusive einer eigenen Geschichtsschreibung, die diesem Ziel zuarbeitete. Damit wurde eine Entwicklung zuende geführt, die ihre frühen Vertreter im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts hatte,¹² sich in der Zwischenkriegszeit in weitere Kreise verbreitete und nach dem Krieg, auch aufgrund der nun unter sozialistischen Vorzeichen stark geförderten Alphabetisierung, die Massen erreichte. Dabei handelte es sich um einen klassischen Nationswerdungsprozess, wie ihn etwa Miroslav Hroch mittels seines Drei-Phasen-Modells beschrieben hat.¹³

Teil dieses Prozesses war die Abspaltung von der Serbischen Orthodoxen Kirche, der die orthodoxen Gläubigen Vardar-Makedoniens seit 1919 unterstanden. Der Wunsch nach einer eigenen Kirche war schon in der Zwischenkriegszeit vorhanden und wurde während des Zweiten Weltkriegs und danach wieder vorgetragen, stieß aber auf Ablehnung

12 1875 erschien das „Wörterbuch der drei Sprachen“ von Georgi Pulevski.

13 Miroslav Hroch: Nationales Bewußtsein zwischen Nationalismustheorie und der Realität der nationalen Bewegungen. In: Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 31. Oktober bis 3. November 1991. Hrsg. v. Eva Schmidt-Hartmann. München 1994, S. 39-52.

seitens des serbischen Klerus, der zwar Autonomie, aber keine Unabhängigkeit gewährte, obwohl er von den jugoslawischen wie den serbischen Behörden dazu gedrängt wurde. Im Juli 1967 erfolgte die einseitige Erklärung der Autokephalie durch die makedonische Kirche. Bis heute wurde dieser Akt weder von der serbischen noch von den anderen orthodoxen Kirchen anerkannt, obwohl es in der Geschichte der Orthodoxie immer wieder einseitige Abspaltungen gegeben hat, die jeweils nach einer gewissen Zeit des Grolls akzeptiert wurden. Die Gründe für die Nichtanerkennung sind somit in erster Linie politischer Natur.

Die sozialistische Phase brachte Makedonien in mancher Hinsicht einen großen Entwicklungsschub. Es wurde in Bildung, Gesundheitswesen und Infrastruktur investiert und eine Industrie aufgebaut, wobei die Republik von Ausgleichszahlungen des jugoslawischen Entwicklungsfonds profitieren konnte. Sie blieb allerdings eine der ärmsten Regionen Jugoslawiens und der Abstand zu den reicheren Republiken des Nordens wurde nicht kleiner, sondern größer. Makedonien war zudem wie im ersten Jugoslawien ein politisches Leichtgewicht. In den hohen Rängen von Partei- und Staatsführung sowie in Titos innerem Kreis waren keine Makedonier zu finden. Das Zusammenleben zwischen den Ethnien war zwar friedlich, aber angespannt – es handelte sich um ein Nebeneinander, bei dem sich insbesondere Makedonier und Albaner kaum mischten und gegenseitige Ressentiments pflegten.

Insgesamt sah sich Makedonien angesichts der eigenen Schwäche, der von den Nachbarstaaten negierten Nationsbildung und der multiethnischen Zusammensetzung in Jugoslawien gut aufgehoben und war eine loyale Republik, die zusammen mit Bosnien und Herzegowina bis zuletzt versuchte, den Zerfall des Landes zu verhindern. Als dies nicht möglich war, schlug es mit einem Referendum am 8. November 1991 notgedrungen ebenfalls den Weg in die Unabhängigkeit ein.

Makedonien als unabhängiger Staat

Für die erste Phase war es von entscheidender Bedeutung, dass das Land im Präsidenten Kiro Gligorov einen umsichtigen und sehr erfahrenen, auf inneren und äußeren Ausgleich bedachten „Landesvater“ fand, der von breitesten Kreisen der Bevölkerung als solcher empfunden wurde und auch das Vertrauen der Minderheiten genoss. Nachdem sich die Republik ohne militärische Zwischenfälle aus Jugoslawien hatte lösen

können, schien sie auf einem guten Weg zu sein. Sie hatte allerdings von Anfang an mit drei Problemfeldern zu kämpfen, die mehr als zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit immer noch aktuell sind.

Erwartbar waren aufgrund der ökonomischen Schwäche erhebliche *wirtschaftliche Schwierigkeiten*, die durch die Transformation und die gegen Jugoslawien verhängten Sanktionen an Schärfe gewannen. Auch mit *ethnischen Spannungen* war angesichts der Zusammensetzung der Bevölkerung und der Situation im Kosovo zu rechnen. Was das Land aber ziemlich unvorbereitet traf, war die *massive Feindschaft Griechenlands*, das einen Staat namens Makedonien unter allen Umständen verhindern wollte. Ein griechischer Politiker erklärte im Januar 1992 sogar, der Gebrauch des Namens Makedonien sei ein *casus belli*, also ein Kriegsgrund, und forderte „eine aktive Vernichtungspolitik gegen diesen Zwergstaat“.¹⁴

Infolge seiner Mitgliedschaft in EU und NATO verfügt Griechenland über erhebliche Druckmittel und sabotiert seit 1991 Makedoniens internationale Beziehungen in jeder erdenklichen Weise. Um nur die wichtigsten Fälle zu nennen: Bis 1993 konnte es die internationale Anerkennung verhindern, wodurch Makedonien von Finanzorganisationen wie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds keine Finanzhilfe erhalten konnte. 2008 verhinderte Griechenland den Beitritt zur NATO, wozu es gemäß eines Urteils des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag vom 5. Dezember 2011 kein Recht hatte. Das Verdikt wird aber nichts daran ändern, dass an eine EU-Mitgliedschaft Makedoniens unter diesen Umständen nicht zu denken ist.

Bulgarien hat seinerzeit als erster Staat Makedonien anerkannt und damit ein versöhnliches Zeichen gesetzt. Gleichzeitig weigert es sich, eine makedonische Nation und Sprache anzuerkennen; es betrachtet Makedonien faktisch als einen zweiten bulgarischen Staat.

Die wirtschaftlichen Probleme und die ausweglose außenpolitische Lage verschärften von Anfang an die ethnischen Spannungen im Innern. Zwar führte Makedonien in der Tradition des sozialistischen Jugoslawien einen im internationalen Vergleich sehr guten Minderheitenschutz ein und beteiligte die albanische Minderheit stets an der Regierung, jedoch

¹⁴ In der Tageszeitung „Eleytherotypia“ vom 19.01.1992, zit. nach Dimitris Tsakiris: Griechenland und die Makedonische Frage. In: Eggert Hardten (u. a.) (Hrsg.): Der Balkan in Europa. Frankfurt (Main) 1996, S. 41-62, hier S. 50.

waren die makedonischen Albaner in vielen Bereichen von Staat, Bildung und Kultur untervertreten. Insbesondere forderten sie aber, nicht als Minderheit betrachtet und behandelt zu werden, sondern als zweites Staatsvolk. Seit den Zusammenstößen zwischen einer albanischer Guerilla und makedonischen Sicherheitskräften im Jahr 2001, die unter internationaler Vermittlung mit dem so genannten Rahmenabkommen von Ohrid¹⁵ beendet werden konnten, werden die Forderungen der Albaner allmählich umgesetzt. Der Streit mit Griechenland um den Staatsnamen erschwert auch die Beziehungen zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung.¹⁶ Für die Makedonier ist der Name von existenzieller Bedeutung, weil er untrennbar mit ihrer Nation verknüpft ist. Die anderen Volksgruppen, insbesondere die größte, die Albaner, hängen nicht daran und sind unzufrieden, dass die Regierung keine Konzessionen in dieser Frage macht, was die außenpolitische Lage und damit auch die wirtschaftlichen Chancen des Landes verbessern würde.

Der Streit mit Griechenland um den Staatsnamen erschwert auch die Beziehungen zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung.

Griechenlands jahrzehntelange Veto- und Bulgariens Negierungspolitik sowie die Gleichgültigkeit der internationalen Gemeinschaft gegenüber diesem kleinen und unbedeutenden Land haben dazu geführt, dass die in die Ecke gedrängten Makedonier ihre Nation ebenfalls in prestigereichen historischen Tiefen zu verorten versuchen, bei den antiken Makedonen, die zwar keine Griechen waren, aber auch nicht die Vorfahren der heutigen slawischen Makedonier sind. Seit einigen Jahren lassen die Behörden die Städte, insbesondere die Hauptstadt, mit Alexander- und Philipp-Statuen vollstellen und pseudoantike Gebäude errichten.¹⁷ Das und vieles andere wäre dem Land erspart geblieben, hätte es nach 1991 unbehelligt seinen Weg gehen können.

¹⁵ Vgl. dazu die Ausführungen im folgenden Beitrag von Tim Graewert, unten S. 19f.

¹⁶ Auf Druck Griechenlands ist die Republik Makedonien unter der Bezeichnung „Former Yugoslav Republic of Macedonia“ (FYROM) Mitglied der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen geworden; vgl. dazu auch Graewert (wie Anm. 15), S. 22.

¹⁷ Vgl. dazu ausführlich den Beitrag von Ulf Brunnbauer in diesem Heft.

Die Regierungen Makedoniens 1990-2014 zwischen regionaler Vorbildfunktion und autoritärer Versuchung

*Tim Graewert berichtet seit mehreren Jahren als
freier Journalist aus Südosteuropa.*

Im Jahr 2014 wurden in Makedonien ein neues Parlament und ein neuer Präsident gewählt. Der folgende Artikel nimmt dieses Ereignis zum Anlass, um Schlaglichter auf das makedonische Regierungshandeln im letzten Vierteljahrhundert zu werfen. Seit der Unabhängigkeit von der jugoslawischen Föderation 1991 prägten innenpolitisch vor allem der Konflikt mit der albanischen Minderheit (ca. 25 Prozent der Einwohner) und außenpolitisch der Namensstreit mit dem südlichen Nachbarn Griechenland die politische Szene der kleinen zentralbalkanischen Republik.

Makedonien auf dem Weg in die Unabhängigkeit

Ermöglicht wurden die ersten freien Wahlen in der damaligen jugoslawischen Teilrepublik Makedonien am 11. November 1990 durch weitreichende Verfassungsänderungen, die 1988 den jugoslawischen Bundesstaaten mehr wirtschaftliche und politische Autonomie gegenüber der Zentralregierung in Belgrad einräumten, letztendlich aber den seit Titos Tod 1980 kriselnden jugoslawischen Föderalismus nicht vor dessen Ende bewahren konnten. Bei einer bei späteren Urnengängen nie wieder erreichten Wahlbeteiligung von 84,5 Prozent gewann die neu gegründete „Innere Makedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Makedonische Nationale Einheit“ (makedonisch „Vnatrešna Makedonska Revolucionerna Organizacija“ – Demokratska Partija za Makedonsko Nacionalno Edinstvo, kurz VMRO-DPMNE) die Wahlen; sie erhielt 38 von 120 Abgeordnetenmandaten.¹

1 Für die Wahlergebnisse zwischen 1990 und 2008 siehe Heinz Willemsen: Das politische System Makedoniens. In: Wolfgang Ismayr: Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010, S. 967- 1003, hier S. 973.

Der erste makedonische Wahlsieger (und zugleich die gegenwärtige Regierungspartei) führt sich mit der Namensgebung auf eine 1893 in Thessaloniki gegründete Organisation zurück, die sich dem bewaffneten Kampf gegen die osmanische Fremdherrschaft in der geografischen Region Makedonien verschrieben hatte, die neben dem heutigen makedonischen Staatsgebiet auch Teile des in Bulgarien gelegenen Pirin-Makedonien² und weite Teile Nordgriechenlands umfasst. Bei ihrer Gründung 1990 berief sich die VMRO-DPMNE auf dieses historische Erbe. Die Partei ist mittlerweile mit der Europäischen Volkspartei assoziiert, der auch die deutsche CDU/CSU angehört.

Der postkommunistische „Sozialdemokratische Bund Makedoniens“ (SDSM) ging aus den ersten freien Wahlen Makedoniens als zweitstärkste Partei hervor und errang 31 Mandate. Drittstärkste Partei wurde als Vertretung der albanischen Minderheit die „Partei für Demokratischen Wohlstand“ (PDP). Aufgrund der komplizierten Mehrheitsverhältnisse kam erst nach Vermittlung des Sozialisten Kiro Gligorov, der im Januar 1991 zum Staatspräsidenten gewählt wurde, eine Expertenregierung unter dem parteilosen Nikola Kljusev zustande. Kljusev, der nach seinem Ausscheiden als Regierungschef der VMRO-DPMNE beitrug, und Gligorov gelten als Architekten der friedlichen Sezession vom sich bereits im Auflösungsprozess befindenden Jugoslawien.

Dass in einem Referendum am 8. September 1991 95,26 Prozent der Wähler für ein selbstständiges, von Jugoslawien unabhängiges Makedonien stimmten, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Gegensatz zu den nordjugoslawischen Teilrepubliken eine beachtliche Anzahl der Makedonier dem jugoslawischen Staatenbund grundsätzlich positiv gegenüberstand. Wirtschaftlich hatte das arme Makedonien von der Einbindung in die jugoslawische Föderation mit wohlhabenderen Teilrepubliken profitiert, und außenpolitisch bildete die Einbeziehung in Jugoslawien eine Absicherung gegen Konflikte mit den benachbarten Staaten. Drei Faktoren erklären vor diesem Hintergrund, dass dennoch die überwiegende Mehrheit der Makedonier für die Unabhängigkeit stimm-

Grundsätzlich war die Mehrzahl der Makedonier aufgrund der wirtschaftlichen Vorteile gegenüber Gesamtjugoslawien positiv eingestellt.

² Vgl. dazu die Hinweise bei Nada Boškowska in diesem Heft, oben S. 3 Pirin-Makedonien bezeichnet eine Region im äußersten Südwesten des heutigen Bulgariens, deren Name sich vom dortigen Pirin-Gebirge ableitet.

te. Die genaue Referendumsfrage lautete „Befürworten Sie ein souveränes und unabhängiges Makedonien mit dem Recht, in Zukunft mit den selbstständigen jugoslawischen Staaten eine Föderation einzugehen?“³ Erstens erlaubte diese Frage sowohl Nationalisten als auch Befürwortern des jugoslawischen Bundesstaats, mit „Ja“ zu stimmen. Zweitens schien es, um nicht in den sich anbahnenden bewaffneten Konflikt hineingezogen zu werden, ratsam, zunächst den jugoslawischen Staatenbund zu verlassen, sich aber eine mögliche Wiederangliederung für die Zukunft offen zu lassen. Drittens befürchtete die überwiegend im Nordwesten des Landes lebende albanische Minderheit, in einem unabhängigen Makedonien schlechter gestellt zu sein, und boykottierte daher zu großen Teilen die Abstimmung.

Die Regierung Kļjusev stand nach dem Referendum vor einer Herkulesaufgabe. Wie in allen anderen ehemals sozialistischen Ländern musste die gleichzeitige Transformation des wirtschaftlichen und politischen Systems in Angriff genommen werden, und das in einem der ärmsten Länder Europas, das durch den Zerfall Jugoslawiens gerade seine wichtigsten Handelspartner verloren hatte. Zusätzlich verkompliziert wurde die Lage innenpolitisch durch den Konflikt zwischen der makedonischen Mehrheitsbevölkerung und der nach mehr Autonomierechten strebenden albanischen Minderheit und außenpolitisch durch das durch Griechenland verhängte Handelsembargo, das bis 1995 Bestand hatte.⁴

Für die neuen Machthaber in Skopje bestanden nach Erlangung der Unabhängigkeit zunächst zwei Prioritäten – die Inklusion der Albaner in den neuen Staat und der Abzug der noch immer im Land stationierten jugoslawischen Volksarmee. Hierzu nutzte besonders Präsident Gligorov sein exzellentes Netzwerk in die jugoslawische Politik – von 1962 bis 1967 war er jugoslawischer Finanzminister gewesen und galt in den achtziger Jahren als Reformkommunist. Obwohl das Präsidentenamt, abgesehen vom Oberbefehl über die Streitkräfte, weitgehend repräsentative Funktion hat, handelte Gligorov durch das titoistische Prinzip der Elitenkooperation mit dem damaligen Stabschef der jugoslawischen Truppen Blagoje Adžić ein Abkommen über deren Abzug aus Makedonien aus. Für dessen friedliche Umsetzung war entscheidend, dass Gligorov durchsetzen konnte, keine Fahrzeuge, Waffen und Gerätschaften der

3 www.republika.mk/?p=9486

4 John Shea: Macedonia and Greece – the Struggle to define a new Balkan Nation. Jefferson, NC, 1997.

abziehenden Armee seitens Makedonien zu konfiszieren – genau das hatte in Kroatien zur Eskalation der Gewalt beigetragen.

1992-1998: Sozialistische Regierung – Überwindung innerer und äußerer Konflikte

Nach Erlangung der Unabhängigkeit galt es für die makedonische Politik zunächst, *Sezessionsbestrebungen im überwiegend albanisch besiedelten Nordwesten* des Landes einzudämmen. Im Januar 1992 wurde in diesen Gebieten ein illegales Referendum durchgeführt, bei dem eine Dreiviertelmehrheit für einen Autonomiestatus der Region stimmte⁵. Im gleichen Jahr kam der Sozialist Branko Crvenovski durch ein Misstrauensvotum an die Macht und band die albanische PDP, der auch Mitglieder der alten kommunistischen Nomenklatura angehörten, in seine Regierungskoalition ein, woraufhin diese ihre Autonomieforderungen zunächst fallen ließ. Das darf allerdings nicht darüber hinweg

Ökotourismus in Makedonien

Wandern wird in Makedonien gerne als Volkssport Nr. 1 bezeichnet. Und doch sind es meist (einige wenige) internationale Touristen, die die vielen entlegenen und dünnbesiedelten Ecken des Landes entdecken. So kann man auf den Gipfeln des Nationalparks Galičica im Südwesten Makedoniens mit etwas Wetterglück einen fantastischen Blick gleichzeitig auf den Ohrid- und Prespasee erhaschen – doch leider gibt es hier aufgrund der geologisch bedingten Wasserknappheit kaum Siedlungen und daher fehlen Unterkunftsmöglichkeiten für den heutigen Besucher. Eher ist es der Nationalpark Pelister, östlich vom Prespasee gelegen, der viele Möglichkeiten zu naturnahen Urlauben bietet.

Ganz gleich, ob der Ursprung des Namens Pelister von „pet lisija“ stammt, den „fünf Blättern/Nadeln“, die die Besonderheit der makedonischen Kiefer (*Pinus peuce*) darstellen, oder vom griechischen Wort für Taube: Weniges ist vergleichbar mit dem Genuss eines traditionellen Abendessens bei einer Familie im Dorf oder der Spannung beim Anblick von frischen Bärenspuren vor den eigenen Fußabdrücken auf dem Wanderweg z.B. in der Nähe von Brajčino.



Vlatko Stojanov

Im Nationalpark Pelister (Foto: Vlatko Stojanov)

5 Vgl. Willemsen (wie Anm. 1, oben S. 14), S. 973.

täuschen, dass diese Inklusion auf äußerst wackligen Beinen stand und die 2001 eskalierenden innerethnischen Spannungen letztlich nicht verhindern konnte.

Außenpolitisch sorgte der südliche Nachbar *Griechenland* zunächst für eine internationale Isolierung Makedoniens. Während der östliche Nachbarstaat Bulgarien ebenso wie Albanien den neu gegründeten makedonischen Nationalstaat schnell anerkannten, um damit den Einfluss Serbiens zurück zu drängen, protestierte Griechenland gegen den Staatsnamen und die Staatsflagge des neuen Nachbarlands. Griechenland reklamierte den Namen Makedonien allein für die nordgriechische Region Makedonien und sah seine territoriale Integrität gefährdet. Aufgrund des Streits wurde Makedonien 1993 nur unter dem provisorischen Namen „Former Yugoslav Republic of Macedonia“ (FYROM) in die Vereinten Nationen aufgenommen. Der Streit gipfelte in einem griechischen Handelsembargo gegen Makedonien, das 1994 verhängt wurde. Obwohl Artikel 3 der Makedonischen Verfassung von 1992 um den Satz „Die Republik Makedonien hat keine territorialen Ansprüche gegenüber benachbarten Staaten“ ergänzt wurde, war die Regierung in Athen nicht zum Einlenken zu bewegen. Unter Schirmherrschaft der UN einigten sich Griechenland und Makedonien schließlich 1995 auf ein Interimsabkommen⁶, woraufhin Griechenland das Handelsembargo beendete. Im Flaggenstreit lenkte Makedonien ein und ersetzte in der Flagge das Symbol des Sterns von Vergina – Emblem der antiken makedonischen Dynastie und für den südlichen Nachbarn genuin griechisch – durch eine Sonne.⁷ Hingegen wurde bis heute im Namensstreit keine Einigung erzielt.

Trotz Beilegung des Flaggenstreits bleibt das Verhältnis zwischen Griechenland und Makedonien angespannt.

genstreit lenkte Makedonien ein und ersetzte in der Flagge das Symbol des Sterns von Vergina – Emblem der antiken makedonischen Dynastie und für den südlichen Nachbarn genuin griechisch – durch eine Sonne.⁷ Hingegen wurde bis heute im Namensstreit keine Einigung erzielt.

1998-2005: Erste Regierung der VMRO-DPMNE – das Abkommen von Ohrid

1998 gelang es der VMRO-DPMNE mit Ljubčo Georgievski nach gewonnenen Parlamentswahlen erstmals, den Ministerpräsidenten zu stel-

6 Text einsehbar unter <http://www.hri.org/docs/fyrom/95-27866.html> (letzter Zugriff: 22.01.2015).

7 Abbildungen der Flaggen finden sich z. B. unter http://de.wikipedia.org/wiki/Flagge_Mazedoniens.

len. Vier Jahre zuvor hatte die größte Oppositionspartei noch die Wahlen aufgrund fehlenden Vertrauens in den Wahlprozess blockiert und war daher zwischen 1994 und 1998 nicht im Parlament vertreten gewesen. Georgievski war 1990 Mitgründer der VMRO-DPMNE und deren erster Vorsitzender. Er machte sich zur Zeit der Wende als Sprachrohr gegen die kommunistischen Regierungsstrukturen einen Namen. Wie alle Vorgängerregierungen ließ auch Georgievski die albanische Minderheit in Form der „Demokratischen Partei der Albaner“ (DPA) an seiner Regierungskoalition teilhaben; in dieser Partei versammelten sich seit 1994 radikale Kräfte, denen der Kurs der PDP zu weich erschien. Dennoch konnte die Einbindung der DPA in die Regierung nicht verhindern, dass es in Nordwestmakedonien im Jahr 2001 zu gewalttätigen Übergriffen der seit dem Kosovo-Krieg international bekannten albanischen Befreiungsarmee UÇK (Ushtria Çlirimtare e Kosovës) auf makedonische Sicherheitskräfte kam. Ähnlich wie im Kosovo-Konflikt wurde die nichtalbanische Bevölkerung aus besetzten Siedlungsgebieten vertrieben, woraufhin makedonisches Militär aufmarschierte. Insgesamt verloren mehr als 120 Menschen durch den bewaffneten Konflikt ihr Leben. Makedonien hatte nicht zuletzt aufgrund der Einbindungen der PDP bzw. der DPA in alle Regierungen seit 1990 bis 2001 als Modell für eine friedliche innerethnische Koexistenz gegolten. Auch die PDP und die DPA schienen vom gewaltsamen Vorgehen der UÇK überrascht und sahen sich selbst in ihrer Position als Vertreter der albanischen Minderheit bedroht. Zur Lösung der Krise wurde eine „Regierung der nationalen Rettung“ unter Führung von Georgievski gebildet, der inklusive der PDP und der DPA sechs kleinere albanische Parteien angehörten. Auf ausdrücklichen Wunsch aller Parteien wurde die UÇK nicht an der Regierung der nationalen Rettung beteiligt und auch von den Verhandlungen zum Ohrider Rahmenabkommen ausgeschlossen.

Das Friedensabkommen von Ohrid, das im Beisein von NATO-, US- und EU-Vertretern am 13. August 2001 unterzeichnet wurde, lässt sich auf die Formel „mehr Rechte für Frieden“⁸ bringen. Neben der Entwaffnung der UÇK, die in der Folge durch eine NATO-Truppe gewährleistet wurde, erhielten die Albaner mehr politische Rechte. Erstens wurde für Gesetze „mit direktem Bezug zu Kultur, Sprache und Symbolen, persönlichen Dokumenten sowie lokaler Selbstverwaltung“ eine dop-

8 Thorsten Gromes: Zwischen Zumutung und Versprechen: Die Demokratie in Makedonien. (HSFK Report 8/2009). Frankfurt (Main) 2009, S. 6.

pelte Mehrheit eingeführt; das bedeutet, dass diese eine einfache Mehrheit der Abgeordneten und eine Mehrheit der nichtmakedonischen (also de facto der *albanischen*) Abgeordneten enthalten muss. Zweitens gilt seit dem Ohrid-Abkommen jede Minderheitensprache, die von mehr als 20 Prozent der Bevölkerung Makedoniens gesprochen wird, als offizielle Amtssprache. Auch muss der Staat ein Hochschulstudium in dieser Sprache ermöglichen. Drittens sollten in den folgenden Jahren die albanischen Regionen Schrittweise mehr lokale Selbstverwaltungsrechte erhalten.

Mit dem Friedensabkommen von Ohrid wurden die Rechte der albanischen Minderheit erheblich verbessert.

Georgievskis VMRO-DPMNE wurde bei den Wahlen 2002 nicht im Amt bestätigt, erhielt nur 24,4 Prozent der Abgeordnetenmandate und wurde

von einem von den Sozialisten angeführten Wahlbündnis mit 40,4 Prozent übertrumpft. Erstmals ins Parlament gewählt wurde 2002 die albanische „Demokratische Union für Integration“ (DUI), unter der sich führende makedonische UÇK-Vertreter zusammengeschlossen hatten; sie gewann 11,6 Prozent der Abgeordnetenmandate und ging als stärkste albanische Fraktion aus den Wahlen hervor⁹. Die moderate PDP erreichte nur noch 2,3 Prozent der Mandate, die DPA 5,2 Prozent. Die DUI hatte nach dem Rahmenabkommen von Ohrid eine Sperrminorität bei Gesetzen mit direktem Bezug zur albanischen Minderheit. Wohl auch deshalb ließ sich der Spitzenkandidat der Sozialisten Branko Crvenovski dazu bewegen, mit denjenigen eine Regierung zu bilden, die das Land wenige Wochen zuvor noch an den Rand eines Bürgerkriegs gebracht hatten.

Seit Gründung der DUI hat Ali Ahmeti den Parteivorsitz inne. Ahmeti, der bis heute kein Makedonisch gelernt hat, war der militärische Oberbefehlshaber der makedonischen UÇK-Sparte und wurde während des Konflikts von den USA und anderen westlichen Staaten zur *persona non grata* erklärt¹⁰. Bereits 1981 tat er sich in Priština als Anführer von albanischen Studentenprotesten hervor, wofür der damalige Philosophiestudent von einem jugoslawischen Gericht zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. 1986 erhielt Ahmeti politisches Asyl in der Schweiz, koordinierte aber weiterhin separatistische Bewegungen in sei-

⁹ Willemsen (wie Anm. 1, oben S. 14), S. 973.

¹⁰ Vgl. dazu <http://www.balkaninsight.com/en/article/ali%20ahmeti> (letzter Zugriff: 22.01.2015).

ner Heimat. 1996 war er einer der Gründer der kosovarischen Befreiungsarmee UÇK, blieb jedoch bis 2001 in der Schweiz.

Universität Tetovo

Die Universität Tetovo (State University of Tetova, SUT) blickt auf eine bewegte Geschichte zurück. Bereits 1994 plante eine Gruppe albanischer Intellektueller und Aktivisten, in Tetovo (albanisch: Tetova), dem Zentrum der albanischen Minderheit in Makedonien, eine Universität zu errichten. Dieses Vorhaben wurde von der makedonischen Regierung aus Angst vor territorialen Autonomiebestrebungen der albanischen Minderheit gestoppt. Im Jahr 1995 verstarb bei der unerlaubten Eröffnung der Universität ein junger Albaner im Konflikt mit der Polizei. Trotzdem fand zwischen 1994 und 2004 durch die Bereitstellung von Wohnungen albanischer Bürger illegaler Unterricht statt. Auch in Moscheen wurde gelehrt. Erst das Rahmenabkommen von Ohrid 2001 führte zu einer Beschwichtigung der Konfliktparteien, jedoch sollte es noch drei Jahre dauern, bis die SUT 2014 staatlich anerkannt wurde. Heute besuchen 16.000 Studenten die 11 Fakultäten der Universität Tetovo, die somit die zweitgrößte Universität Makedoniens ist. Die Anerkennung der SUT gilt als Etappensieg der albanischen bildungspolitischen Gleichstellungsbewegung.

Anna-Maria Thaler

Seit 2006: Regierung unter Nikola Gruevski – Autokratie statt Eurokratie?

Branko Crvenovski trat, nachdem er 2004 zum Präsidenten gewählt wurde, als Regierungschef zurück. Crvenovski, dessen Familienname sich passend zu seiner Zugehörigkeit zum sozialistischen Bund mit „der Rote“ übersetzen lässt, war mehr als zwei Jahrzehnte der einflussreichste sozialistische Politiker in Makedonien (1991-2004 Parteivorsitzender, 1992-1998 und 2002-2004 makedonischer Ministerpräsident, 2004-2013 erneut Parteivorsitzender). Crvenovskis Parteigenosse Vlado Bučkovski, der 2004 die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, wurde 2007 wegen Amtsmissbrauch im Zusammenhang mit seiner früheren Tätigkeit als Verteidigungsminister zu zwei Jahren Haft verurteilt.¹¹

¹¹ Bučkovski wird vorgeworfen, Panzereinkäufe zu seinen Vorteilen abgewickelt zu haben. Der Fall ging über sieben Jahre durch mehrere Berufungsinstanzen, doch das „letzte Wort“ ist noch nicht gesprochen. 2015 könnte das Oberste Gericht als letzte Berufungsinstanz das Urteil bestätigen: <http://www.independent.mk/articles/8910/Supreme+Court+as+Last+Hope+for+Former+Macedonian+PM+Buckovski> (letzter Zugriff: 22.01.2015).

2006 konnte die VMRO-DMPNE erneut die Wahlen gewinnen und stellt seither mit Nikola Gruevski den Ministerpräsidenten. Der 1970 geborene Wirtschaftswissenschaftler war in den neunziger Jahren im Finanzsektor tätig und gilt als der erste Händler an der Skopjoter Börse. Bereits in der ersten VMRO-DMPNE-Regierung unter Georgievski wurde Gruevski Finanzminister. Schnell begann er eine Deregulierungspolitik umzusetzen, führte einen Einheitssteuersatz für Einkommen ein und ersetzte die damals geltende Umsatzsteuer durch das in der EU

Unter Ministerpräsident Gruevski erlebte Makedonien zwischen 2006 und 2008 eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs.

übliche Mehrwertsteuersystem, was eine wichtige Voraussetzung für die Öffnung zum europäischen Binnenmarkt war. Auch nachdem Gruevski 2006 zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, lag der Schwer-

punkt des jungen Ministerpräsidenten auf marktwirtschaftlichen Reformen. Im Zuge der globalen Finanzkrise 2008 geriet der gerade angelaufene makedonische Konjunkturmotor jedoch ins Stocken.

Auch außenpolitisch geriet Makedonien unter Druck. Am 3. August 2008 wurde auf dem Bukarester NATO-Gipfel nach Intervention Griechenlands ein NATO-Beitritt Makedoniens abgelehnt – ein klarer Verstoß gegen das Interimsabkommen zwischen Griechenland und Makedonien aus dem Jahr 1995, wie der Internationale Gerichtshof in Den Haag in einem Feststellungsverfahren im Dezember 2011 darlegte.¹² Im Interimsabkommen hatte sich Griechenland nämlich verpflichtet, der Aufnahme Makedoniens in internationale Organisationen nicht zu widersprechen, solange diese unter dem provisorischen Namen FYROM (Former Yugoslav Republic of Macedonia) erfolgen sollte. Das Haager Urteil hat jedoch keine bindende Wirkung und kann auch nicht verhindern, dass Griechenland die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Makedonien schon seit fast einem Jahrzehnt blockiert, obwohl dem Land bereits 2005 der Status eines EU-Beitrittskandidaten zugesprochen worden war. Griechenland fordert eine Namensänderung Makedoniens in Abgrenzung von der nordgriechischen Region Makedonien um Thessaloniki, beispielsweise in Nord-Makedonien. Sollte Makedonien der EU beitreten, müsste Griechenland seinem Nachbar Freizügigkeit in Gebiete gewähren, die noch Anfang des letzten Jahr-

¹² Vgl. <http://www.icj-cij.org/docket/files/142/16841.pdf> (letzter Zugriff: 22.01.2015). Zum Interimsabkommen vgl. auch oben S. 18.

hunderts mehrheitlich von slawischsprachigen Bevölkerungsteilen bewohnt wurden, deren Nachfahren heute überwiegend in Makedonien leben.¹³ Griechenland beharrt jedoch darauf, ohne eine Namensänderung Makedoniens keiner Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen zuzustimmen. Die Fronten scheinen verhärtet zu sein, denn die makedonische Regierung ihrerseits ist dazu nicht bereit und initiierte zudem das umstrittene Stadterneuerungsprojekt „Skopje 2014“.¹⁴ Kernstück dieses Projekts sind Statuen, die in den letzten Jahren im Stadtzentrum von Skopje aus dem Boden sprießen und seitdem das Stadtbild wesentlich prägen. Erwähnt seien eine monumentale Statue des Makedonenkönigs Philipp II., des Vaters Alexanders des Großen, und eine stolze 25 Meter hohe Reiterstatue Alexanders,¹⁵ den die Makedonier als ihren Ahnherrn ansehen sollen, was von Griechenland selbstverständlich zurückgewiesen wird. Auch innerhalb der makedonischen Bevölkerung verweisen kritische Stimmen auf die exorbitanten Kosten dieses historischen Themenparks, die in einem Land mit einer die Armutsrate von 30 Prozent nur schwer zu tragen seien.

Als Reaktion auf diese außenpolitische Stagnation legte die Regierung Gruevski ihre Handlungspriorität auf die Machtkonsolidierung im Inneren – offensichtlich jedoch zulasten rechtsstaatlicher und demokratischer Standards. Kritiker werfen Gruevski Korruption, Klientelismus und Einschränkung der Medienfreiheit vor. Bei der Einstellung von Staatsbediensteten, deren Anzahl sich in den letzten Jahren erhöht hat, soll laut Kritikern parteili-



*Standbild Philipps II. in Skopje
(Foto: Tim Graewert)*

¹³ Auch der Vater des makedonischen Regierungschefs Gruevski wurde in Nordgriechenland geboren und floh in den vierziger Jahren während des griechischen Bürgerkriegs in die damals neu gegründete jugoslawische Teilrepublik Makedonien.

¹⁴ Dazu ausführlich der nachfolgende Beitrag von Ulf Brunnbauer.

¹⁵ Das Reiterstandbild ist auf dem Umschlag des vorliegenden Heftes links im Hintergrund zu erkennen; eine Abbildung findet sich außerdem im Beitrag von Ulf Brunnbauer auf S. 32.

che Loyalität eine zentrale Rolle spielen. Mittlerweile arbeiten in Makedonien 30 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Sektor.

Nachdem sich das Parlament der Republik Makedonien am 1. März 2014 auf Initiative des albanischen Koalitionspartners aufgelöst hatte, fanden im April 2014 zusammen mit den Präsidentschaftswahlen vorgezogene Neuwahlen statt. Grund für die vorzeitige Parlamentsauflösung war, dass sich die VMRO-DPMNE-Mehrheitsfraktion des makedonischen Parlaments mit ihrem albanischen Koalitionspartner nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten für die auf den 27. April 2014 anberaumten Präsidentschaftswahlen einigen konnte. Bei den Parlamentswahlen konnte Ministerpräsident Gruevski seine Regierungsmehrheit noch ausbauen: Die VMRO-DPMNE erhöhte die Zahl ihrer Abgeordnetenmandate von 56 auf 61. Trotz der Unstimmigkeiten mit dem albanischen Koalitionspartner vor der Wahl trat die DUI der Regierungskoalition wieder bei. Staatspräsident wurde der von der VMRO-DPMNE nominierte Politikwissenschaftler Gjorge Ivanov, der bereits seit 2009 dieses Amt innehat.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erhielt im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen 2014 glaubhafte Informationen dahingehend, dass im Vorfeld des Urnengangs Druck auf Wähler ausgeübt wurde. Auch die Berichterstattung der Medien im Vorfeld der Wahlen galt als vorteilhaft für die regierende VMRO-DPMNE. In der von „Reporter ohne Grenzen“ erstellten Rangliste zur Pressefreiheit ist Makedonien in den letzten fünf Jahren vom 34. auf den 123. Platz abgerutscht.¹⁶ Die Durchführung der Wahlen wurde von der OSZE trotz einzelner Unregelmäßigkeiten als „effizient“ bewertet. In einigen Fällen wurde das Wahlgeheimnis durch so genanntes „Gruppenwählen“ dadurch verletzt, dass mehrere Personen die Wahlkabinen gemeinsam betraten.

Der unterlegene „Sozialdemokratische Bund Makedoniens“ beklagte, dass die Wahlerfolge Gruevskis und Ivanovs von Demokratiedefiziten überschattet wurden. Zunächst gestanden sich die geschlagenen Sozialisten ihre Wahlniederlage nicht ein und riefen zum Parlamentsboykott auf, der allerdings schnell beendet wurde. Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen des Landes scheint seitens der Opposition jedoch nicht gewährleistet zu sein.

¹⁶ http://www.ostpol.de/beitrag/4110gefangen_in_den_eigenen_vier_waenden (letzter Zugriff: 22.01.2015).

Fazit

Den politischen Eliten Makedoniens gelang 1991 die friedliche Sezession vom Bürgerkriegsjugoslawien und zehn Jahre später die im Vergleich zum Kosovo-Konflikt glimpfliche Beilegung des bewaffneten Konflikts mit der UÇK. Im regionalen Vergleich gelten diese Errungenschaften als vorbildlich. 2005 wurde das nach euroatlantischer Integration strebende Balkanland dafür mit dem Status des EU-Beitrittskandidaten belohnt. Seitdem Griechenland den NATO-Beitritt seines makedonischen Nachbarn 2008 völkerrechtswidrig verhinderte, scheint die makedonische Regierung jedoch der „autoritären Versuchung Südosteuropas“ zu erliegen, die der Politikwissenschaftler Florian Bieber folgendermaßen beschreibt: „Schwache Staaten, deren Institutionen von den Regierungsparteien benutzt werden, um die Anhängerschaft zu versorgen und ideologisch auf Trab zu halten“¹⁷.

Makedonien ist in der Gefahr, der „autoritären Versuchung Südosteuropas“ zu erliegen.

Um solche halbautokratischen Tendenzen zu überwinden, wäre es förderlich, das erste Kapitel der EU-Beitrittsverhandlungen nach Jahren der Stagnation und Blockade endlich aufzuschlagen. Für den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen wäre die Einhaltung demokratischer Mindeststandards seitens der makedonischen Regierung unumgänglich. Da eine Lösung des Namensstreits mit Griechenland derzeit in weiter Ferne scheint, sollte die makedonische Regierung unter den EU-Mitgliedsstaaten dafür werben, dessen Ende nicht als Vorbedingung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu verstehen, sondern als Voraussetzung für deren erfolgreichen Abschluss.

¹⁷ <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/der-kleine-diktator-1.18288391> (letzter Zugriff: 22.01.2015).

Zwischen Eigensinn und Realitätsflucht: „Skopje 2014“ als Bau an der Nation

Prof. Dr. Ulf Brunnbauer ist Professor für Geschichte Südost- und Osteuropas an der Universität Regensburg und geschäftsführender Direktor des Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg. Die Bilder in diesem Beitrag hat er bei einer Exkursion 2013 gemacht.

Seit fast vier Jahren wird im Stadtzentrum von Skopje, der Hauptstadt Makedoniens, eifrig gebaut, um das Projekt „Skopje 2014“, eine nationalistische Großbaustelle, zu realisieren: Rund 20 neue Gebäude für Ministerien und andere staatliche Behörden und über 40 Denkmäler geben der Stadt ein neues Antlitz. Ihnen gemein sind eine kitschige, neo-klassizistische Architektur sowie das Beschwören eines bis auf die Antike zurückreichenden Erbes. Der vorliegende Beitrag erklärt die außen- und innenpolitischen Hintergründe des Bauvorhabens.

An einem nasskalten Tag im Januar 2012 eröffneten der makedonische Premierminister Nikola Gruevski sowie die Kulturministerin Elizabeta Kanceska-Mileska die pompöse „Porta Makedonija“. Dieser neuerrichtete Triumphbogen im Stadtzentrum von Skopje ist einer der baulichen Höhepunkte von „Skopje 2014“. Hinter dieser Chiffre verbirgt sich das ambitionierteste städtebauliche Projekt im gegenwärtigen Europa; es geht um nichts weniger, als der Hauptstadt der Republik Makedonien ein völlig neues Antlitz zu verpassen. Zugleich manifestiert das Projekt die aktuellen Trends der Geschichtspolitik in Makedonien. Skopje 2014 ist Nationsbildung im wörtlichen Sinne, hier baut eine Regierung nationale Identität.

Die „Porta Makedonija“



Die durch zahlreiche neue Bauten ausgedrückte Botschaft richtet sich nach außen wie nach innen, hinter der einfältigen Architektur verbirgt sich mithin ein vielfältiger Kommunikationsakt.

Anlässlich der Einweihung des Triumphbogens erklärte Premierminister Gruevski, er sei der Ideengeber für Skopje 2014 gewesen, das er als „nützliches Projekt von hoher Qualität, das keine Schattenseiten aufweist“, pries.¹ Der Triumphbogen sei Ausdruck des größten Sieges der makedonischen Nation, ihrer Unabhängigkeit. Auch die Kulturministerin erging sich in Pathos: „Ich wünsche, dass die Porta Makedonija ein monumentales Buch für die Errungenschaften Makedoniens werden wird; der Platz, wo – wie Goethe sagte – Kunst alles das ausdrückt, was nicht mit Worten gesagt werden kann.“ Und in der Tat, Skopje 2014 lässt sich schwer in Worte fassen ...

Das Bauprojekt

Skopje 2014 wurde 2010 von der Regierung der Republik Makedonien lanciert, um der Hauptstadt ein neoklassizistisches Antlitz zu verleihen und sie mit historischen Monumenten zu saturieren.² Das Projekt umfasst zum einen die Errichtung von ca. 20 neuen Gebäuden für Ministerien, Verwaltungs- und Kultureinrichtungen. Die Gebäude, die durchweg im unmittelbaren Stadtzentrum entstanden sind, die meisten davon entlang des Vardarufers, zeichnen sich durch kitschige neo-barocke bzw. neo-neo-klassizistische Architektur aus. Neben Neubauten werden aus der Zeit des Sozialismus stammende Gebäude mit pseudo-antiken Fassaden „aufgehübscht“. So wird sich der kubische, mit Glas- und Metallfassaden versehene Regierungssitz bald in eine missratene Kopie neoklassizistischer Architektur des 19. Jahrhunderts verwandeln.³ Offensichtlich gilt auch für die Architektur das Bonmot von Karl Marx: Geschichte wiederholt sich als Farce. Der Architekt Nikos Čausidis spricht von einem „zeitgenössischen eklektischen pseudoklassizistischen Anachronismus“.⁴

1 <http://macedoniaonline.eu/content/view/20045/45/> (bei allen Internetquellen gilt, falls nicht anders angegeben, dass sie zuletzt am 23.12.2014 vom Autor geprüft worden sind).

2 Eine Übersicht über die Bauprojekte sowie eine Reihe von Fotos bietet der Blog <http://www.skyscrapercity.com/showthread.php?t=1489696>.

3 Siehe https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=zU7R7w_p-ogA.kgDp0N9UOb-6M&msa=0&ll=41.997327,21.432781&spn=0.01247,0.027874.

4 Nikos Čausidis: Proektot Skopje 2014 – skicii za edno naredno istra_uvanje. Skopje 2013, S. 76.

Eine weitere Gemeinsamkeit der Bauten ist der saloppe Umgang des Bauherrn – d. h. der Regierung – mit dem Baurecht. Ähnliches gilt für die Baukosten, deren Umfang unbekannt ist: Während Regierungsquellen von Gesamtkosten in Höhe von 80 Millionen Euro sprechen, vermuten Kritiker eher eine Summe von 500 Millionen Euro.⁵ Die Kostensteigerungen bei den einzelnen Projekten lassen die Zahlen der Regierung wenig wahrscheinlich erscheinen, zumal die Auftragsvergabe äußerst intransparent erfolgt ist. Kritiker sehen daher Skopje 2014 nicht nur als

Kritiker sehen Skopje 2014 nicht nur als Gipfelpunkt der Geschmacklosigkeit, sondern auch der Korruption und des Klientelismus.

Gipfelpunkt der Geschmacklosigkeit, sondern auch der Korruption und des Klientelismus. Eine breitere gesellschaftliche Diskussion des Projekts hat vor Baubeginn nicht stattgefunden: Der ohnehin zunehmend autori-

tär agierende Premierminister vertraute alleine auf seine und seiner Einflüsterer Weisheit.

Neben den zahlreichen Gebäuden entstehen mehr als 40 Denkmäler, die diverse Helden der makedonischen Geschichte darstellen sollen. Genauer gesagt dienen sie der Erfindung und (im Wortsinne) Konstruktion einer mehr als zweitausend Jahre zurückreichenden nationalen Geschichte, denn viele dieser Persönlichkeiten sind aus anderen Geschichten, vor allem der griechischen und der bulgarischen, bekannt. Die Palette reicht von Alexander dem Großen und seinem Vater Philipp II. über Kyrill und Method, die makedonischen Nationalrevolutionäre des 19. Jahrhunderts bis zu den „Verteidigern Makedoniens“, d. h. den 2001 im Kampf von albanischen Aufständischen getöteten Soldaten und Polizisten. Abgerundet wird die Umgestaltung des Stadtbilds durch Brunnen, fix verankerte Pseudo-Segelschiffe im Vardar, neue bzw. neugestaltete Brücken, ein Riesenrad sowie den bereits erwähnten Triumphbogen.

Mit Skopje 2014 erfindet die Regierung eine Bauperiode, die es in Skopje nie gegeben hat. Vielmehr ist das bisherige Stadtbild durch osma-



Das Außenministerium

5 <http://www.skyscrapercity.com/showpost.php?p=88688211&postcount=3>.

nische Architektur⁶ einerseits, sozialistische andererseits geprägt. Darin spiegelt sich die Geschichte der Stadt wider, die sich mehr als ein halbes Jahrtausend unter osmanischer Herrschaft befunden hat und von 1944 bis 1991 Hauptstadt der sozialistischen Republik Makedonien innerhalb des föderativen jugoslawischen Staates gewesen ist. Die sozialistische Zeit hat nicht zuletzt aufgrund des verheerenden Erdbebens von 1963 tiefe Spuren im Stadtbild hinterlassen, stammt doch ein großer Teil der Gebäude aus der Zeit danach. Für die dominante Regierungspartei, die nationalistische VMRO-DPMNE⁷, sind beide Perioden ein Anathema: die osmanische Herrschaft – das so genannte „türkische Joch“ – gilt ihr als dunkles halbes Millennium und die Zugehörigkeit zu Jugoslawien als Zeit der Unterdrückung des makedonischen Bestrebens nach Eigenständigkeit. Umso unerträglicher muss die offenkundige Präsenz dieser Geschichte im Stadtbild der Hauptstadt für die makedonischen Regierungsverantwortlichen sein, zumal sie beide Epochen als „uneuropäisch“ wahrnehmen. Skopje 2014 ist der gezielte Versuch, eine abgelehnte Geschichte zu überbauen.

Der Kontext

Die Umsetzung eines politisch motivierten architektonischen Programms ist kein makedonisches Spezifikum, ebenso wenig, dass sich die Machthaber von antiken Vorbildern inspirieren lassen (man denke an München). Aber warum startete die Regierung Makedoniens ein so umfassendes und zugleich unbeholfenes Vorhaben im Jahr 2010? Welche Motive, aber auch Ängste trieben sie an, warum dieser Stil?

Eine Antwort auf diese Fragen muss die Entwicklung des Landes seit seiner Unabhängigkeit (1991) sowie die aktuelle innen- und außenpolitische Konstellation in den Blick nehmen. Skopje 2014 ist ebenso Antwort auf konkrete, von der Regierung wahrgenommene Herausforderungen wie Ausfluss tiefsitzender ideologischer Überzeugungen. Eine erste Antwort liegt in der Differenzierung der Regierungszusammensetzung begründet: Skopje 2014 wird nicht von den gesamten Regierung vorangetrieben, sondern von deren ethnisch makedonischem Teil, der größten Partei des Landes, VMRO-DPMNE. Der kleinere albanische

⁶ Vgl. dazu die Abbildung in diesem Heft oben auf S. 5.

⁷ Vgl. zu den Parteien Makedoniens die Hinweise im Beitrag von Tim Graewert, bes. S. 14f.

Koalitionspartner, die Partei „Demokratische Union für Integration“ (DUI), steht dem Projekt hingegen ablehnend gegenüber. Schließlich stellt Skopje 2014 auch eine Botschaft im Dauerkonflikt zwischen makedonischer Mehrheit und albanischer Minderheit, deren Bevölkerungsanteil ca. 25 Prozent beträgt, dar. Skopje 2014 ist durchgängig ethnisch-makedonisch konnotiert, ohne die ethnische Vielfalt des Landes und der Stadt Skopje zu berücksichtigen. Die Bauwut dient letztlich auch dazu, den Besitzanspruch der Makedonier auf „ihre“ Hauptstadt, den sie durch die Albaner bedroht sehen, zu manifestieren.

Noch größeren Einfluss auf die zeitliche Dynamik sowie die stilistische Ausgestaltung von Skopje 2014 hat der außenpolitische Dauerkonflikt Makedoniens mit Griechenland, der so genannte Namensstreit. Dessen politische Brisanz wurde im Jahr 2008 deutlich, als Griechenland durch sein Veto die Aufnahme Makedoniens in die Nato verhinderte. Griechenland forderte, das Land müsse sich einen neuen Namen zulegen, da „Republik Makedonien“ einen territorialen Anspruch auf die Provinz gleichen Namens im Norden Griechenlands markieren würde. Angesichts des militärischen Ungleichgewichts – Griechenland gibt fast 40 Mal so viel Geld für seine Armee aus wie Makedonien – erscheint das Bedrohungsgefühl Griechenlands wenig plausibel; dennoch blockiert Griechenland mit Verweis auf die ungeklärte Namensfrage seit 2009 auch die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der EU mit Makedonien, das 2005 einen Beitrittsantrag gestellt hat.

Als Reaktion auf die Opposition Griechenlands – und gleichzeitig als bewusste Provokation – setzt die 2006 an die Macht gekommene VMRO-DPMNE ganz auf eine Kulturpolitik der „Antikisierung“.⁸ Diese gründet in der Behauptung, die heutigen Makedonier wären direkte Nachkommen der antiken Makedonen, weshalb die Geschichte des antiken makedonischen Reiches und somit Alexander der Große „in Wahrheit“ nicht Teil der griechischen, sondern der makedonischen Tradition seien. Diese These wurde von Obskurantisten und randständigen Intellektuellen schon zuvor postuliert, seit 2006 bestimmt sie aber offizielles Regierungshandeln. So wurde der Flughafen in Skopje in „Alexander der Große“ umbenannt, ebenso die wichtigste Autobahn, das Nationalstadion trägt heute den Namen „Philipp II. von Makedonien“.

8 Siehe Anastas Vangeli: Nation-building ancient Macedonian style: the Origins and the Effects of the so-called antiquization in Macedonia. In: Nationalities Papers 39 (2011), H. 1, S. 1-12.

Überall im Land entstehen Denkmäler, die die antiken Makedonen fest in der nationalen Vorstellungswelt der heutigen Makedonier verankern sollen. Historiker betonen die ethnische Kontinuität seit der Antike, Archäologen und Linguisten finden Beweise für die Ähnlichkeit des (nicht überlieferten) Idioms der antiken Makedonen mit dem heutigen Makedonischen (einer slawischen Sprache!); Genealogen liefern den naturwissenschaftlichen Nachweis einer verblüffenden Übereinstimmung der DNA der antiken Makedonen mit jener der heutigen Makedonier, während sich die Griechen – wenig überraschend – keines antik-makedonischen Blutes in ihren Adern rühmen können.

Diese umfassende Kulturpolitik, die einer gezielten Indoktrination gleicht, kreierte auch für die Makedonier eine glorreiche antike Vergangenheit. Selbstredend protestieren Regierung und veröffentlichte Meinung in Griechenland wütend gegen diese von ihnen als Geschichtsraub wahrgenommene Aneignung Alexanders des Großen durch die Republik Makedonien. Aus Perspektive der makedonischen Nationalisten wiederum hat die Selbststilisierung als Nachfahren der antiken Makedonen den ungeheuren Vorteil, sich als autochthones Volk präsentieren und somit einen besonders stichhaltigen Anspruch auf das Territorium Makedoniens begründen zu können. In der Logik balkanischer Nationalisten (aber nicht nur dieser) zählt die Währung der Geschichte zur Untermauerung territorialer Ansprüche allemal mehr als etwaige demografische und politische Realitäten in der Gegenwart. Mithin holen die Makedonier, deren offizieller Nationsbildungsprozess erst 1944 begonnen hat, das nach, was ihre Nachbarnationen bereits im 19. Jahrhundert geschafft haben: sich einen historischen Mythos zusammenzuzimmern, der auf den Ideen der Kontinuität und autochthonen Herkunft beruht. Unangenehm für die Makedonier ist bloß, dass die wesentlichen Bausteine ihres Mythos bereits integrale Elemente der Geschichtsbilder ihrer Nachbarn sind. Sie erfahren somit die aggressive Zurückweisung des Zuspätkommenden durch die Alteingesessenen. Hier schimmert ein dinghaftes Verständnis von Geschichte auf dem Balkan durch: Man kann sie besitzen, wie eine Sache, und dementsprechend will man sie weder teilen noch gar sich entwenden lassen.

Während die Antikisierung nach außen hin polarisiert, scheint sie trotz der Kritik im Lande ihren innenpolitischen Zweck für die Regie-

Regierung und veröffentlichte Meinung in Griechenland protestieren gegen die als Geschichtsraub wahrgenommene Aneignung Alexanders des Großen durch die Republik Makedonien.

rungspartei zu erfüllen: Die VMRO-DPMNE gewinnt regelmäßig Wahlen, die zwar europäischen Standards der Fairness nicht vollkommen genügen, aber dennoch ein realistisches Abbild der politischen Präferenzen abgeben. Die kitschige Architektur trifft den Geschmack der breiten Masse (bei einer Umfrage im September 2013 gaben 51 Prozent der befragten ethnischen Makedonier an, dass ihnen Skopje 2014 gänzlich oder partiell gefalle);⁹ die – mit der Regierungspartei verbandelte – Bauwirtschaft freut sich über große Aufträge und schafft Arbeitsplätze, was von der Regierung eines Landes mit einer Arbeitslosenrate von über 30 Prozent selbstverständlich als großer Erfolg ihres segensreichen Tuns gepriesen wird.

Identität bauen

Angesichts der Plumpheit der Ästhetik von Skopje 2014 fällt es nicht schwer, die intendierten Botschaften zu dechiffrieren. Die neo-klassizistische Architektur der Gebäude soll natürlich die Assoziation mit dem antiken makedonischen Erbe, von dem es in Skopjes Stadtbild keine materiellen Überbleibsel gibt, hervorrufen. Demselben Zweck dienen die Denkmäler für Alexander und seinen Vater Philipp, die sich offiziell „Krieger auf Pferd“ und „Krieger“ nennen, sowie für die Mutter Alexanders, Olimpia (dieses Denkmal trägt den Namen „Die Mütter Makedoniens“). An antik-makedonischen Vorbildern orientierte Ornamente auf

diversen Bauten sollen den Betrachter von der glorreichen Abstammung der Makedonier überzeugen.

Während es in Bezug auf die Antike gilt, sich Bestandteile des klassischen griechischen Kanons anzueignen, richtet sich die Repräsentation sowohl des Mittelalters als auch des 19. Jahrhunderts durch eine Reihe von Denkmälern primär gegen die bulgarische Interpretation der Geschichte Makedoniens. Bulgarien hat nach der Gründung des mo-



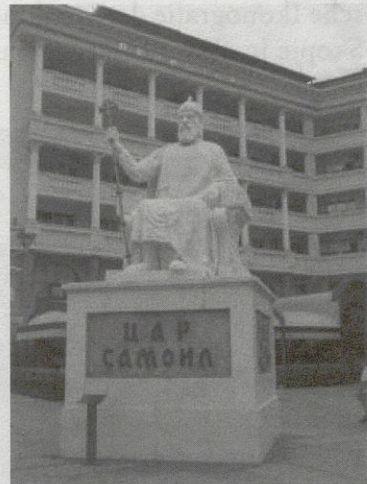
Reiterdenkmal Alexanders des Großen

⁹ Skopje 2014 Poll by ISSHS, <http://infoqram.am>

dernen bulgarischen Staates (1878) lange Zeit das Territorium Makedoniens für sich beansprucht; erst in jüngster Vergangenheit hat sich das offizielle Bulgarien dazu durchgerungen, die Makedonier als eigenständige Nation und das Makedonische als eigene Sprache anzuerkennen. Der Durchschnittsbulgare, und dazu gehören auch Intellektuelle sowie Politiker, betrachtet die Makedonier aber noch immer „eigentlich“ als Bulgaren. Umgekehrt fühlen die Makedonier die Grundlagen ihrer nationalen Identität – Sprache, Geschichte, Brauchtum – von den Bulgaren infrage gestellt. Die architektonische Antwort besteht in Denkmälern für den bulgarischen (aus makedonischer Perspektive: makedonischen) mittelalterlichen Herrscher Zar Samuil, für die Heiligen Kyrill und Method sowie ihre Schüler Naum und Kliment, die das Slawische als Bibelsprache mit eigener Schrift etabliert haben, sowie für eine Reihe von Nationalrevolutionären aus dem 19. Jahrhundert, die für die Befreiung Makedoniens von den Osmanen – und aus bulgarischer Sicht für den Anschluss an Bulgarien – gekämpft haben. Mithin gelingt es der makedonischen Regierung mit Skopje 2014, auch die bulgarische Regierung gründlich zu verstimmen.

Weitere Denkmäler für die Gründungsväter der makedonischen Teilrepublik innerhalb Jugoslawiens (1944/45) sowie für die Verteidiger Makedoniens gegen die albanischen Aggressoren im kurzen Bürgerkrieg von 2001 runden die historische Meistererzählung ab: Vor den Augen des Stadtbummlers entsteht das plastische Bild einer Nation, die sich einer ununterbrochenen Geschichte von 2.500 Jahren mit einer Reihe von Heroen rühmen kann, die weit über die Region hinaus gewirkt haben; eine Nation, die in der Vergangenheit Großes geschafft hat – nicht nur für sich, sondern auch für die europäische Zivilisation –, die gegen scheinbar übermächtige Gegner ihren Willen zur Eigenständigkeit bewahrt hat, die erfolgreich ihre Staatlichkeit und Unabhängigkeit erkämpft hat und die folglich für Großes berufen ist. Eine

Eine weitere Reihe von Denkmälern ist gegen die bulgarische Interpretation der Geschichte Makedoniens gerichtet.



Denkmal für Zar Samuil

solche Wirkung ihres nationalistischen Disneyland erhofft sich jedenfalls die Regierung. Und sollte der Flaneur die Botschaft nicht verstanden haben, dann wird sie ihm im neu errichteten „Museum des Makedonischen Kampfes für Souveränität und Unabhängigkeit – Museum für die Innere Makedonische Revolutionäre Organisation – Museum für die Opfer des kommunistischen Regimes“ (wohl der weltweit längste Namen für ein Museum) nochmals in aller Eindeutigkeit vermittelt: Großflächige Ölgemälde im Stile der Historienmalerei des 19. Jahrhunderts, mit Wachsfiguren nachgestellte historische Szenen und die unvermeidliche Instruktion durch den Führer, ohne den die Ausstellung nicht besucht werden darf, räumen die letzten Zweifel über die Glorie der makedonischen Nation aus.

Schlussbemerkung

Das Projekt Skopje 2014 verweist auf die Bedeutung, welche die Machthabenden in Makedonien der Geschichte als Ressource politischer Legitimität und Mobilisierung zuerkennen. Sie setzen dabei ganz auf einen heldenhaften Diskurs: Reiter und Schwerbewaffnete zieren heute das Stadtzentrum Skopjes; die dominante Geschichtskultur Makedoniens ist offenkundig noch nicht im post-heroischen Zeitalter angekommen. Warum auch: Immerhin sehen sich die Makedonier – nicht ganz zu Unrecht – noch immer in einen Kampf gegen übermächtige, missgünstige Nachbarn involviert. Bezeichnend ist die geschlechtsspezifische Ikonografie der Denkmäler: Mit Ausnahme Mutter Teresas (die in Skopje in eine albanische Familie geboren wurde)¹⁰ taucht prominent

nur eine namentlich nicht genannte Frau in antikem Gewande auf, die mit einem Kind schwanger geht, dieses säugt und aufzieht – am Brunnenensemble „Mütter Makedoniens“. Die Männer wiederum haben Namen und kämpfen für



„Die Mütter Makedoniens“

10 Vgl. auch den Textkasten in diesem Heft auf S. 47.

die Nation. Besser hätte man das Rollenverständnis des traditionellen Nationalismus, so wie es sich im 19. Jahrhundert entwickelt hat, nicht darstellen können.

Gerade diese anachronistisch erscheinende, regelrecht exaltierte Betonung des Heldenhaften verweist auf Unsicherheit, die ironischerweise die Vorwürfe der Nachbarn reflektiert, bei den Makedoniern würde es sich um eine künstliche Nation handeln: Eine 2013 veröffentlichte Studie erbrachte einen hohen Grad von Selbstzweifeln bei den befragten Makedoniern bezüglich ihrer nationalen Identität.¹¹ Die offenkundige Phallizität der Heldenstandbilder soll wohl den Penisneid und die Kastrationsängste der noch jungen makedonischen Nation kompensieren, im Angesicht von Nachbarn, die sich wiederholt an ihr – so wenigstens die Sicht der makedonischen Nationalisten – vergangen haben. Es steht zu hoffen, dass die weiteren Phasen der nationalen Entwicklung dem Stadtbild Skopjes nicht ähnliches Unheil widerfahren lassen.

Angeichts der Dominanz männlicher Darstellungen in den Denkmälern scheint im Programm von Skopje 2014 deutlich das Rollenverständnis des traditionellen Nationalismus auf.

11 Institut of social sciences and humanities, Skopje: Skopje 2014 Project and its Effects on the Perception of Macedonian Identity Among the Citizens of Skopje, 2013, <http://www.isshs.edu.mk/index.php?newsinfo=77>.

Ethnische Zusammensetzung der Republik Makedonien – Fakten und Probleme

Nita Starova ist seit 2008 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Skopje tätig.

Makedonien ist auch 23 Jahre nach der Unabhängigkeit ein Übergangsland mit einer zunehmend autokratischen und wenig partizipativen politischen Kultur, die kaum Raum lässt für die politische Beteiligung der Zivilgesellschaft. Durch den ca. 25-prozentigen Anteil albanischer Bevölkerung bildet Makedonien auch ein multiethnisches und multikulturelles Land. Unterschiedliche Interessen und Vorstellungen über die Entwicklung Makedoniens hatten jedoch 2001 fast zu einem Bürgerkrieg geführt. Durch das damals geschlossene Rahmenabkommen von Ohrid wurden die Regeln für das Zusammenleben in einer multiethnischen Gesellschaft festgeschrieben; dennoch ist das Verhältnis der Volksgruppen zueinander nach wie vor schwierig.

Die Republik Makedonien ist ein multiethnischer, multinationaler und multikultureller Staat. Die Mehrheitsbevölkerung machen ethnische Makedonier mit etwas weniger als zwei Drittel (64,2 Prozent) der Gesamtbevölkerung aus. Alle anderen ethnischen Gruppen wurden als Minderheiten anerkannt; allerdings sieht die Verfassung der Republik Makedonien den Begriff „Minderheiten“ nicht ausdrücklich vor, sondern bezeichnet diese als „Gemeinschaften, die nicht in der Mehrzahl sind“. Solche Gemeinschaften sind mit mehr als einem Drittel (35,8 Prozent) in der Bevölkerung in Makedonien vertreten:

- Albaner (ca. 25 Prozent)
- Türken (ca. 4 Prozent)
- Roma (ca. 3 Prozent)
- Serben (ca. 2 Prozent)
- andere (u. a. Bosniaken und Walachen)

In Anbetracht dessen, dass diese Angaben von der letzten Volkszählung in Makedonien aus dem Jahr 2002 stammen, geht man davon aus, dass sich die Prozentsätze inzwischen deutlich verschoben haben,

und zwar vor allem deshalb, weil viele Menschen – besonders junge Leute – das Land verlassen haben. Es ist davon auszugehen, dass gerade aus diesem Grund seitens der Regierung kein politischer Wille besteht, eine Volkszählung durchzuführen, da die Realität der Zahlen ihrer Politik nicht entspricht.

Nach dem Zerfall Jugoslawiens ist es Makedonien 1991 gelungen, die Unabhängigkeit auf friedliche Weise zu erreichen. Zehn Jahre später (2001) zerfiel jedoch mit dem Konflikt zwischen bewaffneten Vertretern der albanischen Gemeinschaft in Makedonien und den makedonischen Streitkräften der Mythos „Makedonien als Insel der Stabilität“. Die schnelle Schlichtung des Konflikts ohne eine große Anzahl an Opfern weist allerdings auf erhebliche Unterschiede zu den sonstigen kriegesischen Unruhen in der Region hin. Die Beilegung der Auseinandersetzungen wurde mit der Unterzeichnung des Ohrider Rahmenabkommens am 13. August 2001 erzielt, mit dem der multiethnische Charakter des Landes und seine Stabilität gewährleistet werden sollen.

Makedonien ist, wie die Auseinandersetzungen des Jahres 2001 gezeigt haben, keine „Insel der Stabilität“.

Das Ohrider Rahmenabkommen – ein Dokument zur Sicherung der Minderheitenrechte in Makedonien

Das Ohrider Rahmenabkommen ist ein Abkommen zur internen Festschreibung der Minderheitenrechte in der Republik Makedonien, das 2001 zwischen Vertretern der größten politischen Parteien unter Vermittlung von EU und USA unterzeichnet wurde. Durch das Rahmenabkommen wurde die Eskalation der Gewalttätigkeiten zwischen der ethnisch-albanischen UÇK¹ und den makedonischen Streitkräften beendet. Gleichzeitig wurde allen ethnischen Gemeinschaften in Makedonien die politische, gesellschaftliche und kulturelle Beteiligung sowie ihre ethnische Identität im Rahmen des makedonischen Staates garantiert. Das Abkommen zielte auf die Sicherung der Stabilität und Sicherheit des Landes und hat eine territoriale Zersplitterung verhindert.

Das Abkommen hat jedoch nicht zu wesentlichen Änderungen in den multiethnischen Beziehungen innerhalb Makedoniens beigetragen. Die

¹ Zur UÇK vgl. die Hinweise oben S. 19.

ethnische Frage stellt noch immer eine explosive Kraft dar, die die politischen Debatten im Land leitet. Gleichzeitig wird sie von bestimmten politischen Kräften als Instrument zur Ablenkung von den tatsächlichen gesellschaftlichen Problemen wie Armut und Arbeitslosigkeit und der schlechten sozialen und wirtschaftlichen Gesamtsituation missbraucht. Man debattiert auch immer noch darüber, ob das Ohrider Rahmenabkommen Makedonien nicht faktisch in einen binationalen Staat verwandelt hat, in dem der politische Diskurs nur auf den makedonisch-albanischen Konflikt beschränkt ist.

Ohrid: See und Stadt

Einen Gegenpol zum Ökotourismus der Nationalparks bildet die Stadt Ohrid am gleichnamigen See. Die Einheimischen nennen die Stadt gerne „biser balkanski“ – „Perle des Balkans“ und den See „naše more“ – „unser Meer“; schließlich hat Makedonien keinen Meereszugang und nicht immer sind bei einem Bad in der Weite des Wassers die gegenüberliegenden Berge auf albanischer Seite im Blick. Umliegende Karstquellen speisen diesen ältesten See Europas, der die weltweit größte Dichte an Tierarten, die nur hier vorkommen, aufweist. See und Stadt zusammen tragen wie nur wenige Orte der Welt gleichzeitig die UNESCO-Titel Natur- und Kulturerbe.

Mit den sprichwörtlichen 365 Kirchen – eine für jeden Tag im Jahr – und ihrer reichen Geschichte als mittelalterliches Zentrum altkirchenslawischer Literatur und Kunst wird die Stadt Ohrid bisweilen als „Jerusalem des Balkans“ bezeichnet. 2001 war Ohrid Unterzeichnungsort und Namensgeberin des Friedensvertrags zwischen Vertretern der makedonischen Mehrheitsbevölkerung und albanischen Aufständischen im Land.



Blick auf den Ohrid-See (Foto: Anna-Maria Thaler)

Vlatko Stojanov

Politische und gesellschaftliche Inklusion der Minderheiten

Nichtsdestotrotz spielen nationale Minderheiten im politischen Leben der Republik Makedonien eine aktive Rolle. Zwei große politische Parteien der ethnischen Albaner sind im Parlament vertreten, eine auch in der Regierung; die anderen nationalen Minderheiten (einschließlich der

Roma) sind ebenfalls durch eigene Parteien im Parlament und vor allem auf der kommunalpolitischen Ebene repräsentiert.

Weiterhin bestehen zahlreiche kulturelle Einrichtungen der nationalen Minderheiten wie Bibliotheken, Kulturbehörden, Museen, Kunstgalerien, Kulturzentren, Theater und Filmarchive, auch werden Festivals organisiert; allerdings wird dies alles nur unzureichend finanziell vom Staat unterstützt. Im makedonischen Radio und im Fernsehen werden Sendungen in albanischer, türkischer, walachischer, bosniakischer Sprache und in der Sprache der Roma ausgestrahlt. Parlamentssitzungen werden auf Makedonisch und Albanisch übertragen.

Der Unterricht in den Grund- und Mittelschulen wird in der Muttersprache der Schüler durchgeführt. In den Grundschulen in Makedonien wird in makedonisch, albanisch, türkisch und serbisch unterrichtet. In den Mittelschulen gibt es Unterricht auf makedonisch, albanisch und türkisch. Im Grunde führt dies jedoch vor allem im Bildungssystem, in den Medien und bei den politischen Parteien zu Parallelstrukturen und kaum zu der Verwirklichung eines multiethnischen Zusammenlebens. Dadurch werden interethnische Spannungen in Makedonien durch mangelnden Dialog und gegenseitige Klischees und Vorurteile immer wieder neu belebt.

In Makedonien gibt es kaum gemeinsame Erfahrungs- und Lebensräume für die albanisch- und makedonischsprachige Bevölkerung. Von Schulen bis zu Kaffeehäusern ist der öffentliche Raum strikt getrennt. Nach Ansicht vieler kann die Zukunft eines harmonischen interethnischen Makedonien jedoch nur durch eine bilinguale Erziehung von Beginn der Grundschule an erreicht werden. In der Realität existieren stattdessen parallele Öffentlichkeiten mit ihrer je eigenen Sicht auf die Wirklichkeit. Makedonische und albanische Perspektiven stehen sich oft diametral gegenüber. Ethnische Stereotypen tauchen vermehrt in Zeiten konfliktreicher politischer Debatten auf, die in der Regel zusätzlich durch den ethnischen Faktor überformt sind. In Makedonien besteht noch immer die Gefahr, dass die latenten interethnischen Konflikte wieder ausbrechen. Vor allem mit Blick auf die sich verschlechternden sozioökonomischen Lebensbedingungen muss damit gerechnet werden, dass aufgestaute Frustrationen sich in gewalttätigen interethnischen Aktionen entladen. Während auf nationaler Ebene keinerlei Bemühungen

Die interethnischen Spannungen in Makedonien werden durch mangelnden Dialog und gegenseitige Klischees und Vorurteile immer wieder neu belebt.

erkennbar sind, diese Konflikte zu überwinden, werden vor allem auf der lokalen Ebene immerhin zivilgesellschaftliche Ansätze entwickelt mit dem Ziel, eine funktionierende multiethnische Gesellschaft zu verwirklichen.

Besonders kritisch zu bewerten ist die nahezu vollständige *Diskriminierung der Roma*, von denen ca. 70 Prozent arbeitslos sind. Eine Intensivierung der Bemühungen zur Inklusion der Roma-Gemeinschaft in die makedonische Gesellschaft ist dringend notwendig. Wenn man in Betracht zieht, dass viele Roma-Kinder zum Betteln, zum Straßenverkauf und zu physischer Arbeit gezwungen werden, ist es vor allem wichtig, ihren Zugang zur Vorschul- und Schulausbildung zu verbessern.

Das Ohrider Rahmenabkommen sah vor, dass alle Minderheiten proportional zu ihrem Bevölkerungsanteil an Beschäftigungsmöglichkeiten im staatlichen und öffentlichen Sektor beteiligt werden. Dies betrifft hauptsächlich auf die größte Minderheit, die Albaner, zu, die bisher nicht ausreichend im öffentlichen Sektor vertreten gewesen sind. Allerdings besteht auch heute noch eine unzureichende Repräsentation der Minderheiten in der öffentlichen Verwaltung. Vielfach sieht es außerdem so aus, dass die aus Gründen der Quote eingestellten Personen keine klare Arbeitsplatzbeschreibung vorfinden. Manche bekommen das volle Gehalt ausbezahlt, ohne überhaupt am Arbeitsplatz zu erscheinen. Im letzten Fortschrittsbericht, der im Herbst 2013 veröffentlicht wurde, merkt die Europäische Kommission dazu kritisch an, dass der Trend der „quantitativen Einstellung“ von Angehörigen der Minderheiten in der Verwaltung anhält, und zwar ungeachtet des realen Bedarfs der staatlichen Institutionen und ihrer Aufnahmefähigkeit von neuen Angestellten.

Die Hälfte der Jugendlichen Makedoniens möchte wegen der schlechten Berufschancen das Land verlassen.

Für den Großteil der Bevölkerung (Makedonier, Albaner und andere) ist allerdings die wichtigste Frage, mit der

sie sich auseinandersetzen, die *Arbeitslosigkeit und nicht die ethnische Frage*. Die hohe Arbeitslosenquote von ca. 38 Prozent der Bevölkerung – betroffen ist vor allem die junge Generation – bildet das Hauptproblem aller Bürger in Makedonien, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Die Ergebnisse einer Jugendstudie, die in Makedonien im Rahmen eines Regionalprojekts 2013 durchgeführt worden ist, haben gezeigt, dass die Hälfte der Jugendlichen sich mit dem Gedanken trägt, wegen der schlechten Berufschancen das Land zu verlassen; ein Drittel von ihnen würde nie zurückkehren.

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Makedonien

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) unterstützt seit Anfang der neunziger Jahre den demokratischen Übergangsprozess auf dem Balkan. Das Büro in Skopje wurde im Februar 1996 eröffnet.

Die FES in Makedonien fördert den Transformationsprozess in den Bereichen des gesellschaftlich-politischen Dialogs (Demokratisierung), der Implementierung des Ohrider Rahmenabkommens, der Minderheitenpolitik, der euro-atlantischen Integration (EU und NATO), der regionalen und internationalen Zusammenarbeit, der Entwicklung des sozialen Dialogs und der Arbeitsbeziehungen. Durch verschiedene Maßnahmenreihen hat die FES dazu beigetragen, dass diese Ansätze weiterentwickelt wurden. Über Trainingsmaßnahmen und Workshops mit jungen Makedoniern aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen konnten funktionierende Dialogforen auf lokaler Ebene etabliert werden. In sechs Kommunen (Ohrid, Struga, Kumanovo, Kičevo, Tetovo, Štip) hat die FES zudem interethnische Kooperationsprojekte entwickelt. Vor allem durch die Maßnahmen mit jungen Menschen konnte dazu beigetragen werden, dass interethnische Spannungen abgebaut worden sind. Durch Maßnahmen mit 20 jungen Menschen mit unterschiedlichen religiösen, sozialen und ethnischen Hintergründen aus Struga und der albanischen Nachbarstadt Pogradec konnten die Teilnehmenden positiv erkennen, dass das Leben in einer multiethnischen Gesellschaft auch Vorteile hat.

Neben ihren nationalen Aktivitäten ist zu erwähnen, dass die FES auch überregional an der Frage der nationalen und ethnischen Minderheiten und der Lösung der damit verbundenen Probleme mitarbeitet. Die Minderheitenfrage bildet in allen Nachfolgestaaten Jugoslawiens im Hinblick auf ihre innere Stabilität und auf die Annäherung an die EU ein zentrales Thema. Ziel muss es sein, in der Gesetzgebung dieser Länder Minderheitenrechte zu garantieren und diese auch umzusetzen, damit die Teilhabe der Minderheiten in der Gesellschaft und im Staat intensiviert wird und sie die gleichen Rechte wie die Mehrheitsbevölkerung erhalten oder ihnen sogar zusätzliche kollektive Rechte gewährleistet werden, die mit ihrem kulturellen Erbe und der kulturellen Identität in Verbindung stehen.

Die FES hat die Durchführung einer Regionalstudie über die Jugend in den Ländern der gesamten Region eingeleitet, um die Standpunkte, die Wünsche und die Erwartungen der Jugend in den Nachfolgestaaten des

ehemaligen Jugoslawien zu erfassen. Ausgangspunkt war der Ansatz, dass die Vorstellungen der Jugend ein Indikator für die zukünftigen Tendenzen in der Gesellschaft und die langfristigen Perspektiven eines Landes sein werden. In Makedonien wurde diese Studie 2013 durchgeführt. Die Ergebnisse waren bei den Jugendlichen verschiedener ethnischer Zugehörigkeit nahezu identisch, was darauf hindeutet, dass sie mit den gleichen Problemen konfrontiert sind und es keine wesentlichen Unterschiede auf ethnischer Grundlage in Bezug auf die Lebensweise gibt. Anlass zur Sorge bereiten allerdings jene Angaben, denen zufolge unter den Jugendlichen in Makedonien die Bereitschaft zu ehrenamtlichen Aktivitäten gering ist, hingegen ein hoher Grad an Hass und Ablehnung hinsichtlich Homosexualität und anderer ethnischer Gruppen besteht. Die Toleranzschwelle ist also sehr niedrig – hier wird noch viel an Überzeugungsarbeit zu leisten sein.

Literaturhinweise:

- Mirjana Maleska*: Interethnic Relations in Macedonia: People Centred Analyses. In: New Balkan Politics 16 (2014); Download unter [http:// www.newbalkanpolitics.org.mk/documents/pdf/NBP_Maleska%20M.pdf](http://www.newbalkanpolitics.org.mk/documents/pdf/NBP_Maleska%20M.pdf)
- Jugendstudie Makedonien 2013*. Skopje: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2013.
- Power Sharing and the Implementation of the Ohrid Framework Agreement*. Skopje: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2008.
- Republic of Macedonia*: State Statistical Office.

Religiosität und säkulare Tendenzen in Makedonien

Dr. Aleksandar Spasenovski ist Assistenzprofessor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Kyrill und Method-Universität in Skopje. Von 2006 bis 2014 war er Mitglied des makedonischen Parlaments; außerdem war er Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er hat auch die Abbildung im Text zur Verfügung gestellt.

Geografie und Geschichte bestimmen die heutige religiöse Landschaft Makedoniens. Seit der Unabhängigkeit sehen sich die traditionellen Erkenntnisse jedoch säkularen Strömungen ausgesetzt, deren gesellschaftlicher Einfluss immer stärker wird. Der Beitrag vermittelt einen Überblick über diesen Prozess und die damit verbundenen Probleme.

I.

Die historische Entwicklung der Republik Makedonien wurde hinsichtlich ihrer Kultur, Souveränität und natürlich auch religiösen Gestaltung größtenteils durch die geografische Lage definiert. Das Land liegt in einer Region, in der stets große historische Auseinandersetzungen gegenüber lokal begrenzten Konflikten überwogen. Dennoch – und dies mag überraschen – spielt das kleine Land eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Geschichte der europäischen Zivilisation.

In der makedonischen Region marschierten viele starke westliche Armeen gegen Osten, und umgekehrt gab es starke Attacken des Ostens auf den Westen. Bei diesen Kampfbewegungen von West nach Ost und von Ost nach West kam es auch zu einem Zusammentreffen religiöser Elemente. Der christliche Westen beeinflusste gesellschaftliche Prozesse im muslimischen Osten, und umgekehrt wurden auch der christlichen Zivilisation des Westens durch den muslimischen Osten neue Werte vermittelt. Über mehrere Jahrhunderte hinweg marschierten große Heere unter dem Zeichen des Kreuzes über den Balkan und damit auch durch Makedonien, um Jerusalem und das Heilige Land für die Christenheit

zurückzugewinnen. Nach dem Fall Konstantinopels 1453 und dem Zusammenbruch des Byzantinischen Reiches verließ die Elite des orthodoxen Byzanz die Region; viele ließen sich in Westeuropa nieder und gaben den Anstoß zur Renaissance. Das Osmanische Imperium unterwarf nach und nach das Kerngebiet des Byzantinischen Reiches und drang im 15. Jahrhundert immer weiter nach Südosteuropa vor. Muslime besiedelten über viele Jahrhunderte hinweg die traditionell christlichen Länder des Balkans; viele Christen traten auch zum Islam über. Was das Verhältnis zwischen Staat und Kirche anbetrifft, so ist als eine Folge der osmanischen Herrschaft die Einführung des so genannten „Millet“ zu nennen, ein System, das allen Nichtmuslimen, egal ob Orthodoxen, Katholiken, Juden oder anderen religiösen Minderheiten, innerhalb des Osmanischen Imperiums religiöse und kulturelle Autonomie bot.

II.

Makedonien liegt im Herzen des Balkans, und im Laufe der Jahrhunderte brachte es die Geografie der Halbinsel mit sich, dass sich die dortigen Nationen auch mit allen anderen wichtigen Prozessen auseinander zu setzen hatten, die den europäischen Kontinent gestalten sollten. Diese Prozesse formten die religiöse Landschaft der Region und betrafen auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen Religion, Gesellschaft und Staat. Dazu gehört natürlich die Frage der Religionsfreiheit. Auch wenn es wenig wahrscheinlich klingt, haben die Anstöße der Reformation ebenso einen Nachhall in Südosteuropa gehabt wie die Überlegungen

von Niccolò Machiavelli, John Locke oder Thomas Hobbes. All das trug dazu bei, neue intellektuelle Prozesse anzustoßen, ähnlich wie Anregungen seitens der byzantinischen Denker, die im 15. Jahrhundert nach Westeuropa kamen und dem noch im Mittelalter verhafteten europäischen Denken aus der antiken Überlieferung heraus neue Energie einzuhauchen vermochten. Ihr geistiges Erbe wirkte auch im osmanisch beherrschten Gebiet nach.

In Makedonien trafen sich geistige Strömungen aus Ost und West und haben vielfältige Spuren in der Gesellschaft hinterlassen.

Durch die Entwicklung der modernen Rechtsstaatlichkeit in der Neuzeit und der letztlich darauf basierenden Entstehung von Völkerbund und Vereinten Nationen im 20. Jahrhundert sowie weiterer regionaler und überregionaler Organisationen – erwähnt sei als Beispiel

der Europarat – erfuhren sowohl die Religionsfreiheit bzw. die Rechte der Religionen als auch der Säkularismus eine eindeutige Begriffsklärung. Man muss sich diese Zusammenhänge vor Augen führen, um zu verstehen, wie der auf einer atheistischen und antireligiösen Weltsicht beruhende Kommunismus das makedonische Modell der Beziehungen zu den religiösen Überlieferungen und Strukturen im Lande gestaltete. Tatsache ist, dass das makedonische Volk von 1944 bis 1990 unter dem kommunistischen Regime Jugoslawiens lebte. Schließlich brachte das Ende des Kommunismus die Demokratie, und erst dieser Wandel ließ die Menschen und die im Lande etablierten Religionen so etwas wie wirkliche religiöse Freiheit spüren.

Doch der Verlauf der Geschichte endete nicht an diesem Punkt. Die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, sind ständige Erinnerungen daran, dass die Natur des Menschen nicht perfekt ist. Heute schlagen die Wellen aggressiver Anti-Theismen immer häufiger und heftiger auf die bewährten überlieferten und auf Religion basierenden kulturellen Werte. Die modernen europäische Nationen und damit auch die Republik Makedonien müssen sich beispielsweise mit dem Problem der Abtreibung, dem Umgang mit der Homosexualität, Fragen des Religionsunterrichts in öffentlichen Schulen, dem Bekenntnis eigener kultureller Werte durch religiöse Minderheiten und nicht zuletzt auch mit dem mangelnden religiösen Interesse der jungen Generation auseinandersetzen.

III.

Die Republik Makedonien gewann parallel zu den weltweiten historischen Prozessen ihre Souveränität. Am 8. September 1991, einem Schlüsseldatum in der modernen makedonischen Geschichte, stimmte das Volk im Rahmen eines Referendums für eine Abspaltung von Jugoslawien und für einen eigenständigen und unabhängigen Staat. Damit war zugleich die Grundlage zur Errichtung des makedonischen Rechtssystems gelegt, der die Verabschiedung der ersten demokratischen Verfassung Makedoniens am 20. November 1991 folgte, die bis heute in Kraft ist. Sie bezeichnet Makedonien als einen säkularen Staat, und dementsprechend hat der Staat lediglich allgemeine Rahmenbedingungen im Bezug auf die Rechte und Pflichten der Religionsge-

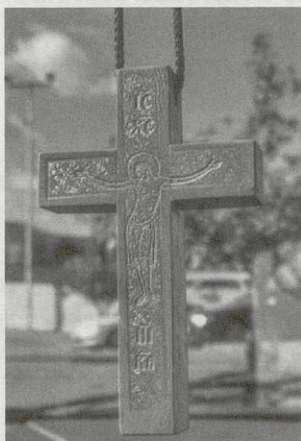
In der Verfassung Makedoniens wird die Gleichheit aller Bürger unabhängig von der religiösen Ausrichtung definiert.

meinschaften festgelegt, wonach die Republik Makedonien die Gleichheit aller Bürger unabhängig von der religiösen Ausrichtung definiert. Zudem garantiert der Staat die Religionsfreiheit und gestattet seinen Bewohnern die freie Religionsausübung, sei es alleine oder in Gemeinschaft mit anderen. Der Staat ermöglicht spezifischen Glaubensgemeinschaften die Gründung religiöser Schulen, Stiftungen und karitativer Einrichtungen.

Konkret werden die etablierten Glaubensgemeinschaften in drei Gruppen eingeteilt:

- Zur ersten Gruppe zählt die Makedonische Orthodoxe Kirche (Erzbistum Ohrid).
- Zur zweiten Gruppe werden die islamischen Religionsgemeinschaften, die katholische Kirche (römisch-katholisch und griechisch-katholisch), die evangelisch-methodistische Kirche und die jüdische Gemeinschaft gerechnet.
- Unter der dritten Gruppe werden „andere Religionsgemeinschaften oder religiöse Grupp(ier)ungen“ subsumiert.

Die Zuordnung der religiösen Organisationen in die genannten Gruppen bedeutet nicht, dass für sie in Makedonien unterschiedliche Regeln, Rechte oder Freiheiten gelten würden. Vielmehr ist sie aus dem historischen Kontext abzuleiten und verweist auf die besondere Bedeutung



des orthodoxen Christentums, auf dessen Erbe Makedonien sich größtenteils gründet und das durch die die Makedonische Orthodoxe Kirche (Erzbistum Ohrid) repräsentiert wird.

Die Verfassungsbestimmungen werden durch weitere Rechtsakte ergänzt, die im Großen und Ganzen in zwei Gruppen eingeteilt werden können. Die erste Gruppe betrifft unmittelbar, die zweite eher mittelbar den Status religiöser Organisationen. Ein Bestandteil der ersten Gruppe ist das Gesetz über religiöse Gemeinschaften und Grupp(ier)ungen aus dem Jahr 2007, das aufs Präziseste das makedonische Säkularismusmodell definiert. Durch diesen zentralen Rechtsakt werden das Wesen religiöser Organisationen, die Rolle kirchlicher Amtsträger und die Rechte kirchlicher Organisationen innerhalb des Staates bei der Ausübung ihrer jeweiligen Religion umschrieben. Zudem

definiert dieser Rechtsakt das Verhältnis des Staates zu kirchlichen Organisationen und regelt Fragen, die den Religionsunterricht, die Gründung von Schulen durch kirchliche Organisationen, Finanztransaktionen kirchlicher Organisationen und Ähnliches betreffen.

Mutter Teresa

Wer durch die makedonische Hauptstadt Skopje schlendert, stößt unweigerlich auf Spuren von Mutter Teresa: Mitten im Stadtzentrum befindet sich das „Mutter-Teresa-Haus“, das eklektisch Elemente eines alten makedonischen Bürgerhauses mit einer Kapelle und indischen Bauelementen vereint. Flankiert wird die 2009 eröffnete Erinnerungsstätte von einer drei Meter hohen Bronzestatue von Mutter Teresa sowie von einem Gedenkstein, der an das Geburtshaus der 2003 von der katholischen Kirche Seliggesprochenen erinnert.¹

Mutter Teresa wurde am 26. August 1910 als Anjezë (Agnes) Gonxha Bojaxhiu als Kind einer wohlhabenden albanischen Familie in Skopje, dem damaligen osmanischen Üsküp, geboren. Hier verbrachte sie ihre Kindheit und Jugend, ehe sie sich mit 18 Jahren den Loretoschwestern anschloss und 1929 nach Indien aufbrach. Die weitere Geschichte, ihre Hilfe und ihr Dienst an den Armen und Kranken in Kalkutta, ist bekannt – eher weniger bekannt ist der bizarre Streit, den sich Albaner und Makedonier heutzutage um Mutter Teresa liefern: Beide Seiten reklamieren sie für sich und so lassen sich auch zahlreiche Erinnerungsorte an Mutter Teresa in Albanien und Kosovo antreffen.

Stefan Kube

Neben Gesetzen beinhaltet die zweite Gruppe eine Reihe von Bestimmungen, die Themen wie die Gleichstellung der Geschlechter, das Bildungswesen, den wirtschaftlichen und kulturellen Sektor betreffen, insofern diese in irgendeiner Weise kirchliche Organisationen als Rechtsträger angehen.

Wie in jedem anderen Staat setzt sich das bestehende Säkularismusmodell aus einem Netzwerk von Institutionen zusammen, die über entsprechende Rechtsinstrumente zur Umsetzung der Maßnahmen und deren Kontrolle verfügen. In diesem Sinne befassen sich das Verfassungsgericht, die auf Dauer eingerichtete Untersuchungskommission zum Schutz von Freiheiten und Rechten des makedonischen Parlaments, der Ombudsmann, die Kommission zur Prävention von und zum Schutz vor Diskriminierung und vor allem die Kommission für die Beziehungen zu religiösen Gemeinschaften und Gruppen mit Fragen zum Status kirchli-

¹ Abbildungen des Mutter-Teresa-Hauses z. B. unter http://www.sto.at/de/architekten/referenzen_1/detail_22887.html.

cher religiöser Organisationen und zur Religionsfreiheit. Zu den Aufgaben dieser Kommission zählen unter anderem:

- die Erfüllung der Funktion eines Bindeglieds zwischen Staat und kirchlichen Organisationen,
- die Führung eines Registers, in dem alle kirchlichen Organisationen aufgelistet sind,
- die Kommunikation mit kirchlichen Organisationen in Bezug auf die Gründung religiöser Bildungseinrichtungen,
- die Bewilligung zur Anstellung ausländischer Arbeitskräfte für den Religionsunterricht und andere Lehrtätigkeiten.

IV.

An diese rechtlichen Rahmenbedingungen ist die Realität in der Republik Makedonien gebunden. Die makedonische Religionslandschaft kann durchaus als bunt bezeichnet werden. Dennoch dominieren laut Volkszählung aus dem Jahr 2002 die orthodoxen Christen mit nicht weniger als 60 Prozent der Gesamtbevölkerung, gefolgt von 30 Prozent Muslimen und Vertretern weiterer christlicher Konfessionen; Juden und Atheisten machen je ein Prozent der Bevölkerung aus.

Nach Stand vom November 2014 bestehen gemäß des Registers der Kommission für die Beziehungen zu religiösen Gemeinschaften und Gruppen in der Republik Makedonien neben den oben genannten verfassungsrechtlich definierten religiösen Organisationen 25 weitere eingetragene Konfessionen. Danach wird die religiöse Landschaft Makedoniens bereichert z. B. durch Adventisten,

Baptisten, Angehörige der Neuapostolischen Kirche und evangelikaler Gruppierungen; außerdem gibt es Zeugen Jehovas und Mormonen. Das religiöse Gedankengut des Os-tens

wird durch das Satya Sai-Zentrum² verkörpert, daneben gibt es eine Reihe kleinerer islamischer Gemeinschaften.

Blickt man nun auf die politischen Parteien in der Republik Makedonien, ergibt sich der etwas überraschende Befund, dass sie in Bezug auf

Die Makedonische Orthodoxe Kirche bemüht sich um Erhaltung ihres traditionellen Status in Staat und Gesellschaft.

2 Aus Indien stammende religiöse Bewegung, benannt nach ihrem Begründer Sathya Sai Baba (1926-2011); weitere Hinweise z. B. unter <http://www.sathya-sai.info/>.

die Frage der Säkularität bis heute noch keine übereinstimmende Position entwickelt haben. Wie nicht anders zu erwarten sind die Parteien der Linken eher Verfechter einer ausgeprägteren Form der Säkularität, derzufolge sich der Staat weitergehenden säkularen Tendenzen gegenüber offen zeigen sollte. Hingegen versuchen Parteien, die politisch eher dem rechten Spektrum zuzuordnen sind, säkularen Entwicklungen entgegenzuwirken, etwa durch Bemühungen, den Status etablierter Kirchen – besonders den der Makedonischen Orthodoxen Kirche (Erzbistum Ohrid) – zu verbessern. Dies führt, wenn man die ethnischen Spannungen innerhalb Makedoniens berücksichtigt, natürlich auch dazu, dass es Bestrebungen gibt, den Status der islamischen Gemeinden zu verbessern; hier stehen dann besonders Makedonier gegen Albaner.³

Im Unterschied zu Verbänden, politischen Parteien und den religiösen Einrichtungen, die natürlich direkt betroffen sind, befassen sich zivilgesellschaftliche Organisationen in Makedonien kaum mit religiös konnotierten Themenstellungen. In solchen Organisationen wird stattdessen eher über Themen diskutiert, die teilweise in diametralem Gegensatz zu den Interessen kirchlicher Organisationen stehen, etwa wenn es um eine Vertiefung des Säkularismus und Verdrängung religiöser Organisationen aus dem öffentlichen Leben bis hin zu einer Atheisierung der Gesellschaft geht. Allerdings gibt es auch Organisationen, die den entgegengesetzten Weg beschreiten, wie z. B. die Konrad-Adenauer-Stiftung, die sich von ihrer makedonischen Vertretung aus seit 15 Jahren unter anderem aktiv für die Förderung der religiösen Toleranz einsetzt, den Dialog zwischen den religiösen Organisationen fördert und damit deren Rolle in der Gesellschaft zu stärken hilft.

V.

Die Republik Makedonien sieht sich hinsichtlich des Status der religiösen Organisationen und der Religionsfreiheit mit zwei Herausforderungen konfrontiert. Zum einen handelt es sich um Themen, die alle westeuropäischen Länder betreffen und überregional debattiert werden. Zum anderen sind es Herausforderungen, die speziell die Republik Makedonien betreffen. Diese sind meines Erachtens überschaubar, dennoch muss sich der Staat ihnen stellen:

³ Vgl. dazu auch den Beitrag von Nita Starova in vorliegendem Heft.

- Lösung der Probleme innerhalb der orthodoxen Kirche, die ihre Ursache in der Existenz einer gesetzlich nicht anerkannten Gruppierung haben;⁴
- Umgang mit dem Auftreten des muslimischen Bektashi-Ordens;⁵
- Antworten der Glaubensgemeinschaften auf die gesellschaftlichen Folgen von Landflucht und demografischem Wandel.

Seit Entstehung der Welt bis heute und auch künftig wird Gott das Zentrum sein, um das sich die gesamte Geschichte der Menschheit entwickeln wird. Blickt man auf Makedonien, so ist religiöse Landkarte durch Geschichte und Geografie geprägt – von Byzanz über das Osmanische Reich und die Zeit des Kommunismus bis heute. Sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht wird Makedonien sein Schicksal mit den Nationen Europas teilen. Zwischen den Mitgliedern verschiedener Religionen muss das Gespräch weitergehen, damit für die Probleme, die immer wieder kommen werden, Lösungen entwickelt werden.

Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Hartl.

-
- 4 Hintergrund für diese Formulierung des Autors ist die Tatsache, dass sich die Makedonische Orthodoxe Kirche 1967 für unabhängig (autokephal) erklärt hat, was die Serbische Orthodoxe Kirche, zu der die orthodoxen Christen Makedoniens bis dahin zählten, bis heute nicht anerkennt; dies gilt für die orthodoxen Kirchen weltweit. Innerhalb Makedoniens besteht seither ein von der Serbischen Orthodoxen Kirche eingerichtetes eigenes Erzbistum Ohrid, das von den übrigen orthodoxen Kirchen als kanonisch anerkannt wird (Anm. d. Redaktion).
 - 5 Eine lehrmäßig moderat ausgerichtete Strömung des Islam, die besonders in Südalbanien verbreitet ist; vgl. dazu Stephanie Schwandner-Sievers: Religion und Nation in Albanien. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 11 (2010), H. 4, S. 276–285, hier S. 277.

Makedoniens Eisenbahn- und Straßennetz

Marinela Todorovska M. A. hat an der Universität Leipzig am Institute for Global und European Studies studiert und sich schwerpunktmäßig mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Makedoniens befasst.

Sowohl am Korridor X (Nord-Süd)¹ als auch am Korridor VIII (Ost-West) gelegen, kommt Makedonien in Südosteuropa eine besonders wichtige geografische Lage zu. Deshalb hilft die Weiterentwicklung des Schienen- und Straßennetzes nicht nur der Wirtschaft Makedoniens, vielmehr profitieren auch andere Länder von diesen Verbindungen. Der vorliegende Beitrag bietet einen Überblick über die makedonische Verkehrsinfrastruktur und wirft auch einen Blick auf die besondere Situation an den Grenzübergängen.

Das Schienennetz

Die erste Bahnstrecke des Landes wurde 1873 gebaut und führte durch das Gebiet der heutigen Republik Makedonien von Skopje nach Thessaloniki. Anschließend wurde sie nordwärts bis nach Serbien verlängert und während des Ersten bzw. Zweiten Weltkriegs um zusätzliche Strecken ergänzt. Nach den Kriegen wurde das makedonische Schienennetz erneuert, weitere Strecken kamen hinzu.²

Hinsichtlich der Eisenbahnverbindungen ist der Korridor X, der der Nord-Süd-Verbindung durch Makedonien entspricht, derzeit die Hauptlinie innerhalb des Landes und gleichzeitig ihre bedeutendste Verbindung mit anderen Ländern. Korridor X ist zugleich Teil des paneuro-

1 Darunter sind die Paneuropäischen Verkehrskorridore zu verstehen, die auf mehreren Konferenzen in den neunziger Jahren von den europäischen Verkehrsministern entworfen und für den Ausbau vorgesehen wurden. Weiterführende Hinweise finden sich z. B. unter <http://www.internationaltransportforum.org/IntOrg/ecmt/paneurop/Paris2003/Tina.pdf> (mit Karte).

2 Ausführliche Informationen zum Folgenden bietet die Homepage der Staatlichen Makedonischen Eisenbahngesellschaft <http://www.mzi.mk/> (auch in englischer Sprache).

päischen Korridors X, der Österreich mit Griechenland verbindet und sich sowohl auf die Bahnstrecken- als auch auf die Straßeninfrastruktur bezieht. Entlang des makedonischen Teils der Strecke gilt eine Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h, während die Durchschnittsgeschwindigkeit der Züge im Land 80 km/h beträgt. Laut Angaben der Staatlichen Makedonischen Eisenbahngesellschaft verfügt die Eisenbahn insgesamt über 925 km Gleise, von denen 226 km an Bahnsteigen liegen; außerdem gibt es 102 km gewerblich genutzte Schienen. 312,66 km Strecke sind elektrifiziert.

Das Schienennetz Makedoniens ist veraltet, wird jedoch in den kommenden Jahren durch umfangreiche Investitionen erneuert werden.

Der wichtigste Bahnhof Makedoniens befindet sich in der Hauptstadt Skopje und wird derzeit umgebaut. Alle Inlandsverbindungen beginnen an diesem Bahnhof; es handelt sich um

folgende, die auch auf der beigefügten Grafik zu erkennen sind (jeweils mit Richtungsangabe):

- Skopje - Veles (Süd)
- Skopje - Veles, Negotino, Gevgelija (Süd - Südost)



Karte des Bahnstreckennetzes der Republik Makedonien³

3 Quelle: <http://www.weltkarte.com/europa/mazedonien/karte-eisenbahnnetz-mazedonien.htm>

- Skopje - Veles, Prilep, Bitola (Südwest)
- Skopje - Veles, Sveti Nikole, Štip, Kočani (Ost)
- Skopje - Tetovo, Gostivar, Kičevo (West)
- Skopje - Kumanovo (Nord)

Grundsätzlich ist zu sagen, dass das Schienennetz Makedoniens weniger entwickelt ist als das Straßennetz – Bahnfahren zählt damit zu den langsamsten Arten des Reisens. Allerdings wurde vor kurzem seitens der Regierung der Beschluss gefasst, alte Züge durch neue zu ersetzen und das Schienennetz generell zu modernisieren, um die Infrastruktur des Bahnverkehrs zu verbessern. Hierfür werden als Triebfahrzeuge vier Hochgeschwindigkeitszüge mit Dieselantrieb und zwei elektrisch angetriebene Züge von dem chinesischen Unternehmen „China South Locomotive & Rolling Stock Corporation“ (CSR) erworben. Außerdem ist die Anschaffung neuer Güterzüge und die Instandsetzung bestehender Güterzüge geplant. Dies soll bis zum Sommer 2015 verwirklicht werden, was von enormer Wichtigkeit für den makedonischen Eisenbahnverkehr wäre, denn seit 35 Jahren wurden keine neuen Züge mehr erworben.

Einen weiteren Entwicklungsschub kündigte Irfan Asani, Direktor der Staatlichen Makedonischen Eisenbahngesellschaft für Eisenbahninfrastruktur, mit dem schon erwähnten Umbau des Hauptbahnhofs in Skopje und der Modernisierung zwanzig weiterer Bahnhöfe in der gesamten Republik an, von denen sich zehn entlang des Korridors X befinden. Ebenso gab er die Erneuerung alter Signalrelais bekannt. Laut Asani werden außerdem Reparaturmaßnahmen an den Gleisen und Gleisbrücken durchgeführt und zudem die Voraussetzungen für eine Zuggeschwindigkeit von 120 km/h entlang dreier Abschnitte des Korridors X geschaffen. Seiner Darstellung zufolge ist diese Geschwindigkeit bereits entlang des Abschnitts Kumanovo - Tabanovce (Nord) und Miravci - Smokvica (Süd) möglich; z. Zt. werden entsprechende Gleisbauarbeiten am Abschnitt Demir Kapija - Negotino (Mitte-Süd) durchgeführt.

Als weitere Verbesserung im Bereich des Schienenverkehrs wurde die Instandsetzung der stillgelegten Verbindung Bitola - Kremenica, einer Abzweigung des Korridors X, angekündigt, wodurch eine neue Bahnverbindung zwischen der Republik Makedonien und Griechenland in Aussicht steht, was zur Verbesserung des Handels und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern beitragen würde. Zusätzlich ist im Rahmen des Abschnitts Bitola - Kremenica die Anlage eines Schienenstrangs in das Gewerbegebiet Žabeni bei Bitola geplant. Da eine An-

bindung an den Hafen von Thessaloniki vorgesehen ist, würde die Verwirklichung des Gesamtvorhabens für diese Industriezone von enormer wirtschaftlicher Bedeutung sein.

Wie bereits erwähnt, bildet der Korridor X in Bezug auf die Bahnlinien zwischen der Republik Makedonien und ihren Nachbarländern momentan die Hauptverbindung, die das Land mit seinen nördlichen und südlichen Nachbarn vernetzt. Dazu gehören drei Bahn-Grenzübergänge, von denen zwei Bestandteil des Korridors sind: Tabanovce (nahe Kumanovo) verbindet die Republik Makedonien mit Serbien im Norden, Bogorodica (nahe Gevgelija) stellt die Verbindung zu Griechenland im Süden dar. Der dritte Bahn-Grenzübergang Volkovo (nahe Skopje) dient als Anbindung an den Kosovo.

Keine Bahnlinien gibt es bis heute zwischen der Republik Makedonien und ihren Nachbarn im Osten und Westen, Bulgarien und Albanien. Im Rahmen des Korridors VIII, der die Adria mit dem Schwarzen Meer verbinden soll, sind die Planungen für eine Transversale von Albanien über Makedonien nach Bulgarien im Gange. Diese Verbindung würde einen wichtigen Beitrag zur Ankurbelung der Wirtschaft und zu einem verstärkten Austausch von Gütern zwischen den Ländern darstellen. Hinsichtlich des makedonisch-bulgarischen Verbindungsstücks

Tabak

Zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen in Makedonien zählt der Tabakanbau, was sich auch im makedonischen Staatswappen widerspiegelt: Neben Weizenähren und Mohnfrüchten ist die Tabakpflanze Teil des Staatswappens.⁴ Tabak und Tabakprodukte machen etwa ein Viertel der landwirtschaftlichen Exporte des Landes in die EU aus. Erst im Frühling 2014 schloss der weltweit größte privatwirtschaftliche Hersteller von Tabakprodukten, Philip Morris, ein strategisches Abkommen mit dem Tabakunternehmen „Tutunski Kombinat“ in der südmakeдонischen Stadt Prilep. Ob davon auch die geschätzt 30.000 Familien profitieren, die in Makedonien vom Tabakanbau leben, bleibt abzuwarten. 2011 kam es zu langanhaltenden Protesten der Tabakbauern. Grund dafür war das staatliche Tabakmonopol, das es den Bauern verbietet, ihre Ware frei auf dem Weltmarkt zu verkaufen, wenn sie staatliche Zuschüsse erhalten wollen. Ohne diese würden die Bauern jedoch nicht auskommen, da die Aufkaufpreise der vom Staat lizenzierten privaten Käufer künstlich niedrig gehalten werden. So fließt der Gewinn aus dem Tabakanbau bisher vor allem in die Taschen einiger weniger.

Stefan Kube

⁴ Abbildung des Staatswappens unter http://de.wikipedia.org/wiki/Wappen_Mazedoniens#mediaviewer/File:Coat_of_arms_of_the_Republic_of_Macedonia.svg

dieses Korridors sieht die makedonische Seite die Realisierung der drei Teilabschnitte Kumanovo - Beljakovce, Beljakovce - Kriva Palanka und Kriva Palanka - Deve Bair vor; am ersten Bauabschnitt wird bereits gearbeitet, die beiden anderen sind in Planung. Was den Teil der makedonischen Bahnverbindungen anbetrifft, der nach Albanien führt, ist der Bau einer Bahnstrecke zwischen Kičevo und Lin (Albanien) geplant, der in ca. zwei Jahren begonnen werden soll. Die Fertigstellung des gesamten Korridors VIII ist für das Jahr 2022 vorgesehen.

Einen großen Vorteil stellen die genormten Gleise dar: Die Breite der Schienen ist also überall gleichbleibend, sodass die jeweiligen Lokomotiven auch beim grenzüberschreitenden Verkehr nicht ausgetauscht werden müssen. Die Republik Makedonien ist zudem Mitglied des Inter Rail-Systems, das den Bürgern Europas das Reisen mit der Bahn erleichtert und damit auch eine höhere Nutzung verspricht. Insgesamt lassen, um ein kurzes Fazit zu ziehen, die aufgeführten Projekte zur Sanierung einiger Abschnitte des bestehenden makedonischen Bahnnetzes und zur Errichtung neuer Teilstrecken und Verbindungen zu den Nachbarländern auf eine bessere Zukunft des makedonischen Bahnverkehrs hoffen.

Das Straßennetz

Das Straßennetz der Republik Makedonien befindet sich qualitativ in gutem Zustand und umfasst insgesamt 14.182 km Nationalstraßen, Autobahnen, Regional- und Gemeindestraßen (911 km Nationalstraßen, 242 km Autobahnen, 3.771 km Regionalstraßen und 9.258 km Gemeindestraßen).⁵ Zwei Hauptkorridore (Korridor VIII und Korridor X) führen – ganz ähnlich wie beim Eisenbahnnetz – durch das Land und sorgen für dessen internationale Anbindung. Allerdings ist in diesem Fall der Straßenkorridor VIII vollständig und führt quer durch Makedonien von West nach Ost.

Zwei Hauptkorridore (Korridor VIII und Korridor X) durchqueren das Land und sorgen für dessen Anbindung an das internationale Straßennetz.

Die makedonischen Autobahnen und Nationalstraßen sind mit A1, A2, A3 und A4 gekennzeichnet. Die Route A1 (der makedonische Teil des gesamteuropäischen Korridors X) beginnt am makedonisch-serbischen Grenzübergang Tabanovce (nahe Kumanovo), führt weiter durch

⁵ Staatliche Makedonische Gesellschaft für Straßenbau (<http://www.roads.org.mk/>).

Veles, Negotino, Demir Kapija nach Gevegelija und ist mit dem makedonisch-griechischen Grenzübergang Bogorodica verbunden. Diese Route steht außerdem in Verbindung mit dem Straßenabschnitt Gradsko – Prilep (A3). Die Route A2 verbindet Deve Bair an der makedonisch-bulgarischen Grenzen mit Kjafasan an der albanischen Grenze; sie verläuft durch Kriva Palanka, Skopje, Tetovo, Gostivar, Kičevo und Struga. Die Route A3 beginnt in der Nähe von Ohrid und führt nach Deve Bair an der Grenze zu Bulgarien. Schließlich verbindet die Route A4 den zum Kosovo (Blace) angrenzenden Landesteil mit dem an Bulgarien (Novo Selo) angrenzenden Teil und führt durch Skopje, Sveti Nikole, Štip, Radoviš und Strumica.⁶



Die Regionalstraßen Makedoniens sind mit „R“ gekennzeichnet, ihr Netz ist gut entwickelt und sie begünstigen in hohem Maße zusammen mit den Gemeindestraßen die Entwicklung von Handel und Landwirtschaft.

Die Staatliche Makedonische Gesellschaft für Straßenbau ist für die Instandhaltung, den Neubau und die Erneuerung von Straßen im Land zuständig. Laut Auskunft der Gesellschaft gibt es derzeit etliche Neubau-, Instandsetzungs-, Instandhaltungs- und

Modernisierungsprojekte. Beispielsweise wurde kürzlich ein Vorhaben zur Erneuerung der folgenden Straßenabschnitte angekündigt: Bitola - Resen (Süd-West), Debar - Boškov Most (West), Kočani - Delčevo (Ost), Delčevo - Golak (Ost) und Kriva Palanka - Rankovce (Ost).

Die Lage Makedoniens ist in Bezug auf die Verbindung zu anderen Ländern sehr wichtig, und so führen durch das Landesgebiet einige internationale Routen, wie beispielsweise die Europäische Route E75 als Teil des internationalen E-Straßennetzwerks. Beginnend in Finnland führt diese Route über Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Serbien, die

6 Die nachfolgende Skizze zeigt als Beispiel den ungefähren Verlauf der Hauptstraßenverbindungen A1 und A2. Eine detaillierte Straßenkarte findet sich unter <http://www.ezilon.com/maps/europe/macedonia-road-maps.html>.

Republik Makedonien und endet in Griechenland (Insel Kreta). Durch Makedonien führte ebenso die Schnellstraße „Brüderlichkeit und Einheit“ (Autoput „Bratstvo i jedinstvo“) als Verbindung von Österreich nach Griechenland. Diese Schnellstraße durchquerte die vier ehemals jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien, Kroatien, Serbien und Makedonien.⁷

Im Hinblick auf die Straßenverbindungen zu ihren nördlichen und südlichen Nachbarländern ist die Republik Makedonien durch zahlreiche Grenzübergänge an beiden Enden des Korridors X gut angebunden. Zusätzlich zum erwähnten Grenzübergang Tabanovce (A1) gibt es zu Serbien die Grenzübergänge Sopot und Pelince, zusätzlich zu Bogorodica (A1) und Medžitlija (A3) zu Griechenland den Übergang Star Dojran. Die bereits erwähnte Hauptstraßenachse Korridor VIII entspricht der Straßenverbindung zwischen der Republik Makedonien und ihren westlichen und östlichen Nachbarn Albanien und Bulgarien. Diese Transversale verläuft von der Grenze mit Bulgarien durch Kumanovo – Skopje – Gostivar – Struga nach Kjaľasan an der albanischen Grenze. Der längste makedonische Teil dieses Korridors ist die bereits erwähnte Route A2.

Durch Makedonien führte die Schnellstraße „Brüderlichkeit und Einheit“, der legendäre Autoput.

Kürzlich wurde der Bau von zwei neuen Autobahnen angekündigt, die jeweils Teile des Korridors sein werden, zum einen die Route „Goce Delčev“ (Skopje – Štip) im östlichen Landesteil und andererseits die Route „Mutter Teresa“ („Majka Tereza“) (Kičevó – Ohrid) im westlichen Teil. Im Bau befindet sich außerdem eine Autobahn von Demir Kapija nach Smokvica (als Teil des Korridors X), die zum makedonisch-griechischen Grenzübergang Bogorodica führen wird.

Auf den Straßenverbindungen von Makedonien nach Bulgarien gibt es die drei Grenzübergänge Deve Bair/Gyueshevo (Route A2), die die Städte Kriva Palanka und Kyustendil verbindet, weiterhin Delčevó/Logodaš (A3) als Verbindung zwischen Kočani und Blagoevrad und Novo Selo/Zlatarevo (A4) zwischen den Städten Stumica und Petrič. Der frequentierteste Grenzübergang ist Deve Bair/Gyueshevo. Seit langem sind zusätzlich die Grenzübergänge Klepalo (Berovo – Strumyani), Ađučki Kladenec (Pehčevó – Simitli) und Crna Skala (Delčevó – Kyu-

⁷ Zum Autoput vgl. auch den Beitrag von Edi Matić: „Brüderlichkeit und Einheit“: Der Autoput. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 15 (2014), H. 3, S. 183-191.

stendil) geplant. Außerdem bestehen vier makedonisch-albanische Grenzübergänge bei Stenje (Resen), Sveti Naum (Ohrid, A3), Kjafasan (Struga, A2) und Blato (Debar).

Wie bereits vermerkt ist die makedonische Straßeninfrastruktur besser entwickelt als das Eisenbahnnetz, weshalb die Straßen hauptsächlich dem Güter- und Individualverkehr dienen. Dennoch werden die geplanten Baumaßnahmen am Eisenbahnnetz zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes beitragen und auch dafür sorgen, dass mehr Touristen ins Land kommen. Zudem wird auch die geplante Bahnverbindung zwischen Adria und Schwarzem Meer zumindest auf dem Papier zu einer Zunahme an Personentransporten und Güterverkehr führen und damit, wie die makedonische Seite hofft, zu einem wirtschaftlichen Aufschwung beitragen. Ob dies tatsächlich der Fall sein wird, muss die Zukunft erweisen.

Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Hartl.

Makedonien, der Balkan und Europa als „Zeit-Raum-Spiel“¹

Dr. Angelina Banović-Markovska ist Privatdozentin an der Fakultät für Philosophie der Kyrill und Method-Universität in Skopje, Makedonien. Sie ist außerdem Mitglied des Makedonischen Schriftstellerverbandes und wirkt als Herausgeberin und Autorin (u. a. in: Don't You FYROM Me: Contemporary Macedonian Short Stories. Osiejk 2009).

Welchen Stellenwert hat Makedonien in Europa, wo war und ist dieses kleine Land in Europas Geschichte und Tradition im wörtlichen und im übertragenen Sinn „verortet“? Die Autorin, Philosophin und Schriftstellerin, findet einen überraschenden, nicht ganz leichten Zugang, wenn sie sich auf die Suche nach einer Antwort macht. Sie mutet den Leserinnen und Lesern Einiges zu, aber die Lektüre lohnt sich.

I.

Seit einer Reihe von Jahren herrscht in Abhandlungen und Diskussionen über die geistige Entwicklung Europas die Ansicht vor, dass unser Zeitalter von einer großen Unsicherheit geprägt ist – genauer gesagt: Es geht um das Verhältnis von Raum und Zeit und ihrer beider Einfluss auf die Geschichte der Gesellschaft und die Biografie des Individuums.

Michel Foucault fasste diese Phänomen in folgende Worte: „Der Raum, in dem wir leben, durch den wir aus uns herausgezogen werden, in dem sich die Erosion unseres Lebens, unserer Zeit und unserer Geschichte abspielt, dieser Raum, der uns zernagt und auswäscht, ist selber auch ein heterogener Raum.“² Damit wird klar, dass das Subjekt nur

1 Analog gebildet zu Martin Heideggers „Zeit-Spiel-Raum“, ein Grundbegriff seines philosophischen Denkens; vgl. dazu Emiko Kumagai: Zeit-Spiel-Raum. Heideggers Philosophie des Seinkönnens. Diss. München 2005; einsehbar unter http://edoc.ub.uni-muenchen.de/3708/1/Kumagai_Emiko.pdf.

2 Michel Foucault: Des espaces autres (conférence au Cercle d'études architecturales, 14. März 1967), Architecture, Mouvement, Continuité, 5/1984, S. 46-49. – Eine deutsche

innerhalb eines geografischen Kontextes und in Beziehung zu Zeit und Geschichte existiert. Darüber hinaus muss, wenn man dem Subjekt gerecht werden will, auch der *historische Gesamtrahmen*, in dem es lebt, berücksichtigt werden. Diesem historischen Ansatz kommt also, unbeschadet der „Totalität aller Ideologien“, eine entscheidende Rolle zu.

Wenn man sich mit den Arbeiten des makedonischen Schriftstellers Slavko Janevski³ vertraut macht, identifiziert man rasch seinen mythischen Topos „Kukulino“ als eine dieser Erfahrungen. Dieser fiktionale Begriff bezieht sich auf einen tatsächlichen geografischen Ort (die Hänge des Berges Skopska Crna Gora), verdichtet jedoch zugleich den historischen, geografischen und biografischen Rahmen des chaotischen Kosmos Makedoniens und wird somit zu einer Art Weltachse von Schicksalen. Die Trilogie *Die Wunder der Schrecklichkeit* (1987) beschreibt dieses „Zeit-Raum-Spiel“ des Kukulino folgendermaßen: „Die ganze weite Welt ist ein gigantischer Kukulino, genau wie Kukulino eine winzige Welt, lustig und tragisch, verdreht und grotesk ... apathisch und fromm, lebhaft und kleinlaut ... manchmal auch überschwänglich in der Täuschung und in geheimem Einverständnis mit Heiligen; zu anderen Zeiten betrogen durch Heilige und ebenso vom Bewusstsein im Stich gelassen.“⁴ Obwohl der Roman gewisse historische Ereignisse (wie beispielsweise die Rattenplage, die die Pest quer über Europa verbreitet, die Eroberung Skopjes 1392 durch die Osmanen oder die Ausbreitung der

Übersetzung des Vortrags „Andere Räume“ findet sich unter http://www.uni-weimar.de/cms/uploads/media/Foucault_AndereRaume_01.pdf.

- 3 Slavko Janevski (1920-2000) ist ein herausragender Autor Makedoniens und spielte eine wichtige Rolle in der ersten Generation makedonischer Schriftsteller, die die Grundlagen der zeitgenössischen makedonischen Literatur legten. Aus seiner Feder stammt die erste makedonische Novelle, einen bedeutenden Ruf genießt er auch als Verfasser von Kurzgeschichten, Gedichten, Essays und Drehbüchern. Er gehörte 1947 zu den Mitbegründern des Makedonischen Schriftstellerverbandes, der Makedonischen Akademie der Wissenschaften und Künste (1967) und des Makedonischen PEN Clubs. Seine Werke wurden in viele Sprachen übersetzt. Er selbst charakterisierte seine Arbeiten aus den fünfziger Jahren als geprägt vom insgesamt eher tragischen Schicksal des makedonischen Volkes. Sein schriftstellerisches Werk begann im Realismus und reichte bis in die Postmoderne, es lassen sich verschiedene Phasen ausmachen, wobei er immer wieder auch Elemente des Irrealen, Dunkeln einsetzte.
- 4 Hier zitiert nach der englischen Übersetzung des Zitats durch die Autorin. Das Werk ist in makedonischer Sprache in Skopje 1987 erschienen („Mirakuli na grozomorata“), das Originalzitat findet sich dort auf S. 330. Die Trilogie ist inspiriert von Volkserzählungen, Mythen und Legenden und bietet ein lebendiges Bild der Geschichte und Kultur des makedonischen Volkes vom 13. bis zum 19. Jahrhundert.

osmanischen Herrschaft auf dem Balkan) detailliert beschreibt, durchzieht das fiktionale Wort den Rahmen der Darstellung und schafft damit eine durch und durch trügerische, fast schon gespenstische Atmosphäre. All das hält uns jedoch nicht davon ab, in jeder politischen und kulturellen Anspielung des Kukulino-Topochrons⁵ die geistige Landkarte des historischen Schicksals wiederzuerkennen, die den Balkan geprägt hat. Dabei handelt es sich um einen Raum von epischer Dichte, in den das Schicksal des makedonischen Volkes eingeschrieben ist, einen Raum gedehnter historischer Zeit. Darin ist das Individuum ein sterbliches Wesen, das mit einem Gespür für Schmerz ausgestattet ist und das – um mit den Worten von Martin Heidegger zu sprechen – sieht, dass alles eine Bedeutung hat und Großartiges entsteht durch den Menschen, dessen Heimerde, Vaterland und legendenhafte Wurzeln.

Das heutige Makedonien ähnelt einem Antiquitätenladen, dessen wahre Schätze es noch zu sichten gilt.

Sicherlich wäre es ziemlich naiv, in dieser Sichtweise eine einzelne, geschlossene Perspektive zu erkennen – eine Perspektive, die den Menschen in lokale Rahmen einschließt und Schnittpunkte mit und Einflüsse von den Rändern einer weiter gefassteren geografischen und historischen Region außer Acht lässt. Ebenso richtig ist vielmehr die Beobachtung, dass das heutige Makedonien hinsichtlich der Kulturszene einem Antiquitätenladen ähnelt, der mit ganz unterschiedlichen Biografien und Schicksalen, einer Vielzahl von ethnischen, religiösen und kulturellen Gegensätzen, Erinnerungen und Ängsten und überhaupt reichlich Potenzial – sowohl erschöpft als auch nachwachsend – ausgestattet ist – ... mit all unseren verschleierte Identitäten.

II.

Makedonien kann man als kulturelle Collage aus unterschiedlichen Elementen (christlich, islamisch, jüdisch) bezeichnen, die sich selbst bespiegeln, gewissermaßen wie ein offenes Buch, in dem eine Philosophie widersprüchlicher Einheiten tiefe Eindrücke hinterlassen hat. Noch besser gesagt: Makedonien lässt sich als Mikro-Atlas von Grenzen beschrei-

⁵ Im Anschluss an Überlegungen des russisch-amerikanischen Literaturphilosophen Mikhail Epstein; „Topochron“ setzt sich aus den griechischen Begriffen „topos“ (Ort) und „chronos“ (Zeit) zusammen.

ben, die zunächst getilgt und über die Zeit hinweg immer wieder neu umschrieben wurden, eine Summe aus kollektiven und individuellen Geschichten mit all ihren großen und kleinen Problemen. Demgemäß kann der heutige Zustand des Landes wie folgt charakterisiert werden: unvollkommen und unvollendet, jedoch einzigartig in Bezug auf seine ethnischen, politischen und kulturellen Differenzierungen. Makedonien ist ein Balkanstaat, in dem Identität und Anderssein auf eigenartige Weise in einer Symbiose koexistieren. Die geistigen Elemente des ambivalenten und vielgestaltigen Kulturraums, den dieses kleine Land bildet, hat 2004 die bulgarische Gelehrte Maria Todorova in dem Seminar „Die symbolischen Geografien Europas“ herausgearbeitet und damit die These bestätigt, dass die regionale Identität für ein Volk ebenso wichtig ist wie die nationale Identität, dass also die Makrostruktur der Region oftmals über vermeintlich enge räumliche Grenzen hinausweist.⁶

Wenn man einmal die zahlreichen historischen Zeitabschnitte betrachtet, die Einfluss auf den Balkan genommen haben, kann man verstehen, warum diese Region zu einem Ort der „lebendigen Interaktion“ wurde, an dem die Unterschiede in der geschichtlichen Vergangenheit (hellenistisch, römisch, byzantinisch, osmanisch ... kommunistisch, sozialistisch, kapitalistisch ...) vielleicht nicht immer respektiert wurden, an dem jedoch das reiche kulturelle Erbe dieser vielfältigen Traditionen kontinuierlich gehütet und aufrechterhalten worden ist. Dies führte, wenn man den gesamten Großraum mit anderen europäischen Makroregionen vergleicht, zu durchaus auffälligen Eigenarten und letztlich zu der Ansicht, das große Ganze beinhalte auch einige kleine Teile, die sich nicht gänzlich einfügen. Ebenso verbreitet ist auf dem Balkan das Gefühl, gegenüber anderen Teilen Europas aufgrund der Heterogenität benachteiligt zu sein. Solche jahrhundertealten Stereotype verringern ganz offensichtlich das Bewusstsein für die gemeinsamen Wurzeln der europäischen Zivilisation.⁷ Obwohl der Balkan immer schon ein Grundpfeiler war, für den die Logik des „dazwischenliegenden Momentes“ galt, ist er gleichzeitig Zentrum und Peripherie, *ergon* und *parergon*⁸ aller kultu-

6 Marija Todorova: „Šta je istorijski region? Premeravanja prostora u Evropi“. Vgl. časopis za književnost i kulturu, i društvena pitanja. Beograd, 73/19, 2005 (<http://www.fabrikaknjiga.co.rs/rec/73/81.pdf>).

7 Darunter verstehe ich das römische Recht, die Demokratie, die bürgerlichen Rechte und Freiheiten, Philosophie und Literatur – mithin die Schlüsselemente der Humanität, die das europäische Bewusstsein geprägt haben.

8 Griechisch „Werk und Beiwerk“, hier im Sinne von Haupt- und Nebensache.

rellen und spirituellen Postulate der europäischen Identität – eine ganz offensichtlich marginalisierte und vergessene Tatsache!

Ich werde diese Position noch näher erläutern, doch zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass trotz der Last des Stereotyps „Rückständigkeit“ die Wurzeln der Frustration auf dem Balkan nicht ausschließlich in historischen Prozessen und Migrationsbewegungen verortet werden können, auch nicht in der verspäteten Urbanisierung und Industrialisierung; vielmehr sind sie das Resultat zweier folgenreicher geistiger und kultureller Strömungen, die den *Balkan nie vollständig erreicht haben*: Humanismus und Renaissance. Diese Tatsache mag überraschend sein, lokalisieren doch einige Kunsthistoriker den Beginn der Proto-Renaissance in zwei winzigen makedonischen Kirchen in Kurbinovo (1191) und Nerezi (1164) bzw. den Beginn der Renaissance in der Kirche Maria Peribleptos in Ohrid (1295), also fast zwei Jahrhunderte vor dem Rest Europas!

Im Allgemeinen wird die Hauptursache dieser „Schwachstelle“ des Balkans vornehmlich in Verbindung mit der osmanischen Herrschaft gebracht, die zeitweilig zu einer räumlichen Ghettoisierung der Region führte. Slavko Janevski stellte diese historische Tatsache in einem seiner Romane (also dem Literatur-Genre mit – wie man sagt – der höchsten Ordnung an Plausibilität) vor. Die ersten Seiten von *Die Dickköpfigen* (1970) bieten einen metaphorischen Schnappschuss sowohl des europäischen als auch des globalen kulturellen Raums um das Jahr 1835 und setzen faktisch eine verdichtete simultan ablaufende Projektion historischer Gegebenheiten und Persönlichkeiten in Szene:

„Karl Marx legt 1835 sein Abitur ab ... Im gleichen Jahr ... gründete Njegoš... seine erste Druckerei in Montenegro ..., während James Gordon Amerika mit der Tageszeitung New York Tribune überraschte ...; zu jener Zeit, als sich Europa nicht darüber bewusst war, dass sich irgendwo in Makedonien die Menschen unter dem Joch von Pflugscharen und Pferdegesspannen befanden, obwohl man wusste, dass bereits vor sechs oder sieben Jahren der Amerikaner Joseph Henry leistungsstarke Elektromagneten entwickelt hatte ... Im gleichen Jahr veröffentlicht Balzac eine seiner 100 Arbeiten ..., während irgendwo im makedonischen Florina drei Mädchen von den Türken gewaltsam zum Islam konvertiert wurden, während ein viertes vergewaltigt und mit aufgeschlitzter Kehle in einem Maisfeld abgelegt wurde ... Gleichzeitig erscheinen in europäischen Wohnhäusern die ersten Biedermeier-Möbel... Jahre später werden diese

bei den Nachkommen der Dorfbewohner von Kukulino begehrt sein ... Ebenso im Jahr 1835 setzen europäische Kolonisatoren ihr Vordringen in Afrika und Asien fort, während Makedonien vor einem blutigen Stein schaudert.“⁹

Diese anschauliche und zugleich schauerliche Darstellung – ein Panoptikum, wenn man die schockierenden Bedingungen eines fernen und doch sehr reellen Topochrons betrachtet – brachte mich zum Nachdenken darüber, ob es nicht eine einzige überzeugende und ganzheitliche Schilderung gibt, in der wenigstens einmal in der europäischen Geschichte der Balkan und Makedonien nicht als territoriale Teilregionen, als „Schattenreich“, als eine Zone des symbolisch Unbewussten behandelt werden, der „nichts vergisst und nichts lernt, weiter seine uralten Gefechte kämpft, während der Rest der Welt mit dem rasanten Prozess der Globalisierung beschäftigt ist“. ¹⁰ Eine solche Darstellung, auch wenn sie fast schon zu spät kommen würde, wäre ein starkes Signal. Dennoch wollte ich vom Beginn dieses Essays an ein bedeutenderes Argument anbringen. Es geht mir darum, dass Makedonien als Wegscheide und Brücke zwischen Ost und West, zwischen Mystischem und Rationalem einen Palimpsest verschiedenartiger kultureller Schichten bildet, also ein Gebilde, das immer wieder neu beschrieben wurde, unter dem die alten Schichten jedoch noch immer hervorschimmern. Würden wir uns diesem Gebilde etwa in einer Haltung von ethnischem oder religiösem Fanatismus annähern, würden wir Verrat an der Ehrwürdigkeit dieses immer wieder beschriebenen Gebildes begehen. Die kaum zu-

Viele Schichten an Überlieferung liegen übereinander, die ihren je eigenen Wert in sich tragen.

gänglichen und oft nur noch schwer lesbaren Inschriften, die in steinerne Überreste der hellenistischen Kunst eingraviert sind, müssen ebenso gesichert werden wie die fesselnden byzantinischen Fresken und die hohen

islamischen Minarette, in denen sich geheimnisvolle Subkulturen aller verschwundenen Völker manifestieren, deren Heimat Makedonien einmal war. All diesen Spuren kommt eine eigene Würde zu, die es anzuerkennen gilt.

⁹ Hier zitiert nach der Übersetzung aus der englischen Vorlage der Autorin („The Stubborn ones“, S. 7-9).

¹⁰ Vgl. Slavoj Žižek, *Love Less, Hate More! Or, Why Is the Christian Legacy Worth Fighting For?* Belgrad 2001, S. 152.

III.

Europa könnte also vielleicht hier, in Makedonien, seine eigentliche Schnittstelle im Sinne einen offenen Dialogs erkennen. Aus diesem Grunde möchte ich mich im Gegensatz zu den Abhandlungen, denen zufolge die Kulturen des Balkans auf einer Logik der scharfen Trennung zwischen Ost und West basieren, in Richtung des Konzepts einer *offenen Kultur* bewegen. Dieses Konzept fügt sich nicht nur in die Idee einer Welt kultureller Unterschiede ein, sondern es spricht auch die Perspektiven der europäischen transnationalen Identität an. Eine solche Position fordert auch die (Re)Integration der Balkanregion innerhalb der politischen Grenzen Europas als Teil des demokratischen öffentlichen Raums, in dem sich Kulturen fortwährend begegnen. Sie ist der Schlüssel zum Verständnis des lebenswichtigsten aller derzeitigen politischen Projekte – die *kulturelle Identität Europas* – als ein postnationales und universales Konzept für die Zukunft.

Seit vielen Jahren ist die kulturelle Identität Europas ein heißes Eisen innerhalb postmoderner politischer Diskurse.¹¹ Doch dieses über-nationale, globale Projekt ist nicht so sehr abhängig von der gemeinsamen Geschichte, dem gemeinsamen zivilisatorischen Erbe oder vom kollektiven Willen der in dieser Region lebenden Völker, sondern vielmehr von der Notwendigkeit eines *Imaginariums*, also eines geistigen Rahmens, der das Gefühl von Größenwahn oder Provinzialismus aufheben könnte. Dies gilt vor allem und umso mehr, da Europa nicht bloß eine geografische oder ökonomische Realität meint, sondern ein kulturelles Projekt bildet, von dem jeder gebildete Europäer unabhängig von der jeweiligen nationalen, sprachlichen und religiösen Identität träumt. Dieses Projekt könnte Verwerfungen aus der Vergangenheit überbrücken oder gegenwärtige politische und kulturelle Unterschiede bewältigen, da es auf humanistischen Werten basiert, die das Fundament der Europäischen Union ausmachen.

Diese Werte prägten seit der mythischen Zeit die Geschichte des europäischen Kontinents entsprechend der historischen Reise der

Europa bildet ein kulturelles Projekt, das jedem gebildeten Europäer am Herzen liegen sollte.

¹¹ Z. B. Thomas Meyer: Die Identität Europas: Der EU eine Seele? Frankfurt 2004; Ulrich Beck, Edgar Grande: Cosmopolitan Europe. Cambridge 2007; Jürgen Habermas: Ach, Europa. (Kleine politische Schriften XI). Berlin 2008.

Phönizier, die auf ihrer Suche nach Ländern im Westen (*Ereba*, „wo die Sonne untergeht“) die Täler des Vardar und der Donau hinaufzogen und somit von Ost nach West nicht nur das Alphabet, sondern auch die Grundlagen von Religion und Zivilisation verbreiteten. Auf diese Weise begann der Prozess der „Entdeckung“ der europäischen Geografie und mit ihm die Geburt des Kontinents, der bisher „namenlos“ gewesen war und erst durch die Menschen und deren Ideen besiedelt und zivilisiert wurde, die aus den Küstenregionen des Nahen Ostens stammten. Obwohl der Begriff „Europenses“ bereits relativ früh (während des 8. Jahrhunderts) auftrat, hatte er lange Zeit nur allegorische Bedeutung. Erst im 14. Jahrhundert wurde eine verkümmerte Vision Europas im Sinne einer Völkergemeinschaft wiederbelebt, als es um ein gemeinsames Ziel ging – die Verteidigung des Christentums. Leider trug die politische und ideologische Rivalität zwischen Rom und Konstantinopel dazu bei, dass mitten im Herzen Europas bereits eine Spaltung vorhanden war: einerseits die westliche katholische Welt (mit ihrer „europäischen“ Denkweise), andererseits die östliche, orthodoxe Welt (mit einer byzantinisch-orientalischen Geisteshaltung dazu bestimmt, der Osten für den Westen und der Westen für den Osten zu sein). So blieb ständig das „Andere“ als Grundproblem Europas und besteht bis heute fort. Es ist so alt wie die Geschichte Europas und muss deshalb ständig und stets aufs Neue umformuliert werden ...

Vielleicht besteht im Moment kein Anlass zu Optimismus, dass diese Spaltung bald überwunden werden könnte, aber man sollte sich doch auch in Erinnerung rufen, wie viel Pessimismus es in der Welt von heute gibt. Gewiss wird uns das nicht daran hindern, in dem ironischen und provokanten Titel einer Arbeit von Slavoj Žižek ein wenig Ermunterung zu finden und neu zu formulieren, was zwar eine ziemliche Trivialität, jedoch eine stets überzeugende Parabel sein mag: Liebe mehr, hasse weniger!¹²

Aus dem Englischen übersetzt von Christof Dahm.

¹² Vgl. Anm. 10, oben S. 64.

Länderinfo Makedonien

Fläche: 25.713 km²

Einwohner: 2,1 Millionen

Hauptstadt: Skopje

Ethnische Gruppen:

64,0 % Makedonier

25,0 % Albaner

3,9 % Türken

2,7 % Roma

4,3 % Andere (Serben, Bosniaken usw.;

Zahlen von 2002)



Geschichtlicher Überblick:

Das Gebiet der heutigen Republik, das nur einen Teil der größeren geografischen Region Makedonien bildet (diese umfasst auch Landstriche in Nordgriechenland und Südwestbulgarien) war infolge der geografischen Lage immer wieder Durchgangsland und Teil größerer Reiche. Seit dem 8. Jahrhundert v. Chr. sind Illyrer nachweisbar; seit dem 5. Jahrhundert war das Gebiet Teil des Königreichs Makedonien (Philipp II., Alexander d. Große), gehörte seit dem 2. Jahrhundert v. Chr. zum römischen Gebiet und seit der Reichsteilung zum Oströmischen bzw. Byzantinischen Reich. Seit dem 6. Jahrhundert siedelten sich slawische Stämme an, die nach und nach das Christentum von Byzanz annahmen. Im Früh- und Hochmittelalter war das Gebiet zeitweise Teil des Bulgarischen und des Serbischen Großreiches und wurde Ende des 14. Jahrhunderts für über 500 Jahre Teil des Osmanischen Reiches.

Nach den Balkankriegen 1912/13 fiel das Gebiet an Serbien, jedoch erhoben auch Bulgarien und Griechenland Ansprüche. Eine eigenständige politische Größe wurde Makedonien dann innerhalb Jugoslawiens als Teilrepublik (seit 1944). 1991 erklärte das Land seine Unabhängigkeit, darf jedoch auf Druck Griechenlands im internationalen Rahmen, z. B. als Mitglied der UN, nur unter der Bezeichnung „Ehemalige jugoslawische Republik Makedonien“ (FYROM) auftreten. Griechenland blockiert auch den Beitritt des Landes zur EU.

Politisches System:

Makedonien ist eine *parlamentarische Republik* (Einkammerparlament mit 123 Abgeordneten; letzte Wahl: 27. April 2014). Das Land bildet einen Zentralstaat (8 Regionen, 85 Gemeinden).

Staatspräsident: Staatspräsident Prof. Dr. Gjorge Ivanov (seit 12. Mai 2009, 2014 wiedergewählt).

Regierungschef: Ministerpräsident Nikola Gruevski, VMRO-DPMNE (seit 25. August 2006)

Ökonomische und soziale Rahmendaten:

Makedonien blieb zwar von den kriegesischen Auseinandersetzungen beim Zerfall Jugoslawiens verschont, allerdings mussten viele Flüchtlinge aufgenommen werden. Auch gibt es immer wieder Spannungen zwischen den Volksgruppen. – Das *Bruttoinlandsprodukt* (BIP) lag 2012 bei 7,4 Milliarden €. Die *Arbeitslosigkeit* liegt nach offiziellen Angaben bei 38 %. Wichtige Gewerbebereiche sind die Metall-, Baustoff-, Textil-, Nahrungsmittel- und Tabakindustrie. Makedonien leidet noch immer unter den Folgen der globalen Wirtschaftskrise, die zum Wegfall von Absatzmärkten und Investoren besonders aus Griechenland, Italien und Serbien geführt hat. Abhilfe verspricht ein groß angelegtes Bauinvestitionsprogramm seitens der Regierung (u. a. in Skopje), das allerdings den Staatshaushalt enorm belastet.

Kirchliche Strukturen:

Religionszugehörigkeit: Ca. 65 % der Bevölkerung gehören der *Makedonischen Orthodoxen Kirche* an, die sich im Streit von der Serbischen Orthodoxen Kirche gelöst hat und von den übrigen orthodoxen Kirchen nicht anerkannt wird. Die zweitgrößte Gemeinschaft bildet der *Islam* (ca. 25 %), zu dem sich ganz überwiegend der albanische Bevölkerungsanteil bekennt. Weiterhin finden sich zahlreiche kleinere christliche Gemeinschaften im Lande, außerdem gibt es auch eine kleine jüdische Gemeinde.

Die *katholische Kirche* umfasst ca. 19.000 Gläubige (knapp 1 % der Bevölkerung), davon ungefähr 5.000 römisch-katholische Christen vorwiegend kroatischer Abstammung (Bistum Skopje) und ca. 14.000 griechisch-katholische Christen, meist Nachkommen von Makedoniern aus Griechenland (Exarchat Makedonien). Oberhaupt für beide Riten ist Bischof Dr. Kiro Stojanov.

Renovabis-Projekte und Schwerpunkte der Förderung:

Da die katholische Gemeinschaft nur sehr klein ist, stehen Aufbau neuer Gemeinden und Jugendarbeit im Mittelpunkt der Projektarbeit. Insgesamt wurden bisher 126 Projekte im Wert von fast 4,7 Millionen € bewilligt. Im sozialen Bereich ist der Jesuit Refugee Service ein wichtiger Partner. Als Großprojekt befindet sich z. Zt. ein neues Ordinariat in Skopje im Bau, das auch Raum für Treffen, Seminare und andere pastorale Aktivitäten bieten wird.

Interessante Internetadressen:

http://www.vlada.mk/	Internetauftritt der Regierung (auch in Englisch)
http://www.mpc.org.mk/	Internetauftritt der Makedonischen Orthodoxen Kirche
http://makedon.eu/	Informationen zu Geschichte und Kultur

„Es ist notwendig, das Vertrauen zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften zu pflegen.“ Ein Gespräch mit Dr. Kiro Stojanov, Bischof von Skopje



Dr. Kiro Stojanov, geboren am 9. April 1959 in Radovo im Südosten Makedoniens, wurde am 20. Juli 2005 von Papst Benedikt XVI. an die Spitze des Hauptstadtbistums berufen und gleichzeitig zum Apostolischen Exarchen für die griechisch-katholischen Christen in Makedonien ernannt.

Die Fragen stellte Christof Dahm.

Können Sie in wenigen Sätzen einen allgemeinen Überblick über die gegenwärtige gesellschaftliche Situation in Makedonien geben?

Seit Jahrhunderten ist Makedonien ein multiethnisches und multi-religiöses Land. Ich bin davon überzeugt, dass dies ein sehr großer Reichtum für die makedonischen Bürger ist. Selbstverständlich gilt dies auch für das Land, und ich hoffe, dass es auch in Zukunft so bleiben wird. In den letzten sechs Jahren hat Makedonien regelmäßig positive Empfehlungen für die Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union erhalten. Das sind klare Signale dafür, dass sich das Land in eine positive Richtung entwickelt. Die Regierung unternimmt

Reformen, und in mehreren Bereichen kann man gute Entwicklungen feststellen, etwa in der Verbesserung des Lebensstandards. Die unternommenen positiven Schritte sind deutlich zu erkennen.

Selbstverständlich hat Makedonien wie alle anderen Länder der Region mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Dennoch gibt es positive Anstrengungen, die auch zu einer Senkung der Arbeitslosigkeit geführt haben. Erwähnen möchte ich auch die Bedeutung ausländischer Investitionen, die allmählich wieder zunehmen.

Das interethnische und interreligiöse Zusammenleben ist sicherlich ein Bereich, an dem ständig gearbeitet werden muss. Ich denke, dass in die-

sem Zusammenhang die katholische Kirche in Makedonien, obwohl sie in der Diaspora lebt, einen wichtigen Beitrag zum öffentlichen Leben des Landes leistet. Dies gilt natürlich vor allem im interreligiösen Gespräch, und zwar besonders deshalb, weil die katholische Kirche in Makedonien großes Ansehen, Respekt und Sympathie bei den Bürgern genießt.

Welche Probleme beschäftigen die katholische Kirche in Makedonien gegenwärtig besonders?

Wir sind uns alle bewusst, dass sich die Familien auf globaler Ebene mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert sehen. Deswegen legt die Kirche einen besonderen Schwerpunkt auf die Familien und ihre Rolle bei der Evangelisierung. So haben wir beschlossen, das Jahr 2014 in der Kirche von Makedonien der Familie zu widmen. Das Jahr der Familien hat eine Reihe von Aktivitäten auf allen Ebenen mit sich gebracht, deren Aufzählung ziemlich umfangreich wäre.

Leider gibt es in Makedonien keinen Religionsunterricht in den Schulen. Aus diesem Grund möchten wir die Familien weiter bestärken, befähigen und ermutigen, erster Übermittler des christlichen Glaubens zu sein, denn diese Rolle kommt ihnen in der Tat auch zu. Der Religionsunterricht wird bisher in Räumen der Kirche durchgeführt, was nicht immer einfach zu organisieren ist; die Ergebnisse sind aber vielversprechend, man kann bereits erste Früchte erkennen.

Die Kirche ist missionarisch und muss es sein. Unsere Aufgabe ist es,

einer möglichst großen Zahl von Gläubigen ein Gotteshaus zum Gebet und geeignete Räume für den Religionsunterricht zur Verfügung zu stellen. Dies ist wichtig für uns, weil es, wie ich schon gesagt habe, in den Schulen bisher keinen Religionsunterricht gibt. In diesem Zusammenhang möchte ich den Ort Paljurci¹ erwähnen, der für uns enorme historische Bedeutung hat. Paljurci war ein geistiges Zentrum für den Katholiken in Makedonien. Wir unternehmen große Anstrengungen, um den dazugehörigen Landbesitz, der leider noch immer nicht zurückgegeben worden ist, wieder zu erlangen. Ich hoffe, dass Paljurci mit Gottes Hilfe wieder zu dem werden wird, was es vor einhundert Jahren gewesen ist – ein geistiges Pilgerzentrum.

Die Zahl der Katholiken in Makedonien ist nicht groß. Das bedeutet, dass unsere Gemeinden klein sind. Unsere Priester sind nicht sozialversichert und müssen von einem sehr geringen Einkommen leben. Jede Art von Hilfe ist mehr als willkommen, denn als Kirche werden wir mit großer alltäglicher Not konfrontiert und sind zur Hilfe aufgerufen. Es gibt leider immer mehr sozial benachtei-

1 Paljurci (antike Ruinenstätte und See) liegt im äußersten Südosten Makedoniens unweit der Grenze zu Griechenland. Der Überlieferung zufolge ist der Apostel Paulus bei seinen Missionsreisen dort gewesen. Zur Einordnung der Tradition (und ihrer politischen Instrumentalisierung) vgl. z. B. <http://derstandard.at/1397302083696/Patriot-und-Diener-seines-Herrn>.

ligte Menschen, die von der Kirche Hilfe in Form von Nahrungsmitteln, Medikamenten und Kleidung erbiten. In Makedonien ist die Caritas als humanitäre Organisation der katholischen Kirche tätig, aber ihre Mittel sind sehr gering. Um den Ärmsten und sozial am meisten Zurückgesetzten zu helfen, benötigen wir öffentliche Küchen, Kindergärten und soziale Betreuungseinrichtungen.

In Makedonien leben viele Völker und Religionsgemeinschaften zusammen. Welche Bedeutung spielt der interreligiöse Dialog für die katholische Kirche? Gibt es Formen der Zusammenarbeit mit der orthodoxen Kirche?

Der interreligiöse Dialog ist einer der Aspekte, auf den wir großen Wert in unserer Arbeit legen – wir sind immer offen für gemeinsame Initiativen und Projekte. Gleichzeitig stoßen wir aber auch direkt Einiges an! Ein Beispiel dafür sind die Sommerlager, die wir jedes Jahr organisieren. Diese Sommerlager haben ökumenischen Charakter, denn an ihnen nehmen regelmäßig Jugendliche anderer Glaubensrichtungen teil. Außerdem pflegen wir in diesem Bereich eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Hier möchte ich besonders die gemeinsamen Sitzungen der Vertreter der Religionsgemeinschaften betonen, dann die gegenseitige Besuche, die Teilnahme an Workshops und Initiativen für das Gemeinwohl. Erwähnen möchte ich auch die Novene zur Einheit der Christen; dieses neuntägige Gebet

wird Jahr für Jahr regelmäßig von der katholischen Kirche organisiert.

Es ist notwendig, das Vertrauen zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften zu pflegen, um damit Hindernisse und Vorurteile abzubauen, die es immer noch gibt. Seit Jahrhunderten leben die Menschen in dieser Region zusammen, immer wieder gab es positive, aber auch negative Erfahrungen. Wenn wir die interreligiösen Beziehungen pflegen, so ist das unser Vermächtnis auch für die kommenden Generationen.

Makedonien hofft, trotz vieler Probleme bei den Verhandlungen in wenigen Jahren Mitglied der Europäischen Union zu werden. Welche Hoffnungen oder auch Befürchtungen verbinden Sie persönlich mit dem Beitritt Makedoniens in die Europäische Union?

Im Hinblick auf Kultur und Tradition gehört Makedonien selbstverständlich zu Europa und ich denke, dass sein Platz in der Europäischen Union ist. Von seinem kulturellen und geistigen Erbe hat Makedonien der Europäischen Union Einiges zu geben. Trotz aller Probleme und Schwierigkeiten auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft werden wir den Weg erfolgreich beschreiten, davon bin ich überzeugt. Eine EU-Mitgliedschaft bedeutet für Makedonien mehr Stabilität und wird größere wirtschaftliche Fortschritte mit sich bringen. Hier muss auch die zunehmende Migration von Menschen erwähnt werden: Gerade jüngere Menschen verlassen das Land auf der Suche nach

einem besseren Leben und größerer wirtschaftlicher Sicherheit. Das ist ein großes Problem, aber ich bin überzeugt, dass wir solchen Herausforde-

rungen mit Gottvertrauen begegnen sollen, denn nur so können wir sie erfolgreich meistern.

Übersicht der Textkästen

<i>Johannes Schmid</i>	
Alexander der Große	4
<i>Johannes Schmid studiert Südosteuropastudien und Internationale Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg.</i>	
<i>Vlatko Stojanov</i>	
Ökotourismus in Makedonien	17
<i>Vlatko Stojanov hat Politikwissenschaft und Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München studiert und ist Gründungsmitglied des Münchner Netzwerks balkaNet e.V.</i>	
<i>Anna-Maria Thaler</i>	
Universität Tetovo	21
<i>Anna-Maria Thaler studiert Germanistik, Geschichte und Sozialkunde an der Universität Regensburg.</i>	
<i>Vlatko Stojanov</i>	
Ohrid: See und Stadt	38
<i>Stefan Kube</i>	
Mutter Teresa	47
<i>Dipl.-Theol. Stefan Kube ist Chefredakteur der Zeitschrift „Religion & Gesellschaft in Ost und West“.</i>	
<i>Stefan Kube</i>	
Tabak	54

Bücher

Angelina Banović-Markovska, Zlatko Kramarić: Politics. Culture. Identity: Intercultural dialogue. Skopje 2012/Zagreb 2013.

Nada Boškowska: Das jugoslawische Makedonien 1918–1941. Eine Randregion zwischen Repression und Integration. Wien: Böhlau, 2009.

Konrad Clewing, Oliver Jens Schmitt (Hrsg.): Geschichte Südosteuropas. Vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg: Friedrich Pustet, 2011.

Thorsten Gromes: Zwischen Zusage und Versprechen: Die Demokratie in Makedonien. (HSFK-Report Nr. 8/2009). Frankfurt (Main) 2009; Download unter http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/28314/ssoar-2009-gromes-zwischen-zumutung_und_versprechen.pdf?sequence=1.

Eggert Hardten (u. a.) (Hrsg.): Der Balkan in Europa. Frankfurt (Main) (u. a.): Peter Lang, 1996.

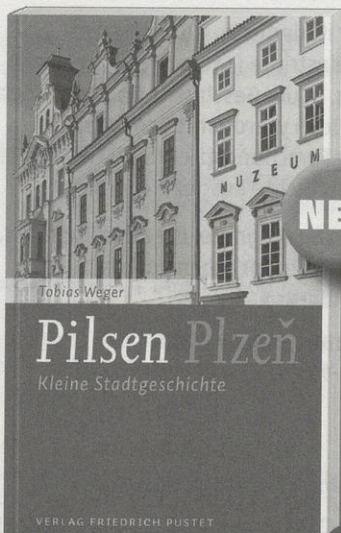
Mirjana Maleska: Interethnic Relations in Macedonia: People Centred Analyses. In: New Balkan Politics 16 (2014); Download unter http://www.newbalkanpolitics.org.mk/documents/pdf/NBP_Maleska%20M.pdf.

Power Sharing and the Implementation of the Ohrid Framework Agreement. Skopje: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2008.

Heinz Willemsen: Das politische System Makedoniens. In: Wolfgang Ismayr: Die politischen Systeme Osteuropas. 3., aktualisierte u. erweiterte Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, S. 967–1003.

Pilsen / Plzeň

KULTURHAUPTSTADT EUROPAS



NEU

TOBIAS WEGER

Pilsen / Plzeň

Kleine Stadtgeschichte

128 S., 30 Abb., 1 Stadtplan, kart.

ISBN 978-3-7917-2656-4

€ (D) 12,95 / auch als eBook

Die zweitgrößte Stadt Böhmens ist heute vor allem als Standort einer der bedeutendsten Brauereien der

Welt sowie der Škoda-Werke bekannt. Doch die Geschichte der einstigen Königsstadt hat viel mehr zu bieten: verzweigte Handelsbeziehungen, ein reges Wirtschafts- und Kulturleben, Zentrum der nationalen Wiedergeburt usw. Seit seiner Gründung gilt Pilsen auch als eine Art Resonanzkörper des Verhältnisses von Tschechen und Deutschen.

Tobias Weger stellt seine Geschichte sowie die wichtigsten Projekte des Kulturhauptstadtjahres vor – kompakt und gut lesbar. Ein Muss für jeden Besucher!



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet

Unser komplettes Programm unter:

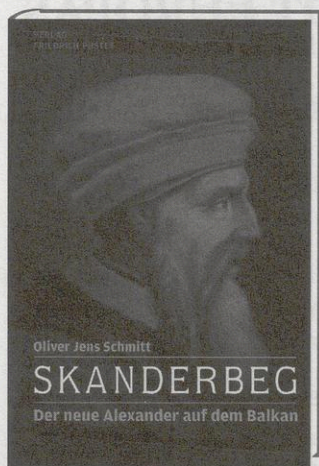
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0

Fax 0941 / 92022-330

bestellung@pustet.de

Geschichte & Biografien



OLIVER JENS SCHMITT

Skanderbeg

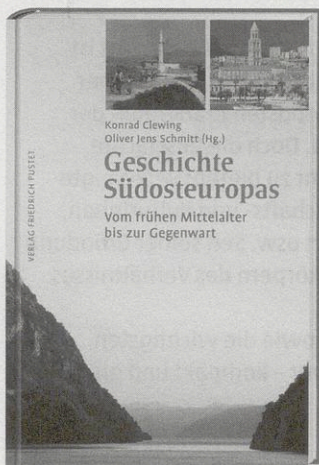
Der neue Alexander auf dem Balkan

Als Held der italienischen Renaissance ging Georg Kastrioti (1405–1468), genannt Skanderbeg, in die Geschichte Südosteuropas ein. Dieses Buch wurde mit dem wissenschaftlichen Forschungspreis der Stiftung für Personengeschichte ausgezeichnet.

„Eine akribische Biografie, die alles übertrifft, was bisher zu diesem Leben vorlag.“

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

432 S., 16 Bilds., geb. mit SU
ISBN 978-3-7917-2229-0, € (D) 29,95



KONRAD CLEWING / OLIVER JENS SCHMITT (HG.)

Geschichte Südosteuropas

Vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart

Eine epochenübergreifende Darstellung mit Blick auf die gesamtregionalen Zusammenhänge.

„... dürfte auf Jahre hinaus maßgeblich für die deutsche Südosteuropa-Forschung bleiben und gehört in die Handbibliothek eines jeden, der an den Vorgängen in dieser Region interessiert ist.“ FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

912 S., farb. Bildteil, geb. mit SU
ISBN 978-3-7917-2368-6, € (D) 39,95

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Die Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven bietet ein offenes Forum für den Dialog zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Damit begleitet sie den Prozess des Zusammenwachsens des neuen Europa und der Entstehung einer neuen gemeinsamen Identität auf konstruktive und sachlich kontroverse Weise.

Jede Ausgabe behandelt ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln. Einzelhefte können zum Preis von **€ (D) 6,50 / € (A) 6,70** (zzgl. Porto) beim Verlag bestellt werden.

Ukraine? – Ukraine!, Heft 4/2014

Der Weg in die Krise ♦ Gesellschaftliche Kräfte ♦ Sprache und Identität

Wege und Straßen, Heft 3/2014

Der Weg als Symbol des Lebens ♦ Straßennamen im Wandel der Geschichte ♦ Handelswege von der Antike bis in die Gegenwart

Hinter Gittern – Strafvollzug in Mittel- und Osteuropa,

Heft 2/2014

Juristische und historische Aspekte ♦ Zur Bedeutung der Gefängnisseelsorge ♦ Hilfen zur Resozialisierung: Beispiele aus fünf Ländern

Europa 1914–2014, Heft 1/2014

Das »kurze Jahrhundert der Gewalt« (1914–1989) ♦ Wendepunkte des 20. Jahrhunderts ♦ Zerfall und Neuentstehung von Imperien

Sport – Nation – Politik, Heft 4/2013

Sport und nationale Identität ♦ Fußball zwischen Fankultur und Fanatismus

Kroatien, Heft 3/2013

Land der Gegensätze ♦ Klischee und Wirklichkeit ♦ Kroaten in Deutschland

Hafenstädte in Mittel- und Osteuropa, Heft 2/2013

Von der Stadt zum Hafen – Vom Hafen zur Stadt ♦ Symbiose von Wirtschaft und Kultur ♦ Neue Wege im 21. Jahrhundert

Migrationsströme in Europa und ihre Folgen, Heft 1/2013

Entwicklungen in Europa seit 1990 ♦ Brennpunkt Stadt: Berlin, Moskau, Sarajevo ♦ Erfahrungen in einem fremden Land

Heft 2/2015 erscheint Mitte Mai zum Thema »Menschenhandel«.



Seit 1997 führt Renovabis jährlich den Internationalen Kongress zu kirchlichen und gesellschaftspolitischen Themen durch. Referate, Diskussionsbeiträge und Arbeitskreisberichte werden in Dokumentationsbänden veröffentlicht. In Vorbereitung befindet sich folgender Band:

Frei und solidarisch. Christen in Verantwortung für Europa (Internationale Kongresse Renovabis 17/2013)

Redaktion: Christof Dahm

Gestaltung: Thomas Schumann

Zu beziehen ab Juni 2015 über:

Renovabis e. V.

Domberg 27, 85354 Freising

E-Mail: kongress@renovabis.de

16. Jahrgang 2015, Heft 2

thesol
OST-WEST
Europäische Perspektiven



MENSCHEN ALS WARE

Menschenhandel - moderne Sklaverei in Europa

Fakten zu einem unmenschlichen System

Rechtliche, politische und ethische Aspekte

Hilfe für die Opfer

renovabis | zdk | verlag friedrich pustet

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritäts-
aktion der deutschen Katholiken mit den
Menschen in Mittel- und Osteuropa,
Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer,
Kardinal-Döpfner-Haus, Domburg 27,
D-85354 Freising,
Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11
info@renovabis.de · www.renovabis.de

Zentralkomitee der deutschen Katholiken
(ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär,
Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn,
Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44
info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus,
Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas
Bremer, Münster · Burkhard Haneke,
Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg ·
Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur
vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST“,
Europäische Perspektiven“, Renovabis,
Domburg 27, D-85354 Freising
Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44
owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben die Meinung bzw. die Ansicht der
Autorin/des Autors wieder und stimmen
nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der
Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr,
jeweils Mitte Februar, Mai, August
und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 €
Jahresabonnement 19,80 €
(jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind
an den Verlag zu richten. Das Abonnement
verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr,
wenn bis 15. November keine schriftliche
Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Verlag Friedrich Pustet
Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg
Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330
verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

SSN 1439-2089

Inhaltsverzeichnis

Für die Abbildung auf dem Umschlag wurde eine Aufnahme verwendet, die eine junge Frau als Opfer von Gewalt zeigt (Copyright: picture alliance / Photoshot). – Gesamtgestaltung: Martin Veicht.

Inge Bell

Verkauft, betrogen, ausgebeutet – Menschen als
Ware. Das „System Menschenhandel“ 82

Elke Mack

Ist Prostitution jemals frei? 94

Bärbel Heide Uhl

Strategien gegen Menschenhandel in Mittel- und
Südosteuropa seit 2004. Eine Zwischenbilanz 102

Christian Wulzinger

Menschenhandel – Renaissance eines Unrechts
in Europa 108

Interview

„Frauenhandel und Prostitution sind die letzte
Bastion des Patriarchats.“ Ein Gespräch mit
Schwester Lea Ackermann 117

Cathrin Schauer

Sexuelle Ausbeutung in der deutsch-tschechischen
Grenzregion 122

Ottmar Fuchs

Theologische und pastorale Aspekte des
Menschenhandels 130

Burkhard Haneke

Renovabis-Projekte und das „Aktionsbündnis
gegen Frauenhandel“ 139

Interview

„Wir müssen dringend mehr wissen, um besser helfen
zu können“. Ein Gespräch mit Michaela Huber ... 142

Dokumente

EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des
Menschenhandels vom 5. April 2011 (Auszug) 148

Botschaft von Papst Franziskus zum Weltfriedens-
tag 2015: „Nicht mehr Knechte, sondern Brüder“
(Auszug) 153

Bücher 157

Editorial

Erschütternde Bilder sind es, wenn Zeitungen oder Fernsehen Formen moderner Sklaverei zeigen. Aber: Sklaverei im 21. Jahrhundert, inmitten einer Welt, in der die Menschenrechte selbstverständlich gelten und jederzeit eingeklagt werden können? Wie leider gar nicht so selten klaffen Anspruch und Wirklichkeit, wenn es um das Thema „Menschenhandel“ geht, weit auseinander.

Die moderne Sklaverei hat viele Gesichter: Menschen werden gezwungen, für Hungerlöhne zu arbeiten, andere – überwiegend Frauen und Kinder – sind Opfer sexueller Ausbeutung, selbst der Organhandel ist zu einem Geschäft mit hohen Umsätzen geworden. Der Mensch als Objekt und Handelsware spielt auf dem globalen Markt eine immer größere Rolle.

In Europa haben sich nach den Veränderungen zwischen 1989 und 1991 und seit dem Beitritt mehrerer Staaten Ost- und Südosteuropas zur Europäischen Union infolge der offenen Grenzen viele Menschen aus der Not heraus auf den Weg Richtung Westen gemacht, um Arbeit zu finden. Nicht wenige wurden und werden Opfer falscher Versprechungen und geraten in die Fänge der modernen Menschenhändler. Das Heft vermittelt einen Überblick über die unterschiedlichen Felder eines Systems, das Menschen erniedrigt und ihnen die Würde raubt. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Handel mit der „Ware Frau“ (Zwangsprostitution).

Experten aus den Bereichen des Rechts und der Kriminalpolizei kommen ebenso zu Wort wie Vertreter von Hilfsorganisationen, die sich seit Jahrzehnten um die Opfer bemühen und dabei im Kampf gegen die kriminellen Netzwerke oft genug ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen. Schließlich gibt das Heft auch den Opfern ein Gesicht: Einige kommen direkt zu Wort, für andere stehen anonymisierte Bilder.

Der Kampf gegen die moderne Sklaverei des Menschenhandels ist eine Aufgabe, die Staat, Kirche und Gesellschaft gemeinsam angehen müssen. Wenn das vorliegende Heft nicht nur Informationen vermittelt, sondern auch zum tieferen Nachdenken über die Situation der Betroffenen anregt, wäre sicher viel erreicht.

Die Redaktion

Inge Bell

Verkauft, betrogen, ausgebeutet – Menschen als Ware

Das „System Menschenhandel“

Inge Bell ist Medienunternehmerin, Publizistin und Menschenrechtsaktivistin. Die Expertin für Menschenhandel dreht Filme, schreibt Bücher, hält Vorträge, lehrt und forscht zu diesem Thema. Sie stellte auch die Bilder im Beitrag zur Verfügung.

Menschenhandel – ein perfides Verbrechen. Die Täter agieren lautlos, skrupellos und grenzenlos. Ihre Opfer schweigen aus Angst und Scham. Die Profiteure bleiben unerkannt. Das macht Ermittlungen schwierig. Verlässliche Zahlen gibt es nicht, die Dunkelziffern sind hoch. Anhand des aktuellen Schicksals einer jungen Rumänin in Deutschland zeigt Inge Bell, wie das unfassbare System Menschenhandel hier und heute funktioniert.

Irgendwo in einem Kölner Krankenhaus liegt Ioana. Am 31. Juli 2014 brachte der Notarzt die 19jährige Rumänin hierher: bewusstlos, mit einer Hirnblutung und schweren Körperverletzungen. Ioanas rumänischer Zuhälter hatte sie in der „Modelwohnung“ – einem Wohnungsbordell gegenüber vom Kölner Karstadt – brutal zusammengeschlagen. Ihre Mitbewohnerin fand die junge Rumänin und alarmierte den Notarzt.

Ioana wurde sofort ins Koma versetzt und im Laufe der folgenden Monate mehrfach am Kopf operiert – die längste OP dauerte 14 Stunden. Ihre lange dunkle Haarpracht musste dazu abgeschoren werden. Mittlerweile haben die Ärzte Ioana aus dem Koma geholt – doch von dem einst hochattraktiven und fröhlichen Mädchen ist nur noch ein Schatten geblieben: Ioana wird ihr Leben lang ein Pflegefall bleiben, sie sitzt im Rollstuhl und ihr Hirn funktioniert nicht, wie es soll. Vermutlich wird sie noch viele Jahre in Deutschland bleiben müssen, denn in ihrem rumänischen Heimatort ist die Behandlung und Pflege von Ioana derzeit nicht möglich.

Mit 19 war Ioana nach Deutschland gekommen, im März 2014. Eine Schulfreundin, die schon seit einem Jahr in Deutschland lebte, hatte sie immer wieder angerufen: Sie solle doch kommen und gutes Geld verdienen, hier könne sie in demselben Hotel als Zimmermädchen arbeiten wie



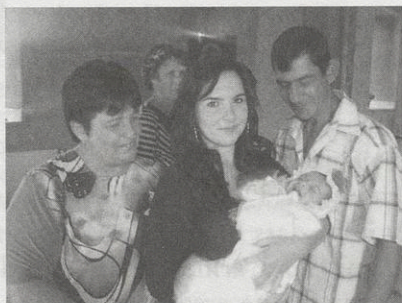
Ioana im Krankenhaus

sie selbst. Die Freundin versprach, dass sie ordentliche Papiere haben würde, dass Ioana eine Mietwohnung gestellt bekommen würde und sie damit ihrer armen Familie in dem kleinen Ort Bobolia helfen könne. Ioana wollte erst nicht fahren, hatte sie doch einen kleinen Sohn, der gerade einmal ein Jahr alt war. Doch die Lage der Familie in Bobolia war aussichtslos – wie in so vielen Provinzstädtchen Rumäniens, Ioanas Eltern hatten keine Arbeit und die Familie lebte nur von der Erziehungsbeihilfe für den kleinen Sohn. Entschlossen, dass es so nicht weitergehen könne, folgte Ioana dem Ruf ihrer Schulfreundin nach Deutschland.

Schon in Leipzig angekommen – ihrer ersten Station –, musste Ioana mit Schrecken feststellen: Ihre Freundin war mit einem rumänischen Zuhälter verheiratet, Robert T., Ioana musste mit den beiden die Wohnung teilen, wurde sofort zur Prostitution gezwungen, musste täglich viele Freier befriedigen. Außerdem wurden pornografische Fotos von ihr gemacht und im Internet verkauft. Es folgte die nächste Station, ein Bordell in Nürnberg. Auch hier hieß es anschaffen. Ihre Eltern durfte sie nur in Anwesenheit von Robert T. anrufen, er diktierte ihr die Antworten. Die Mutter wurde stutzig, weil die Tochter so mechanisch, hölzern und gebrochen antwortete, ging in Rumänien zur Polizei, bat Ioana zurückzukommen, doch Robert T. fing an, die Familie in Rumänien zu bedrohen, einzuschüchtern und zu beleidigen. Irgendwann verfrachtete Robert T. Ioana weiter nach Köln, wo sie am 31. Juli 2014 im Notarztwagen aus ihrem Wohnungsbordell geholt wurde.

Der Fall der jungen Ioana erschüttert seit Monaten die rumänische Bevölkerung, das Ausmaß der Berichterstattung ist enorm. In Deutschland wird hingegen kaum berichtet – abgesehen von der Erstmeldung der brutalen Tat. Hier wird auch aus ermittlungstaktischen Gründen der Presse gegenüber geschwiegen. Denn die deutsche Polizei konnte Ro-

bert T. mittlerweile fassen – dank der Aussagen seiner Frau, Ioanas Schulfreundin. Der brutale mutmaßliche Täter, der bereits wegen Doppelmordes in Rumänien gesucht wurde, auch schon in Deutschland in Abschiebehaft saß und für den in drei EU-Ländern Einreiseverbot gilt, sitzt jetzt in Köln in Haft und wird wohl auch nicht nach Rumänien ausgeliefert werden. Ioanas schweres Schicksal macht betroffen, zumal wenn man die Vorher-Nachher-Fotos der jungen Frau in den rumänischen Presseberichten und auf Facebook sieht. Eine blühende Schönheit – ein Häufchen Elend. Ihr und ihrer Familie ist alles Glück der Welt zu wünschen.



Ioana mit ihrer Familie

Ioanas Fall ist kein Einzelfall – außer vielleicht in dem extremen und öffentlichkeitswirksamen Maß der körperlichen Gewalt, die das zierliche Mädchen erlebt hat. Ioanas Fall steht für das „System Menschenhandel“ in der zweiten Dekade unseres Jahrhunderts. An Ioanas Fall lassen sich – fast möchte ich sagen: in idealtypischer Weise – die systemischen und strukturellen Aspekte von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung illustrieren: Täter-Opfer-Strukturen, Wandel der Anwerbetaktik von Menschen-

handelsoffern, sinkendes Alter der Opfer, Probleme der (auch grenzübergreifenden) Strafverfolgung, europäische Dimensionen des Menschenhandelsmechanismus (Armuts-

Ioanas Fall steht fast schon idealtypisch für das „System Menschenhandel“ in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts.

gefälle, EU-Osterweiterung, europaweit unterschiedliche Gesetzgebungen), Medienberichterstattung und Awareness-Raising-Prozesse¹ (Freier im Fokus), gesellschaftliche Diskussionen und oft auch Rat- und Hilflosigkeit.

Menschenhandel in Zahlen – ein kritischer Blick

Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist ein Teilaspekt des breiten und dunklen Themas Menschenhandel. Das deutsche

1 Prozesse, die zur Bewusstseinsbildung beitragen (Anm. d. Redaktion).

Strafrecht verfolgt außerdem folgende Tatbestände im Dunstkreis von „Menschenhandel“: Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung, Menschenhandel zum Zwecke der Entnahme von Organen, Handel in die Ehe (Heiratshandel) und Kinderhandel (auch zum Zwecke der Adoption). All diesen Phänomenen ist eines gemeinsam: *Menschen sind Handelsware*. Und: Es gibt *keine verlässlichen Zahlen*. Bei der Recherche stößt man überall und ständig auf die Worte „Schätzungen“ und „Dunkelziffer“, selbst bei den bekanntesten Ausprägungen, dem Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung und der sexuellen Ausbeutung.

Die enormen Gewinne aus Arbeitsausbeutung und sexueller Ausbeutung machen aus dem Menschenhandel ein äußerst lukratives Geschäft.

So sind nach neuesten und – wie sie selbst sagt – konservativen Schätzungen der ILO (International Labour Organisation, 2012) weltweit 21 Millionen Menschen Opfer von Menschenhandel: 11,4 Millionen Mädchen und Frauen, 9,5 Millionen Männer. Von diesen 21 Millionen sind 4,5 Millionen Menschen Opfer von „Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung“, also Frauen und Mädchen in der Zwangsprostitution. Zwischen 13 und 25 Prozent von ihnen – Kinder. Menschenhandel ist zum Big Business geworden. Die Gewinne aus der Zwangsprostitution rangieren gleich hinter dem Drogen- und Waffenhandel: Die ILO schätzt für die westlichen Industriestaaten über 13 Milliarden US-Dollar Gewinn jährlich allein aus der Zwangsprostitution. Die illegalen Gewinne aus der Arbeitsausbeutung sollen allein für die USA 150 Milliarden US-Dollar jährlich betragen – sie werden zumeist in privaten Haushalten, in der Gastronomie, im Baugewerbe und in der Unterhaltungsindustrie erwirtschaftet. Schwarz.

In ganz Westeuropa hat nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 der Menschenhandel massiv zugenommen, sowohl in der Arbeitsausbeutung als auch in der sexuellen Ausbeutung. Die Opfer stammen in beiden Fällen meist aus Osteuropa. Die Medien haben den Mechanismus der Zwangsprostitution in die Öffentlichkeit gebracht: Junge Frauen und Mädchen aus ganz Osteuropa werden Opfer von skrupellosen Menschenhändlern, die ihnen erst das Blaue vom Himmel versprechen – tolle Arbeit im Westen, viel Geld, eine rosige Zukunft – und die sie dann hier im Westen brutal ausbeuten. Schätzungen der UNICEF und UNDP²

² United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen).

sprechen von 500.000 Frauen und Mädchen aus den GUS-Staaten und Osteuropa, die jährlich in Westeuropa in die Prostitution gezwungen werden. Auf der anderen Seite gibt es auch immer wieder Berichte über ausgebeutete Erntehelfer, Bauarbeiter aus Rumänien oder Polen, die in elenden Unterkünften zu Wuchermieten gehalten werden und oft nicht einmal einen Hungerlohn bekommen. Oder Frauen, die als Haushalts-hilfen, Au-Pair-Mädchen oder in der Gastronomie bis zur Erschöpfung zur Arbeit gezwungen werden.

Wie sieht es in Deutschland aus mit Menschenhandel? Hier gibt das Bundeskriminalamt jährlich seinen so genannten „Bundeslagebericht Menschenhandel“ heraus – mit durchaus sehr exakten Zahlen über die Opfer und Täter im Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung und zur Arbeitsausbeutung. Und diese Zahlen verwundern, liegen sie doch weit unter den oben genannten geschätzten Zahlen. Denn sie entstammen dem so genannten „Hellfeld“, wie die Polizei die Ergebnisse ihrer aktiven Ermittlungen nennt:

Arbeitsausbeutung: Der BKA-Lagebericht 2012 spricht von 14 Opfern. 2013 sind es 61 Opfer, die allermeisten aus Osteuropa.

Sexuelle Ausbeutung: Auch hier seien exemplarisch die aktuellen Zahlen des BKA für 2013 genannt:

- 425 abgeschlossene Ermittlungsverfahren
- 625 Tatverdächtige (davon 28 Prozent Deutsche, 25 Prozent Bulgaren, 15 Prozent Rumänen); 77 Prozent Männer;
- 542 Opfer (davon 143 Bulgarinnen, 125 Rumäninnen, 90 Deutsche); 297 junge Frauen und Mädchen unter 21 Jahren (also 51 Prozent); 70 minderjährige Mädchen, auch deutlich unter 14 Jahren.

Soweit die offiziellen Zahlen des Bundeskriminalamts BKA.

Zwangsprostitution in Deutschland – Methoden, Täter, Opfer

Das BKA betont dabei immer wieder, dass die Dunkelziffer an Menschenhandels-Opfern und -Tätern weitaus höher liege, jedoch die Ermittlungen schwer seien. Zum Beispiel kommen die Hellfeld-Zahlen aus der Zwangsprostitution zustande, wenn die Polizei Opfer „ins Haus geliefert bekommt“ (sei es, weil Freier oder Mitarbeiterinnen von Hilfsorganisationen mit den Menschenhandelsopfern zur Polizei gehen oder die jungen Frauen sich in seltenen Fällen selbst an die Polizei wenden) – oder wenn die Polizei sich ihre Opfer „suchen geht“, d. h. bei Kontrollen/Razzien in Bordellen, Wohnungen oder auf dem Straßenstrich.

Doch das deutsche Prostitutionsgesetz von 2002 hat genau diese Kontrollmöglichkeiten stark eingeschränkt, das beklagen Strafverfolger seit Langem. (Auch das ein Grund, warum das Prostitutionsgesetz von 2002 nachgebessert werden sollte, was derzeit in Deutschland auch geschieht.)

Im Laufe der letzten Jahre und im Zuge der EU-Osterweiterung haben sich die Methoden der Menschenhändler verändert. Die Player der organisierten Kriminalität profitierten von den erleichterten Einreisebedingungen. Die illegale Schleusung von jungen Frauen in Nacht- und Nebelaktionen über grüne Grenzen hinweg oder mit gefälschten Pässen ist der legalen Einreise gewichen. Die EU-Osterweiterung in ihren Wellen von 2004 und 2007 hat das Phänomen Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung definitiv begünstigt. Mittlerweile liegen Bulgarien und Rumänien als „Hauptlieferländer“ von Menschenhandelsopfern an der Spitze der deutschen Statistik – seit dem EU-Beitritt dieser beider Länder 2007 ging das ganz rasch.³ Relativ neu ist nun dieser Trend: Zunehmend landen Roma-Mädchen und -Frauen aus Bulgarien in der deutschen (Zwangs-)Prostitution, also diejenigen, die in ihrem Herkunftsland am untersten Ende der sozialen Skala stehen – arm, ungebildet, absolut perspektivlos und oft Opfer des eigenen Clans, der sie schon früh Gewalt erleben lässt, sie verkauft und versklavt.

Die „alten“ Methoden der Menschenhändler sind dabei zunehmend neuen, subtileren gewichen: Noch bis vor 15 Jahren wandten die skrupellosen Täter schon im Heimatland brutale Gewalt an und verschleppten die gebrochenen Mädchen und Frauen dann ins Ausland. Doch diese Methode geht zurück. Die Anwerbung ist weit aus raffinierter geworden, so auch im Fall von Ioana. Die AnwerberInnen und Menschenhändler stammen aus dem nahen Umfeld des Opfers, es sind Bekannte, entfernte Verwandte oder – was besonders fatal ist –



Ohne Schutz oder Hilfe in der Illegalität.

³ Vgl. dazu auch die Hinweise im Beitrag von Christian Wulzinger in diesem Heft, besonders S. 111-113.

ihre eigenen Freunde. In Ioanas Fall war es die vertraute Schulfreundin – die Garantin dafür, dass die Arbeit in Deutschland redlich und anständig bezahlt sein wird –, die sie ins Verderben lockte.⁴ Und vermutlich war auch diese Freundin Opfer ihres Mannes, des Zuhälters Robert T. Vermutlich ist auch sie auf seine „Loverboy-Masche“ hereingefallen. Wenn es die Verehrer und Herzensfreunde sind, die die Opfer in die Zwangsprostitution locken, nennen das Fachleute in Strafverfolgung und Hilfsorganisationen „Loverboy“-Syndrom: Die jungen Männer mit schicken Autos und viel Geld machen die Mädchen im Heimatort verliebt, tragen sie erst monatelang wie Prinzessinnen auf den Händen und sagen dann: Mensch, ich habe Schulden bei einem Typen, könntest du mir nicht helfen, arbeite mal ein paar Monate im Ausland, danach machen wir uns dann ein tolles Leben ... Und die Mädchen fallen darauf rein. Die „große Liebe“ lockt. Frauen und Mädchen, die hier Opfer von Menschenhandel wurden, können meist nicht zurück in ihre Familien – die sie vielleicht wie im Falle der Roma-Clans als erste verkauft haben – oder in ihr altes Umfeld, denn dort lauern die Menschenhändler oder korrupten Polizisten, die nichts lieber täten, als diese Mädchen wieder in den teuflischen Kreislauf Menschenhandel einzuspeisen. Übrigens erhält auch Ioanas Familie im rumänischen Bobolia bis heute Drohungen aus dem Umfeld des Robert T.

Allerdings ist auch die grobe Täuschung à la Zimmermädchen heute nicht mehr unbedingt nötig, denn zunehmend landen junge Frauen aus dem Osten in deutschen Bordellen, die sehr abgeklärt für sich sagen, Prostitution ist okay, ich schau, dass ich ein-zwei Jahre freiwillig in der Prostitution Geld verdiene für zuhause – aber bitte zu meinen Bedingungen. Und das unterstützen die vermeintlichen Freunde, die „Loverboys“. Sie sagen: Du arbeitest in einer Bar, du tanzt und bedienst da, du musst aber nicht mit den Freiern aufs Zimmer, nur völlig freiwillig mit denen, die dir wirklich gefallen, und nur, wenn du wirklich magst – du verdienst super, hast eine eigene schicke Wohnung, alles bestens. Nur wenn diese Versprechungen und die Bedingungen brutal geändert werden, sobald sie im Westen sind, dann ist das das eigentliche Verbrechen,

4 Überraschend ist der hohe Anteil von Frauen unter den Menschenhändlern: global gesehen ein Drittel, in einigen Regionen wesentlich mehr. Vgl. dazu auch den Beitrag von Alexandra Rojkov: Frauen versklavt. Die Mütter des Menschenhandels, 30.03.2015; online: <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/frauen-versklavt-frauen-die-muetter-des-menschenhandels-13483415.html> (letzter Zugriff: 09.04.2015).

dessen Opfer sie geworden sind. Das Problem hierbei: Die jungen Frauen und Mädchen sehen sich selbst nicht als Opfer, sondern sagen sich: Bin ja selber schuld, hab mich ja freiwillig darauf eingelassen ... Und diese Scham und vermeintliche Schande spielt sie umso mehr den Zuhältern in die Hände, denn wer sich nicht als Opfer sieht, der geht auch nicht zur Polizei. (Abgesehen einmal davon, dass die wenigsten Frauen in der Zwangsprostitution sich an die Polizei wenden würden – denn sie kennen aus ihren osteuropäischen Herkunftsländern die Polizei als korrupt und als Komplizen der Menschenhändler und denken deshalb, in Deutschland sei das genauso.)

Push- und Pull-Faktoren der Zwangsprostitution

Die unauffällige „Ware“ im Big Business Menschenhandel – junge weiße Frauen – stammt vor allem aus den ärmsten Ländern Ost- und Südeuropas: aus Bulgarien, Rumänien, der Ukraine, der Republik Moldau. Es ist besonders die Armut und Perspektivlosigkeit in diesen Ländern, die man getrost als Push-Faktoren bezeichnen darf. Ioana ist nach Deutschland gegangen, weil sie ihrem kleinen Kind eine bessere Zukunft ermöglichen wollte. Und sie ist gegangen, weil sie in Deutschland eine vermeintlich vertrauenswürdige Anlauf- und Gewährsstelle hatte: ihre Schulfreundin, die ihr ein gutes Leben und eine echte Zukunft versprach. Und die Verheißung einer „glücklichen Zukunft“ ist wohl der größte Pull-Faktor, den Menschen sich vorstellen können.

In vielen Landstrichen (Süd-)Osteuropas herrscht eine unvorstellbare postsozialistische Tristesse, Arbeitslosigkeit, Armut und Zukunftsangst. In der Ukraine kostet ein Liter Wodka weniger als ein Liter Milch. In Rumänien kostet ein Liter Milch so viel wie bei uns – ein Lehrer oder eine Arzthelferin verdienen allerdings nur 350 EUR im Monat. Wenn sie überhaupt Arbeit haben. Rentner, die mit 90 EUR im Monat auskommen müssen – bei Energiepreisen wie im Westen? Wie soll das gehen? Nur mit Hilfe einer zusammenhaltenden Familie, wenn noch eine da ist.

Hinzu kommt noch, dass der Werteverfall in kommunistischen Zeiten es begünstigt hat, dass die zwischenmenschliche Gewaltschwelle einfach sehr niedrig ist: Gewalt in der Familie, eine zerrüttete Familie, Ge-

Armut und Perspektivlosigkeit in Südosteuropa sind die Ursache dafür, dass viele junge Frauen den Versprechungen ihrer künftigen Peiniger Glauben schenken.

walt durch Alkoholmissbrauch – das ist in Osteuropa eine Tatsache, die viele Hilfsorganisationen dort beklagen. Um der Armut, der Perspektivlosigkeit und der Gewaltspirale in der tristen Heimat zu entkommen, um ein besseres Leben zu führen als das der Realität, gehen die Mädchen und jungen Frauen nur zu bereitwillig und blauäugig in den Westen.

Der wohl größte Pull-Faktor ist die Nachfrage. In den Clubs und Bordellen Deutschlands wird „Frischfleisch“, werden junge, knackige und vermeintlich „naturgeile“ Osteuropäerinnen gesucht. Sie sind – so wollen es das Klischee und die unzähligen Freierforen im Internet – viel billiger, williger und „wärmer“ als die sehr selbstbewussten deutschen Prostituierten. Das zieht. Billige Sex-Dienstleistungen, am besten ohne Kondom, boomen hierzulande. (Das allerdings soll bald der Vergangenheit angehören: Im Februar 2015 hat die deutsche Regierung beschlossen, die Kondompflicht für Freier ins Prostitutionsgesetz aufzunehmen.) Die Gründerin der deutschlandweit größten Hilfsorganisation für Opfer von Zwangsprostitution SOLWODI („SOLidarity with WOmEn in DIstress“, Solidarität mit Frauen in Not), Ordensschwester Lea Ackermann, berichtete mir erst neulich von einem heute 18jährigen Mädchen, das mit 15 aus einem osteuropäischen Kinderheim nach Deutschland gebracht wurde und in einem schicken Puff als „tabuloser Teenie“ angeboten wurde.⁵ „Tabulos“ bedeutet: ohne Kondom. Die Menschenhändler wurden verurteilt: zu einem Jahr und vier Monaten auf Bewährung – eine Katastrophe für das Mädchen. Es wird nun auf Jahre hinaus von SOLWODI in Deutschland vor diesen Zuhältern versteckt werden. In ihr Heimatland darf es ohnehin nicht zurück. Und um diese humanitäre Hilfe leisten zu können, braucht es Hilfsorganisationen mit Herz und Hand. SOLWODI betreibt beispielsweise bundesweit rund 20 Beratungsstellen, viele mit Schutzwohnungen; insgesamt ist das Netz an über 60 Beratungsstellen und Hilfsorganisationen in Deutschland – wie es scheint – dicht gewoben; doch ähnlich wie die Polizei sind die Helferinnen gnadenlos überlastet und unterfinanziert.

Menschenhandel, Prostitution und Politik

In den letzten zehn Jahren hat sich der Blick der deutschen Politik auf Täter, Opfer, Strafverfolgung im Menschenhandel auch dank des unermüdlichen Drucks von Frauenverbänden im Inland und seitens der

5 Vgl. auch das Interview mit Schwester Lea Ackermann in diesem Heft.

anderen EU-Länder erweitert: auf die Freier, auf die Kundenseite. Die Nachfrage schafft den Markt – gemäß dieser Binsenweisheit aus der Wirtschaft wollte man die Prostitutionskunden, also die Freier, verstärkt in den Fokus nehmen und an ihre Verantwortung appellieren. Vorstöße in der CDU/CSU gingen in Richtung Freierbestrafung im Menschenhandelsfall, auch SPD und Grüne diskutierten die Verantwortung der Kundenseite, Hilfsorganisationen und kirchliche Institutionen starteten Initiativen zur Freieraufklärung. Und die Europarats-Konvention gegen Menschenhandel sprach 2005 die Empfehlung aus, einmal zu überlegen, ob nicht eine Freierbestrafung im Menschenhandelsfall in die nationale Gesetzgebung mit aufgenommen werden könnte.⁶ „Freierbestrafung“ – was vor zehn Jahren noch für Häme in den Freierforen des Internets und bei Bordellbetreibern sorgte und auch von einigen Frauenrechts- und Hilfsorganisationen eher als nicht erstrebenswert abgetan wurde, wird seit ein paar Jahren sehr heftig diskutiert und hat zu einigen Kursänderungen in Politik und NGO-Landschaft geführt. So vertritt z. B. heute die deutsche Frauenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES den Ausstieg aus der Prostitution und die Freierbestrafung – noch vor kurzem undenkbar. Erst im Februar 2015 schrieb das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL: „Bestraft die Freier!“⁷ In der aktuellen Novellierung des deutschen Prostitutionsgesetzes von 2002 ist zwar von Freierbestrafung wie auch von vielen anderen Vorstößen in Richtung Menschenhandels-Bekämpfung nicht mehr die Rede, aber vom Tisch ist sie deshalb noch lange nicht. Die gesellschaftliche Diskussion über Prostitution und Freiertum ist in vollem Gang.

Eine Gesetzesreform für Menschenhandel steht in Deutschland noch aus. Auch hier wird die Freierbestrafung gefordert – bei der CDU/CSU steht sie sogar im Parteiprogramm.

Schwierige Strafverfolgung in Deutschland

Wie man an den aktuellen Entwicklungen und Diskussionen rund um die Änderung des Prostitutionsgesetzes, des Menschenhandelsgesetzes

6 Konvention des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels (Warschau, 16.05.2005); deutsche nichtamtliche Übersetzung einsehbar unter <http://conventions.coe.int/Treaty/GER/Treaties/Html/197.htm> (letzter Zugriff: 09.04.2015); wichtig ist hier Artikel 19 „Kriminalisierung der Nutzung der Dienste eines Opfers“.

7 Cordula Meyer: Bestraft die Freier. In: DER SPIEGEL, 07.02.2015 (online: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-131696247.html>; letzter Zugriff: 09.04.2015).

und die Freierbestrafungs-Diskussionen sieht: Das nationale und internationale Rechtsumfeld ist massiv in Bewegung. Prostitution ist in Deutschland legalisiert, Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist ein Straftatbestand, zumeist einer der organisierten Kriminalität. Und ja – wir haben Gesetze dagegen, die in den letzten 15 Jahren immer wieder geändert und verfeinert worden sind, um Menschenhandel verfolgbare zu machen. Nur bleibt das grundsätzliche Problem, dass Menschenhandel sehr schwer zu beweisen ist, denn meist ist dazu

Menschenhandel als Straftatbestand ist sehr schwer zu beweisen, denn nur durch internationale Zusammenarbeit können die kriminellen Netzwerke aufgedeckt werden.

eine internationale, grenzübergreifende Zusammenarbeit nötig, um Netzwerke aufzudecken. (Und obendrein braucht es die belastbare Aussage von Opferzeuginnen.) Man sieht es am Fall Ioana: Der Täter kommt aus Rumänien, seine kriminellen Netzwerke

hat er dort, aber eben auch in Deutschland – denn schließlich konnte er Ioana von Wohnungsbordellen in Leipzig über Nürnberg und vielleicht weitere Orte nach Köln bringen. Dazu braucht es immer lokale Gewährsleute.

Um den lokal und international gut vernetzten Täter fassen zu können, muss die deutsche Kripo sich auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Behörden im Herkunftsland, in diesem Fall Rumänien, verlassen können. Robert T. wurde gefasst und sitzt nun in Untersuchungshaft in Deutschland. Ob es im Prozess je Aussagen von Ioana geben können, ist zu bezweifeln. Wie also soll diesem mutmaßlichen Täter das Handwerk gelegt werden? Ermittlungen in Sachen Menschenhandel sind langwierig, die Ermittler brauchen oft nicht nur Idealismus, Akribie und einen langen Atem, um Menschenhandel nachzuweisen – sie brauchen oft auch ein Quäntchen Glück – wie im Fall von Ioana, wo erst die Aussage ihrer Schulfreundin in Rumänien und in Deutschland zur Verhaftung Robert T.s führte. Dazu heißt es für die Kriminalbeamten auch immer wieder: Rückschläge verkraften, z. B. wenn die Polizei in den osteuropäischen Staaten korrupt ist (also eine Razzia „verpfeift“) oder wenn es keine verlässliche personelle Kontinuität gibt (mit jedem politischen Machtwechsel kommen oft neue Mitarbeiter). Menschenhändler und Zuhälter können sich meist sehr gute Anwälte leisten und kommen dann bei einem Prozess oft mit einem blauen Auge davon, mit einem so genannten „Deal“ mit der Staatsanwaltschaft – frei nach dem Motto: Ich gebe mal so ein bisschen Vergewal-

tigung und Nötigung zu, dafür kriege ich nur 'ne Strafe auf Bewährung. Dieser Fall wird dann aber auch nie in einer Menschenhandelsstatistik auftauchen, sondern läuft dann eben unter Vergewaltigung oder Nötigung. Das ist wiederum ein Problem mit den Zahlen der Bundeslagebild-Statistik des BKA.

Wenn Frauen, die Opfer von Menschenhandel wurden, als so genannte „Opferzeuginnen“ vor Gericht glaubhaft aussagen sollen, dann brauchen sie das Gefühl der Sicherheit. Eine gewisse Geborgenheit und Vertrauen können ihnen Hilfsorganisationen geben, die auch für ihre Unterbringung und ihre psychosoziale Betreuung sorgen. Doch wenn ihnen nach der Aussage im Prozess die Abschiebung in ihr Herkunftsland droht (was der Fall ist, wenn sie keine EU-Bürgerinnen sind), werden sie wohl kaum Interesse haben, die ganze Wahrheit auszupacken. Wieso sollten sie auch, wenn ihnen und ihrer Familie bei der Rückkehr Schlimmes von den Täternetzwerken droht? Hier können auch Hilfsorganisationen nichts ausrichten. Deshalb besteht schon lange die einhellige Forderung nach Bleiberecht für Menschenhandelsopfer nach ihrer Aussage und sogar unabhängig von ihrer Aussage, auch wenn sie nicht EU-Bürgerinnen sind. Frauen, denen hier schweres Leid geschehen ist, sollen auch hier bleiben dürfen, ohne als Opferzeuginnen instrumentalisiert zu werden.

Ioana erfährt hier in Deutschland vorbildliche, tatkräftige Unterstützung: Hilfsorganisationen haben sich noch im Krankenhaus für sie stark gemacht, eine Privatperson hat eine kleine Spendeninitiative ins Leben gerufen, um Ioanas Mutter die erste Reise zu ihrer Tochter ans Krankenbett zu ermöglichen – und das erst Monate nach der Katastrophe. Ioana, der in Deutschland so großes Leid widerfahren ist, wurde mittlerweile eine Rente bewilligt. Eine einmalige Spende vom „Weißen Ring“ wurde dazu verwendet, kleine Umbauten in Ioanas bescheidenem Elternhaus anzustoßen: Ioanas Zimmer soll behindertengerecht werden. Irgendwann einmal, wenn – nein, falls – sie wieder zurückkehren kann. Die Toilette befindet sich derzeit auf dem Hof. Das Bad ist der Bezeichnung nicht würdig. Doch das wichtigste für Ioanas Familie ist im Moment: die Tochter am Kölner Krankenbett besuchen zu können. Wenigstens alle paar Wochen einmal. Und ihr vielleicht irgendwann ihren kleinen Sohn mitzubringen.

Ist Prostitution jemals frei? ¹

Prof. Dr. Elke Mack ist Professorin für Christliche Sozialwissenschaft und Sozialethik an der Theologischen Fakultät der Universität Erfurt.

Prostitution wird moraltheologisch verurteilt, jedoch seit Kurzem im deutschen Rechtsstaat als wertneutrale Dienstleistung betrachtet. Es wird untersucht, ob Prostitution nicht grundsätzlich zu einer Schädigung der Betroffenen führt und ein Beziehungsmuster aufweist, das Entfremdung, Persönlichkeitsspaltung und Identitätsaufgabe nach sich zieht. Insbesondere die Freiwilligkeit der Prostituierten steht nicht nur im Falle von Zwangsprostitution zur Überprüfung an. Infolgedessen muss diskutiert werden, inwieweit ein Verbot der Prostitution zielführend ist.

Einführung

Bereits seit dem Neuen Testament ist theologisch geklärt, dass die Inanspruchnahme von Dirnen eine schwere Sünde darstellt (Gleichnis vom verlorenen Sohn, Lk 15,30; Paulus verurteilt die Beziehung zu Dirnen und die Unzucht, 1 Kor 6, 9-10.16-20). Gleichzeitig gab es allerdings durch die Person Jesu das klare Vorbild, Vergebung gegenüber Sünderinnen und Sündern zu zeigen und sie in die Gemeinschaft der Christen aufzunehmen: „Zöllner und Dirnen gelangen eher in das Reich Gottes als ihr“ (Mt 21,31).

Das Neue Testament unterscheidet also genau zwischen der Verurteilung der Sünde und der Vergebung gegenüber den Sündern. In der Kirchengeschichte gab es zahlreiche Bemühungen um die Reintegration und Resozialisation von Prostituierten durch Ablass gegenüber Männern, die sie ehelichten, oder durch spezielle Frauenorden, die sie aufnahmen (z. B. Magdalenschwestern und Reuerinnen). Auch wenn sich in der

1 Der Beitrag stellt eine überarbeitete und gekürzte Fassung des von der Autorin unter dem Titel „Prostitution als Menschenrechtsproblem“ in Theologie der Gegenwart 57 (2014), H. 1, S. 2-15, erschienenen Beitrags dar.

Kirchengeschichte zeitweise eine duldende Toleranz gegenüber der Institution der Prostitution nachweisen lässt (etwa bei Augustinus und Thomas von Aquin), gab es jedoch keine irgendwie geartete moraltheologische Akzeptanz für käufliche Sexualität auf Seiten der gesamten christlichen Theologie.

Ein Hauptgrund für Einwände gegen Prostitution liegt darin, dass sie selten vollkommen freiwillig ausgeübt wird, sondern zumeist aus sozialer Not bzw. aus Mangel an attraktiven beruflichen Alternativen gewählt wird. Überwiegend gehen ihr Frauen

aus prekären, sozial schwachen Lebenswelten in der Hoffnung nach einem ökonomisch besseren Leben nach. Vielfach geschieht sie sogar unter Zwang, also als Zwangsprostitution, verbunden mit vorgängigem Menschenhandel.

Papst Franziskus hat in seiner Osterbotschaft 2013 den Menschenhandel als die im 21. Jahrhundert am weitesten verbreitete Sklaverei² bezeichnet, die es zu bekämpfen gilt. Dem geht voraus, dass Menschen, zu über 90 Prozent Frauen und Mädchen, so sehr misshandelt, erniedrigt, vergewaltigt und durch körperliche und psychische Gewalt bedroht werden, dass ihr Wille gebrochen wird. Man rechnet mit einer halben Million Frauen und Kinder pro Jahr, die als Sexsklavinnen missbraucht werden. Nach Einschätzung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) werden insgesamt in jedem Jahr rund 10 Millionen Kinder neu zur Prostitution gezwungen.³

Es besteht damit kein Zweifel, „dass der moderne globale Sklavenhandel rechnerisch größere Ausmaße hat als der atlantische Sklavenhandel im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert“⁴ und zunehmend im Wachstum begriffen ist. Insbesondere in asiatischen Ländern, vorzugsweise Indien, Nepal, Bangladesch, Pakistan und China, gibt es überproportional viele Prostituierte, von denen man annimmt, dass die Mehrzahl dazu gezwungen wird. In Deutschland rechnet man mit Hunderttausenden von Prostituierten, überwiegend Ausländerinnen aus südosteuropäischen Ländern, von denen ein erheblicher Teil unter Zwang arbeitet.

Das Neue Testament unterscheidet genau zwischen der Verurteilung der Sünde und der Vergebung gegenüber den Sündern.

2 http://www.vatican.va/holy_father/francesco/messages/urbi/documents/papa-francesco_20130331_urbi-et-orbi-pasqua_ge.html (letzter Zugriff: 25.02.2015).

3 Vgl. Nicholas D. Kristof, Sheryl Wu Dunn: Die Hälfte des Himmels. Wie Frauen weltweit für eine bessere Zukunft kämpfen. München 2010, S. 32.

4 Ebd., S. 33.

Sie leben unentdeckt inmitten unserer Wohlstandsgesellschaft und unserem demokratischen Rechtsstaat in einem kriminellen Milieu, das sich offiziell als Dienstleistungsgewerbe tarnt.

Die säkulare Akzeptanz von Prostitution

Die Aufhebung der Sittenwidrigkeit der Prostitution und der Zuhälterei durch den deutschen Gesetzgeber und ihre gesetzliche Gleichstellung mit wirtschaftlichen Dienstleistungsgewerben anderer Art durch das Prostitutionsgesetz im Jahr 2001⁵ war eine gesellschaftliche Revolution. An und für sich war es gut gemeint, Prostituierte ernst zu nehmen und rechtlich und sozialversicherungstechnisch anderen Arbeitenden gleich zu stellen, um damit die Freiheit der Prostituierten so weitgehend zu respektieren, dass sie ihrem Gewerbe sozial ungeächtet nachgehen können. Die Idee einer Wertfreiheit der freiwilligen Prostitution sowie die vollständige Individualisierung und Privatisierung sexueller Wahlfreiheit sollten vom Rechtsstaat anerkannt werden.

Doch was ist danach geschehen? Deutschland wurde seit der gesetzlichen Liberalisierung der Prostitution zum Mittelpunkt des Menschenhandels und der Zwangsprostitution und zum größten Prostitutionsmarkt in Europa. Anders als noch in den neunziger Jahren fährt man nicht mehr nach Thailand, sondern der Sex-Reisetourismus findet jetzt aus ganz Europa in deutsche Bordelle statt. Neunzig Prozent der Prostituierten sind Ausländerinnen; sie verrichten ihre Tätigkeit überwiegend

angesichts wiederholter Gewaltanwendung von Zuhältern und unter ausweglosem Zwang, aber immer aus sozialer Not heraus und zumeist in vorheriger Unwissenheit über ihre spätere Tätigkeit und Zwangslage in Deutschland.⁶ Fast keine Prostituierte

ist offiziell sozialversichert. Mittlerweile existieren in vielen deutschen Städten Flatrate-Bordelle, in denen intimer Gesundheitsschutz bzw. Ar-

Deutschland wurde seit der gesetzlichen Liberalisierung der Prostitution zum Mittelpunkt des Menschenhandels und der Zwangsprostitution und zum größten Prostitutionsmarkt in Europa.

5 Vgl. Deutscher Bundestag: Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (Prostitutionsgesetz – ProstG) vom 20. Dezember 2001. In: BGBl. I, Nr. 74, 3983.

6 Nach Einschätzung der mit Menschenhandel befassten Polizei in Deutschland sind 90 Prozent aller Prostituierten Zwangsprostituierte. Vgl. Anonyme Publikation einer deutschen Polizistin: Ich kann nicht länger schweigen. In: Emma 37 (2/2013), S. 40 f.

beitsschutz der Prostituierten aufs Ärgste vernachlässigt, sie körperlich und seelisch ausgebeutet werden und keinerlei „Arbeitnehmerrechte“ besitzen.⁷ Der Markt für Menschenhändler und Sexsklaverei wurde mit der Liberalisierung erst richtig attraktiv und das Gewerbe ist immer noch zu einem großen Teil kriminellen Milieus, wenn nicht sogar der organisierten Kriminalität zuzurechnen.

In Ländern, in denen politisch das Gegenteil wie in Deutschland durchgesetzt wurde, nämlich ein Verbot der Prostitution wie etwa in Schweden, liegt die Quote der Zwangsprostitution, die Kriminalitätsrate in diesem Milieu und überhaupt die Attraktivität dieses Gewerbes deutlich niedriger als in Ländern, in denen Prostitution liberalisiert wurde: In solchen Ländern sind Menschenhandel und Zwangsprostitution deutlich häufiger als in Ländern mit Prostitutionsverbot.⁸

Mit einer rechtsstaatlichen Ächtung trocknet also auch die Nachfrage nach Prostitution aus, einfach schon deshalb, weil der Tatbestand des Kaufens von Frauen oder Menschen zu sexuellen Zwecken eindeutig strafbar ist und die Täter strafrechtlich von staatlicher Seite belangt werden. Der geschmälerte, nichtlegale Prostitutionsmarkt ist dann nicht mehr geeignet, um als weitere Plattform für Kriminalität wie Menschenhandel oder Drogenhandel zu dienen. Diese ethische und rechtliche Option des Prostitutionsverbotes kann in der Fachsprache als „*Neo-Abolitionismus*“ bezeichnet werden, also ein Verbotsimperativ, der mit menschenrechtlichen Argumenten und Geschlechtergerechtigkeit begründbar ist.⁹

Ein Verbot der Prostitution würde langfristig auch zu einem erheblichen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel beitragen, weil Kinder, insbesondere Jungen und männliche Jugendliche, in einer Gesellschaft nicht mit der vermeintlich „wertfreien“ Situation aufwachsen, dass man sich Frauen oder andere Jungs kaufen kann, wenn man dazu das Bedürfnis hat. Bereits vom Gesetzgeber her ist dann eindeutig geklärt, was aus der

7 Die Frauen haben in manchen deutschen Bordellbetrieben zur Ausbeutung neigende Arbeitszeitregelungen, keine Tariflöhne, keine Privatsphäre (Wohnen und Arbeiten in einem Raum), kein Recht auf Ablehnung von Kunden und erleiden darüber hinaus psychischen und physischen Druck. Vgl. Rahel Gugel: Das Spannungsverhältnis zwischen Prostitutionsgesetz und Art. 3 II Grundgesetz. Eine rechtspolitische Untersuchung. Münster 2011.

8 Vgl. Seo-Young Cho, Axel Dreher, Eric Neumayer: Does Legalized Prostitution Increase Human Trafficking? In: World Development 41 (2013), S. 67-82.

9 Vgl. Beatrice Bowald: Prostitution. Überlegungen aus ethischer Perspektive zu Praxis, Wertung und Politik. Luzern 2009, S. 256.

Würde des Menschen zwingend folgt: Sexuelle Intimität von anderen Menschen darf in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat niemals käuflich sein und sollte vielmehr zwischen gleichen Partnern immer freiwillig sein – sodass auch in der Folge gewerbliche und wirtschaftliche Interessen auf diesem Gebiet keine Rolle spielen dürfen. Selbst in der Volkswirtschaftslehre und im Handelsrecht gibt es Güter, die von

Die Würde des Menschen erfordert es, dass sexuelle Intimität in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat niemals käuflich sein darf.

einer kommerziellen Nutzung ausgeschlossen sind, weil es unsittlich ist, mit ihnen Handel zu treiben; Beispiele sind u. a. Organe, Menschen und Patente auf Lebewesen. Menschliche Sexualität könnte und sollte im Sinne

der Wahrung körperlicher Integrität und personaler Identität hinzuge-rechnet werden. Frauen dürfen einfach nicht käuflich sein und Liebe ist es sowieso nicht.

Eine neue moraltheologische Bewertung der Prostitution

Sinn einer ethischen Reflexion ist es, die tieferliegenden Gründe für eine moralphilosophische und moraltheologische Problematisierung von Prostitution zu erforschen.

Es geht bei der Prostitution darum, dass überwiegend Männer eine Bedürfnisbefriedigung suchen, die unabhängig vom Wohlbefinden der Frau ausgeübt wird, nicht auf Dauer angelegt und rein körperlicher Natur ist. Dies kann auch für den homosexuellen Fall gelten, dass Männer dies gegenüber anderen Männern anzielen. Man geht in dieser Konstellation sogar davon aus, dass bei Prostitution ein Großteil der Lust bei Männern dadurch entsteht, dass Frauen unterworfen werden, über sie nach Belieben verfügt und Macht über sie ausgeübt werden kann – fast analog zu Vergewaltigungen. Diese Annahme des gewollten prinzipiellen Machtgefälles besitzt eine erhebliche Plausibilität und wird durch die katholische Kirche aufgrund einschlägiger seelsorgerlicher Praxis geteilt.¹⁰ Reize und Lust sind im Falle der Prostitution nicht in eine perso-

10 „Männer kaufen bei Prostituierten nicht Sex, sondern Macht“ (Alice Schwarzer: Der große Unterschied. Gegen die Spaltung von Menschen in Männer und Frauen. Köln 2000, S. 138). Zur seelsorglichen Praxis vgl. Päpstlicher Rat der Seelsorge für die Migranten und Menschen unterwegs. I. Internationales Treffen der Seelsorge zur Befreiung der Strassenmädchen. Schlussdokument. Rom 2005; online unter: http://www.vatican.va/roman_curia/pontifical_councils/migrants/documents_1/rc_pc_migrants_doc_20210605_linc-past-don-strada-findoc_ge.html (letzter Zugriff: 25.02.2015).

nale Beziehung integriert, sondern spielen eine sich so verselbstständigende Rolle für den einen Akteur, dass der Würdestatus der anderen Person eine störende oder zumindest instrumentelle Bedeutung hat.

Zusätzlich zeigen Studien, dass Frauen, die der Prostitution nachgehen, zu einem hohen Prozentsatz an chronischen Krankheiten der Geschlechtsorgane, Infektionen und Verletzung innerer Organe leiden.¹¹ Wir sprechen hier nicht einmal von ungeschütztem Verkehr und dem damit verbundenen AIDS-Risiko, sondern nur davon, dass der menschliche, insbesondere der weibliche, Organismus rein biologisch nicht dazu ausgelegt ist, in einer zu hohen Frequenz und mit wenig Rücksichtnahme (bzw. unter Gewalt) sowie mit beständig unterschiedlichen Partnern Verkehr zu haben. Medizinische Studien zu Promiskuität und Prostitution belegen dies. Die Mortalitätsrate von Prostituierten ist nach US-amerikanischen und kanadischen Studien um rund 40 Prozent erhöht, was neben häufiger Gewaltanwendung mit Todesfolge auch auf die überproportionale Quote der Drogen- und Alkoholabhängigkeit zurückzuführen ist.

Die These: Prostitution als Menschenrechtsverletzung

Rechtsethisch führt die beschriebene Situation der Selbstverleugnung und Instrumentalisierung zu dem Schluss, dass die Wahrnehmung der Prostitution grundsätzlich immer eine Verletzung der natürlichen Rechte des menschlichen Gegenübers, also der betroffenen Frau bzw. des betroffenen Menschen darstellt.

Im Bereich der Prostitution ist unabhängig von einer christlichen Ethik auch im säkularen Rechtsstaat davon auszugehen, dass das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und Freiheit durch Normen und Regeln des Selbst- und des Personenschutzes eingeschränkt werden muss. Dies geschieht auf anderen Gebieten vielfach und oft, beispielsweise schon bei den vielfältigen Verwaltungsvorschriften zum Verbraucherschutz, zum Gesundheitsschutz oder im Bereich kommunaler Gefahrenvorbeugung. Warum sollte es auf einem derart existenziellen Gebiet der

11 Zum Folgenden vgl. Janice G. Raymond: Health Effects of Prostitution. In: Donna M. Hughes: Making the Harm Visible. Global Sexual Exploitation of Women and Girls. Speaking Out and Providing Services, online: <http://www.uri.edu/artsci/wms/hughes/mhvhhealth.htm> (letzter Zugriff: 25.02.2015); Mortality in a Long-term Open Cohort of Prostitute Women. In: American Journal of Epidemiology 159 (2004), Nr. 8, S. 778-785.

körperlichen Integrität unterlassen werden, Menschen rechtlich zu schützen? Es ist vielmehr nicht nur ein Ergebnis gerechtigkeits-theoretischer Rekonstruktion, sondern eine logische Konsequenz aus rechtsstaatlichen Verfassungsprinzipien zum Würdeschutz, die das Verbot der Prostitution in demokratischen Rechtsstaaten nahelegen. Denn Prostitution ist eine Menschenrechtsverletzung. Sie ist kein Beruf wie jeder andere, sondern ein *Preisgeben der eigenen Intimität auf Kosten der eigenen Identität*. Die weitgehende Liberalisierung der Prostitution stellt einen ethischen Anachronismus bzw. eine ethische Rückwärtsbewegung moderner Gesellschaften bezüglich der Menschenrechte (nicht nur der Frauenrechte) und der Gleichheit unter den Menschen (nicht nur der Geschlechtergleichheit) dar, die in einer skandalös unreflektierten rechtlichen Grauzone verbleibt.

Im Zeitalter der immer größeren Verfeinerung von Menschenrechten und deren rechtsstaatlicher Umsetzung ist es ein falsch verstandener Liberalismus und höchste moralische Naivität zu meinen, dass es bei der Prostitution um einen rechtsethisch freien und neutralen Raum geht, der fern jeglicher Gewalt von staten gehen kann. Hier werden täglich mitten unter uns und in unserem Land Frauen geschunden, verletzt, entwürdigt, versklavt und ihrer Würde beraubt. Ein sozialer Rechtsstaat mit einer erstrangigen rechtsethischen Verfassung sollte in der Lage sein, auch diesen Menschen menschenwürdige Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, und nicht davon ausgehen, dass männliche Bedürfnisse sich in der postmodernen, liberalen Gesellschaft ungehindert ihre Befriedigung und ihre Objekte der Bedürfnisbefriedigung suchen dürfen.

Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere, sondern ein Preisgeben der eigenen Intimität auf Kosten der eigenen Identität.

Skandinavische Gesellschaften mit ihrer fortgeschrittenen Gesellschaftsmoral in Gestalt von strikten Prostitutionsverboten (Schweden, Island, Norwegen, Finnland) und viele andere Länder der Welt (Irland, USA, ara-

bische Länder, Japan mit sehr altem Prostitutionsverbot) treten den Beweis dafür an, dass die Institution der Prostitution kein Naturgesetz ist, sondern ihre Regelung von der zivilisatorischen Entwicklung einer Gesellschaft abhängt.¹² In diesem Zusammenhang beweist sich ihre morali-

12 Deshalb ist es von Seiten der Moraltheologie ziemlich leichtfertig zu behaupten, dass es nicht Aufgabe des Staates sei, Frauen aktiv von der Prostitution abzuhalten oder daraus herauszuholen. Es käme einer Bevormundung gleich und wäre zudem nicht

sche Zivilisiertheit insbesondere in der gesellschaftlichen Haltung gegenüber dem weiblichen Geschlecht. Modernisierung von Gesellschaften ist deshalb nicht gleichzusetzen mit Liberalisierung ihrer Moral. Vielmehr kommt in den modernisiertesten Gesellschaften der Welt eine Schärfung der Geschlechter- und Sexualmoral zum Tragen, die gerade die christliche Ethik würdigen kann. Die protestantischen Skandinavier beweisen uns, dass sich Männer so weit zivilisieren können, dass sie die Dienste käuflicher Liebe weitestgehend nicht mehr brauchen. Das beweist, dass eine gesellschaftliche Ächtung der Prostitution ein kollektives Unrechtsbewusstsein hervorruft und zu einer höheren Achtung von Frauen führt. Allerdings müssen einem Verbot der Prostitution gesellschaftliche und öffentliche Diskussionsprozesse vorausgehen, in denen die potenzielle Rechtsverletzung aller Betroffenen und die wachsende Kriminalisierung des Milieus erkannt sowie die neuen Formen der Sklaverei durch Zwangsprostitution diskutiert werden.

Die deutsche und europäische Gesellschaft scheinen sich derzeit im Stadium einer beginnenden Bewusstseinsschärfung zu befinden. Sich prostituierende Sexualität wird nicht mehr nur als Privatsache, sondern zunehmend auch als gesellschaftliche Degradierung von Frauen und deren Entwürdigung erkannt. Dies ist ein rechtsethisches Problem, das vielen Menschen einer säkularisierten und pluralisierten Gesellschaft nicht bewusst ist, aber zunehmend in Medien und Öffentlichkeit in allen Ländern Europas diskutiert wird. Deshalb besteht die begründete Hoffnung, dass sich hier eine Schärfung und Präzisierung gesellschaftlicher Moral formiert, die auf die Menschenrechtsverletzung mit einem europaweiten Verbot der Prostitution reagieren sollte.

durchführbar. Vgl. Bowald, Prostitution (wie Anm. 9, oben S. 97), S. 259 f. Die empirische Realität in Ländern mit Prostitutionsverbot belegt das Gegenteil. Auch die Behauptung, dass diese Erfahrungen nicht auf andere Länder übertragbar wären, müsste belegbar sein.

Bärbel Heide Uhl

Strategien gegen Menschenhandel in Mittel- und Südosteuropa seit 2004

Eine Zwischenbilanz ¹

Dr. Bärbel Heide Uhl ist Politikwissenschaftlerin, Autorin und Herausgeberin wissenschaftlicher und praxisorientierter Publikationen zu den Themen Menschenhandel, Sicherheitspolitik und Datenschutz. Sie arbeitete als Politikberaterin für die OSZE, die EU und den Europarat und war 2007-2001 Vorsitzende der EU-ExpertInnengruppe zur Bekämpfung von Menschenhandel. Ihr derzeitiger Arbeitsschwerpunkt sind globale Datenpolitiken.

Zur Bekämpfung des Menschenhandels hat es in den letzten Jahren eine Reihe internationaler Vereinbarungen gegeben, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der verschiedenen mitwirkenden Behörden koordinieren und darüber hinaus sowohl die Verfolgung der Täter als auch den Schutz der „gehandelten“ Menschen verbessern sollen. Der Beitrag vermittelt einen Überblick über diese Abkommen und wirft einen kritischen Blick auf die Institutionalisierung und Spezialisierung von Menschenhandelspolitiken in Europa.

Einleitung

Der bulgarische Filmregisseur und Drehbuchautor Stephan Komandarev erzählt in seinem aktuellen Film „Judgement – Grenze der Hoffnung“ (2014) die Geschichte von Mityo, einem ehemaligen Grenzsoldaten der bulgarischen Volksarmee, der sich aufgrund seiner miserablen finanziellen Situation anheuern lässt, Flüchtlinge aus Syrien und anderen Regionen gegen Bezahlung über die türkisch-bulgarische Grenze in das EU-Mitgliedsland Bulgarien zu schleusen. Eine Ironie dieser Erzählung

¹ Der Beitrag beruht auf einem Vortrag, den die Autorin auf der von Renovabis und der Hanns-Seidel-Stiftung organisierten Konferenz „Stopp dem Frauenhandel! Brennpunkt Osteuropa“ am 17.10.2014 in München gehalten hat (vgl. dazu auch <http://www.gegen-frauenhandel.de/fachtagungen/fachtagung-2014>).

liegt in der Tatsache, dass Mityo als noch aktiver Grenzsoldat in den Zeiten der Ordnung des Warschauer Pakts eben diese bulgarisch-türkische Grenze von der anderen Seite her kontrolliert hatte. Er schoss u. a. auf BürgerInnen aus der DDR, die aus dem totalitären Herrschaftsregime mit sozialistischem Anstrich in Richtung der für sie freien Türkei zu fliehen versuchten.²

Diese Darstellung von Grenzüberschreitungen, bei denen Menschen bei der Übertretung innerhalb weniger Jahre mal von der einen, dann von der anderen Seite her ihr Leben riskieren, kann uns als eine Parabel vor Augen führen, wie kurzfristig und nicht-durchdacht die politische und wirtschaftliche Einteilung von Europa in „Ost“ und „West“ ist. Migrationen werden häufig mit Menschenhandel gleichgesetzt und nicht nur in Westeuropa im öffentlichen Diskurs als „erzwungene Armutszuwanderung“ beschrieben oder im Falle von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung als „Armutsprostitution“ gekennzeichnet. Diese Darstellung ist aus mehreren Gründen problematisch: Zum einen erschwert eine allzu leichtfertige Gleichsetzung von Migration, Prostitution und Menschenhandel die individuelle Dokumentation von Gewalterfahrung, Missbrauch und Ausbeutung durch die einzelnen Verbrechensoffer, zum anderen wird ausgeblendet, dass EU-Mitgliedsstaaten im geographischen Südosteuropa wie Bulgarien und Rumänien auch als Zielländer für (Arbeits)-MigrantInnen fungieren.

Darüber hinaus wird Migration dadurch in Europa ausschließlich auf ein Phänomen reduziert, das der Logik des wirtschaftlichen Gefälles folgt. (Im)-Migration hatte und hat immer noch für die vielfältige und multi-linguale europäische Geschichte über Jahrhunderte hinweg einen identitätsstiftenden Charakter, der nicht nur einzelnen MigrantInnen und ihren Familien, sondern auch Regionen wirtschaftliche und kulturelle Prosperität brachte.

Es scheint, dass zurzeit durch den Krieg in der Ukraine eine eigentümliche Rhetorik vorherrscht, die die europäische Ordnung des Kalten Krieges und des Eisernen Vorhangs zu restaurieren versucht. Diese Sichtweise ist nicht nur fatal für das demokratische und zivilgesellschaftliche Bestreben in den europäischen Transformationsgesellschaften, sondern würde auch für die nachstehende Erörterung der Politiken gegen Menschenhandel zu kurz greifen, denn im Folgenden gehe ich von

² Siehe Informationen zu dem Film unter <http://www.farbfilm-verleih.de/filme/judgment/?context=cinema>.

der Prämisse aus, dass Maßnahmen gegen Menschenhandel nicht nur von West- nach Osteuropa übertragen, sondern dass Politiken gleichzeitig oder auch zeitlich verschoben in verschiedenen europäischen Regionen durch souveräne Staaten und autonome Zivilgesellschaften ausgestaltet wurden.

Die Institutionalisierung der Bekämpfung von Menschenhandel in der EU

Die Bekämpfung von Menschenhandel stellt einen Komplex von verschiedenen Politikfeldern und Regierungstechnologien dar, die in den letzten zehn Jahren vor allem durch Verrechtlichung und Institutionalisierung geprägt wurden.³

Das Abschlussdokument der Pekingener Aktionsplattform 1995 kategorisierte „Frauenhandel“ als Form von Gewalt gegen Frauen und benannte ausschließlich Zwangs- und Ausbeutungsformen, enthielt sich jedoch jeglicher Opferbeschreibungen.

Die Haager EU-Ministererklärung von 1997, welche als eines der ersten hochrangigen europäischen Anti-Menschenhandelsdokumente gilt, führt den Opferschutz lediglich als Unterkapitel in der Textstruktur der Strafverfolgung auf und verzichtet auf Opferzuschreibungen. Man ging davon aus, dass die Opfer des Verbrechens Menschenhandel – ähnlich wie Vergewaltigungsopfer und Betroffene von häuslicher Gewalt – in eigener Handlungsvollmacht

Opferschutz-Strukturen aufsuchen würden.

Spätestens mit der Zeichnung der „UN-Konvention zur Bekämpfung transnationaler organisierter Kriminalität“ (15. November 2000) und deren Zusatzprotokoll zur Verhütung von Menschenhandel – die als „Palermo-Protokoll“ die erste internationale rechtsverbindliche Definition des Straftatbestands Menschenhandel enthält –, wurde Opferschutz, obwohl nicht rechtsverbindlich, so doch semantisch als eigenständiges Politikfeld weltweit legitimiert. Menschenhandel in Europa hat sich seit der Verabschiedung der UN-Kon-

Das „Palermo-Protokoll“ vom November 2000 enthielt die erste internationale rechtsverbindliche Definition von Menschenhandel.

vention“ (15. November 2000) und deren Zusatzprotokoll zur Verhütung von Menschenhandel – die als „Palermo-Protokoll“ die erste internationale rechtsverbindliche Definition des Straftatbestands Menschenhandel enthält –, wurde Opferschutz, obwohl nicht rechtsverbindlich, so doch semantisch als eigenständiges Politikfeld weltweit legitimiert. Menschenhandel in Europa hat sich seit der Verabschiedung der UN-Kon-

3 Eine detaillierte Analyse von Anti-Trafficking Politiken zwischen 1995 und 2009 und die Entstehung des „gehandelten Menschen“ als rechtlich-ontologische Identität findet sich in Bärbel Heide Uhl: Die Sicherheit der Menschenrechte. Bekämpfung des Menschenhandels zwischen Sicherheitspolitik und Menschenrechtsschutz. Bielefeld 2014.

vention gegen transnationale organisierte Verbrechen im Jahr 2000 als Politikfeld zunehmend institutionalisiert und spezialisiert. Neben europäischen Gesetzestexten wie der EU-Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer (2011)⁴ und der Europaratskonvention zur Bekämpfung von Menschenhandel (2005) wurden im letzten Jahrzehnt auf europäischer Ebene auch ExpertInnen-Gruppen, Monitoring-Mechanismen und Berichterstattungsstellen eingerichtet.⁵

Obwohl die Politiken zur Bekämpfung von Menschenhandel als gemeinschaftlicher Besitzstand (der sogenannte EU-Acquis) Teil der EU-Beitrittsverhandlungsmasse waren für die jeweiligen Länder in Mittel- und Osteuropa, sind die Umsetzungen des Acquis in den EU-Mitgliedsstaaten jedoch sehr unterschiedlich. Als Beispiel möchte ich die innerstaatlichen Weiterleitungs- und Koordinierungsmechanismen, die „National Referral Mechanisms“ (NRM) anführen.⁶ Das Konzept der NRM wurde 2004 durch die OSZE entwickelt und 2005 durch den EU-Aktionsplan für die Umsetzung in den EU-Mitgliedsstaaten empfohlen.⁷ Sie beinhalten eine Anleitung für eine multi-disziplinäre und cross-sektorale Koordinierungsstruktur, die die verschiedenen relevanten Ministerien, Polizei und Zivilgesellschaft zwecks regelmäßiger Absprachen und gemeinsamem Vorgehen gegen Menschenhandel zusammen bringt. Darüber hinaus definiert das Konzept der NRM Kooperationsabkommen zwischen Strafverfolgungsbehörden und NGO-Fachberatungsstellen, um den unbürokratischen Zugang von betroffenen Menschen zu Beratung und Recht zu gewährleisten.

In einigen EU-Mitgliedsstaaten, wie z. B. in Deutschland und Österreich, findet sich die NRM-Struktur als dezentrale Multi-Stakeholder-Struktur wieder, während in den EU-Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien die Koordinierung als eigener Arbeitsstab im Innenministerium (Rumänien) oder auf der Ebene des Regierungskabinetts angesiedelt

4 Auszüge der Richtlinie sind in diesem Heft abgedruckt (unten S. 148-152).

5 So etwa durch die OSZE und den Europarat („Group of Experts on Action against Trafficking in Human Beings“, kurz GRETA).

6 OSZE/ODIHR: National Referral Mechanism. Joining the Efforts to Protect the Rights of Trafficked Persons. A Practical Handbook. Warschau 2004. (ODIHR ist die englische Abkürzung für das OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau.)

7 EU plan on best practices, standards and procedures for combating and preventing trafficking in human beings. OJ C 311/1, 09.12.2005.

ist (Bulgarien).⁸

Die Vorteile der Institutionalisierungen und Verrechtlichungen von Politiken gegen Menschenhandel scheinen auf der Hand zu liegen: So ermöglichen Joint Investigation Teams (JITs) den Strafverfolgungsbehörden aus Ziel- und Herkunftsländern, koordiniert von EUROPOL, die Durchführung gemeinsamer Ermittlungen.⁹ Opfer von Menschenhandel können durch Kooperationsabkommen, Identifizierungsinstrumente und geschulte Sicherheitsbehörden Zugang zu Beratung

*Bekämpfung von Menschenhandel
erfordert gemeinsames Vorgehen von
Strafverfolgungsbehörden und Fachbera-
tungsstellen.*

und Rechtsinstrumenten erlangen und stehen – sofern es sich um EU-BürgerInnen handelt – nicht mehr wie in den neunziger Jahren in Gefahr, mit sofortiger Wirkung in das Herkunftsland abgeschoben zu werden. Auch

wenn die Anerkennung ihrer Freizügigkeit, und verbunden damit die Ermöglichung des Zugangs zu finanzieller Unterstützung, ein schwieriges Unterfangen bleibt, ist jedoch die Möglichkeit durch die EU-Erweiterung grundsätzlich gegeben.

Menschenhandel und Menschenrechte

Es gibt jedoch auch eine andere, eine menschenrechtliche Lesart zur europäischen Institutionalisierung der Menschenhandelspolitiken. Die Verankerung von Opferdefinitionen und -schutzmaßnahmen als integraler Teil einer strafrechtlichen Definition – und nicht als eigenständiges Menschenrechtsinstrument – fördert analoges Verwaltungshandeln der Behörden: Opfer – nicht nur Täter – müssen nun identifiziert werden, um der Umsetzung gerecht zu werden. Dadurch wird der gehandelte Mensch zum Risikosubjekt erklärt, wenn er oder sie durch die Behörden als Opfer identifiziert wurde. Er wird interviewt, Informationen über ihn und seine personenbezogenen Daten werden registriert und eventuell an andere kompetente Behörden im Ziel- und/oder Herkunftsland weitergeleitet.¹⁰

Menschenhandel lässt sich jedoch nicht durch die Registrierung ver-

8 Zu Rumänien: Agency against Trafficking in Persons, <http://www.anitp.mai.gov.ro/>; zu Bulgarien: National Commission for Combating Trafficking in Human Beings, <http://antitrafficking.government.bg/en/>.

9 Vgl. <https://www.europol.europa.eu/content/page/joint-investigation-teams-989>.

10 Siehe zu grenzübergreifenden Identifizierungsinstrumenten und Datenweiterleitung die

muteter Opfer bekämpfen, sondern lediglich und ausschließlich durch deren Ermutigung und Stärkung ihrer Handlungsvollmacht, um sich Hilfe zu holen, das Verbrechen anzuzeigen, Rechte auf Entschädigung durchzusetzen und ein möglichst angstfreies Leben zu führen. Dazu gehört, dass ehemalige Opfer von Menschenhandel in ihrem neuen, gewaltfreien Leben nicht stigmatisiert werden.

Die ursprüngliche Idee der Menschenrechte war die einer dem Staat und dessen Gesetzen übergeordneten Instanz des Sprechens. Das Leiden von Individuen konnte durch die Menschenrechte (aus)sprechbar werden. Sie stellten einen allgemein akzeptierten Katalog dar, durch den der Mensch – gerade als Nicht-StaatsbürgerIn und daher nicht im Genuss von staatsbürgerlichen Rechten stehend – seine/ihre Zugehörigkeit zur politischen Gemeinschaft der „Menschheit“ ausdrücken und einklagen kann: „Menschenrechte sind gegen die Gewalt des Definierens angelegt; sie werden eingesetzt, um das strenge Recht zu überschreiten. Mit ihrer eigenen Verrechtlichung geht also die Souveränitätsfunktion verloren, die sie als Instanz über allen Gesetzen innehat.“¹¹

Opfer von Menschenhandel müssen ermutigt werden, zu handeln, Hilfe einzuholen, Verbrechen anzuzeigen und Rechte einzufordern.

Literaturhinweise:

Pia Roth, Bärbel Heide Uhl, Marjan Wijers, Wiesje Zikkenheiner: datACT: Herausforderungen des Datenschutzes in der Politik gegen Menschenhandel. Ein Praxisleitfaden. Berlin 2015. (Auch zum Herunterladen verfügbar unter http://www.kok-gegen-menschenhandel.de/fileadmin/user_upload/medien/KOK_informiert/datAct_deutsch_Online.pdf)

Bärbel Heide Uhl: Die Sicherheit der Menschenrechte. Bekämpfung des Menschenhandels zwischen Sicherheitspolitik und Menschenrechtsschutz. Bielefeld 2014.

United Nations Convention against Transnational Organized Crime and the Protocols Thereto. New York, United Nations, 2002. (Zum Herunterladen unter http://www.uncjin.org/Documents/Conventions/dcatoc/final_documents_2/convention_eng.pdf)

Studie datACT: Herausforderungen des Datenschutzes in der Politik gegen Menschenhandel. Ein Praxisleitfaden. Berlin 2015, S. 86 (vollständige Angaben unter „Literaturhinweise“).

- 11 Cornelia Vismann: Instanz des Sprechens – Instrument der Politik. In: Christoph Menke, Francesca Raimondi (Hrsg.): Die Revolution der Menschenrechte. Grundlegende Texte zu einem neuen Begriff des Politischen. Berlin 2011, S. 161-185, hier S. 181.

Menschenhandel – Renaissance eines Unrechts in Europa

*Polizeioberkommissar Christian Wulzinger ist im
Kommissariat 35 - Prostitutionsdelikte des
Polizeipräsidiums München tätig.*

Der Begriff Menschenhandel impliziert menschliches Leid in vielen Facetten. Durch Globalisierung und Osterweiterung wird dieses Thema seit einigen Jahren auch in Deutschland zunehmend zu einem Schwerpunkt polizeilicher Arbeit. Der rechtliche Rahmen für die Bekämpfung des Menschenhandels stellt Polizei und Justiz jedoch oftmals vor erhebliche Probleme. In der Folge sollen diese genauso beleuchtet werden wie die Thematik an sich und die zunehmende Vernetzung von Opferschutz und Strafverfolgung.

„Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern dass er nicht tun muss, was er nicht will.“

Diese Erkenntnis des Philosophen Jean-Jacques Rousseau trifft den Kernbereich der persönlichen Freiheit – nämlich sich selbst einem Handeln zu verweigern, das den eigenen Vorstellungen und Überzeugungen entgegensteht.

„*Sklaverei*“, die Nemesis obiger Freiheit, erscheint wie ein Relikt aus vergangenen Zeiten, jedoch ist das Thema „*Menschenhandel*“ in Europa und in Deutschland aktueller denn je und stellt die einzelnen Staaten, Behörden und Gesellschaften vor erhebliche Probleme. Jedes Jahr werden tausende Menschen vor allem in Osteuropa mit Versprechungen, Drohungen und Gewalt aus ihrem sozialen Umfeld geholt und in andere Staaten verschleppt – oft mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung und damit der Zwangsprostitution.

Ausgangslage

In München liegt die Zuständigkeit für die Bekämpfung des Menschenhandels beim Kommissariat (K) 35, landläufig als „Die Sitte“ bezeichnet.

Hier werden mit wenigen Ausnahmen alle Delikte behandelt, die von Prostituierten bzw. innerhalb des Milieus an Prostituierten begangen werden. Wie in der Polizeiarbeit üblich, wird auch vom K 35 zweigleisig gearbeitet: Zum einen repressiv, d. h. in enger Zusammenarbeit und in ständiger Abstimmung mit der Münchener oder der jeweils zuständigen Staatsanwaltschaft werden Verstöße gegen die verschiedenen Strafvorschriften verfolgt; zum anderen liegt ein Schwerpunkt der täglichen Arbeit im präventiven Sektor.

Spezielle „Milieu-Streifen“ sind in abwechselnden Schichtfolgen fast rund um die Uhr im Einsatz, um vor Ort in den Bordellen, Animier- und Cabaret-Betrieben mit den Angestellten und Betreibern zu sprechen und die Zustände sowie die Einhaltung aller Vorschriften zu überprüfen. Dadurch sind sie in der Regel die ersten polizeilichen Ansprechpartner für Prostituierte. Diese Beamten sind es auch, die diejenigen Prostituierten eingehend zu ihrer Herkunft und ihrer Motivation befragen, die sich beim K 35 anmelden. Auch die Freiwilligkeit ihres Tuns wird so gut als möglich überprüft. Bei der *freiwilligen* Anmeldung der Prostituierten beim K 35 werden sie auch intensiv aufgeklärt – hinsichtlich der Sperrbezirksverordnung der Stadt München, ihrer Steuerpflicht, den Hygienevorschriften in München und im Besonderen über ihre Rechte, vorhandene Hilfsangebote sowie ihr Verhalten bei Notfällen. Dieses auf Freiwilligkeit basierende Anmeldeverfahren wird so nur beim Polizeipräsidium München praktiziert und ist meist die beste Möglichkeit, mit den Damen unverfänglich ins Gespräch zu kommen und so zum Teil weitreichende Informationen zu Missständen und Problemen im Milieu zu erhalten.

Spezielle „Milieu-Streifen“ sind fast rund um die Uhr im Einsatz, um die Zustände an den einschlägigen Orten sowie die Einhaltung aller Vorschriften zu überprüfen.

Aufgrund dieser beruflich bedingten Nähe zur Szene registrieren die Mitarbeiter des K 35 auch die Auswirkungen der derzeitigen rechtlichen Situation und sehen die Erfordernisse, um erkannte Defizite deutlich zu minimieren.

Das Gesetz vom 1. Januar 2002 und seine Folgen

Mit dem durch die damalige rot-grüne Bundesregierung zum 1. Januar 2002 eingeführten Prostitutionsgesetz (ProstG) fand für die Damen eine vermeintliche Verbesserung statt, insbesondere durch den Zugang zu

Sozialversicherungen. Allerdings nahmen mit Stand Dezember 2013 nur 44 Frauen deutschlandweit¹ diese Möglichkeit wahr. Einerseits können die Frauen ihren Lohn zivilrechtlich einklagen, andererseits ist dies einfach praxisfremd, weil eigentlich nur gegen Vorkasse Leistungen erbracht werden. Außerdem wurde ein „eingeschränktes Weisungsrecht“ der Arbeitgeber (also Bordellbetreiber) in § 3 des Gesetzes verankert. Damit wurden viele Handlungen der Betreiber, die vor 2002 als Zuhälterei strafbar waren, legalisiert. Arbeitszeiten, Arbeitskleidung und mit Abstrichen auch die Leistungen können nun vertraglich festgelegt – also de facto von den Betreibern bestimmt – werden. Deren Position wurde also gestärkt.

Aktuell ist Zuhälterei nur noch strafbar, wenn sie „ausbeuterisch“, „kupplerisch“ oder „dirigistisch“ stattfindet. Ohne konkrete Aussagen der betroffenen Damen (insbesondere vor Gericht) sind derartige Handlungen schlicht unmöglich nachzuweisen. Diese Schwierigkeit trifft auch auf den Bereich des Menschenhandels zu und bestätigt sich in der Angabe der Vereinten Nationen, dass zwischen 2010 und 2012 „40 Prozent der (Mitglieds-)Staaten weniger als 10 Verurteilungen im Jahr“² wegen Menschenhandels meldeten.

Daher wären rechtliche Änderungen und Konkretisierungen wünschenswert, um den Bereich Prostitution, legal wie illegal, auch weiterhin effektiv überwachen und auch Einfluss darauf nehmen zu können. Es gibt zahlreiche Änderungswünsche. Von den fünf wichtigsten aus

Sicht des K 35 sollen die folgenden in dem noch laufenden Gesetzesänderungsverfahren auf noch unbekannte Art und Weise auch umgesetzt werden:

- Anzeigepflicht der Tätigkeit als Prostituierte, um die Motivation der Damen und ihre Freiwilligkeit hinterfragen zu können,
- bundesweit einheitliche Zugangs- und Kontrollbefugnisse in Prostitutionsbetrieben für Behörden,
- Zuverlässigkeitsüberprüfungen von Bordellbetreibern und Konzessionierung der Betriebe,
- Definition/Änderung des „eingeschränkten Weisungsrechts“ im § 3 ProstG zur besseren Abgrenzung zur Zuhälterei.

Rechtliche Änderungen zur effektiven Überwachung der legalen wie der illegalen Prostitution wären wünschenswert.

1 DER SPIEGEL, Nr. 1/2014, S. 40 ff.: „Olga Buchführung“.

2 Quelle: United Nations Office on Drugs and Crime. Global Report on Trafficking in Persons 2014, S. 1.

Lediglich die Anhebung des Schutzalters für Prostituierte von 18 auf 21 Jahre wird nach wie vor vom Gesetzgeber vernachlässigt und soll auch leider nicht umgesetzt werden.

Zur Situation in München

Können diese Erfahrungen des K 35 auch als repräsentativ angesehen werden? Woher kommen die in München tätigen Prostituierten? Wie viele Betriebe und Prostituierte werden tatsächlich durch das K 35 in München betreut?

Um auf diese Fragen einzugehen, werden einige Zahlen und Statistiken zu Hilfe genommen. Im Jahr 2014 existierten in München 186 Prostitutionsbetriebe, in denen der (legalen) Prostitution nachgegangen wurde. Dabei handelte es sich überwiegend um klassische Bordelle und Bordellwohnungen. Erfasst wurden aber auch kleinere Betriebe wie Sadomasochismus-Studios, FKK-Clubs sowie die Anbahnungszonen³ der Straßenprostitution. In diesem *legalen Teil* der Prostitution, der also außerhalb des von der Regierung von Oberbayern festgelegten Sperrgebiets stattfindet, waren 2014 insgesamt 2.807 Prostituierte aufgetreten. Der Anteil ausländischer Damen betrug 84 Prozent. Nimmt man deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund hinzu, steigert sich diese Zahl auf 87,7 Prozent.

Die Entwicklung der nichtdeutschen Prostituierten seit 2009 wird anhand der umseitigen Tabelle und Grafik auf Basis von Zahlen des K 35 deutlich.

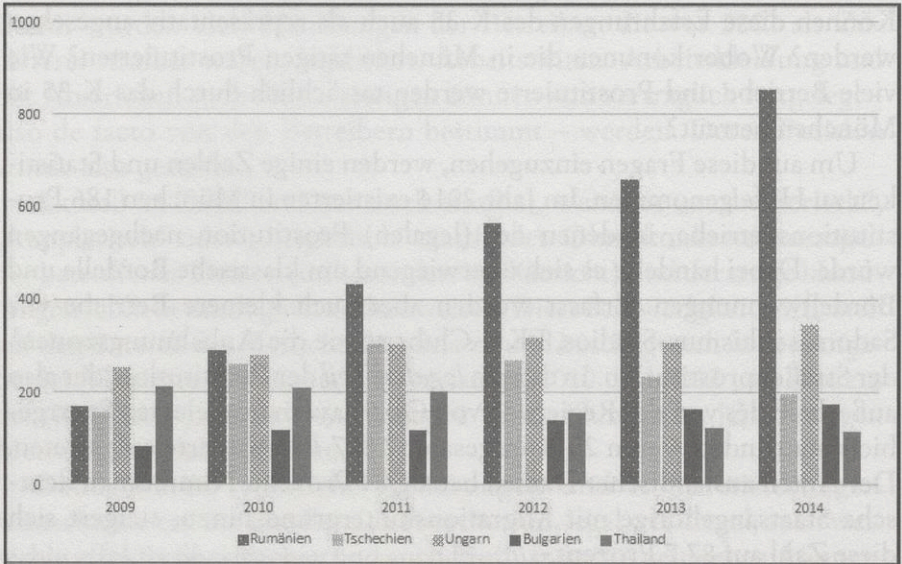
Insbesondere der jährliche Zuwachs der Damen aus Bulgarien und vor allem aus Rumänien ist auffällig – in den Vergleichen von 2012 auf 2013 betrug der Anstieg rumänischer Prostituierter 16,7 Prozent, von 2013 auf 2014 nochmals 29,7 Prozent!

Schicksale der Prostituierten

Der Bereich der Damen, die bei Aufnahme ihrer Tätigkeit als Prostituierte noch nicht 21 Jahre alt waren, wird beim K 35 gesondert geführt und aufmerksam beobachtet. Dieser Bereich ist äußerst problembehaftet, weil diese jungen Erwachsenen in der Regel einfacher zu beeinflussen

³ Anmerkung des Verfassers: Für Anbahnungsgespräche mit Freiern durch die Stadt München freigegebene Bereiche entlang größerer Straßen.

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Rumänien	168	290	431	563	657	852
Tschechien	155	260	304	269	232	195
Ungarn	251	279	304	316	305	345
Bulgarien	82	117	117	139	162	173
Thailand	212	209	200	154	121	114



und mit der Aussicht auf Reichtum und materiellen Gewinn schneller ins Rotlichtmilieu einzuführen sind. Daher sind diese Frauen ein bevorzugtes Ziel für Menschenhändler weltweit.

Ihre mangelnde Lebenserfahrung macht junge Frauen oft zu leichten Opfern von Menschenhändlern, welche die Liebe der jungen Frauen zu

Besonders auffällig ist der jährliche Zuwachs von Prostituierten aus Rumänien und Bulgarien.

ihnen wecken, diese verwöhnen und hofieren, um sie in der Folge jedoch gnadenlos auszunutzen. Ihre sozialen Verbindungen werden langsam gekappt und auch die Familie wird dem

Opfer entfremdet. Am Ende steht die Zuführung zur Prostitution.

Aufgrund dieser Vorgehensweise werden junge Frauen beim K 35 besonders eingehend und aufwändig mit Hilfe von Dolmetschern bezüglich ihrer Motivation, sich zu prostituieren, befragt. Hier wird häufig eine gewisse „Freiwilligkeit“ festgestellt, um dem „Lebensgefähr-

ten“ in einer schwierigen privaten Situation finanziell unter die Arme zu greifen. Danach wird beabsichtigt, die Tätigkeit als Prostituierte wieder zu beenden – wozu es jedoch in der Regel nicht kommt. Diese Frauen werden auch nach der Anmeldung durch das K 35 intensiv betreut.

Hinzu kommen schließlich noch die Frauen, die ihre Dienste im *illegalen* Bereich der Prostitution anbieten (müssen), also außerhalb von Bordellen und in der Regel innerhalb des Sperrgebiets. Hier existieren naturgemäß keine konkreten Zahlen. Aufgrund der polizeilichen Erfahrungen kann jedoch von deutlich geringeren Zahlen als im legalen Teil ausgegangen werden.

Frauen aus Südosteuropa – besonders gefährdet

Diese markanten Veränderungen in der kompletten Rotlichtszene sind zum Großteil dem Beitritt der osteuropäischen Staaten zur EU geschuldet. Der Wegfall vieler Grenzkontrollen, der Hürden zur Arbeitsaufnahme und zeitlich befristeter Aufenthalte sind zum einen Sinn und Zweck der EU, zum anderen aber auch die Grundlage einer Welle der Armutsmigration von Ost nach West. Betrachtet man die deutlichen Unterschiede im Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Bulgarien (7.328 US-Dollar/2013),⁴ Rumänien (8.873 US-Dollar/2013)⁵ oder auch Ungarn (13.387 US-Dollar/2013)⁶ im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland (44.999 US-Dollar/2013)⁷, wird diese „moderne Völkerwanderung“ verständlich.

Durch das Versprechen von gut bezahlter Arbeit in Mittel- und Westeuropa werden (junge) Frauen vermehrt zu Opfern des Menschenhandels. Weltweit sind 49 Prozent aller Opfer weiblichen Geschlechts⁸. In Europa wiederum werden von allen Menschenhandelsopfern die Mehrzahl, nämlich 66 Prozent⁹, zum Zweck der sexuellen Ausbeutung gehandelt und vor allem nach Westeuropa verbracht.

Diese in Aussicht gestellte Arbeit wird zum Teil auch tatsächlich aufgenommen – jedoch nur für eine kurze Zeit. Gleichzeitig erhalten die Damen hochwertige „Geschenke“, die dann jedoch bei ihren „Wohl-

4 Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bulgarien> (letzter Zugriff: 18.12.2014).

5 Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Rum%C3%A4nien> (letzter Zugriff: 18.12.2014).

6 Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Ungarn> (letzter Zugriff: 18.12.2014).

7 Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Deutschland> (letzter Zugriff: 18.12.2014).

8 Quelle: United Nations Office (wie Anm. 2, oben S. 110), S. 5.

9 Ebd.

tätern“ (Tätern) abgearbeitet werden müssen. Legal sind derartige Summen ohne jegliche Sprachkenntnisse, Ausbildung und soziale Beziehungen in den für sie fremden Ländern (außerhalb des Milieus) nicht zu erwirtschaften, zumindest nicht in dem kurzen Zeitraum, der den Damen zur Tilgung des „Kredits“ vorgegeben wird.

Für den Fall des Widerstands wird vorsorglich auf die Familien der Opfer auch im Herkunftsland hingewiesen. Diese würden von der Prostitution der Tochter erfahren und einen immensen Ehrverlust erleiden – was in weiten Teilen Osteuropas und innerhalb vieler ethnischer Minderheiten einer gesellschaftlichen Ächtung gleichkommt. Die Opfer werden

Ein Problem bei der Bekämpfung des Menschenhandels ist die oft nicht vorhandene Aussagebereitschaft der Opfer.

so in der Prostitution gehalten und fungieren weiterhin als Geldquelle. Dazu kommen angedrohte und durchgeführte Gewaltdelikte gegenüber den Prostituierten selbst oder deren Familienangehörigen – darunter auch Kindern!

Die Tatsache, mit negativen Folgen für die Familien in der Heimat zu drohen, bedingt ein weiteres großes Problem für die effektive Bekämpfung des Menschenhandels: Die oftmals nicht vorhandene Aussagebereitschaft der Opfer bei Polizei und Justiz!

Hilfe für die Betroffenen

Gerade im Hinblick auf diese Problematik der dringend notwendigen Aussagen der Betroffenen für eine tatsächliche Verurteilung von Tätern ist Vertrauen eine Grundvoraussetzung für viele betroffene Frauen, denn nur dann wird ein solcher finaler Schritt tatsächlich auch vollzogen. Dieses Vertrauensverhältnis beginnt in erster Linie bei den jeweiligen Polizeibeamten der Kriminalpolizei.

Die Festigung und Fortführung dieses Verhältnisses erfolgt in nahezu allen Fällen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Opferschutzorganisationen bzw. NGOs (Nichtregierungsorganisationen). Das K 35 arbeitet hierbei in erster Linie mit den Organisationen JADWIGA und SOLWODI¹⁰ zusammen. Diese kümmern sich in großer Zahl um vorwiegend osteuropäische und afrikanische Opfer von Menschenhändlern. Die Mitarbeiter der Hilfsorganisationen werden frühzeitig durch die

¹⁰ Vgl. dazu in diesem Heft das Interview mit Schwester Lea Ackermann.

ermittlungsführenden Beamten in die Bearbeitung mit einbezogen. Dies geschieht insbesondere dazu, um den meist sehr verängstigten und verunsicherten Opfern ein stabiles Umfeld aus Polizeibeamten und Betreuern bieten zu können. Durch die Tatsache, dass viele Mitarbeiter der Hilfsorganisationen auch die jeweiligen Landessprachen der Opfer beherrschen, kann direkt, ohne den Umweg eines Dolmetschers, miteinander kommuniziert und oftmals „das Eis gebrochen“ werden.

Die Betreuung der Frauen durch die NGOs erstreckt sich in der Regel vom ersten Kontakt im Beisein der Polizei über die sichere Unterbringung bis zur richterlichen Vernehmung oder Gerichtsverhandlung. Meist wird sogar die Rückkehr der Opfer in ihre Heimat organisiert und die Frauen werden hierbei so weit als möglich begleitet. Abschließend wird die Verbindung zu den einzelnen Opfern noch für einen gewissen Zeitraum aufrechterhalten. So kann manchmal deren sichere Ankunft in ihrem Heimatland und ihre Reintegration in die dortige Gesellschaft gewährleistet und möglichen Repressalien durch den bzw. die Täter entgegengewirkt und vorgebeugt werden. Gerade hier zeigen sich jedoch für den Gesetzgeber, die NGOs und die international zusammenarbeitenden Behörden wichtige Verbesserungsmöglichkeiten, die besonders im Hinblick auf ein verbessertes Aussageverhalten dringend geboten erscheinen.

In München funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Opferschutzorganisationen sehr gut und darf auch als vertrauensvoll bezeichnet werden. Durchaus mögliche Spannungen im Hinblick auf teilweise unterschiedliche Zielsetzungen von Polizei und NGOs werden in nahezu allen Fällen in beiderseitigem Einvernehmen gelöst.

Die ebenfalls bestehenden Kontakte der NGOs zu entsprechenden Partnerorganisationen im Ausland sind vor allem für die spätere Rückreise der Opfer nach Deutschland zur Gerichtsverhandlung von großer Bedeutung.

Alle Anstrengungen und Tätigkeiten der Hilfsorganisationen führen letztendlich zu einer spürbaren Entlastung der Polizei. Die Beamten werden so in die Lage versetzt, sich schwerpunktmäßig auf ihre Ermittlungstätigkeit und somit auf die Überführung der Täter konzentrieren zu können.

Der Schulterschluss zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Stellen bewirkt somit die Erfüllung der Hauptziele aller Beteiligten:

- Hilfe und Betreuung des Opfers bei gleichzeitiger Aussage, die auch vor Gericht Bestand hat;

- Erhöhung des Ermittlungsdrucks auf den bzw. die Täter, im Idealfall mit der angestrebten Verurteilung als Verfahrensabschluss.

Internationale Hilfsmaßnahmen

Nachdem die internationale Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen in vielen Fällen äußerst positiv ist, stellt sich zwangsläufig auch die Frage bezüglich des Zusammenwirkens auf justizieller und polizeilicher Seite.

Angesichts der Globalisierung, auch hinsichtlich des Menschenhandels, ist diese Frage von großer Bedeutung. Die Internationalisierung stellt Politik, Justiz und Polizeiapparate in ganz Europa vor große Probleme. Beispielhaft seien die vielfältigen Kulturen und Ethnien mit eigenen Bräuchen, Verhaltensweisen, sprachlichen Barrieren und ein teilweise stark divergierendes Rechtsempfinden genannt. Hinzu kommen internationale oder bilaterale Abkommen zwischen einzelnen Staaten, unterschiedlichste Ausbildungs- und Leistungsniveaus bei den Strafverfolgungsbehörden innerhalb Europas und letztlich die verschiedenen Gesetzeslagen.

Die *Mitteuropäische Polizeiakademie* veranstaltet jährlich Arbeitstagungen mit unterschiedlichen Inhalten zu aktuellen und ständigen Kriminalitätsphänomenen. Hier werden gegenseitige Hospitationen initiiert und europaweite Kontakte geknüpft, die für die Kriminalitätsbekämpfung unverzichtbar sind. Solche Hospitationen von Polizeiangehörigen anderer (Bundes-)Staaten innerhalb Deutschlands und Europas sind mittlerweile die Regel. Dabei wird zum einen die Polizeiarbeit der jeweils anderen Behörde erläutert und kennen gelernt und zum anderen werden direkte Ansprechpartner gewonnen. Dadurch können erste Ermittlungsansätze schnell und zuverlässig überprüft und oft auch beschleunigt werden.

Die Probleme und Herausforderungen, die ein vereintes Europa an jeden einzelnen Mitgliedsstaat stellt, können nur gemeinsam und in enger Zusammenarbeit gelöst und gemeistert werden. Im Bereich des Menschenhandels befinden sich die europäischen Polizeiapparate gemeinsam mit NGOs und anderen Behörden auf einem guten Weg, zum Wohl der Opfer diese Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen.

„Frauenhandel und Prostitution sind die letzte Bastion des Patriarchats.“ Ein Gespräch mit Schwester Lea Ackermann



Im Oktober 1985 gründete Dr. Lea Ackermann, Mitglied der Gemeinschaft der Missionsschwestern unserer Lieben Frau von Afrika („Weiße Schwestern“), in Kenia SOLWODI („SOLidarity with WOMen in DIstress“, Solidarität mit Frauen in Not) als Hilfsprojekt für Frauen, die aus Armut zur Prostitution gezwungen waren. Bis heute unterstützt SOLWODI diese Frauen beim Ausstieg aus der Prostitution und bei der Entwicklung neuer Zukunftsperspektiven, auch für ihre Kinder. In Deutschland rief Schwester Lea SOLWODI im Oktober 1987 ins Leben.

Hierzulande ist SOLWODI eine Anlaufstelle für ausländische Frauen und Mädchen, die in Deutschland in Not geraten sind. SOLWODI bietet individuelle Beratungs- und Hilfsangebote. Unabhängig von der Situation hilft SOLWODI anonym, kostenlos und überkonfessionell.

Das Interview mit Schwester Lea führte Michael Albus.

Schwester Lea, wie beschreiben Sie aus Ihrer Sicht die aktuelle Situation zum Thema „Frauenhandel und Prostitution“ in Deutschland und in Europa?

Deutschland hat sich zu einem Schwerpunkt in Sachen Sexhandel entwickelt. Wir sind, wie DER SPIEGEL einmal schrieb, zum „Bordell Europas“ geworden.

Wir haben Gesetze geschaffen, die den Bordellbetreibern in die Hände spielen. Ein Beispiel: Die Stadt Saarbrücken wollte kein Großbordell ha-

ben. Aber es gibt eine Bauordnung, der sich die Stadt ganz einfach nicht widersetzen konnte. Ähnlich ist es in Burbach. Augsburg ist derzeit deswegen vor Gericht. Weder die Stadträte, noch die Bürger und Bürgerinnen dort wollen ein Bordell. Der Betreiber ist aber inzwischen so selbstbewusst, dass er davon überzeugt ist, den Prozess zu gewinnen. Und dann will er die Stadt wegen Geschäftsschädigung verklagen. Auch wenn es, wie zu hoffen ist, nicht so weit kommen wird: Ich finde es ungeheuerlich, dass die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger

überhaupt kein Mitspracherecht mehr haben – weil eben unsere Gesetzeslage so ist. Das Gesetz von 2002 ist die pure Katastrophe. Es hat den Bordellbetreibern nur Vorteile gebracht. Es hat dazu geführt, dass man einfach sagen kann: Prostitution ist ein Beruf wie jeder andere. Aber das ist Prostitution nicht. Sie ist Missbrauch von Schwächeren.

Viele der Frauen, die missbraucht werden, kommen aus Mittel- und Osteuropa.

Mittel- und Osteuropa ist der Schwerpunkt. Die meisten missbrauchten Frauen kommen von dort her. Natürlich kommen auch Frauen aus Afrika und Asien. Aber besonders schlimm ist die Situation in Mittel- und Osteuropa. Da kommt sehr vieles an Gründen und Ursachen zusammen: zum Beispiel die Arbeitssituation. Aber auch das Faktum, dass die alten Werte nicht mehr gelten. Ein Polizeibeamter sagte mir einmal: „Die produzieren für den Markt!“

Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems dort hat am Ende ja auch dem Kapitalismus einen Schub gegeben. Und Frauenhandel und Prostitution sind eben auch ein kapitalistisches Problem. Was tut SOLWODI, Ihre Organisation, in dieser Situation konkret?

Die Frauen kommen zu uns, weil andere Frauen, denen wir geholfen haben, ihnen Hoffnung machen, dass sie bei uns Hilfe finden können. Und die Polizei bringt diese Frauen

zu uns. Das sind die beiden Hauptquellen.

Ein Beispiel: Anfang des letzten Jahres hat die Polizei ein fünfzehnjähriges Mädchen zu uns gebracht. An dem Tag, an dem sie zu uns kam, wurde sie 15 Jahre alt. Sie stammte aus einem osteuropäischen Kinderheim. Die Täter haben sie dort im Alter von 12 Jahren rausgeholt und drei Jahre in Deutschland angeboten. Sie bekamen den Prozess gemacht und wurden zu je einem Jahr und vier Monaten Haft auf Bewährung (!) verurteilt. Und die Richterin meinte, dass das Mädchen ja auch zeitweilig „mitgespielt“ hätte – als Kind! Da habe ich gesagt: „Macht den Schluss-Strich! Kein Kauf von Sex!“

Man soll nicht immer auf die Frauen schauen, ob sie sich aufreizend anziehen oder andere Gründe gegen sie geltend machen. Ich bin schon dafür, dass sich Frauen angemessen kleiden. Aber entscheidend ist: Man darf und kann Frauen nicht kaufen! Das darf nicht sein!

Gibt es für SOLWODI so etwas wie Erfolg?

Erfolg ist für uns, wenn wir mit den Frauen ins Gespräch kommen, wenn wir mit ihnen zusammen herausfinden, was sie gerne machen wollen, wenn wir sie in einer Schule oder in einer Ausbildung unterbringen. Aber das ist nicht so einfach. Und manches läuft nicht glatt.

Wir hatten vor zwei Monaten eine junge Frau hier, die sieben Jahre in der Prostitution war. Sie sagte zu mir: „Schwester Lea, ich wollte eigentlich

immer nur in die Schule gehen, ich wollte etwas lernen und einen Beruf ergreifen“. Da bin ich selber mit ihr herumgezogen und habe schließlich einen Platz in einer Schule für sie bekommen können. Und eine halbe Stelle bekam sie in einer Gärtnerei, damit sie sich ein wenig Geld dazu verdienen konnte. Sie war überglücklich. Dann ging sie drei Tage zur Schule, erledigte mit Freude ihre Hausaufgaben. Und dann passierte es wieder, sie hörte Stimmen, die sie beschimpften als „Hure“, „Schlampe“, als „Prosti“. Sie kam und sagte: „Ich kann nicht dorthin gehen, da sind wieder die Stimmen.“ Dann haben wir sie wieder dort herausgenommen und zu einem Arzt gebracht. Es kommt bei traumatisierten Frauen, bei Frauen, die gegen ihren Willen in der Prostitution festgehalten werden, häufig vor, dass sie Stimmen hören. Zwei Tage später hat sie einen Selbstmordversuch gemacht. Sie wurde Gott sei Dank noch rechtzeitig entdeckt. Nun ist sie in der geschlossenen Abteilung einer Psychiatrie.

Das ist ungeheuerlich! Kinder und Mädchen werden ganz bewusst kaputt gemacht. Und unsere Politik rührt sich in dieser Frage kaum oder gar nicht. Ich kann es nicht fassen!

Woran liegt es, dass nach Ihrer Auffassung Politikerinnen und Politiker nicht angemessen reagieren?

Sie wissen nicht, wie die Situation wirklich ist. Ein Beispiel: Die Frauenministerin Manuela Schwesig wollte sich ein Bild der Lage machen. Sie hat eine Expertengruppe zusammengeru-

fen, in der auch die Bordellbetreiber vertreten waren. Dass es da nicht viel zu diskutieren gab, ist klar.

Wir haben im Jahre 2014 mit der Aktion „Macht den Schluss-STRICH!“ begonnen, haben inzwischen 24.000 Unterschriften gesammelt und wollten sie der Ministerin übergeben. Das ging nicht. Sie hatte keine Zeit, mit uns darüber zu reden. Und vermutlich auch kein Interesse. Denn die Prostitution ist eine Branche, die dem Staat sehr viel Geld einbringt.

Weit verbreitet ist ja das Argument: Frauenhandel und Prostitution gab und gibt es schon seit Menschengedenken. Prostitution ist „das älteste Gewerbe der Welt“, da solle man nicht so zartfühlend sein.

Das ärgert mich ganz besonders! – Wir haben ein Gesetz gemacht, das Mord verbietet. Aber es gibt immer noch Mord. Also sagen wir: Es braucht kein Gesetz. Dasselbe gilt für andere Verbrechen. Zum Beispiel auch für Diebstahl.

Frauen wurden immer missbraucht. Das Ganze hat immer auch mit Machtmissbrauch zu tun. Es spielt in einem Bereich des Lebens, in dem Frauen und Kinder, der Mensch überhaupt, am Verletzlichsten sind. Da kann man am Meisten verwunden und schaden. Mit dem, was kostbar ist, muss man gut umgehen. Es macht mich wütend, dass man immer nur auf die Frauen schaut und sie für die Verführerinnen hält. Dieser „Mythos“ wird endlos wiederholt. Aber er wird durch Wiederholung nicht wahrer.

Verletzung von Frauen, auch von Kindern, geschieht durch Männer. Hat sich die Männergesellschaft in diesem Punkt weiter entwickelt?

Schon vor einigen Jahren hat sich in Deutschland eine Gruppe „Männer gegen Männer-Gewalt“¹ zusammengefunden. Dann gibt es in Frankreich eine Gruppe „Zéromacho“², die auch bei uns in Deutschland mit einigen Wenigen aktiv ist. Das ist ein guter Weg, auf dem Männer über ihre Sexualität nachdenken und sagen: Nein, so sind wir nicht und so brauchen wir nicht zu sein! Es ist gut, wenn nun auch Männer darüber sprechen und nicht nur Frauen untereinander. Und es ist gut, wenn darüber respektvoll geredet wird, zum Beispiel schon im schulischen Unterricht. Vielleicht wird dadurch ganz langsam ein anderer Umgang mit Frauen möglich.

Welche Rolle spielen denn, ohne in billige Polemik zu verfallen, die Kirchen, vor allem die katholische? Sie ist ja, wie sie sich aktuell darstellt, immer noch ein Männerbund. Meine Erfahrung ist: Die Frauen werden in diesem Männerbund zwar verbal anständiger behandelt als früher, aber die Fakten, zum Beispiel in vielen Gemeinden, sind im Wesentlichen immer noch die alten.

Es gibt keine wirklichen Argumente gegen die Gleichbehandlung von Frauen in der katholischen Kirche, dass sie zum Beispiel zu allen Ämtern zugelassen werden. Ich könnte jetzt, schon fast ironisch, sagen: Die Klerikalisierung der Kirche ist so weit fortgeschritten, dass es auch nicht mehr viel bringt, wenn Frauen da jetzt noch hineinkommen. Aber dennoch wäre es, wenn es geschähe, ein Ernstnehmen, eine Aufwertung der Frauen, die absolut notwendig ist.

Das Problem zwischen Anspruch und Wirklichkeit wird auch in dieser Frage noch lange bleiben. Männer in der Kirche sind auch nicht anders als Männer außerhalb der Institution. Sie sind nicht einfach schon besser, weil sie eine Weihe haben.

Man kann schon den Anspruch haben, dass sie sich mehr anstrengen, besser mit all ihren Fehlern umzugehen. Das ist ja die Herausforderung jedes Menschen, dem, was wichtig und wertvoll ist, bei sich selber zum Durchbruch zu verhelfen. In jedem Menschen gibt es Gutes und Böses. Die Frage ist, was man „füttert“, was man stärkt, was man wachsen lässt in sich und was nicht.

SOLWODI hat 2014 – Sie sprachen schon davon – die Aktion „Macht den Schluss-STRICH! Kein Sexkauf in Deutschland!“ ausgerufen. Was heißt es für Sie und SOLWODI konkret, Schluss mit dem STRICH zu machen, einen Schlussstrich unter den STRICH zu machen?

1 Informationen unter <http://www.gewaltberatung.org/>

2 Informationen unter <https://zeromacho.wordpress.com/>

Für uns heißt das konkret: Wir wollen die Politikerinnen und Politiker dazu anregen, ein Gesetz zu machen, dass den Kauf von Sex unter Strafe stellt. Es kommt nicht auf eine hohe Strafe an. Auf ein Umdenken kommt es an! Stellen Sie sich vor: Ein Mann bekommt dafür einen Strafzettel wie beim Falschparken. Wenn ein solcher Strafzettel in eine normale Familie kommt, bekommt der Mann seine erste Lektion im Nachdenken über sich.

Frauenhandel und Prostitution sind die letzte Bastion des Patriarchats. Es darf und kann nicht ohne Folgen bleiben, dass man Frauen kaufen kann. Da liegt der tiefste Punkt: Wenn man der Auffassung ist, dass der, der Frauen kaufen kann, auch das Sagen hat, wird die Frau zur Ware degradiert.

In den nordischen Ländern wird das schon so praktiziert, wie wir es vorschlagen. Und dadurch hat sich dort in der althergebrachten und herrschenden Männermentalität und in der öffentlichen Meinung, dass die Frau nicht etwas ist, das zu „haben“ ist, schon etwas zum Besseren verändert.

Das Europäische Parlament hat eine solche Praxis empfohlen. Als Rat gegeben – leider nicht als Verpflichtung, das ist ein wenig schade. Aber es hat auch darauf hingewiesen, dass das der einzig mögliche Weg ist, um langfristig das Problem einer Lösung näher zu bringen. Das wird das Problem nicht grundsätzlich beseitigen. Aber ein anderes Nachdenken wird dadurch angeregt. Das ist ein Anfang, um dem Frauenhandel und der Prostitution, dieser menschenverachtenden Form von Gewalt, zu begegnen.

Sexuelle Ausbeutung in der deutsch-tschechischen Grenzregion

Cathrin Schauer ist examinierte Krankenschwester, Diplomsozialpädagogin/Diplomsozialarbeiterin (FH) und Geschäftsführerin im Vorstand von KARO e. V. (www.karo-ev.de). Über ihre Arbeit hat sie u. a. das Buch „Kinder auf dem Strich – Bericht von der deutsch-tschechischen Grenze“ (Bad Honnef 2003) verfasst.

Anfang der neunziger Jahre etablierten sich in der Tschechischen Republik, unter anderem bedingt durch ein starkes Wohlstandsgefälle, an den Grenzen zu Deutschland und Österreich zahlreiche Prostitutions- und Drogenszenen. Zwangsprostitution, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Kindern prägen das dortige Milieu, auch zeigen sich Strukturen organisierter Kriminalität. Seit 1994 leisten die SozialarbeiterInnen von KARO e. V. unkonventionelle Hilfen für die Betroffenen direkt vor Ort. Der folgende Beitrag wirft ein Licht auf die Szene und gibt den Opfern eine Stimme.

Seit zwanzig Jahren arbeite ich in der deutsch-tschechischen Grenzregion. Während dieser Zeit habe ich unzählige Frauen und Kinder mit unfassbaren Schicksalen getroffen. Ich möchte Ihnen von einer jungen slowakischen Frau und ihrem kleinen Kind erzählen:

Katarina wurde als Minderjährige zur Prostitution in eine tschechische Grenzstadt verkauft, missbraucht, misshandelt und schließlich von ihrem Zuhälter geschwängert. Viel Geld würden die Deutschen für Schwangere zahlen, sagte sie uns. Auf die Straße gestellt oder in einem Zimmer eingesperrt, musste sie deutsche Sextouristen empfangen. Später haben ihr die Zuhälter das Kind weggenommen, als Pfand sozusagen und um sie weiter gefügig zu machen.

Das kleine Kind hörte sie oft im Nachbarzimmer schreien. Der Zuhälter hatte es in eine Wanne mit kaltem Wasser gesetzt. Was sonst noch mit dem Kind passierte, weiß sie bis heute nicht. Vieles jedoch wies auf sexuellen Missbrauch hin.

Auch in deutsche Bordelle wurde Katarina zwischendurch verkauft. Irgendwann ist sie dann mit ihrem kleinen Kind zu uns geflüchtet. Weggelaufen ohne Ausweisdokumente aus einer kleinen Grenzstadt in Tschechien, über drei Länder, bis sie endlich in Sicherheit waren.

Die Geschichten der Betroffenen, die wir während unserer Arbeit kennen gelernt haben, klingen fast alle ähnlich und so, als hätten Krimiautoren voneinander abgeschrieben. Doch es sind wahre Geschichten. Lebendige Frauen und Kinder werden wie Ware transferiert und müssen unter sklavenähnlichen Bedingungen leben und arbeiten. Diesen Kindern wurde ihre Kindheit geraubt, den Frauen ihre Würde genommen.

Lebendige Frauen und Kinder werden wie Ware transferiert und müssen unter sklavenähnlichen Bedingungen leben und arbeiten.

In den tschechischen Grenzregionen und in tschechischen Klein- und Großstädten haben sich bereits Anfang der neunziger Jahre massive Prostitutionsszenen etabliert. Prostitution findet rund um die Uhr statt. Ob sie sich auf der Straße, in Bordellen, Spielhallen, Privatwohnungen, in und außerhalb von Städten oder auch an zentralen Punkten wie Supermärkten, Tankstellen und Parkanlagen abspielt, die Frauen, Mädchen und Jungen, junge Männer und Transsexuelle müssen zu jeder Tages- und Nachtzeit, im Winter wie im Sommer für sexuelle Dienstleistungen, Quälereien und Demütigungen jeder Art zur Verfügung stehen. Sie erleiden dabei Schäden, die aufgrund der Langzeitfolgen auch nach dem Ausstieg in diesen Menschen weiterleben.

Um dies zu verdeutlichen, möchte ich Auszüge aus einem Interview mit einer jungen Frau vortragen, die als Zwölfjährige zur Prostitution gezwungen wurde und erst nach zwölf Jahren mit unserer Hilfe aus dieser Szene flüchten konnte:

Wie bist du zur Prostitution gekommen?

„Ich wurde weggeschleppt von fremden Männern und verkauft in einen Nachtclub, der zugesperrt war. Damals ich wusste nicht, was mit mir passieren würde. Ich wurde von Anfang an geschlagen und behandelt wie ein Stück in der Fleischerei. Die Männer sind gekommen, um das zu bezahlen, und dann sind sie wieder gegangen.“

Was hast du damals gefühlt?

„In mir war Angst vor jedem Kunden, der kommt, wie er mir wehtun würde auf seine Art. Ich habe schwarzgesehen durch die Gewalt und den

Druck von dem Zuhälter, die Kohle zu verdienen. Die Gefühle waren eine Mischung aus Angst, Schmerz, Gewalt und verursacht durch psychischen und körperlichen Missbrauch (damit meine ich blaue Flecken auf dem Körper, die von Schlägen durch den Zuhälter und den Kunden stammten), mich dominierte ein Gefühl von geistigem Nichts (ich bin niemand).“

Was hast du mitbekommen von dem, was mit den anderen Kindern abgelaufen ist?

„Ganz viele Kinder hatten gleiche oder vielleicht noch schlimmere Erlebnisse als ich. Dort waren Kinder von 5 - 8 Jahren, aber auch 10 - 14-jährige. Die jüngeren Kinder sind nicht rausgekommen aus dem anderen Zimmer, das war zugesperrt. Es lief alles nach Anfrage von Kunden, wen von den jungen Mädchen oder Jungs sie gewollt haben. Die älteren zwischen 10 - 14 Jahren waren mit mir unten neben den älteren Frauen. Wir Älteren haben die Zimmer von den Kindern nach dem Ablauf aufgeräumt, das Kind lag in der Ecke ganz nackt, hat geweint und gezittert. Bei jedem Aufräumen des Zimmers hatte ich Tränen in den Augen, wenn ich versucht habe, das Kind zu beruhigen. Wenn ich dabei erwischte wurde, habe ich dafür eine Strafe von dem Zuhälter gekriegt: Mit zwei oder drei Männern gleichzeitig schlafen, zwei Stunden lang ...“

Haben das andere Menschen mitbekommen?

„Das ist eine gute Frage, aber bestimmt gibt es Leute, die davon wissen, aber nicht handeln wollten. Es gibt Leute, die wollen gegen diesen Missbrauch was tun, aber die Netzwerke werden dennoch immer mehr und mehr. Und dann sind da drin Leute, die mit Kindern oder Frauen handeln wie auf dem Markt. Die Leute, bei denen ich damals war, haben alle davon gewusst. Die Taxifahrer, die die Kinder zusammengebracht haben mit der so genannten Bezugsperson des Zuhälters. Die Polizisten – nicht alle – die haben die Zuhälter gekannt, und das waren nicht wenige. Und um Hilfe für sich zu bitten, war die Angst zu groß, weil jeder von uns wusste, was dann kommt. Alle hatten die Hoffnung für Rettung von draußen verloren.“



Sexuelle Ausbeutung – niemand wird verschont.

(Copyright: Inge Bell & Ales Pickar)

Was spürst du davon heute noch?

„Wie soll ich anfangen? Da ist ein schwarzer Schatten, der mir mein Schicksal vorgeschrieben hat. Und den muss ich in das restliche Leben mittragen. Das ist ein Teil von meinem Leben, an welchen ich mich nicht gerne erinnern möchte; diesen Koffer trage ich immer mit und es geht einfach nicht, ihn auszupacken oder weiterzureichen. Aber da sind Tage, an denen mir Erinnerungen zurückkommen und ich fühle mich einfach leer.

Ich bin in der Lage, meine Vergangenheit zu akzeptieren. Aber Nachwirkungen spüre ich bis heute. Ich versuche, mein Leben zu ändern und meine Vergangenheit auf dem Licht hinter meinem Schatten zu tragen und ein normales Leben zu führen ...“

Durch intensive und langwierige Betreuung hat es diese junge Frau geschafft, heute an einem sicheren Ort zu leben.

Die Anwerbung von Frauen und Kindern erfolgt häufig über organisierte Händlersysteme. Mit Gewalt oder falschen Versprechungen, wie z. B. Arbeitsaufnahme als Kindermädchen, Küchenhilfe oder Hotelangestellte, werden sie dann in bestimmte Regionen gebracht und zur Prostitution gezwungen. Häufig werden auch gezielt Kinder aus Heimen oder sozial schwachen Familienstrukturen angeworben. Der Handel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung erfolgt innerhalb der Grenzregionen und/oder von dort nach Deutschland oder in andere europäische Länder. Die Ausweisdokumente werden von den ZuhälterInnen einbehalten; speziell Minderjährige haben außerdem häufig gefälschte Dokumente. Die Betroffenen leben meist zusammen mit anderen in kleinen Zimmern und sind dem Willen der ZuhälterInnen komplett ausgeliefert. Oftmals haben die Betroffenen keine Kenntnis davon, in welchem Land oder welcher Region sie sich befinden. Um die Mädchen und Frauen gefügig zu halten, werden verschiedene Mittel zur Abschreckung genutzt, beispielsweise das Zeigen von Videos, auf denen Frauen nach erfolglosen Fluchtversuchen umgebracht wurden.

Die Einnahmen aus der Prostitution werden an die ZuhälterInnen meist in voller Höhe abgegeben. Die Prostituierten bekommen von den Zuhältern zwar eine Unterkunft, manchmal auch Lebensmittel sowie Kleidung gewährt, jedoch kaum Bargeld. Auf dem Straßenstrich herrschen strenge Kontrollmechanismen. Mädchen und Frauen werden von den Zuhältern an Standorte gebracht und auch wieder abgeholt. Meist halten sich die Zuhälter unweit dieser Standorte in Autos, Hauseingän-

gen o. ä. auf. Minderjährige Mädchen werden extrem kontrolliert und nicht allein gelassen.

Wenn wir bei der Streetwork neue minderjährige Mädchen auf dem Straßenstrich treffen, sehen wir die Angst in ihren Gesichtern. Sie haben Angst zu reden und geben sich als volljährig aus. Oft sehen wir sie nie wieder – weiterverkauft oder weggebracht an Orte, an denen niemand danach fragt, wer sie sind und wie es ihnen geht. Die älteren Frauen, die schon länger in dem Milieu sind, haben sich oft schon an die

Ältere Prostituierte haben sich an die alltägliche Gewalt gewöhnt und sehen für sich keinen Ausweg mehr.

alltägliche Gewalt gewöhnt, sind drogenabhängig und sehen für sich keinen anderen Lebensweg mehr. Manche reden dann von freiwilliger Prostitution. Erst in längeren vertrau-

ten Gesprächen erzählen sie, welche Freiwilligkeit dahinter steht. So wie die heute 35jährige Marianne, die nach 20 Jahren Zwangsprostitution endlich in unserer Schutzeinrichtung lebt:

„Mit 15 Jahren habe ich es zuhause nicht mehr ausgehalten, hatte so ‚coole‘ Freunde an der Schule, die alles durften. Der eine war sowas wie meine erste ‚Liebe‘. Dann bin ich von zuhause abgehauen und bin mit denen rumgehangen. Und irgendwann brauchten sie ja auch Geld und dann haben sie mich und paar andere Mädels so ein paar Asiaten in einer Wohnung vorgestellt. Ich hab nichts kapiert, was die da machen und besprechen. Die Asiaten haben uns begutachtet wie Ware. Und dann, einen Tag später, hieß es, ich soll mit dem einen nur zusammen kochen. Als die Wohnungstür zufiel, wurde sie abgeschlossen und plötzlich waren da sechs Männer in der Wohnung ... Ja, und danach – ist alles anders, die Welt hat sich für dich verändert und wird nie mehr dieselbe sein.“

Zurück nach Hause konnte und wollte Marianne nach der Gruppenvergewaltigung nicht mehr. Dunkel sind die Erinnerungen an folgende Jahre:

„Ich wurde viele Jahre an Zuhälter verkauft und weitergereicht. Immer dorthin, wo gerade Nachfrage war. Die Zuhälter in Tschechien, oft Vietnamesen, sind wie ein Spinnennetz organisiert und tauschen sich ständig aus. Auch über die Ländergrenzen hinaus nach Deutschland und in andere Länder. Da gibt's dann richtig große Treffen jedes Jahr. Der Kinderhandel ging damals eigentlich immer von Teplice los, da kamen

Mädchen aus allen Regionen Tschechiens. Ein richtiger Umschlagplatz. Nach und nach bekam ich mit, wie der Hase läuft, und bekam manchmal meinen Kaufpreis raus, da wusste ich dann, wie viel Geld ich abarbeiten muss.

Ich musste für die in Clubs und auf der Straße in Tschechien, Deutschland und Belgien arbeiten. Für Vietnamesen, Türken, Araber, Deutsche. Irgendwann dann war ich älter, mittlerweile spielsüchtig und drogenabhängig – da brauchte ich das Geld.“

Die meisten Sextouristen verlangen ungeschützten Geschlechtsverkehr. Manche quälen ihre Opfer, vergewaltigen sie, sperren sie in den Kofferraum oder schmeißen sie wie Dreck nachher aus dem Auto, irgendwo auf einer Landstraße, manchmal nackt. Und auch da sprechen viele Frauen noch von Glück, denn sie haben überlebt.

Die meisten Opfer dieser kriminellen und perversen Machenschaften sind ihr Leben lang traumatisiert, gleiten in die Drogensucht ab oder werden gezielt unter Drogen gesetzt. Drogen stumpfen ab. Die Frauen können tagelang wach bleiben, fühlen nichts und haben keinen Hunger. Für uns ist es in diesem Zustand schwer, zu ihnen durchzudringen. Das Selbstwertgefühl dieser Frauen und Kinder, die in einem solch menschenverachtenden Milieu aufwachsen und leben, liegt meist bei null.

Die Kinder, von klein auf sexuell ausgebeutet und vernachlässigt, sind extrem traumatisiert. Einige wirken dadurch wie geistig behindert. Sie sind aggressiv oder ängstlich, haben Lernstörungen, und fantasieren. Geschlechtskrankheiten, Verbrennungen, verfaulte Zähne sind nur einige der körperlichen Anzeichen. Der neunjährige Tim, der regelmäßig zu uns kommt, kotet ein, zieht sich manchmal auf offener Straße komplett aus, schreit und bedroht andere Kinder.

Da viele der betroffenen Frauen und Kinder in der Grenzregion Roma sind, leiden sie doppelt unter einer Stigmatisierung.

Frauen und Kinder in den Grenzregionen leiden doppelt unter einer Stigmatisierung. Viele von ihnen sind *Roma*, was zusätzliche Vorurteile und Benachteiligungen nach sich zieht. Selbst wenn im Erwachsenenalter ein Ausstieg aus dem Milieu geschafft ist, finden wir für Roma kaum menschenwürdige Wohnungen in Tschechien. Es vermietet kein „anständiger“ Vermieter an sie. Dann sind sie oft angewiesen auf Menschen, die deren Notlage schamlos ausbeuten. Dadurch ist es schwierig, mit den Frauen und Mädchen langfristig eine realistische Perspektive zu finden.

Ähnlich ist es in den Kinderheimen in den Grenzregionen, wo wir Präventionsveranstaltungen zum Thema Menschenhandel und Prostitution durchführen. Mädchen und Jungen, die oft nichts als Gewalt im Elternhaus erlebt haben, blicken dort in eine perspektivlose Zukunft. So wie Monika, die ihr halbes Leben auf dem Straßenstrich steht, seit sie mit 18 Jahren aus dem Kinderheim entlassen wurde – mit nichts als einem Ausweis in der Tasche. *„Was sollte ich tun, 18 Jahre alt, kein Geld, keine Familie, keine Perspektive. Wohin also sollte ich gehen?“* Oder die transsexuelle Romina, die zu uns meinte: *„Ich habe das von meiner Mutter gelernt, sie hat mich, seit ich 13 Jahre bin, mit auf die Straße genommen.“*

Wenn wir von sexueller Ausbeutung an Kindern und Frauen sprechen, reden wir von schwerwiegenden Straftaten und schweren Menschenrechtsverletzungen. Die Dunkelziffer der Verbrechen ist hoch. Die betroffenen Kinder und Frauen haben Todesängste oder keine Möglichkeit, diese Verbrechen anzuzeigen, weil sie die Konsequenzen der Anzeige fürchten. Zu Recht, da die örtliche Polizei meist desinteressiert ist oder die Frauen von ihren Zuhältern nonstop überwacht und bedroht werden oder aber auch, weil ihnen sowieso niemand glaubt. Dadurch bleibt ein Großteil der Verbrechen ohne strafrechtliche Verfolgung. Dies führt auch zu einer mangelnden Kenntnisnahme des Problems in der Öffentlichkeit und bei den betroffenen Behörden, wie z. B. Sozial- und Jugendämtern. Immer wieder stoßen wir bei offiziellen Entscheidungsträgern auf Verleumdung und Nicht-wahr-haben-wollen der Tatsache, dass sexuelle Ausbeutung von Kindern und Frauen ebenso in der Tschechischen Republik wie in der ganzen Welt existiert.

KARO e. V. engagiert sich seit 1994 kontinuierlich gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und sexuelle Ausbeutung sowie gegen jegliche Form von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen. Wir helfen auch dort, wo der Staat versagt oder nicht handeln will; wir sorgen für Halt und Schutz, beraten bei Problemen, helfen den Opfern bei der Neuorganisation ihres Lebens, der Bewältigung ihrer Traumata und der Durchsetzung ihrer Rechte. Hierbei ist es uns ein besonderes Anliegen, zu den Opfern vor Ort zu gehen und nicht zu warten, bis diese zu uns kommen.

Eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit Behörden und Institutionen, anderen NGOs und vielen weiteren Berufsgruppen und unzähligen engagierten Menschen ist bei unserer Arbeit sehr wichtig.

Seit Jahren leisten wir aktive Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit und sprechen Missstände offen an. Wir waren die einzigen, die das Thema

„Kinderprostitution“ in der Tschechischen Republik öffentlich gemacht haben. Dafür wurden und werden wir oft angefeindet, aber das spornt uns nur noch mehr an, für die Menschen, die ihre Stimme selbst nicht erheben können, Sprachrohr zu sein.

Korruption ist einer der Hauptgründe, warum gerade beim Kampf gegen sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern Vieles nicht gelingt und Tätergruppierungen netzwerkähnlich frei agieren können. Viel zu oft wird geschwiegen, geleugnet und dementiert – besonders dann, wenn Täter einflussreiche Menschen aus Politik und Wirtschaft sind. Und viel zu oft werden diejenigen bestraft, die nicht geschwiegen haben.

Seit 2009 finanziert sich die Arbeit des Vereins ausschließlich aus Fördermitgliedschaften, Geld- und Sachspenden. Daher möchte ich an dieser Stelle all unseren Unterstützern von Herzen danken und hoffe, auch in Zukunft weiter auf sie zählen zu können, damit es uns auch weiterhin möglich ist, für die rechtlosen Menschen einzustehen und ihnen eine Perspektive bieten zu können.

Theologische und pastorale Aspekte des Menschenhandels

Prof. Dr. theol. Ottmar Fuchs (geb. 1945) war nach dem Studium der Philosophie und Theologie in Bamberg und Würzburg und der Priesterweihe (1972) zunächst in der Seelsorge tätig. Promotion und Habilitation erfolgten im Fach Pastoraltheologie. 1981/1982 wirkte er als Professor für Pastoraltheologie und Kerygmatik an der Katholisch-Theologischen Fakultät Bamberg, danach bis zur Emeritierung im Jahr 2010 als Professor für Praktische Theologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen.

Menschenhandel, weltweit ein milliardenschweres „Kapital“, entwürdigt die Menschen bis zum äußersten. Seine Wurzeln liegen in der Einstellung, Menschen für eigene Zwecke zur Ware zu erniedrigen. Die staatliche Verfolgung des kriminellen Menschenhandels und das Engagement vieler Befreiungsinitiativen ist auf breiter Basis mit einem Mentalitätswandel zu unterstützen, in dem Menschen über ihren Nutzen hinaus ihre eigene davon unabhängige Würde erhalten und behalten. Dieses Anliegen trifft auch die Religionen und ihre Gottesvorstellungen. In der Entwürdigung Gottes am Kreuz hat die christliche Pastoral eine eindeutige Perspektive: nämlich sich in der Spur des Gekreuzigten mit den Entwürdigten zu solidarisieren und dafür sowie wie für den nicht zweckenden Umgang mit Menschen soziale und spirituelle Kräfte zu mobilisieren.

Menschenhandel als Spitze des Eisbergs

Der Menschenhandel, sei es in der sexuellen Ausbeutung, sei es in Ausbeutung von Arbeitskraft, ist die Spitze des Eisbergs, der mit den destruktiven Trieben der Menschen und ihrer kapitalistischen Beschleunigung von Gier und Wachstum gegeben ist. Die Grenzen zwischen krimineller Energie und Kapitalgewinn sind labil und fließend, wie die öffentlichen Beispiele der Steuerhinterziehung zeigen.

In der Kriminalisierung der Sklaverei in der Moderne zeigt letztere zwar ein anderes Bewusstsein der Sklaverei gegenüber, doch in der Folge geht die damit verbundene Haltung im Frühkapitalismus nicht verloren, nämlich Menschen weitgehend im Kontext ihrer rentablen Arbeits- und Marktfähigkeit zu benutzen. Das System zeigt sich bis zur Kenntlichkeit entstellt, nämlich den Menschen als Ware zu betrachten, auf Kosten anderer vorwärts zu kommen, das entscheidende Stück des Mehrseins und Mehrhabens den anderen gegenüber wenn nötig rücksichtslos herzustellen, damit die Gier (gar nicht zuerst die Habsucht) befriedigt wird. Der Finanzcrash zeigt den Irrsinn und die unzähligen Opfer dieser Strategien weltweit. Mahatma Gandhi hat das Problem durchschaut: „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“

Es geht immer zuerst darum, den kriminellen Menschenhandel mit allen staatlichen und rechtlichen Mitteln zu bekämpfen. Aber es geht auch darum, ihn als die äußerste Verwirklichungsformen von Einstellungen, Haltungen und Praktiken wahrzunehmen, die es in vielen, auch religiösen Bereichen der Gesellschaft gibt, und so seine Verwurzelungen im Alltag zu entlarven. Was ist das „Wesen“ des Menschenhandels? Wann beginnt das?

Die oft verschleierte Fratze von (auch religiösen) Institutionen und Menschen ist abzunehmen, damit offenbar werden: Habsucht, Herrschsucht, Befriedigungssucht und Gewalttrieb, Gier, die Erniedrigungssucht, die Gewaltfaszination, das für Andere schädliche Ausleben des Sexualtriebes, und wo man sich nicht scheut, Menschen für die eigenen Zwecke einzusetzen, gar ihre Not auszunutzen, und sie zu erniedrigen. Wo Menschen schon lange vor kriminellm Verhalten zur Ware werden, mit jeder Art von Verdinglichung von Menschen. Die notwendige Entrüstung über die Anderen, über die Täter, verbindet sich dann mit dem entsprechenden Erschrecken über katastrophale Haltungen, die als normal gelten und ungefährlich daherkommen.

Wenn ein deutscher Generalvikar sagt, dass man mit der Priesterweihe die Menschenrechte verliert, weil man Gehorsam schwört, zeigt sich darin schon die Wurzel solcher Einstellungen. Schon jede Instrumentalisierung eines Menschen, jedes ihn zum Objekt der eigenen Wünsche oder von Systemen zu machen, ist eine Form oder Vorform der Sklaverei. Denn Menschenhandel und Menschenklaverei beginnen in den Köpfen, beginnen in den Herzen der Menschen, genährt von ihrer Gier und Herrschsucht. Es ist die Sucht nach Zugriffbarkeit, Menschen in der Hand zu haben und zu halten, sie zu besitzen, sie für die eigenen Zwecke ein-

zusetzen. Wo sogar „Liebe“ an eine Wenn-Dann-Struktur gebunden wird, wo sie klammert und die Freiheit knebelt, wo sie mit Unterwerfung erkaufte ist, beginnt das „Sklavenhaus“.

Am schlimmsten ist die Doppelverdinglichung von Arbeit und Sexualität, in der Zwangsprostitution als Kombination von beidem. Die Genderperspektive drängt sich unabweisbar auf und die entsprechende Herrschaftsucht und Unterwerfungssucht von Männern gegenüber den Frauen: Warum ist gerade der Frauenhandel ein besonderer Anteil des Menschenhandels, mit der darin extremen Demütigung von Frauen als Frauen? Entsprechende Unterdrückungsmechanismen begegnen bereits im Alltag: Sexuelle Belästigung im Alltag, Ausgrenzungs- und Unterdrückungsstrategien, Mechanismen der Degradierungen. Es gibt wenige Kontexte und Rollenträger, die hier unschuldig sind. In der Zwangsprostitution ereignet sich die gewalttätige Demütigung am intensivsten, weil hier, wie bei der Folter, der Körper direkt getroffen wird.



Ausgebeutet und erniedrigt.

(Copyright: Inge Bell & Ales Pickar)

Nacktes Leben

Der italienische Philosoph Giorgio Agamben spricht in seinen Schriften zum „Homo sacer“ (zum „endgültig verdamnten und ausgegrenzten

Die Macht der Herrschenden grenzt Menschen aus und stellt Menschen außerhalb der Rechtsordnung.

Menschen“) von der Strategie der Herrschenden, bestimmte Menschen und Kreise auf das nackte Leben zu reduzieren. Es ist die souveräne Macht, die über den Ausnahmezu-

stand der anderen entscheidet und bestimmte Lebewesen außerhalb der Rechtsordnung stellt. Das Leben, das in dieser Ordnung gefährlich ist, wird zum Ausnahmezustand erklärt und zugleich wird beansprucht, über das Ausgeschlossene zu herrschen.

Derart radikalisiert Agamben die Vorstellung des doppelt ausgeschlossenen Menschen (aus der Gottesbeziehung, insofern seine Opferung verboten ist, und aus der Menschenbeziehung, insofern seine

Tötung nicht strafbar ist). „Das ‚Sacer esto‘ im römischen Recht nämlich bedeutete einen doppelten Ausschluss des Delinquenten: Durch die Straffreiheit der Tötung aus der Sphäre des Menschen und durch die Nichtzulassung der Opferung aus der Sphäre der Götter. Ein verurteilter homo sacer existiert als lebendiger Toter im Niemandsland jenseits von Gottes- und der Menschenwelt, in dessen Grauzone zulässige Tötung und verbotene Opferung zusammenfallen. Als ‚vogelfreier Wolfsmensch‘ verkörpert er das nackte Leben im Zugriff souveräner Macht.“ (Christian Bauer).

Im christlichen Bereich kann diese Beschreibung mit dem gekreuzigten Christus in Verbindung gebracht werden, denn dieser ist am Kreuz ebenso verflucht wie vernichtet. So kann ich mir keine theologische Disziplin vorstellen, die nicht diese Perspektive des geschundenen Gottessohnes mit der Wahrnehmung aller Geschundenen und ihrem Leiden verbindet und sich zugunsten ihrer Rettung und „Auferstehung“ stark macht. Es geht um das Empowerment, um die Ermächtigung zugunsten der Definitionsmacht der Betroffenen. Und in dieser Dynamik gleichzeitig um die Erschütterung von Haltungen und Mentalitäten, die in sich, und wenn auch noch unsichtbar, die Brut der Versklavung, der Ausgrenzung und der Unterjochung von Menschen in sich tragen.

Biblische Spur 1: Die Sklavin des Naaman

In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an die persönliche und strukturelle Umkehr des Naaman (in 2 Kön 5). Die junge Sklavin, die er im Krieg geraubt hat, ist auf der untersten sozialen Stufe. Gleichwohl taucht sie am Anfang der Geschichte auf und ist die erste, die spricht: Der hautkranke Feldherr kann Heilung beim Propheten in Israel, bei Elischa finden. Naaman macht sich tatsächlich auf die Suche nach Heilung. Denn niemand anders kann ihm helfen. Alle Machtstrategien versagen (Diplomatie, Geld und Militär). Die Sklavin aus Israel bewegt ihn zum Systemwechsel.

Der feindliche aramäische Feldherr wird in der Hässlichkeit seiner Herrschaft, in der Ausbeutung, in seinem Siegersein entlarvt und muss sich aller Macht entledigen, um gesund werden zu können. Die Empfehlung der Sklavin ist die Basis der ganzen Geschichte, und Naaman muss auf dem Höhepunkt der Geschichte tief hinuntersteigen, ja er muss werden wie die Sklavin selbst, nackt, ohne alle Sicherung und ganz unten. Dies wäre die leitende Perspektive für Herrschende: Aus der Perspektive

der Sklavin kann man entdecken, wie man die Hässlichkeit des Bösen los wird und wo persönliche und strukturelle „Heilung“ zu finden ist.

Die Sklavin ist „homo sacer“: Sie ist doppelt ausgeschlossen, als Israelitin, als Feindin, und als Anders- und Falschgläubige. Sie ist weder gesichert, noch opferfähig und darin ist sie vogelfrei. Sie verkörpert tatsächlich das nackte Leben im Zugriff der Macht. Der Souverän bekommt Aussatz. Damit zeichnet sich das nackte Leben der Anderen in seinen eigenen Leib ein, wird darin offenbar. Seine Machtausübung ist krank, eklig, schmutzig und unheilbar. Der Ausweg besteht darin: Er muss werden wie die Sklavin, sich entäußern, bis aufs nackte Leben im Jordan, im Land, wo er keine Macht hat, wo ein fremder Gott herrscht. Von einer Feindin wird er ins nackte Leben gestoßen. Ihre Ohnmacht wird zur Macht, zu Gunsten des Anders-Werdens des Mächtigen. Auf dessen Seite ist notwendig: Hinhören, Ortswechsel, Teilen und Sich-heilen-Lassen. Dies ist der einzige und zugleich unwahrscheinlichste Ausweg: Dass das Kapital sich selbst abgibt, dass die Menschen ihre Gier abstellen. Aber wie? Diese Geschichte ist eine Erinnerung, auch eine Erfindung gegen die Realität, gegen den Irrealis, die Unmöglichkeit ihrer Veränderung, mit Hoffnung und zum Protest befähigend.

Biblische Spur 2: Gericht über Israel

Im „Gericht über die Völker“ bei (Am 1-2) spricht der Prophet Amos: „Der Herr brüllt vom Zion her, aus Jerusalem lässt er seine Stimme erschallen. Da welken die Auen der Hirten, und der Gipfel des Karmel verdorrt ... So spricht der Herr: Wegen der Verbrechen, die Israel beging, nehme ich das Gericht nicht zurück: weil sie den Unschuldigen für Geld verkaufen und den Armen für ein Paar Sandalen, weil sie die Kleinen in den Staub treten und das Recht der Schwachen beugen. Sohn und Vater gehen zum selben Mädchen, um meinen heiligen Namen zu entweihen.“ (Am 2,6 f.).

Israel wird hier die (auch sexuelle) Ausbeutung der Armen und Fremden (in einer Art von frühkapitalistischen Verhältnissen) vorgeworfen und damit das Vergessen seiner Geschichte mit Gott: „Dabei bin ich es gewesen, der euch aus Ägypten herausgeführt und euch 40 Jahre lang durch die Wüste geleitet hat ...“ (Am 2,10). Wenn Israel jetzt in sich selber „Ägyptisches“, also sklavenhalterisches Verhalten aufweist, wird es wie diese mit dem Gericht bedroht.

Eine bezeichnende Stelle für das Phänomen, dass Teile Israels selbst zu Ägypten werden können, ist das Bundesbuch Exodus 22, 24-26: „Einen Fremden sollst du nicht ausnutzen oder ausbeuten, denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen. Ihr sollt keine Witwe oder Waise ausnützen. Wenn du sie ausnützt und sie zu mir schreit, werde ich auf ihren Klageschrei hören.“ (Ex 22,20 ff.).

Gott hört den Schrei der Armen, genauso wie er den Schrei Israels gegen Ägypten gehört hat. Er wendet sich in Israel gegen die Ausbeuter und Schinder, wie er sich gegen die Ägypter gewendet hat. Denn Gottes emotionalstes Motiv ist Mitleid! In ihm spiegelt sich der elementare Opfer-Täter-Gegensatz.

Heikle Gottesbeziehung

Ist die Kirche die Verbündete der Opfer? Der Jesuitenpater Antonio Vieira verteidigt im 16. Jahrhundert im portugiesischen Kolonialbereich die Sklaverei der importierten Schwarzafrikaner als ihren Weg durch diese Hölle und dadurch als Weg zum Himmel, also als diesseitige Hölle, die die künftige verhindert. Hier werden Heil und Wohlergehen (nach dem Tod) an ein ganz bestimmtes Wenn-Dann gebunden und *anderen* verordnet. Himmel und Erbarmen Gottes gibt es nur unter schwersten Bedingungen. Diese Ideologie war daran Schuld, dass in Lateinamerika nicht selten die Klöster die letzten waren, die die Sklavenhalterschaft aufgegeben haben. Doch es gibt auch die andere Seite in den Kirchen, die die „Mission Sklavenbefreiung“ vertreten haben.

Theologische Anmerkungen zu diesem Thema fangen also bei der Theologie im engsten Sinn des Wortes an: Nämlich welche Gottes Rede und welche Gottes Anrede ist uns gegeben, ist uns erlaubt? In welchem Verhältnis „hält“ uns Gott? Wie weit sind Religionen selbst geeignet, Versklavungswünsche von Menschen zu unterstützen und zu betreiben? Ist Gott selbst bezüglich der Menschen und der Schöpfung ein Sklavenhalter? Biblisch ist alles zu begründen: die Befreiung aus dem Sklavenhaus wie die Unterwerfung der Anderen.

Der Buchstabe der Bibel allein rettet nicht vor religiös legitimer Entsolidarisierung, sondern allein der Geist, mit dem die Bibel gelesen wird.

So haben die Weißen in Südafrika ihre Apartheidspolitik durchaus mit einschlägigen biblischen Texten zu legitimieren gewusst, die sie rassistisch und chauvinistisch auszulegen vermochten. Der Buchstabe der

Bibel allein rettet nicht vor religiös legitimerter Entsolidarisierung, sondern allein der Geist bzw. die Intention, mit denen die Bibel gelesen wird, nämlich in der in den biblischen Texten selbst zu Tage tretenden Dynamik zum je universaleren Heil Gottes und von daher zur je universaleren zwischenmenschlichen Solidarität.

Auch in der Gottesbeziehung geht es um das Verhältnis von Liebe und Freiheit, von Nähe und Abhängigkeit, von Distanz und Instrumentalisierung. Denn in ihr erleben die Menschen eine religiöse Mentalität, die sie auch auf die zwischenmenschliche Beziehung übertragen. Der Theologie, dass Gott den Menschen Freiheit und Autonomie schenkt und sich das viel kosten lässt, steht jene Theologie gegenüber, dass Gott die Menschen um seiner eigenen Selbstdarstellung willen abhängig hält. Jedenfalls ist letzteres immer auch eine wohlfeile religiöse Rechtfertigung für einen entsprechenden Umgang mit den Menschen. Dabei verdinglicht man Gott mit einer entsprechenden Wenn-Dann-Struktur und hat so die Möglichkeit, rückwirkend Gott in den Griff zu bekommen: nämlich wenn man die Bedingungen erfüllt, hat Gott darüber hinaus keine Freiheit, auch noch einmal ganz anders zu reagieren, so ganz anders, wie dies Jesus in der Geschichte der Arbeiter im Weinberg verdeutlicht (vgl. Mt 20,1-16).

Dass alle Menschen von Geburt an erwünscht und geliebt sind, dass die Geburt selbst der erste Ausdrucksvorgang und das wichtigste Ausdrucksmedium der Liebe durch den Schöpfer ist, beinhaltet eine ganz andere Mentalität. Nämlich im zwischenmenschlichen Bereich genau diese bedingungslose Annahme allen Menschen sozial erlebbar werden zu lassen und selbst zu erleben.

Wege in der Pastoral

Es ist also dem Rudelverhalten entgegenzusteuern und jenem Wolfshundverhalten, wo die fremden Jungen vom neuen Herrscher umgebracht werden, damit er seine Gene durchsetzen kann. Die Mentalität des biogenetischen „Infantozids“ beginnt schon da, wo Familien nur für ihre eigenen Kinder sorgen und ihnen schon die Kinder der Nachbarschaft völlig egal sind.

Der christliche Glaube bremst eine solche Mentalität durch die Vorstellung, dass alle Menschen geliebte Kinder Gottes sind, dass Gott der Vater aller ist. Dies ist die mächtigste religiöse Blockade gegen jede Art von Ausbeutung und Verzweckung.

Oder das Gebot der Feindesliebe, das die Nächstenliebe, nämlich sich und die anderen wie sich selbst zu lieben, bis ins Äußerste hinaustreibt und dabei die Innen-Außengrenzen immer mehr nach Außen verschiebt, bis hin zu der „Liebe“ den Feinden und den Hässlichen gegenüber. Ohne die Feindesliebe hätte die Nächstenliebe noch nicht diese Radikalisierung im Leib.

Wie werden Menschen zu solcher Freiheit befähigt? Ein wichtiger Aspekt ist: Wenn sie nicht bei Widerspruch und mangelndem Wohlverhalten mit Liebes- und Gemeinschaftsentzug bestraft werden und bestrafen, wenn sie sich frei verhalten können. Wenn Menschen sich nicht verteidigen müssen, um leben zu

Gott ist der Vater aller Menschen. Das ist die mächtigste Blockade gegen jede Art von Ausbeutung.

dürfen. In einem solchen sozialen Zusammenhang entsteht Ich-Stärke, theologisch: Charismenstärke. Es geht um die Freiheit von jeder Art von Zwangskollektivismus, um die Freiheit davon, andere erniedrigen, ausbeuten und verzwecken zu müssen, um sich selbst als wichtig und wertvoll erfahren zu können. Es geht darum, sich nicht permanent wehren zu müssen, um etwas zu sein. Christliche Gemeinden und Gemeinschaften könnten und sollten solche Begegnungsräume sein – auch als Ermöglichungsbasis dafür, gegen die Apathie in Teilen der Gesellschaft Empörung und Wut zu setzen und entsprechende Schritte zu gehen.

Wobei sich die Empörung auch gegen Gott selber richtet, denn er ist letztlich für alles verantwortlich. Er ist es, der in den Staub des Todes legt (Psalm 22,16). Gott ist es aber auch, der diesen Tod und alle Tode selbst erleidet. Auch in diesem Sinn ist Gott „heilig“, nämlich „sacer“, dass Gott sich ins „nackte Leben“ stoßen lässt und in solchem Souveränitätsverzicht Solidarität zeigt. Auch wenn dies noch keine befriedigende „Antwort“ auf unsere Fragen nach dem „Warum“ ist, ist diese Solidarität doch das entscheidende Unterpfand dafür, dass es „einmal“ eine befriedigende Antwort geben wird, die nicht unterhalb des Niveaus dessen ergeht, was erlitten und im Einsatz für Gerechtigkeit und Barmherzigkeit erkämpft wurde.

Literaturhinweise:

- Giorgio Agamben:* Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben. Frankfurt (Main) 2001.
- Christian Bauer:* Transgressionen der Moderne. Grenze und Horizont einer Theologie nach Gottes und des Menschen Tod. In: ders., Michael Hölzl (Hrsg.): Gottes und des Menschen Tod? Mainz 2003, S. 19-47.
- Ulrike Bechmann:* Die Sklavin des Naaman. Kriegsgefangene, Prophetin, Friedensfrau. Stuttgart 2004.
- Ottmar Fuchs:* „A pauperibus evangelizari“. Einige Aspekte zur „Definitionsmacht“ der Armen. In: Theologische Quartalschrift 193 (2013) H. 3, S. 251-263.
- Ottmar Fuchs:* Der zerrissene Gott. Das trinitarische Gottesbild in den Brüchen der Welt. Ostfildern 2014.
- Gustavo Gutiérrez:* Gott oder das Gold. Der befreiende Weg des Bartolomé de Las Casas. Freiburg 1990.
- Franz Weber:* Gewagte Inkulturation. Basisgemeinden in Brasilien: Eine pastoralgeschichtliche Zwischenbilanz. Mainz 1996.

Renovabis-Projekte und das „Aktionsbündnis gegen Frauenhandel“

Burkhard Haneke ist Geschäftsführer bei Renovabis, Mitglied der Redaktion von OST-WEST. Europäische Perspektiven und vertritt Renovabis im „Aktionsbündnis gegen Frauenhandel“.

Auch das katholische Osteuropahilfswerk Renovabis setzt sich gegen den Frauenhandel ein und fördert Hilfsprojekte für Opfer von Zwangsprostitution in zahlreichen Ländern Ost- und Südosteuropas. Der folgende Beitrag vermittelt dazu einen Überblick und skizziert außerdem die Entstehung und das Engagement des „Aktionsbündnisses gegen Frauenhandel“.

Nur wenige Jahre nach Gründung von Renovabis (1993) war das Osteuropahilfswerk auch mit Anträgen konfrontiert, die mit dem Problem von Zwangsprostitution und Frauenhandel zu tun hatten. Mit dem – begrüßenswerten – Fall des Eisernen Vorhangs zwischen Ost und West (1989 bis 1991) und der beginnenden EU-Osterweiterung (2004) setzte eine verstärkte Armutsmigration von Ost nach West in Europa ein, in deren Kontext auch die organisierte Kriminalität, Menschenhandel und Zwangsprostitution blühten.

Viele der in Deutschland zur Prostitution gezwungenen Frauen kommen aus Partnerländern von Renovabis, z. B. aus Rumänien, Litauen, Bulgarien oder Albanien. Renovabis unterstützt die Partner dabei, über Aufklärungskampagnen und durch berufliche Chancen für junge Frauen präventiv im Vorfeld von Frauenhandel tätig zu werden. Für Frauen, die sich aus der Zwangsprostitution befreien können und in ihre Heimatländer zurückkehren, gibt es Programme der Betreuung und Begleitung, um ihnen den Weg zurück in ein eigenständiges Leben zu ermöglichen. Schließlich findet Frauenhandel auch innerhalb der mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder statt; darum fördert Renovabis dort den Aufbau von Beratungsstellen, Vernetzungsstrukturen und Hilfsprojekten vor Ort.

Exemplarische Projekte

Beispielhaft für ein gelungenes Präventions-, Betreuungs- und Wiedereingliederungsprojekt ist das „Anti-Trafficking-Programm“ der Caritas Kaunas in *Litauen*. Hier wurde und wird intensive Aufklärungsarbeit in Schulen, gesellschaftlichen und kirchlichen Einrichtungen geleistet, die junge Frauen davor bewahren soll, leichtfertig den Versprechungen von Menschenhändlern oder Schlepperbanden zu folgen. Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution werden in Zeugenschutzprogrammen betreut; sie erhalten Beratung, materielle Starthilfe und bei Bedarf eine sichere Wohnung sowie Rechtsbeistand vor Gericht. Zum Teil werden die Frauen auch über Jahre hinweg betreut, da sie schwer traumatisiert sind. Renovabis unterstützt das Programm der Caritas Kaunas bereits seit 2001.

Ein weiteres Beispiel ist die Arbeit von SOLWODI in *Rumänien*. Dort wurde im Jahr 2009 mit Unterstützung von Renovabis ein Beratungszentrum in Bukarest etabliert. SOLWODI setzt sich hier gegen Frauenhandel ein, aber auch gegen häusliche Gewalt, die Frauen widerfährt. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit sollen Beiträge zur Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft geleistet werden, es werden Not-Unterkünfte vermittelt, ebenso wie medizinische und psychologische Hilfen. Zuletzt konnte SOLWODI Rumänien dabei unterstützt werden, im Jahr 2014 ein eigenes Frauenhaus zu erwerben, um die intensive Betreuung der Klientinnen auf eine stabile Grundlage zu stellen.

Ein ganz aktuelles Projekt ist schließlich die von 2014 bis 2017 terminierte „Reintegrationshilfe für Opfer des Menschenhandels“ in *Albanien*. Schwerpunkt des Projekts ist die Wiedereingliederung betroffener Personen, die durch Frauenhandel und Zwangsprostitution überwiegend im eigenen Land zu Opfern werden. In diesem Projekt kooperieren die NGO „Different and Equal“ und die Kongregation der „Schwestern vom Guten Hirten“ miteinander. Den Opfern des Menschenhandels soll die Wiedereingliederung (insbesondere das „Nicht-wieder-verkauft-werden“) durch Traumaberatung, psychosoziale Unterstützung und Gesundheitsförderung ermöglicht werden.

Das „Aktionsbündnis gegen Frauenhandel“

Renovabis versucht auch – seit inzwischen 15 Jahren – in Deutschland auf den Skandal des Frauenhandels aufmerksam zu machen. Aus einer

Kooperationstagung mit dem Freisinger Kardinal-Döpfner-Haus unter dem Titel „Die Würde der Frau ist antastbar – Handel mit osteuropäischen Frauen“ entstand im Jahr 2000 das „Aktionsbündnis gegen Frauenhandel“ in Bayern, dem rund zwanzig überwiegend kirchliche Organisationen angehören. Hintergrund des seinerzeitigen Tagungsthemas war der sprunghafte Anstieg des Handels mit Frauen aus Osteuropa nach dem „Fall des Eisernen Vorhangs“ und dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in den Jahren 1989 bis 1991. Auch gegenwärtig kommen die meisten Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution in Deutschland aus mittel- und osteuropäischen Ländern, nach aktuellen Statistiken insbesondere aus Rumänien und Bulgarien. Für das „Aktionsbündnis gegen Frauenhandel“ stellt Renovabis seit vielen Jahren das „back office“.

Sach- und Fachverstand bringen vor allem Fachberatungsstellen wie SOLWODI und JADWIGA, aber Ordensgemeinschaften oder nicht kirchlich gebundene Organisationen wie TERRE DES FEMMES¹ in das Aktionsbündnis ein. In halbjährlichen Vollversammlungen tauschen sich die Mitglieder des Netzwerks aus und beraten über Aktionen und Lobbyarbeit gegen den Frauenhandel. Einmal pro Jahr tritt das Aktionsbündnis am „Weltfrauentag“ (8. März) oder am „Europäischen Tag gegen den Menschenhandel“ (18. Oktober) mit einer öffentlichen Tagung hervor, die – in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung – abwechselnd in allen größeren bayerischen Städten durchgeführt wird. Dabei fokussieren die Themen jeweils unterschiedliche Facetten der Problematik wie etwa „Zum Sex gezwungen – und dann ...?! Wer hilft den Opfern von Frauenhandel?“, „Männersache Frauenhandel – Freier, Täter, Jedermann“ oder „Sex sells ... Menschenhandel und die Medien“.

Das Engagement des „Aktionsbündnisses gegen Frauenhandel“ in Bayern, das gerne auch die Bildung weiterer, ähnlicher Netzwerke in Deutschland unterstützt, findet sich dokumentiert unter www.gegenfrauenhandel.de.

¹ Weiterführende Informationen zur Arbeit der genannten Organisationen finden sich unter <http://www.solwodi.de>, <http://www.jadwiga-online.de/> und <http://www.frauenrechte.de/online/index.php>.

„Wir müssen dringend mehr wissen, um besser helfen zu können.“

Ein Gespräch mit Michaela Huber



Michaela Huber ist psychologische Psychotherapeutin, Supervisorin und Ausbilderin in Traumabehandlung. Sie gilt als eine Pionierin in der Arbeit mit komplex traumatisierten Menschen und hat zahlreiche Bücher und Fachartikel veröffentlicht. Frau Huber ist seit 1995 die 1. Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Trauma und Dissoziation (DGTD, www.dgtd.de), und erhielt für ihre Arbeit zahlreiche nationale und internationale Auszeichnungen.

Das Gespräch mit ihr führte Burkhard Haneke.

Frau Huber, was hat Trauma überhaupt mit Prostitution zu tun?

Die Frage, was Trauma mit Prostitution zu tun hat, würde ich gerne umkehren: Was hat Prostitution mit Trauma zu tun? Trauma ist ja eine Wunde oder Verletzung, und Prostitution ist Gewalt. Immer. Und deshalb, weil Prostitution Gewalt ist, sind wir als Trauma-Therapeutinnen und -Beraterinnen in diesem Feld überwiegend der Ansicht, dass Prostitution tiefe Wunden hinterlässt. Und das heißt, dass jede Prostituierte, egal ob Kind oder Frau, traumatisiert ist. Oder dies gilt wahrscheinlich doch für die meisten.

Aus unserer Erfahrung wissen wir zudem, dass die meisten Menschen,

die ihren Körper verkaufen, in ihrer eigenen Biografie mit missbräuchlichen Situationen und demnach potenziell traumatischen Erfahrungen zu tun haben. Sie kennen es oft schon lange, ihren Körper hergeben zu müssen.

Welche Erfahrungen haben Sie in Ihrer Praxis mit Opfern von Frauenhandel gemacht?

Wissen Sie, wir ambulant und stationär arbeitende Psychotherapeutinnen erleben nicht Klientinnen, die sagen: „Ich bin ein Opfer von Frauenhandel.“ Wir erleben Frauen, die depressiv sind, die Angststörungen oder Süchte haben, die sich selbst verletzen, die sehr durcheinander sind, die un-

terschiedliche Selbstanteile haben, die sie teilweise selbst nicht verstehen und koordinieren können. Wir erleben sie in seelischer Not, körperlicher Not, wir erleben sie teilweise mit sexuell übertragbaren Erkrankungen oder auch Autoimmunerkrankungen, in einem manchmal sehr schlechten körperlichen Zustand durch Selbst- oder Fremdverletzung. Wir untersuchen die Frauen körperlich, wenn das überhaupt geht. Viele lassen sich kaum körperlich berühren, weil sie unter großen Ängsten leiden. Wenn wir sie seelisch anschauen können, dann sehen wir in der Regel ein Bild von extremer Not, von psychischen Störungen aller Art, und erst ganz allmählich, wenn das Vertrauen gewachsen ist, ermöglichen die Frauen uns auch, einen Blick darauf zu werfen, in welchen Abhängigkeitsverhältnissen sie sich befinden. Sie wollen oft nicht wahrhaben, vor sich selbst nicht und auch nicht vor anderen, dass sie in irgendwelchen Zwangskontexten leben.

Welche Hilfe brauchen die Frauen konkret, die als Opfer von Zwangsprostitution identifiziert werden?

Da möchte ich fünf Antworten betroffener Frauen nennen. Was am häufigsten genannt wird, ist der Umstand, dass einem geglaubt und man ernst genommen wird. Und Schutz ist ganz wichtig. Verlässliche Helferinnen, die nicht ausbrennen! Daher gegebenenfalls auch Helfernetze! Das Gefühl von Sicherheit. Fluchtwohnungen – oder noch besser: freie Plätze in betreuten Wohngemeinschaften.

Mutige Helferinnen, die aufrichtig und authentisch sind!

Fangen wir damit an, *dass einem geglaubt wird*. Häufig erleben wir, dass überhaupt nicht nachgefragt wird, wenn deutlich wird: Da ist ein multidimensionales Ausbeutungsverhältnis im Hintergrund. Wer sind überhaupt die Täter? Wir kommen häufig mit Zwangsprostitution oder sexualisierter Ausbeutung erst einmal so in Kontakt, dass wir mitbekommen, dass die Frauen sexualisierte Gewalterfahrung haben. Wenn dann deutlich wird, dass sie auch jetzt noch ausgebeutet werden, ist das für die Betreuer, Berater und Therapeuten ein großer Schock. Dann heißt es oft: „Wenn Sie noch Täterkontakt haben, dann können wir Sie nicht behandeln.“ Viele schieben die Patientinnen dann sozusagen aus der Tür, was sehr dramatisch ist und sich unbedingt ändern muss. Wie sollen sie dort herauskommen, wenn wir ihnen nicht helfen?

Dann folgt häufig eine Phase, in der sich die Fachleute Unterstützung holen, weil sie mitbekommen haben: Ich habe hier eine Frau in einem Zwangsausbeutungsverhältnis. Dann findet Ausstiegsberatung oder Ausstiegsbegleitung statt. Das ist etwas, was lange dauert und häufig damit zu tun hat, dass zuerst einmal Schutz organisiert werden muss. Das ist der zweite Punkt: *Schutz organisieren!* Da fehlt uns noch ganz viel, um diesen Schutz zu gewährleisten. Wir haben Frauen, die sind obdachlos. Wir haben Mädchen und Frauen, Jungen auch, ja Kinder, die auf der Straße leben, die so scheu sind, dass sie immer wieder

überall abhauen, sobald sie in irgendwelche engeren Betreuungs- oder andere Kontexte kommen. Teilweise werden sie auch abgeholt, werden besucht und von Täterseite beeinflusst, damit sie schnell wieder zurückkehren zu den Tätern, denn die verdienen ja Geld mit ihnen. Wir erleben, dass die Berater, Betreuer und Therapeuten für die notwendige Ausstiegsbegleitung und -beratung nicht ausgebildet sind, dass sie häufig zu früh versuchen, psychotherapeutisch zu arbeiten. Das heißt: Die Klientinnen sind noch längst nicht in Sicherheit und es wird bereits versucht, Traumatherapie mit ihnen zu machen. Das ist natürlich zum Scheitern verurteilt. Deswegen ist Schutz ein ganz entscheidender Punkt!

Gebraucht werden *verlässliche Helferinnen*, die nicht ausbrennen! Das kann ich nur unterstreichen. Ganz häufig gibt es am Anfang ein Überengagement, und hinterher brennen die Helferinnen aus. Das ganze Helfernetz brennt aus, weil sich häufig zeigt, dass es sehr lange dauert – wenn es überhaupt gelingt –, dass aus solchen Zwangskontexten ausgestiegen werden kann. Und dass hier viel Vertrauen und langfristige Bindung oder Beziehung nötig sind und ein Verteilen der Arbeit auf mehrere Schultern.

Wenn die Betroffenen nicht fliehen können, brauchen sie *Sicherheit*, Fluchtwohnungen, damit sie abtauchen können, damit sie sich in Ruhe überlegen können, ob sie bei der Polizei Aussagen machen. Viele wollen das nicht. Sie haben panische Angst, denn die Bedrohungen von Täterseite

sind extrem. Deswegen wollen sie am Anfang nichts anzeigen, weil sie ja auch für sich selbst noch gar keine Perspektive haben.

Wichtig ist die *Authentizität bzw. Aufrichtigkeit der Helferinnen*, die zeigt, dass sie selbst auch manchmal nicht weiter wissen. Wir müssen die Betroffenen selbst als Expertinnen ihres Lebens wahrnehmen und sagen: „Komm, ich muss Dich ganz viel fragen, und Du wirst mich beraten. Hast Du Kinder? Hast Du Schwestern? Werden die auch von den Tätern bedroht? Magst Du die, liebst Du die Täter? Hast Du Dich dort in irgendjemanden verliebt? Oder hast Du nur Angst vor denen? Kommen sie zu Dir nach Hause? Hast Du ein Handy von denen? Hast Du eine Scheckkarte von denen?“ Wir müssten permanent solche Fragen stellen, um überhaupt einen Einblick in den Kontext dieser Ausbeutungsverhältnisse und dann einen Fuß in die Tür zu bekommen. Was die Betroffenen stattdessen häufig erleben, ist ein System von Beratung, Betreuung und Therapie, das überhaupt nicht auf sie zugeschnitten ist. Es gibt leider viel zu wenig Professionelle, die darauf vorbereitet sind, mit diesen Opfern von Zwangsprostitution zu arbeiten.

Welche Voraussetzungen braucht es auf der Seite der Patientinnen, um ihnen überhaupt helfen zu können?

Der allererste Punkt ist *Ehrlichkeit mit sich selbst*. Ich finde das sehr bedeutend. Es kann eine Phase geben, in der es in Bezug auf Aufrichtigkeit lange hin- und hergeht. Wir schaffen

es nur bei den Betroffenen, die entweder so verzweifelt und in Not sind, dass ihnen alles egal ist, sie da heraus zu bringen, oder bei denen, die sich so eine Ecke bewahrt haben, aufrichtig mit sich selbst zu sein. Es wird ihnen ja sehr leicht gemacht sich zu belügen. „Bei uns gibt es Sekt statt Selters“, sagen die Täter, „bei den anderen, da bist Du Sozialhilfeempfänger, bei uns kriegst Du Halli-Galli“, zumindest ab und zu. Es wird ihnen leicht gemacht, nicht aufrichtig mit sich zu sein. Aber diese Aufrichtigkeit ist absolut notwendig, um sich da heraus zu arbeiten.

Der nächste Punkt, der auch von Betroffenen genannt wird, ist die *Entscheidung für das Leben*. Das ist sehr wichtig, weil es eine Gleichgültigkeit geben kann, sich ausbeuten zu lassen, sich benutzen zu lassen, zu sagen, es ist mir eh alles egal, ich sterbe über kurz oder lang sowieso. Denn man erlebt, dass andere draufgegangen sind, dass andere gestorben sind, entweder im Zuge der Ausbeutung oder in dem sie sich selber getötet haben. Der Zwangsprostitutionsbereich ist teilweise extrem hart, da sterben Menschen, die man kennt, Freundinnen, die man gewonnen hat – entweder durch fremde oder durch eigene Hand. Viele glauben an eine Art Suizidpakt: Entweder wir leben zusammen oder wir sterben zusammen. Und wenn die anderen schon tot sind, dann gibt es einen enormen Sog, es auch selbst zu tun. Also eine Entscheidung für das Leben ist hier sehr wichtig.

Eigenverantwortung bzw. die Motivation, das eigene Leben zu ändern und dementsprechend notwendige Schritte auch umzusetzen, sind

weiterhin wichtig. Eigenverantwortung bedeutet, dass es noch Reste gibt, die nicht nur durch die Täter bestimmt sind. Die Täter nehmen einem ja alles ab, Papiere, Geld, Kleidung häufig alles, und man ist in absoluter in Abhängigkeit von diesen unberechenbaren Menschen. Es ist aber ganz wichtig, dass ein Stückchen in den Betroffenen erhalten bleibt, wo sie selbst eigenverantwortlich handeln können. Dass sie zum Beispiel auch barfuß auf die Straße laufen können, um Hilfe rufen können, dass sie jemanden ansprechen können, egal in welcher Sprache, dass sie irgend eine Art von Charme haben, jemanden so um den Finger zu wickeln, dass der anfängt, sich für sie zu interessieren, zu spüren, dass sie in Not sind und ihnen Hilfe anbietet. Dass es bei den Betroffenen also etwas gibt, was sich in der Persönlichkeit noch nicht total aufgegeben und den Tätern angepasst hat. Deswegen ist ein weiterer Punkt auch logischerweise *Mut*. Wer da raus will, braucht eine ganze Menge Mut. Und es ist oft der Mut der Verzweiflung.

Warum haben die Frauen so wenig Selbstschutz und können sich nur selten selbst aus der Situation befreien?

Weil sie wie Sklaven gehalten werden, das Ganze ist ja ein moderner Sklavenmarkt. Die Frauen werden auch psychisch in Abhängigkeit gehalten, indem man so tut, als würde man sie mögen. Immer wieder wird versucht, ihre seelische Situation auszunutzen. Oder man macht ihnen Hoffnungen und Versprechungen. Sie erhalten gelegentlich eine größere

Summe Geld, verfügen über ein gewisses Maß an Luxus, bekommen plötzlich ein Auto und so weiter und so weiter. Sie kriegen Goldkettchen geschenkt, sind dann ganz gerührt und finden es hinreißend, verstehen aber nicht, dass das nur ein Miniprozentsatz dessen ist, was die Täter mit ihnen verdient haben. Das gehört zu der psychischen Manipulation, und sehr viele Frauen sind hochdissoziativ, also krankhaft gestört, sind in sich gespalten, sodass sie von Zustand zu Zustand wechseln und nicht über ein durchgängiges Alltagsbewusstsein verfügen. Sie haben sozusagen Prostituierten-Anteile in sich, die nur dafür da sind, sich angeblich gern und freiwillig zu prostituieren. Sie können das tun, sie spüren nichts, haben dabei keine Schmerzen.

Studien mit Prostituierten haben gezeigt, dass sie im Vergleich zu Frauen, die sich nicht prostituieren, AbschaltEffekte im Gehirn haben, sodass sie, während sie körperlich von den Kunden oder den Tätern traktiert werden, gar nichts spüren. Das bedeutet aber nicht, dass der Schmerz nicht da ist, sondern er ist nur woanders. Und eines der größten Probleme, das wir haben ist, besteht darin, dass dieser AbschaltEffekt, sobald die Frauen aussteigen, nicht mehr funktioniert. Dann werden sie überflutet von Schmerzsyndromen. Diese Zustände halten aber viele nicht aus, und sie spüren, wenn sie wieder zurückkehren, dann funktioniert das Abschalten wieder. Dann können sie im Alltag wieder besser funktionieren. Das ist auch einer der wichtigen Gründe, weshalb die Frauen zurückgehen –

auch eine Form der psychischen Abhängigkeit.

Was wären bezüglich des Umgangs mit Trauma-Opfern von Frauenhandel und Zwangsprostitution besondere Anliegen an Politik und Gesellschaft?

Wir brauchen ein Bewusstsein, dass sich viele der Trauma-Patienten, ob einheimische oder solche, die aus anderen Ländern zu uns kommen, in Ausbeutungsverhältnissen befinden. In seelischen, körperlichen oder sexualisierten Ausbeutungsverhältnissen. Danach muss ganz schlicht gefragt werden, wobei man lernen muss, wie man und wann man wie fragen kann. Und sobald man weiß, dass das der Fall ist, braucht es umfangreiche Hilfen. Es ist ein Elend und eine Schande für ein reiches Land wie Deutschland, dass es diesen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen keine oder kaum koordinierte Hilfen zur Verfügung stellt, sobald deutlich wird, dass sie sich in Ausbeutungsverhältnissen befinden. Es fehlen Fluchtwohnungen, es fehlen niedrigschwellige Angebote, jemanden in Sicherheit zu bringen, sie oder ihn mit Geld auszustatten. Es fehlt eine 24-Stunden-Intensivbetreuung; ohne diese schaffen es die Betroffenen oft nicht, dem Drängen der Täter zu widerstehen und ihre seelische Not zu beruhigen.

Weitere wichtige Fragen, die aber oft nicht gestellt werden, sind: Wer ist außen herum gefährdet, Geschwister oder andere Angehörige? Wer bedroht sie? Gibt es Täternetzwerke im

Hintergrund? Die Berater, Betreuer oder Therapeuten kommen manchmal gar nicht auf die Idee, dass hier systematische Ausbeutungsverhältnisse vorliegen könnten. Es fehlt an Fortbildungen und es fehlt an Koordination, um herauszufinden, wer überhaupt der oder die Täter sind. Und schon gar fehlt es an Wissen über internationale und multidimensionale Täterringe.

Fast immer geht es darum, Geld zu generieren für eine Gruppe. Diese Gruppe kann zum organisierten Verbrechen gehören, zum Rotlichtmilieu, es kann sich um Kinderprostitution handeln. Es können Hard-Core-Sadisten im Spiel sein oder Sekten, ein destruktiver Kult. Manchmal sind es auch Verwandte, geldgierige oder psychisch kranke Angehörige, manchmal auch nur psychotische Menschen, die sie ausbeuten und im Keller gefangen halten oder extrem bedrohen.

Das Spektrum von Ausbeutung ist riesig. Es gibt einen multidimensionalen Ausbeutungshintergrund bei vielen von Zwangsprostitution Betroffenen, und den müssen wir ausleuchten. Wir müssen wissen, mit wem wir es auf der anderen Seite, bei den Tätern, zu tun haben. Wir müssen kooperieren mit Strafverfolgungsbehörden, die

aber oft erschreckend ahnungslos sind. Die Kripo vor Ort weiß manchmal nur das, was im Rotlichtmilieu passiert. Die kennt den größeren Ausbeutungs-, den internationalen Täterring gar nicht oder kaum, oder es interessiert sie nicht. Das heißt, wir müssen auch die Strafverfolgungsbehörden, die Kriminalpolizei, die international agierenden Polizeibehörden besser schulen. Wir wissen als Therapeuten und Berater oft viel mehr als die Polizei, weil die meisten Betroffenen ihr Wissen niemals der Polizei anvertrauen würden. Aber wir wissen ganz viel. Und allmählich versteht die internationale Polizei erst, dass sie uns fragen muss, wenn sie irgendwas über diese Täterringe und ihre Arbeitsweise verstehen will.

Und wir müssen schließlich Helfernetzwerke aufbauen, die verlässlich sind, die vertrauenswürdig sind, und wo die Betroffenen wirklich Hilfe und Unterstützung bekommen. Denn es geht, und damit ende ich, um sehr viel Geld. Jemanden aus der Zwangsprostitution herauszuholen, individuell, ist die eine Sache. Sich insgesamt darüber klar zu werden, dass wir uns, wenn wir das tun, mit dem größten Geldgeschäft weltweit anlegen, ist eine andere Sache.

Eine Reihe internationaler Abkommen wurde in den vergangenen Jahren mit dem Ziel geschlossen, den Menschenhandel zu bekämpfen, die Opfer zu schützen und die Täter zu verfolgen. Ein zentrales Dokument ist die „Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union vom 5. April 2011 zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI des Rates“. Aus dem Dokument, das insgesamt 25 Artikel umfasst, werden nachstehend einige Auszüge wiedergegeben (Quelle: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:101:0001:0011:DE:PDF>). – Die Richtlinie wurde noch nicht in allen Mitgliedsstaaten der EU in nationales Recht umgesetzt; auch in Deutschland ist das Gesetzgebungsverfahren erst im Januar 2015 angelaufen.

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

... (HABEN) ...

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Menschenhandel ist eine schwere Straftat, die häufig im Rahmen der organisierten Kriminalität begangen wird und bei der es sich um einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Grundrechte handelt, der in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ausdrücklich verboten ist. Die Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels ist für die Union und die Mitgliedsstaaten ein vorrangiges Ziel.

...

(8) Kinder sind schutzbedürftiger als Erwachsene und daher stärker gefährdet, Opfer von Menschen-

handel zu werden. Bei der Anwendung der Richtlinie muss das Wohl des Kindes entsprechend der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und dem UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes von 1989 eine vorrangige Erwägung sein.

...

(14) Die Opfer des Menschenhandels sollten im Einklang mit den Grundprinzipien der Rechtsordnung der betreffenden Mitgliedsstaaten vor strafrechtlicher Verfolgung oder Bestrafung wegen strafbarer Handlungen wie der Verwendung falscher Dokumente oder Verstößen gegen die Prostitutions- oder Einwanderungsgesetze geschützt werden, zu denen sie als unmittelbare Folge davon, dass sie dem Menschenhandel ausgesetzt waren, gezwungen wurden. Mit diesem Schutz wird das

Ziel verfolgt, die Menschenrechte der Opfer zu schützen, ihre weitere Viktimisierung zu vermeiden und sie dazu zu ermutigen, in Strafverfahren als Zeugen gegen die Täter auszusagen. Dieser Schutz sollte eine strafrechtliche Verfolgung oder Bestrafung wegen Straftaten nicht ausschließen, die eine Person willentlich begangen hat oder an denen sie willentlich teilgenommen hat.

...

FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

Artikel 1

Gegenstand

Mit dieser Richtlinie werden Mindestvorschriften zur Definition von Straftaten und Strafen im Bereich Menschenhandel festgelegt. Des Weiteren werden gemeinsame Bestimmungen zur Stärkung der Prävention und des Opferschutzes unter Berücksichtigung der Geschlechterperspektive eingeführt.

Artikel 2

Straftaten im Zusammenhang mit dem Menschenhandel

(1) Die Mitgliedsstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, damit die nachstehenden vorsätzlich begangenen Handlungen unter Strafe gestellt werden: Die Anwerbung, Beförderung, Verbringung,

Beherbergung oder Aufnahme von Personen, einschließlich der Übergabe oder Übernahme der Kontrolle über diese Personen, durch die Androhung oder Anwendung von Gewalt oder anderer Formen der Nötigung, durch Entführung, Betrug, Täuschung, Missbrauch von Macht oder Ausnutzung besonderer Schutzbedürftigkeit oder durch Gewährung oder Entgegennahme von Zahlungen oder Vorteilen zur Erlangung des Einverständnisses einer Person, die die Kontrolle über eine andere Person hat, zum Zwecke der Ausbeutung.

(2) Eine besondere Schutzbedürftigkeit liegt vor, wenn die betreffende Person keine wirkliche oder für sie annehmbare andere Möglichkeit hat, als sich dem Missbrauch zu beugen.

(3) Ausbeutung umfasst mindestens die Ausnutzung der Prostitution anderer oder andere Formen sexueller Ausbeutung, Zwangsarbeit oder erzwungene Dienstleistungen, einschließlich Betteltätigkeiten, Sklaverei oder sklavereiähnliche Praktiken, Leibeigenschaft oder die Ausnutzung strafbarer Handlungen oder die Organentnahme.

(4) Das Einverständnis eines Opfers von Menschenhandel zur beabsichtigten oder tatsächlich vorliegenden Ausbeutung ist unerheblich, wenn eines der in

Absatz 1 aufgeführten Mittel vorliegt.

...

Artikel 3

Anstiftung, Beihilfe und Versuch

Die Mitgliedsstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Anstiftung oder Beihilfe zur Begehung einer Straftat nach Artikel 2 sowie die versuchte Begehung einer Straftat nach Artikel 2 unter Strafe gestellt werden.

Artikel 4

Strafen

(1) Die Mitgliedsstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass eine Straftat nach Artikel 2 mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens fünf Jahren bedroht ist.

(2) Die Mitgliedsstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass eine Straftat nach Artikel 2 mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens zehn Jahren bedroht ist, wenn:

a) sie gegen ein Opfer begangen wurde, das besonders schutzbedürftig war; dazu gehören im Kontext dieser Richtlinie zumindest Opfer im Kindesalter ...

b) sie im Rahmen einer kriminellen Vereinigung im Sinne des

Rahmenbeschlusses 2008/841/JI des Rates vom 24. Oktober 2008 zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität ... begangen wurde;

c) durch sie das Leben des Opfers vorsätzlich oder grob fahrlässig gefährdet wurde; oder

d) sie unter Anwendung schwerer Gewalt begangen oder dem Opfer durch die Straftat ein besonders schwerer Schaden zugefügt wurde.

...

Artikel 8

Verzicht auf Strafverfolgung oder Straffreiheit der Opfer

Die Mitgliedsstaaten treffen im Einklang mit den Grundsätzen ihrer Rechtsordnung die Maßnahmen, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die zuständigen nationalen Behörden die Befugnis haben, Opfer des Menschenhandels wegen ihrer Beteiligung an strafbaren Handlungen, zu der sie sich als unmittelbare Folge davon, dass sie Straftaten im Sinne des Artikels 2 ausgesetzt waren, gezwungen sahen, nicht strafrechtlich zu verfolgen oder von einer Bestrafung abzusehen.

...

Artikel 11

Unterstützung und Betreuung von Opfern des Menschenhandels

(1) Jeder Mitgliedstaat stellt sicher, dass Opfer vor, während sowie für einen angemessenen Zeitraum nach Abschluss des Strafverfahrens Unterstützung und Betreuung erhalten, damit sie in der Lage sind, die in dem Rahmenbeschluss 2001/220/JI und in der vorliegenden Richtlinie festgelegten Rechte in Anspruch zu nehmen.

...

(4) Die Mitgliedsstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um in Zusammenarbeit mit den einschlägigen Opferbetreuungsorganisationen geeignete Verfahren für die frühzeitige Erkennung, Unterstützung und Betreuung von Opfern festzulegen.

...

Artikel 12

Schutz der Opfer von Menschenhandel bei Strafermittlungen und Strafverfahren

(1) Die in diesem Artikel genannten Schutzmaßnahmen werden zusätzlich zu den im Rahmenbeschluss 2001/220/JI festgelegten Rechten angewandt.

...

(3) Die Mitgliedsstaaten stellen sicher, dass Opfer von Menschenhandel auf der Grundlage einer individuellen Risikoabschätzung angemessen geschützt werden, unter anderem indem sie gegebenen-

falls und im Einklang mit den nationalen Rechts- und Verfahrensvorschriften Zugang zu Zeugenschutzprogrammen oder vergleichbaren Maßnahmen erhalten.

(4) Unbeschadet der Verteidigungsrechte stellen die Mitgliedsstaaten sicher, dass Opfer von Menschenhandel entsprechend einer von den zuständigen Behörden vorgenommenen Einschätzung ihrer persönlichen Umstände eine besondere Behandlung zur Verhinderung sekundärer Viktimisierung erhalten, wobei im Einklang mit den durch das nationale Recht, richterliches Ermessen, Gepflogenheiten oder Leitlinien festgelegten Grundlagen Folgendes so weit wie möglich zu vermeiden ist:

a) nicht erforderliche Wiederholungen von Vernehmungen während der Ermittlungen, der Strafverfolgung und des Strafverfahrens;

b) Sichtkontakt zwischen Opfer und Beschuldigten, auch während der Beweisaufnahme, zum Beispiel bei Gesprächen und kontradiktorischen Befragungen, durch geeignete Mittel, einschließlich Kommunikationstechnologie;

c) Zeugenaussagen in öffentlichen Gerichtsverhandlungen und

d) nicht erforderliche Fragen zum Privatleben.

...

*Artikel 17***Entschädigung der Opfer**

Die Mitgliedsstaaten stellen sicher, dass Opfer von Menschenhandel Zugang zu bestehenden Regelungen für die Entschädigung der Opfer von vorsätzlich begangenen Gewalttaten erhalten.

...

*Artikel 23***Berichterstattung**

(1) Die Kommission berichtet dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum 6. April 2015, inwieweit die Mitgliedsstaaten die zur Einhaltung dieser Richtlinie notwendigen Maßnahmen ergriffen

haben, wobei sie auch die nach Artikel 18 Absatz 4 ergriffenen Maßnahmen beschreibt, und unterbreitet erforderlichenfalls Gesetzesgebungsvorschläge.

(2) Die Kommission berichtet dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum 6. April 2016 darüber, wie sich die bestehenden nationalen Rechtsvorschriften, mit denen die Inanspruchnahme von Diensten, die Gegenstand einer Ausbeutung durch Menschenhandel sind, unter Strafe gestellt wird, auf die Verhütung des Menschenhandels auswirken, und unterbreitet erforderlichenfalls geeignete Vorschläge.

...

Den Menschenhandel als moderne Form der Sklaverei haben die Kirchen in den letzten Jahrzehnten mehrfach angeprangert. Papst Franziskus hat u. a. in einer Erklärung vom 2. Dezember 2014 zusammen mit Vertretern anderer Religionsgemeinschaften den Menschenhandel ausdrücklich verurteilt (vgl. <http://www.radiovaticana.va/tesesco/tedarchi/2014/Dezember14/ted02.12.14.htm>). Ausführlich äußert er sich auch in der Botschaft zum 48. Weltfriedenstag am 1. Januar 2015 unter der Überschrift „Nicht mehr Knechte, sondern Brüder“, aus der nachstehend Auszüge abgedruckt sind. (Quelle: http://w2.vatican.va/content/francesco/de/messages/peace/documents/papa-francesco_20141208_messaggio-xlvi-giornata-mondiale-pace-2015.html)

...

Die vielfältigen Gesichter der Sklaverei gestern und heute

3. Seit unerdenklichen Zeiten kennen die verschiedenen menschlichen Gesellschaften das Phänomen der Verknechtung des Menschen durch den Menschen. Es gab Epochen in der Geschichte der Menschheit, in denen die Einrichtung der Sklaverei allgemein akzeptiert und durch das Recht geregelt war. Dieses schrieb fest, wer frei und wer dagegen als Sklave geboren wurde und unter welchen Bedingungen ein als Freier geborener Mensch seine Freiheit verlieren bzw. wiedererwerben konnte. Mit anderen Worten, das Recht selbst ließ zu, dass einige Menschen als Eigentum eines anderen betrachtet werden konnten oder mussten, der frei über sie verfügen konnte; der Sklave konnte verkauft und gekauft, an andere abge-

treten und erworben werden, als sei er eine Ware.

Heute ist infolge einer positiven Entwicklung des Bewusstseins der Menschheit die Sklaverei, ein Verbrechen gegen die Menschheit, weltweit formell abgeschafft. Das Recht eines jeden Menschen, nicht in Sklaverei oder Knechtschaft gehalten zu werden, ist im Völkerrecht als unabdingbarer Grundsatz anerkannt.

Doch obwohl die internationale Gesellschaft zahlreiche Abkommen getroffen hat mit dem Ziel, der Sklaverei in all ihren Formen ein Ende zu setzen, und verschiedene Strategien eingeleitet hat, um dieses Phänomen zu bekämpfen, werden noch heute Millionen Menschen – Kinder, Männer und Frauen jeden Alters – ihrer Freiheit beraubt und gezwungen, unter Bedingungen zu leben, die denen der Sklaverei vergleichbar sind.

Ich denke an viele – *auch minderjährige – Arbeiter und Arbeiterinnen*, die in den verschiedenen Bereichen sowohl auf vertraglicher Ebene als auch inoffiziell *geknechtet* sind – von der häuslichen bis zur landwirtschaftlichen Arbeit, vom Einsatz in der verarbeitenden Industrie bis zu dem im Bergbau, sowohl in den Ländern, in denen das Arbeitsrecht nicht mit den internationalen Minimalstandards übereinstimmt, als auch – obschon illegal – in denen, deren Gesetzgebung den Arbeiter schützt.

Ich denke auch an die Lebensbedingungen *vieler Migranten*, die auf ihrem dramatischen Weg Hunger leiden, ihrer Freiheit beraubt werden, die um ihr Hab und Gut gebracht oder physisch und sexuell missbraucht werden. Ich denke an diejenigen unter ihnen, die, nach schwerster, von Angst und Unsicherheit geprägter Reise ans Ziel gelangt, unter manchmal unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten werden. Ich denke an diejenigen unter ihnen, die durch die verschiedenen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umstände in die Illegalität gedrängt werden, und an diejenigen, die, um in der Legalität zu bleiben, akzeptieren, unter unwürdigen Bedingungen zu leben und zu arbeiten, besonders wenn die nationalen Gesetze eine strukturelle

Abhängigkeit des Wanderarbeiters vom Arbeitgeber schaffen oder zulassen, indem sie zum Beispiel die Aufenthaltsgenehmigung vom Arbeitsvertrag abhängig machen ... Ja, ich denke an „Sklavenerbeit“.

Ich denke an die *Menschen, die zur Prostitution gezwungen werden*, unter denen viele Minderjährige sind, und an die *sexuellen Sklavinnen und Sklaven*; an die Frauen, die zur Heirat genötigt werden, an diejenigen, die im Hinblick auf die Ehe verkauft werden, oder an die, welche beim Tod ihres Ehemannes als Erbe einem Familienangehörigen übergeben werden, ohne das Recht zu haben, ihr Einverständnis zu geben oder zu verweigern.

Unmöglich kann ich die *Minderjährigen und Erwachsenen* übergehen, die als *Handelsware verschachert werden für die Explantation von Organen*, um als *Soldaten rekrutiert* zu werden, um zu *betteln*, um illegale Aktivitäten wie die *Herstellung oder den Verkauf von Drogen* auszuüben, oder für *verschleierte Formen internationaler Adoption*.

...

Einige tiefe Ursachen der Sklaverei

4. Heute wie gestern liegt an der Wurzel der Sklaverei ein Ver-

ständnis vom Menschen, das die Möglichkeit zulässt, ihn wie einen Gegenstand zu behandeln. Wenn die Sünde das Herz des Menschen verdirbt und es von seinem Schöpfer und seinen Mitmenschen entfernt, werden Letztere nicht mehr als Wesen gleicher Würde, als Brüder und Schwestern im Menschsein wahrgenommen, sondern als Objekte betrachtet ... Neben dieser ontologischen Ursache – die Ablehnung des Menschseins des anderen – tragen noch weitere Ursachen zur Erklärung der heutigen Formen von Sklaverei bei. Unter diesen denke ich vor allem an die *Armut*, die Unterentwicklung und die Ausschließung, besonders wenn sie sich mit einem *fehlenden Zugang zur Ausbildung* oder mit einer Situation verbinden, die durch *spärliche, wenn nicht sogar fehlende Arbeitsmöglichkeiten* gekennzeichnet ist. Nicht selten sind die Opfer des Handels und der Verknechtung Menschen, die einen Weg gesucht haben, aus einer Lage extremer Armut auszubrechen. Dabei haben sie häufig falschen Verheißungen einer Arbeit Glauben geschenkt und sind stattdessen in die Hände der kriminellen Netze gefallen, die den Menschenhandel betreiben.

...

Ein gemeinsamer Einsatz, um die Sklaverei zu überwinden

5. Wenn man das Phänomen des Menschenhandels, des illegalen Transports von Migranten und anderer bekannter wie unbekannter Gesichter der Sklaverei betrachtet, hat man oft den Eindruck, dass es unter allgemeiner Gleichgültigkeit stattfindet.

Auch wenn das leider größtenteils zutrifft, möchte ich doch an die enorme Arbeit erinnern, die viele – besonders weibliche – *Ordensgemeinschaften* seit vielen Jahren im Stillen für die Opfer vollbringen. Diese Institute wirken in schwierigen, manchmal von der Gewalt beherrschten Umfeldern und versuchen, die unsichtbaren Ketten zu sprengen, mit denen die Opfer an ihre Händler und Ausbeuter gefesselt sind – Ketten, deren Maschen aus feinen psychologischen Mechanismen bestehen, welche die Opfer von ihren Peinigern abhängig machen durch Erpressung und Drohung ihnen und ihren Lieben gegenüber, aber auch durch materielle Mittel wie die Einziehung der Ausweise und die physische Gewalt. Die Tätigkeit der Ordensgemeinschaften gliedert sich hauptsächlich um drei Einsatzbereiche: die Hilfe für die Opfer, ihre Rehabilitation unter psychologischem und formativem Gesichtspunkt sowie ihre Wieder-

eingliederung in die Gesellschaft ihres Ziel- oder ihres Herkunftslandes.

Diese ungeheure Arbeit, die Mut, Geduld und Ausdauer erfordert, verdient die Würdigung der ganzen Kirche und der Gesellschaft. Doch sie allein kann natürlich nicht genügen, um dem Übel der Ausbeutung des Menschen ein Ende zu setzen. Es bedarf auch eines dreifachen Einsatzes *auf institutioneller Ebene* in der Vorbeugung, im Schutz der Opfer und in einem gerichtlichen Vorgehen gegen die Verantwortlichen. Und wie die kriminellen Organisationen sich globaler Netze bedienen, um ihre Ziele zu erreichen, so erfordert die Aktion zur Überwindung dieses Phänomens außerdem eine gemeinsame ebenso globale Anstrengung seitens der verschiedenen Akteure, welche die Gesellschaft bilden.

...

In den letzten Jahren hat der Heilige Stuhl den schmerzvollen Aufschrei der Opfer des Menschen-

handels und die Stimme der Ordenskongregationen, die sie in die Freiheit begleiten, aufgegriffen und seine Appelle an die internationale Gemeinschaft vervielfacht, damit die verschiedenen Akteure ihre Bemühungen miteinander verknüpfen und zusammenarbeiten, um diesem Übel ein Ende zu setzen. Außerdem wurden einige Treffen organisiert mit dem Ziel, das Phänomen des Menschenhandels ins Rampenlicht zu rücken und die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure – unter anderem Sachverständige aus dem Bereich der Wissenschaft und der internationalen Organisationen, Ordnungskräfte verschiedener Herkunfts-, Durchgangs- und Zielländer der Migranten und Vertreter der kirchlichen Gruppen, die sich für die Opfer einsetzen – zu erleichtern. Ich hoffe, dass dieser Einsatz in den kommenden Jahren fortgesetzt und verstärkt wird.

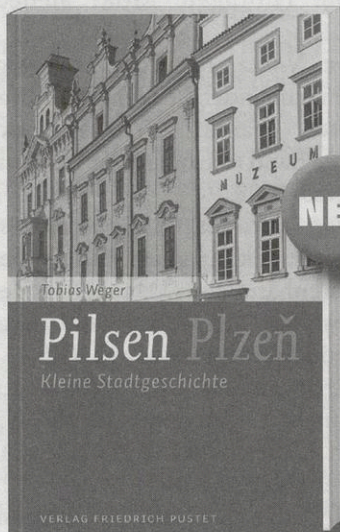
...

Bücher

- Lea Ackermann, Inge Bell, Barbara Koelges*: Verkauft, versklavt, zum Sex gezwungen. Das große Geschäft mit der Ware Frau. München: Kösel, 2005.
- Lea Ackermann, Reiner Engelman* (Hrsg.): Solidarität mit Frauen in Not. 20 Jahre Solwodi e. V. Bad Honnef: Horlemann, 2005.
- Petra Follmar-Otto, Heike Rabe*: Menschenhandel in Deutschland – Die Rechte der Betroffenen stärken. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2009. (Auch zum Herunterladen verfügbar unter http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/studie_menschenhandel_in_deutschland_01.pdf)
- Rahel Gugel*: Das Spannungsverhältnis zwischen Prostitutionsgesetz und Art. 3 II Grundgesetz. Eine rechtspolitische Untersuchung. Münster 2011.
- Michael Jürgs*: Sklavenmarkt Europa. Das Milliardengeschäft mit der Ware Mensch. München: Bertelsmann, 2014.
- Christoph Lindner*: Die Effektivität transnationaler Maßnahmen gegen Menschenhandel in Europa. Eine Untersuchung des rechtlichen Vorgehens gegen die moderne Sklaverei in der Europäischen Union und im Europarat (Jus Internationale et Europaeum, Bd. 87). Tübingen: Mohr Siebeck, 2014.
- Jürgen Nautz, Birgit Sauer* (Hrsg.): Frauenhandel: Diskurse und Praktiken. Transkulturelle Perspektiven, Band 6. Göttingen: V&R unipress, 2008.
- Andrea di Nicola, Giampaolo Musumeci*: Bekenntnisse eines Menschenhändlers. Das Milliardengeschäft mit den Flüchtlingen. München: Kunstmann, 2015.
- Manfred Paulus*: Organisierte Kriminalität – Menschenhandel. Tatort Deutschland. Ulm: Klemm + Oelschläger, 2014.
- Manfred Sapper, Volker Weichsel, Andrea Huterer* (Hrsg.): Mythos Europa. Prostitution, Migration, Frauenhandel [= OSTEUROPA 56 (2006), H. 6]. Berlin: BWV, 2006.
- Bärbel Heide Uhl*: Die Sicherheit der Menschenrechte. Bekämpfung des Menschenhandels zwischen Sicherheitspolitik und Menschenrechtsschutz. Bielefeld: transcript, 2014.

Pilsen / Plzeň

KULTURHAUPTSTADT EUROPAS



TOBIAS WEGER

Pilsen / Plzeň

Kleine Stadtgeschichte

128 S., 30 Abb., 1 Stadtplan, kart.

ISBN 978-3-7917-2656-4

€ (D) 12,95 / auch als eBook

Die zweitgrößte Stadt Böhmens ist heute vor allem als Standort einer der bedeutendsten Brauereien der

Welt sowie der Škoda-Werke bekannt. Doch die Geschichte der einstigen Königsstadt hat viel mehr zu bieten: verzweigte Handelsbeziehungen, ein reges Wirtschafts- und Kulturleben, Zentrum der nationalen Wiedergeburt usw. Seit seiner Gründung gilt Pilsen auch als eine Art Resonanzkörper des Verhältnisses von Tschechen und Deutschen.

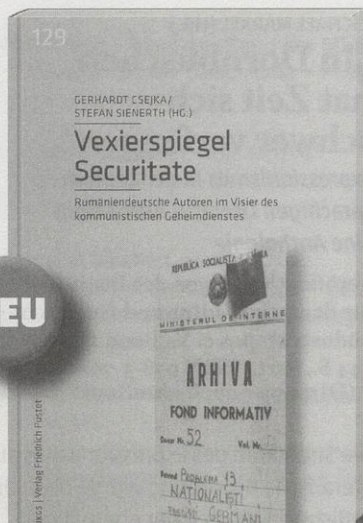
Tobias Weger stellt seine Geschichte sowie die wichtigsten Projekte des Kulturhauptstadtjahres vor – kompakt und gut lesbar. Ein Muss für jeden Besucher!

 VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet
Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0
Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de

Im Visier des Geheimdienstes



GERHARDT CSEJKA / STEFAN SIENERTH (HG.)

Vexierspiegel Securitate

*Rumäniendeutsche Autoren im Visier
des kommunistischen Geheimdienstes*

Veröffentlichungen des Instituts
für deutsche Kultur und Geschichte
Südosteuropas e. V., Band 129
280 S., kart., ISBN 978-3-7917-2679-3
€ (D) 29,95 / auch als eBook

Der ehemalige Geheimdienst »Se-
curitate« hat während der kommu-
nistischen Herrschaft in Rumänien

zahlreiche Materialien über deutsche Literatur- und Kulturschaffende
im Land gesammelt. Dieser Band ist der Aufarbeitung gewidmet:
Er beinhaltet Beiträge der vom Institut für deutsche Kultur und
Geschichte Südosteuropas veranstalteten internationalen Tagung
»Deutsche Literatur in Rumänien im Spiegel und Zerrspiegel der
Securitate-Akten«. Nach Einblicken in ihre Beobachtungsakten
berichten bekannte deutsche Autoren aus Rumänien – Richard
Wagner, Franz Hodjak, Joachim Wittstock, Gerhard Csejka, Johann
Lippert, William Totok, Horst Samson u. a. – über ihre Drangsaliierungen;
ein weiterer Beitrag ist dem Verhältnis der Stasi zur politischen
Polizei des »Bruderstaates« Rumänien gewidmet.



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet

Unser komplettes Programm unter:

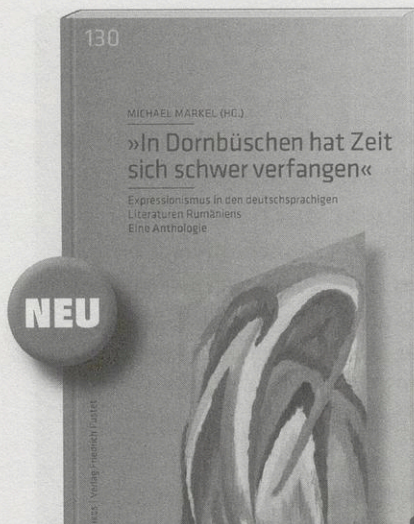
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0

Fax 0941 / 92022-330

bestellung@pustet.de

Expressionismus in Rumänien



MICHAEL MARKEL (HG.)

„In Dornbüschen hat Zeit sich schwer verfängen“

*Expressionismus in der deutsch-
sprachigen Literatur Rumäniens.
Eine Anthologie*

Veröffentlichungen des Instituts
für deutsche Kultur und Geschichte
Südosteuropas e. V., Band 130
344 S., kart., ISBN 978-3-7917-2653-3
€ (D) 34,95 / auch als eBook

Die Strahlkraft des Expressionismus als
literarische Bewegung wurde bis in die
östlichsten Nischen der ehemaligen
Donaumonarchie wahrgenommen.

In der Bukowina und in Siebenbürgen erschienen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges mehrere deutschsprachige Zeitschriften, die sich der Vermittlung der literarischen und künstlerischen Moderne verschrieben. Pazifismus als Botschaft und die sozialrevolutionären Geschehnisse während und nach dem Krieg bildeten thematische Schwerpunkte der dichterischen Aneignung und theoretischen Debatten. Die Anthologie dokumentiert erstmals dieses literaturgeschichtliche Phänomen. Neben den Programmen und Aufrufen dem Expressionismus nahestehender Kulturzeitschriften hat Michael Markel mehr als 100 Gedichte, 15 Prosawerke, ein Drama und zahlreiche Kritiken ausfindig gemacht, die in Anlehnung an expressionistische Muster um 1920 im neuen Staat Rumänien veröffentlicht worden sind.



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet

Unser komplettes Programm unter:

www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0

Fax 0941 / 92022-330

bestellung@pustet.de

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Die Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven bietet ein offenes Forum für den Dialog zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Damit begleitet sie den Prozess des Zusammenwachsens des neuen Europa und der Entstehung einer neuen gemeinsamen Identität auf konstruktive und sachlich kontroverse Weise.

Jede Ausgabe behandelt ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln. Einzelhefte können zum Preis von **€ (D) 6,50 / € (A) 6,70** (zzgl. Porto) beim Verlag bestellt werden.

Makedonien – Land am Rand der Mitte Europas, Heft 1/2015

Streifzüge durch die Geschichte ♦ Politik und Kultur ♦ Religion und Nation

Ukraine? – Ukraine!, Heft 4/2014

Der Weg in die Krise ♦ Gesellschaftliche Kräfte ♦ Sprache und Identität

Wege und Straßen, Heft 3/2014

Der Weg als Symbol des Lebens ♦ Straßennamen im Wandel der Geschichte ♦ Handelswege von der Antike bis in die Gegenwart

Hinter Gittern – Strafvollzug in Mittel- und Osteuropa,

Heft 2/2014

Juristische und historische Aspekte ♦ Zur Bedeutung der Gefängnisseelsorge ♦ Hilfen zur Resozialisierung: Beispiele aus fünf Ländern

Europa 1914–2014, Heft 1/2014

Das »kurze Jahrhundert der Gewalt« (1914–1989) ♦ Wendepunkte des 20. Jahrhunderts ♦ Zerfall und Neuentstehung von Imperien

Sport – Nation – Politik, Heft 4/2013

Sport und nationale Identität ♦ Fußball zwischen Fankultur und Fanatismus

Kroatien, Heft 3/2013

Land der Gegensätze ♦ Klischee und Wirklichkeit ♦ Kroaten in Deutschland

Hafenstädte in Mittel- und Osteuropa, Heft 2/2013

Von der Stadt zum Hafen – Vom Hafen zur Stadt ♦ Symbiose von Wirtschaft und Kultur ♦ Neue Wege im 21. Jahrhundert

Heft 3/2015 erscheint Mitte August zum Thema »Russland – unbekannte Größe?«.



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet

Unser komplettes Programm unter:

www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0

Fax 0941 / 92022-330

bestellung@pustet.de

Seit 1997 führt Renovabis jährlich den Internationalen Kongress zu kirchlichen und gesellschaftspolitischen Themen durch.

Der diesjährige 19. Internationale Kongress wird sich mit der **Situation junger Menschen in Mittel- und Osteuropa** beschäftigen. Themen wie berufliche und private Perspektiven, Lebens- und Glaubenswelten sollen angesprochen und diskutiert werden. Ziel ist es, nicht nur über die Jugendlichen zu sprechen, sondern auch einen Dialog zwischen ihnen und den übrigen Teilnehmern herzustellen.

Der Kongress findet vom 2. bis zum 4. September 2015 in Freising statt. Weitere Informationen finden sich ab Mai 2015 unter

www.renovabis.de

16. Jahrgang 2015, Heft 3

OST-WEST

Europäische Perspektiven



NÄHE UND DISTANZ

Russland – Bedrohung oder Partner?

Russische Eliten von Jelzin bis Putin

Wirtschaftliche und strategische Aspekte

Signale eines Ost-West-Konflikts

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritäts-
ktion der deutschen Katholiken mit den
Menschen in Mittel- und Osteuropa,
Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer,
Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27,
D-85354 Freising,
Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11
info@renovabis.de · www.renovabis.de

Zentralkomitee der deutschen Katholiken
(ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär,
Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn,
Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44
info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus,
Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas
Bremer, Münster · Burkhard Haneke,
Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg ·
Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur
vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST“.
Europäische Perspektiven“, Renovabis,
Domberg 27, D-85354 Freising
Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44
owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben die Meinung bzw. die Ansicht der
Autorin/des Autors wieder und stimmen
nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der
Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr,
jeweils Mitte Februar, Mai, August
und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 €
Jahresabonnement 19,80 €
(jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind
an den Verlag zu richten. Das Abonnement
verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr,
wenn bis 15. November keine schriftliche
Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Verlag Friedrich Pustet
Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg
Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330
verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

ISSN 1439-2089

Inhaltsverzeichnis

*Das Copyright für das auf dem Umschlag verwendete
Motiv liegt bei Fotolia NL Cooperatief U.A., Amsterdam,
Niederlande. – Gesamtgestaltung: Martin Veicht.*

Nachruf

Michael Albus

Es lohnt sich, anständig zu sein. Zum Tode von
Władysław Bartoszewski 162

Hans-Henning Schröder

Die „Macht“ in Russland. Russische Eliten von
Jelzin bis Putin 164

Irina Scherbakowa

Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen in
Russland – eine Gratwanderung 175

Oleksandr Zabirko

„Russkij mir“ und der Krieg in der Ukraine 183

Susanne Spahn

Die harte Hand des großen Bruders. Wie Russland
den postsowjetischen Raum integrieren will 191

Roland Götz

Entwicklungsgrenzen für Russlands
Volkswirtschaft 200

Ruprecht Polenz

Die Putin-Doktrin – eine Gefahr für die
europäische Sicherheit 208

Hannes Adomeit

Westliche Zusagen, die Nato nicht nach Osten
zu erweitern: Fakt oder Fiktion? 217

Konstantin von Eggert

Ukraine und Russland: Warum Putin nicht
aufhören wird 225

Porträt

Gemma Pörzgen

Der ewige Putin 233

Bücher. 238

Editorial

Die „Friedlichen Revolutionen“ der Jahre 1989 bis 1991 markierten nicht nur den Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa. Sie bedeuteten auch das Ende des Kalten Krieges zwischen den Machtblöcken in West und Ost. Der „Eiserne Vorhang“ fiel und es eröffneten sich ganz neue Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die Grundprinzipien der KSZE-Schlussakte von Helsinki (von 1975) wurden in der „Charta von Paris“ im Jahr 1990 noch einmal feierlich bekräftigt.

„Durch die militärische Invasion und die völkerrechtswidrige Annektierung der Krim hat Russland 2014 diese Prinzipien verletzt“, fasst Ruprecht Polenz den entscheidenden Bruch zusammen, mit dem die überwunden geglaubte Konfrontation nach Europa zurückgekehrt ist. Ein neuer „Ost-West-Konflikt“ zeichnet sich ab. Warum das so ist und welche Faktoren hier zusammenwirken, versuchen die Autoren der vorliegenden OWEP-Ausgabe aufzuzeigen. Einmal mehr wird dabei deutlich, dass Politik nicht nur mit historisch überkommenen Strukturen, Konzepten und Identitäten zu tun hat, sondern ganz wesentlich mit den jeweils handelnden Personen. Daher nehmen einige Beiträge bewusst den russischen Präsidenten Vladimir Putin in den Blick, der „mittlerweile seit 15 Jahren unangefochten an der Macht ist“, wie Gemma Pörzgen schreibt. Der „ewige Putin“ sei inzwischen „zur alleinigen Ikone Russlands geworden“. Natürlich hat Putin das imperiale russische Denken und den russischen Patriotismus nicht völlig neu erfunden. Aber er kultiviert – zusammen mit seinem Führungszirkel – solche ideologischen Strömungen im Land. Der Krieg in der Ukraine wird mit Ideen wie der „Russischen Welt“ („russkij mir“) oder „Neurussland“ legitimiert, meint Oleksandr Zabirko.

Nach hoffnungsvollen demokratischen Aufbrüchen zu Beginn der neunziger Jahre entwickelt sich Russland derzeit immer mehr zu einer gelenkten, autoritären Demokratie. Zivilgesellschaftliche Kräfte und Nichtregierungsorganisationen haben zunehmend einen schweren Stand. Modernisierungspotenziale werden unterdrückt, die Entwicklung der Volkswirtschaft gehemmt. Doch nicht nur für das Land selber schwinden Zukunftsperspektiven, auch die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit scheint durch die Politik Russlands infrage gestellt.

Die Redaktion

Michael Albus

**Es lohnt sich,
anständig zu sein.**

**Zum Tode von Władysław
Bartoszewski**



Bild: Renovabis-Archiv

*Prof. Dr. Michael Albus ist verantwortliches Mitglied
der Redaktion dieser Zeitschrift.*

Wer Władysław Bartoszewski auch nur einmal persönlich gehört, gesehen erlebt, gelesen hat, dem konnte ganz schnell und unvermittelt klar werden, was es heißt, die Erfahrung des Bösen nicht in Bitterkeit und Hass enden zu lassen, sondern sie umzuwandeln in die Kraft zum Guten.

Von ihm ging eine unbändige Kraft und Energie aus. Man konnte es spüren, wenn man in seiner Nähe war. Ich habe mich oft gefragt: Wann ist er müde? – Keine überflüssige Frage angesichts erschöpfender Erfahrungen in seinem – dennoch – sehr langen Lebens.

Ich sehe ihn vor mir: Die große hagere Gestalt, höre die hohe, meist heisere Stimme, die mich wie ein fortwährender Schrei des Entsetzens anmutete, wie eine hörbare Erinnerung an die schon in der Jugendzeit durch Deutsche erlittene Gewalt. Die durchdringenden Augen hinter den dicken Brillengläsern. Was hatten sie gesehen! Auschwitz, Warschauer Ghetto, sinnloses, tausendfaches Sterben während der Jahre des Zweiten Weltkrieges. Und danach die Kerker der Kommunisten. Er erlitt Unrecht, erfuhr Hass und setzte dagegen den leidenschaftlichen Kampf für Gerechtigkeit und – ja, Liebe.

Ich habe ihn oft erlebt, wenn er mir zu Interviews vor der Kamera gegenüber saß, wenn er mit jungen Deutschen stundenlang im Fernseh-

studio über die Vorzüge der Demokratie diskutierte. Heftig konnte er werden, wenn er ideologischer Ignoranz begegnete. Dann konnte sich die heisere Stimme überschlagen. Er war einer, an dem sich die Geister schieden, der keine faulen Kompromisse zuließ. Er konnte scharf werden. Seine Schärfe und Leidenschaftlichkeit waren auch ein Ergebnis der stummen Stunden auf dem Appellplatz in Auschwitz. „Diese Erfahrung lässt keine Kompromisse in den entscheidenden Fragen mehr zu“, sagte er mir einmal spätabends nach dem dritten Glas Whiskey.

Unvergesslich sind mir die Stunden in der Wiener Wohnung von Stanisław Jerzy Lem, seinem Freund, zur Aufzeichnung der ZDF-Reihe „Zeugen des Jahrhunderts“. Oder wenn ich mit ihm sprach als Autor und Interviewpartner dieser Zeitschrift. In vielen dieser Begegnungen hörte ich immer wieder den Satz: „Es lohnt sich, anständig zu sein.“ Ihm konnte man das abnehmen – ohne Wenn und Aber.

Hans-Henning Schröder

Die „Macht“ in Russland

Russische Eliten von Jelzin bis Putin

Hans-Henning Schröder studierte in Göttingen und Berlin Geschichte, Slawistik und Soziologie und war lange in der politikbegleitenden Forschung tätig, zuletzt in der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Er lehrte „Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa“ am Osteuropa-Institut der FU Berlin und ist Herausgeber der „Russland-Analysen“.

Politik wird in Russland von einem Elitenzirkel gemacht, der sich die Macht- und Finanzressourcen des Landes angeeignet hat. Dieser bildete sich in den Jelzin-Jahren. Der Amtsantritt Putins änderte nichts an der Verflechtung von Macht und Geschäft, doch der Präsident brachte eine neue Generation von Eliten aus Militär und Geheimdiensten in die Führung. Seit 2012 bestimmt diese Gruppe die politische Entwicklung.

Russische Politik als Elitenveranstaltung

Russische Politik ist eine exklusive Veranstaltung. Sie findet innerhalb eines engen Führungszirkels statt. Weder in der Jelzin-Zeit noch in den Amtszeiten Putins und Medwedevs war die Gesellschaft am politischen Prozess beteiligt. Alle wichtigen Entscheidungen wurden und werden hinter verschlossenen Türen getroffen ohne Kontrolle durch Parlament oder Öffentlichkeit.

Dieses Demokratiedefizit wurzelt in der sowjetischen Tradition. Die UdSSR kannte keine „Öffentlichkeit“. Politik war keine *res publica*. Politische Strukturen wie Parteien oder Verbände, die Interessen bündeln und in den politischen Prozess einbringen konnten, existierten nicht. Die KPdSU – die Kommunistische Partei der Sowjetunion – besaß ein politisches Monopol, Entscheidungen wurden in ihrem Führungszirkel zwischen den interessierten Apparaten ausgehandelt. Erst nach 1987 entstanden mit der Idee der *glasnost* Ansätze von Öffentlichkeit.

In den Transformationsjahren nach 1992 entwickelten sich zwar unabhängige Medien, es entstand auch eine Vielzahl von politischen Gruppierungen, doch gelang es der Reformerguppe um Jelzin verbunden mit einer Reihe unternehmender Finanzleute, politische Macht zu monopolisieren und das Parlament – den Obersten Sowjet – von Entscheidungsprozessen fernzuhalten. Als der Konflikt zwischen Exekutive und Legislative im Herbst 1993 eskalierte, setzte sich der Präsident mit Hilfe des Militärs durch und löste den Obersten Sowjet gewaltsam auf. Die Verfassung, die im Dezember 1993 per Referendum verabschiedet wurde, schrieb die hegemoniale Stellung der Exekutive fest. Der Präsident erhielt umfassende Handlungsbefugnisse, die der Kontrolle durch Duma und Föderationsrat praktisch nicht unterlagen. Er wurde *de facto* und *de jure* zur Schlüsselfigur russischer Politik.

In den neunziger Jahren haben Politiker und Oligarchen ein Machtkartell gebildet, das kein Interesse daran hat, Gesellschaft und Öffentlichkeit Mitsprache im Politischen einzuräumen.

In seinem Umfeld positionierten sich in den Folgejahren Netzwerke von Einzelpersonen und Interessengruppen, die die russische Politik und den russischen Wirtschaftsprozess maßgeblich beeinflussten. So entstand eine politische und Finanzelite, die in den Transformationsjahren aufstiegen und sich den überwiegenden Teil des gesellschaftlichen Reichtums aneignete. Politiker und „Oligarchen“¹ haben ein Machtkartell gebildet, das kein Interesse daran hat, Gesellschaft und Öffentlichkeit Mitsprache im Politischen einzuräumen.

Die Kenntnis der Machtkonstellationen, der Elitennetzwerke, ihrer Zusammensetzung, ihres Verhalten und der Formen ihrer Interaktion ist eine wesentliche Voraussetzung für das Verständnis politischer Prozesse in Russland. Allerdings wird der Versuch, die Binnenstruktur der *vlast*² – des herrschenden Elitennetzwerks – auch nur im Ansatz zu fassen,

1 Der Begriff setzte sich in Russland in den neunziger Jahren durch. Ausgehend von der klassischen Bestimmung der Oligarchie als einer Regierungsform, in der eine durch Reichtum ausgezeichnete Minderheit den Staat leitet (Platon), benutzte man den Begriff zunächst, um die Verflechtung von politischen und wirtschaftlichen Eliten auf regionaler Ebene zu beschreiben. Seit 1996 bezeichnete man damit eine kleine Gruppe von Magnaten, die an der Spitze regelrechter Finanzimperien und in enger Verbindung mit Präsident und Politik standen. – Ähnliches gilt für die Ukraine; vgl. dazu Steffen Halling: Die Rolle der Oligarchen und der Umbruch in der Ukraine. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 15 (2014), H. 4, S. 253-262.

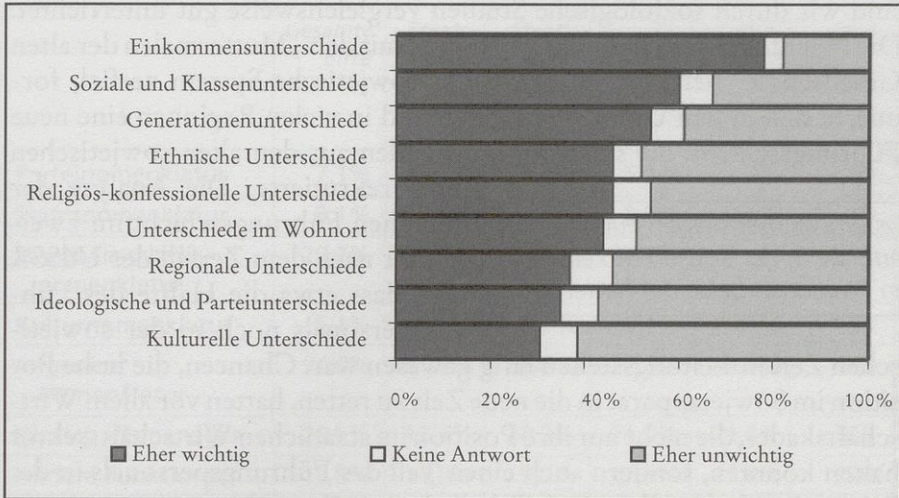
durch die Intransparenz des politischen Prozesses und die Abschottung des Entscheidungszentrums gegenüber der Gesellschaft erheblich behindert. Eine Annäherung ist letztlich nur indirekt – gewissermaßen durch Indizienbeweis – möglich, nur selten erlauben die verfügbaren Informationsquellen unmittelbar Einblick in das Innenleben des Elitenetzwerks. Zudem sind die politischen Konstellationen und die Kräfteverhältnisse innerhalb dieser Führungsgruppe fortlaufenden Veränderungen unterworfen; sie sind fließend, das hegemoniale Elitenkartell bildet sich immer wieder neu. Russische Beobachter wie Andrej Rjabov und Nikolaj Petrov stellten im Jahr 2007 zu Recht fest, dass der Prozess der Formierung der „herrschenden Elite“ keineswegs abgeschlossen ist, sondern ein strukturelles Phänomen des russischen Regimes darstellt. Fortgesetzte innere Konflikte demonstrieren bis heute die Instabilität der Machtverhältnisse im Elitenkartell.

***Vlast'* – die herrschende Schicht in der Wahrnehmung der russischen Bevölkerung**

Für die russische Bevölkerung besteht kein Zweifel daran, dass eine herrschende Elite existiert, deren Interessen zu denen der Allgemeinheit im Gegensatz stehen. Bei einer Umfrage des regierungsnahen Umfrageinstituts VCIOM aus dem Jahre 2014, in der nach langfristigen Konfliktlinien innerhalb der Gesellschaft gefragt wurde, bezeichneten über zwei Drittel der Befragten den Unterschied zwischen „oben“ und „unten“ als sehr bedeutsam (vgl. Abbildung 1). Ideologische und religiöse Verschiedenheiten spielten danach nur eine unbedeutende Rolle. Region, Wohnort, ethnischer Herkunft wurde etwas mehr Gewicht zugemessen, doch waren dies nicht die bestimmenden Faktoren. Eine größere Rolle spielte der Generationenkonflikt, was angesichts der unterschiedlichen Erfahrungen der älteren Generation, die im Sowjetsystem sozialisiert wurde, und der jüngeren, die in den Übergangsjahren nach der Auflösung der UdSSR aufgewachsen war, nicht erstaunlich ist. Am wichtigsten waren für die Befragten aber die Gegensätze zwischen Arm und Reich und der zwischen den „Klassen“. Faktisch bezogen sich beide auf den Unterschied zwischen „oben“ und „unten“, zwischen Herrschenden und Beherrschten.

Abbildung 1:

Welche Unterschiede zwischen Personengruppen und Schichten halten Sie für wichtig, welche nicht?



Quelle: Press-vypusk №2706 Narodnoe edinstvo: čto èto takoe i kak ego dostić? 31.10.2014 (<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115040>, 02.11.2014)

Die Entwicklung der Eliten seit 1993

Diese Machtelite, die von der Bevölkerung als „vlast“ wahrgenommen wird, ist zahlenmäßig sehr klein. Folgt man soziologischen Erhebungen, so macht die Gruppe der Reichen und Superreichen weniger als 1 Prozent der Bevölkerung aus. Die Soziologin Natalja Tichonowa etwa schätzte 2006 die Gruppe der „Reichen“ auf insgesamt 5 Prozent der Bevölkerung, die „Elite“ aber auf 0,5 Prozent. Erhebungen des Levada-Zentrums zur materiellen Lage der Bevölkerung beziffern den Anteil der „Reichen“ auf unter 1 Prozent. Doch auch das sind zwischen 700.000 und 1,4 Millionen Personen. Von ihnen spielte die Mehrheit nur auf örtlicher und regionaler Ebene, in ihrem jeweiligen Betrieb eine Rolle. Nur ein Bruchteil von ihnen besitzt überregional Einfluss. Als Klaus von Beyme 1971 die Elite in Deutschland untersuchte, fragte er danach, wer am politischen und gesellschaftlichen Willensbildungsprozess auf Bundesebene beteiligt ist. Ähnlich stellt sich die Frage in Russland. Zur Machtelite gehören jene Personen und Personengruppen, die auf der Ebene der Föderation auf politische und wirtschaftliche Entscheidungen einwirken.

Eliten im System Jelzin

Über Herkunft und Hintergrund der Führungsschicht der Jelzin-Zeit sind wir durch soziologische Studien vergleichsweise gut unterrichtet. Die Machtelite der Jelzin-Zeit war stark mit den „Muttermalen der alten Gesellschaft“ behaftet. Während das sowjetische System zerfiel, formierte sich in den Unionsrepubliken und in vielen Regionen eine neue Führungsschicht, die sich in weiten Teilen aus den alten sowjetischen

Eliten rekrutierte. Die Analyse der russischen Führungsschicht im zweiten Jahr nach dem Zerfall der UdSSR zeigt, dass etwa die Hälfte des Führungspersonals noch in der sowjeti-

schen Zeit in Leitungsstellen tätig gewesen war. Chancen, die hohe Position im Sowjetapparat in die neue Zeit zu retten, hatten vor allem Wirtschaftskader, die nicht nur ihre Position im staatlichen Wirtschaftssektor halten konnten, sondern auch einen Teil des Führungspersonals in der Privatwirtschaft stellten (vgl. Tabelle 1, S. 169).

Allerdings war bereits 1993 zu erkennen, dass mit dem Systemwechsel auch Personen aufstiegen, die in der Sowjetzeit keine exponierten Positionen bekleidet hatten. Am deutlichsten ist das in der Privatwirtschaft zu erkennen. Über 60 Prozent der Geschäftsleute von 1993 hatten 1988 keine verantwortlichen Stellen innegehabt. Unter diesen Aufsteigern waren auch jene Männer, die ab Mitte der neunziger Jahre das System Jelzin entscheidend mitbestimmten – die so genannten „Oligarchen“. Nachdem diese neuen Wirtschaftsakteure sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre große Teile des vorhandenen Produktionskapitals angeeignet hatten, gewannen sie gegenüber der Politik an Gewicht, demonstrierten größere Selbstständigkeit und nahmen massiv Einfluss auf politische Entscheidungen.

Es waren Repräsentanten solcher Großunternehmen, die ab 1995 sichtbar im Kräftefeld der Politik agierten und mit politischen Initiativen im Umfeld von Präsident und Regierung hervortraten. Ein wichtiger Schritt war Anfang 1996 die Formierung einer Allianz von Geschäftsleuten, die sich offensiv für die Wiederwahl Jelzins einsetzte. Die Gruppe fand sich – soweit bekannt – im März 1996 während des Internationalen Wirtschaftsforums in Davos zusammen, wo man beschloss, die Wahlkampagne des amtierenden Präsidenten zu finanzieren. Diese Gruppe war es, die 1997 politisch stärker in Erscheinung trat.

Mit dem Systemwechsel stiegen auch Personen auf, die in der Sowjetzeit keine exponierten Positionen bekleidet hatten.

Tabelle 1:

Position der Angehörigen der Führungsschicht von 1993 im Jahre 1988

Status 1988	Status 1993					
	Gesamte Elite	Staats-elite	Staats-wirtschafts-elite	Ge-schäfts-elite	Kultur-elite	N =
Parteinomenklatur	7,1%	13,7%	5,2%	5,5%	2,2%	68
Staatsnomenklatur	8,1%	21,6%	3,4%	2,9%	3,6%	78
Staatswirtschafts-nomenklatur	29,7%	10,2%	58,0%	28,1%	9,4%	285
Kulturnomenklatur	6,1%	5,5%	0,0%	1,1%	29,7%	58
Insgesamt Nomenklatur	51,0%	51,0%	66,6%	37,6%	44,9%	489
Wirtschaftsmanager	20,9%	17,6%	20,3%	24,5%	21,0%	200
Andere Funktionäre	12,5%	11,8%	5,2%	17,5%	19,6%	120
Insgesamt Verwaltung	33,4%	29,4%	25,5%	42,0%	40,6%	320
Fachleute („professionals“)	8,4%	12,5%	3,1%	10,6%	7,2%	80
Andere Beschäftigung	4,3%	5,9%	2,7%	5,8%	1,4%	41
ohne Beruf	2,9%	1,2%	2,1%	4,0%	5,8%	28
Insgesamt andere	15,6%	19,6%	7,9%	20,4%	14,4%	149
Zusammen	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	99,9%	958
N =	958	255	291	274	138	

Quelle: E. Hanley, N. Yershova, R. Anderson: *Russia – Old Wine in a New Bottle. The Circulation and Reproduction of Russian Elites, 1983-1993*. In: *Theory and Society* 24 (1995), Nr. 5, S. 639-668, hier S. 657. Erhebung des VCIOM 1993-1994, sample 1.812 Interviews in 19 Regionen.

Die Symbiose von politischer Führung und Finanzgruppen gehörte zu den charakteristischen Zügen des „Systems Jelzin“. Da die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums im Kontext des Übergangs zur Marktwirtschaft der entscheidende Prozess der Jelzin-Ära war, formierten sich ökonomisch-politische Allianzen, die die Aufteilung der Ressourcen sicherten. Um den Jelzinschen „Hof“ gruppierte sich eine Reihe von Al-

lianzen, in der Vertreter von Finanzgruppen, regionalen Eliten und der zentralen Exekutive zusammenwirkten. Kern dieses Systems war die so genannte „Familie“ – der enge Kreis um den Präsidenten, zu dem neben seiner Tochter Finanzmagnaten wie Boris Berezovskij und die Spitze von Regierung und Präsidialadministration zählte. Dieser Kreis bestimmte von 1997 bis 1999 die russische Politik.

Die Hauptsorge der „Familie“ war 1999 die Organisation der Jelzin-Nachfolge. Es galt einen Kandidaten zu finden, der nach seiner Wahl den

Vladimir Putin wurde als Kandidat des „Systems Jelzin“ konsequent zum Präsidenten aufgebaut.

Fortbestand des politischen und sozialen *status quo* garantierte. Mit Vladimir Putin glaubte man, eine solche Person gefunden zu haben, die im September 1999 als Ministerpräsident in-

stalliert und konsequent zum Präsidenten aufgebaut wurde.² Zum Jahreswechsel 1999/2000 erfolgte dann die Stabübergabe, die anschließend in den Präsidentschaftswahlen im März 2000 formalisiert wurde.

Elitenstrukturen in der Ära Putin

Vladimir Putin war eine Erfindung der „Familie“, die ihn mit dem Image des redlichen, um das Schicksal des „einfachen Mannes“ besorgten Politikers ausgestattet hatte, der die Interessen der Gemeinschaft gegenüber den „Oligarchen“ und Klans vertrat. Dies schuf einen eigenartigen Widerspruch: Putin galt als „gosudarstvennik“ (etwa: Mann des Staates, der Gemeinschaft), verdankte seinen Aufstieg aber dem herrschenden Klan, der „Familie“. Um ein eigenes Profil zu gewinnen und seine Position zu festigen, musste er die Machtgruppen, die ihn trugen, unter Kontrolle bringen und eigene Anhänger in diese Strukturen einschleusen. In der Tat widmete Putin einen großen Teil seiner ersten Amtszeit 2000-2004 der Konsolidierung seiner Machtposition. Dabei ging er nicht nur scharf gegen einzelne „Oligarchen“ vor – noch im Jahre 2000 drängte er Berezovskij und Gusinskij aus dem Land –, beschnitt den Einfluss der regionalen Eliten und sicherte sich die Kontrolle über die elektronischen Medien, sondern brachte auch eine ganze Reihe von Vertrauten in Führungspositionen, oft Militärs und aktive oder ehemalige Geheimdienstler.

2 Vgl. zur Person Vladimir Putins auch das Porträt von Gemma Pörzgen in vorliegendem Heft.

Diese Veränderungen schlugen sich im Sozialprofil der Putinschen Elitenkohorte nieder – der Anteil der *siloviki* (Angehörige der „Machtorgane“³) nahm deutlich zu. Olga Kryštanovskaja, in dieser Phase Leiterin der Abteilung für Elitenforschung am Soziologischen Institut der Akademie der Wissenschaften, hat die Verschiebungen innerhalb der Machtelite in ihren Erhebungen erfasst und analysiert (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2:

Anteil der Angehörigen von Militär- und Sicherheitsstrukturen in der Machtelite

	<i>Höchste Führung</i>	<i>Regierung</i>	<i>Regionale Elite</i>	<i>Föderationsrat</i>	<i>Duma</i>	<i>Insgesamt</i>
Gorbatschow-Kohorte (1988)	4,8%	5,4%	0,0%	4,7%		3,7%
Jelzin-Kohorte (1993)	33,3%	11,4%	2,2%	2,8%	6,3%	11,2%
Jelzin-Kohorte (1999)	46,4%	22,2%	4,5%	7,3%	6,8%	17,4%
Putin-Kohorte (2002)	58,3%	2,8%	10,2%	14,9%	9,4%	25,1%

Quelle: Olga Kryštanovskaja: Režim Putina: liberalnaja militokratija? In: Pro et Contra, Bd. 7 (2002), Nr. 4, S. 158-180, hier S. 162.

In den Putin-Jahren hat sich mit der Veränderung des politischen Systems auch die Zusammensetzung der herrschenden Elite gewandelt. Der unter Putin betriebene Ausbau der „Machtvertikale“ – die Entwicklung einer Herrschaftsstruktur, die dem Zentrum erlaubte, bis hinunter in die Regionen und Kommunen in politische Prozesse einzugreifen – war zwar nicht überall in gleichem Maße erfolgreich, doch stärkte er die Stellung der föderalen Exekutive, deren Angehörige im Vergleich zu den Jelzin-Jahren erheblich an Einfluss gewannen. Allerdings hatte auch die Bedeutung der Wirtschaftseliten zugenommen. Das ölpreisindizierte

3 Mit dieser Sammelbezeichnung werden Streitkräfte, Innenministerium und Geheimdienste bezeichnet; *siloviki* sind also ehemalige oder aktive Geheimdienstler, Militärs oder Polizisten; vgl. die Definition bei Bettina Renz: Putin's Militocracy? An Alternative Interpretation of Siloviki in Contemporary Russian Politics. In: Europe-Asia Studies 58 (2006), Nr. 6, S. 903-924, hier S. 903.

Wirtschaftswachstum der Putin-Jahre verlieh den großen Konzernen zusätzliches Gewicht.

Die Verflechtung von Macht und Geschäft war charakteristisch für die Entwicklung dieser Zeit. Doch anders als in der Jelzin-Zeit, als Geschäftseliten – die Oligarchen – erheblichen Einfluss auf die Politik ausgeübt hatten, beschnitt die Putin-Administration die Einwirkungsmöglichkeiten des Business und veränderte die Spielregeln. Einerseits räumte sie der Wirtschaft große Spielräume zum Aufbau von Unternehmensimperien ein, andererseits sicherte sie sich selbst über Aufsichtsratssitze und Eingriffe in Besitzverhältnisse Anteile an den „Renten“. Zugleich sorgte sie dafür, dass die Geschäftseliten von politischen Entscheidungen ferngehalten wurden. Diese Kräfteverhältnisse bestanden auch unter Medvedev und in der dritten Amtszeit Putins weiter.

Einflussgruppen in der Ära Putin

„Businesseliten“ oder „Regionaleliten“ traten allerdings nicht als kollektive Akteure auf. Die russischen Eliten organisierten sich weder in den Jelzin-Jahren noch in der Amtszeit Putins oder unter seinem Nachfolger Medvedev in Form von Interessengruppen. Weder die Gouverneure noch die Wirtschafts- und Finanzmanager oder Behördenvertreter schlossen sich zusammen, um gemeinsame Ziele zu formulieren und diese politisch durchzusetzen. Insofern entspricht das russische politische System nicht der klassischen Vorstellung von Korporatismus oder Neokorporatismus. Als Akteure treten vielmehr informelle Einflussgruppen

auf, die Partikularinteressen verfolgen. Gemeinsam konstituieren sie das Machtkartell um den Präsidenten, dessen Hauptaufgabe es ist, die Interessen der verschiedenen Akteursgruppen in der Balance zu halten.

Unter der Präsidentschaft Vladimir Putins sind Geschäftswelt, Politik und Staatsbürokratie enge Verbindungen eingegangen.

Über die innere Struktur dieses Elitenkartells wird viel spekuliert. In den Medien unterschied man „Moskauer“ und „Petersburger“, „Liberale“ und „Geheimdienstler“, es gab aber auch die Vorstellung, die Eliten würden sich vor allem auf den Zugang zu Ressourcen konzentrieren und um die großen staatlichen und staatsnahen Unternehmen wie Gazprom, Rosneft, Russische Eisenbahnen u. a. gruppieren. Bei den Beobachtern scheint aber Einvernehmen zu bestehen, dass innerhalb dieser Gruppierungen Geschäftswelt, Politik und Staatsbürokratie enge Verbindungen

eingegangen sind. Im November 2007 beschrieb das Wirtschaftsmagazin RBK diese Strukturen folgendermaßen:

„In der Konsequenz haben sich in den letzten Jahren Einflussgruppen neuen Typs herausgebildet, die aus großen privaten Korporationen bestehen, die auf Eigentumsbasis geführt werden, und Staatsunternehmen, die von politischen Eliten durch Leitung und Direktorenrat kontrolliert werden. Und die Existenzmöglichkeit dieser Gruppen hängt nicht von Marktfaktoren ab, sondern von der Nähe zur ‚Macht‘.“⁴

Das Wirtschaftsmagazin RBK glaubte, 2007 dreizehn Einflussgruppen identifizieren zu können: Petersburger Geheimdienstler, Petersburger Juristen, Erwählte, Moskauer, Petersburger Liberale, Neuer Rüstungskomplex, Abramovič-Gruppe, Alfa-Renova-Gruppe, Telekommunikation, LUKojl, Interros, Deripaska-Gruppe, Čubajs. Diese Aufstellung stellt die Gruppen partiell nach Branchen bzw. Zugehörigkeit zu einer Unternehmensgruppe zusammen, partiell nach Herkunft („Moskauer“ als Machtbasis für den Moskauer Bürgermeister Lužkov; Petersburger Geheimdienstler), partiell nach politischer Sozialisation (Geheimdienstler, Juristen und Liberale). Der Gliederung liegt offenbar die Idee zugrunde, dass Ressourcenzugriff das organisierende Prinzip der Gruppenbildung ist, wobei als Ressource sowohl „Macht“ (über den Präsidenten und den Regierungsapparat) als auch lukrative Unternehmensbeteiligungen verstanden werden.

Wieweit solche Zuordnungen valide sind, muss dahingestellt bleiben. Es scheint keineswegs so, dass es sich um stabile, fest geschlossene Strukturen handelt. Viele davon sind in den Folgejahren wieder zerfallen. Insofern ist die Aufstellung, die RBK im November 2007 publizierte, eine Momentaufnahme.

In der dritten Amtszeit Putins, die im Mai 2012 begann und bis Ende 2018 dauert, haben sich die Kräfteverhältnisse im Elitenkartell verschoben. Nach dem schlechten Wahlergebnis bei den Dumawahlen im Dezember 2011, die durch jene Fälschungen geschönt wurden, gegen die sich die Demonstrationen des Winters 2011/2012 richteten, suchte die Administration nach Mitteln, die Akzeptanz des politischen Systems in der Bevölkerung wieder zu verbessern. Noch im Dezember 2011 gliederte Putin die Führungsriege um und platzierte Parteigänger einer nationalen Politik in Schlüsselstellungen um den Präsidenten herum. Diese

4 I. Bednyj: Kto upravljaet Rossiej. In: RBK, 2007, Nr. 11, S. 22-30, hier S. 24.

Administration betrieb in den Jahren 2012 und 2013 eine Mobilisierung der Bevölkerung auf der Basis nationaler, antiwestlicher und allgemein fremdenfeindlicher Propaganda. Nachdem dies zunächst nicht zu einer höheren Akzeptanz des Regimes führte, gelang es im März 2014 mit der Eingliederung der Krim nach Russland tatsächlich, die Masse der Bevölkerung wieder an das Regime zu binden. Das stärkte die rechtsorientierte Elitenfraktion, die in der Mehrheit den *siloviki* angehörte, die gegenwärtig die russische Politik bestimmen. Deren Position war in den

Die dritte Amtsperiode ist gekennzeichnet durch Konsolidierung des autoritären Systems nach innen und Abrundung der Interessenssphäre im postsowjetischen Raum nach außen.

Jahren zuvor auch im Unternehmensbereich stärker geworden: Igor Sečín, ein führender Vertreter der „Machtorgane“ in der Elite, hatte den Vorstandsvorsitz des staatlichen Mineralölkonzerns Rosneft übernommen. Die Schaffung von Staatskorporatio-

nen, Konzernen, die vom Staat privilegiert sind und mit großen Ressourcen ausgestattet wurden, aber nicht dem Aktienrecht unterliegen und völlig intransparent sind, u. a. für den Rüstungsbereich, die Bankensanierung, die Nanotechnologieentwicklung und die Atomindustrie, wies in dieselbe Richtung: Die Führungsgruppe sicherte sich die Verfügung über strategisch wichtige Wirtschaftsbereiche.

In der dritten Amtszeit Putins hat sich also eine Elitenkonstellation gebildet, die nach innen auf Konsolidierung des autoritären Systems setzt, nach außen auf Abrundung der Interessenssphäre im postsowjetischen Raum. Wie lange diese Gruppe ihr Übergewicht halten kann – sie ist auch für die aktuelle russische Ukrainepolitik verantwortlich –, ist schwer abzusehen. Mit der Diskussion über die Vorverlegung der Dumawahlen von Dezember auf September 2016 hat im Mai 2015 eine Debatte über die künftige innere Entwicklung Russlands begonnen, bei der es implizit auch um Kräfteverhältnisse innerhalb der *vlast* geht.

Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen in Russland – eine Gratwanderung

Dr. Irina Scherbakowa ist Historikerin und Publizistin; sie beschäftigt sich seit Langem mit dem Schicksal von Opfern des Stalinismus. Seit 1999 ist sie Leiterin der Bildungsprogramme der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ in Moskau (vgl. auch <http://www.memo.ru/deutsch/hist/index.htm>).

Mit dem gesellschaftlich-politischen Umbruch in der Sowjetunion bzw. in Russland in den neunziger Jahren eröffneten sich für unabhängige Organisationen zahlreiche Arbeitsfelder. In den letzten Jahren erschweren jedoch, wie aus dem folgenden Beitrag deutlich wird, zahlreiche Restriktionen seitens der immer autoritärer auftretenden Regierung die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen.

Es ist eine undankbare Aufgabe, heute in Russland die Situation der Zivilgesellschaft und der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu beschreiben. Man gewöhnt sich fast daran, dass das, was noch vor zwei Wochen völlig unmöglich zu sein schien, nun zur Realität geworden ist.

Anfänge und Aufblühen in den neunziger Jahren

Über viele Jahre haben sich die Mitbegründer von „Memorial“ an die Zeit von 1988/89 erinnert, als es große Schwierigkeiten bei der offiziellen Registrierung der Organisation gab, denn die Frage, ob man diese Registrierung erlauben soll oder nicht, wurde während zwei Sitzungen des damaligen Politbüros der kommunistischen Partei diskutiert (als ob man in der damaligen wirtschaftlichen Katastrophe keine andere Sorgen gehabt hätte!). Hier zeigte sich die Ratlosigkeit der kommunistischen Führung in der Phase des Umbruchs, die nicht wusste, wie man mit dem Willen von Bürgern zur Schaffung einer freien Vereinigung – dies war Jahrzehnte lang verboten gewesen – umgehen sollte. Nur wenig später,

in den neunziger Jahren, sind in Russland hunderte vom Staat unabhängige Organisationen entstanden. Während der Perestroika haben viele Menschen die Erfahrung gemacht, dass man gemeinsam doch etwas bewirken kann, etwa bei den riesigen Demonstrationen mit der Forderung nach Reformen in vielen Großstädten oder beim so genannten „lebendigen Ring“, der das „Weiße Haus“ in Moskau während des Augustputsches 1991 schützen sollte.

Diese Organisationen, zu denen auch „Memorial“ gehört, sahen ihre Rolle in der Lösung der sozialen und menschenrechtlichen Probleme, die sich damals mit aller Schärfe zeigten, ohne dass der Staat zur Abhilfe imstande gewesen wäre. So organisierten sich Frauen, Ökologen, Denkmalschützer, Soldatenmütter, Menschenrechtler, unzählige große und kleine Initiativen in allen Regionen Russlands. Damals kamen auch die ersten ausländischen Organisationen nach Russland, sowohl Stiftungen als auch NGOs, die ihre Aufgabe darin sahen, diese noch sehr schwachen Initiativen zu unterstützen. Dafür gab es zwei Gründe: Einerseits hatte der neue russische Staat kein Geld, andererseits hatten die meisten „Marktwirtschaftler“ keine Vorstellung, wie eine demokratische Gesellschaft aufgebaut wird. Man war der Ansicht, die freie Marktwirtschaft werde automatisch zur Bildung und Festigung demokratischer Institutionen führen. Unterstützung kam auch nicht vom schnell wachsenden und immer reicher werdenden „business“ – in solchen Kreisen herrschte die Meinung vor, Demokratieentwicklung und soziales Engagement seien Aufgaben des Staates.

Man darf auch nicht vergessen, dass die Gründer der ersten NGOs – abgesehen von wenigen Dissidenten – keinerlei Erfahrung für diese Arbeit mitbrachten. Und dennoch muss man festhalten: Trotz dieser

Die NGOs erhielten keine Unterstützung innerhalb Russlands, sodass ausländische Hilfe Voraussetzung für ihren Aufbau war.

schwierigen Startbedingungen wurde viel erreicht. Erwähnen möchte ich die Erfolge bei der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit und der Geschichte der politischen Repressionen, besonders die Initiative

von 1991 zur Verabschiedung des „Gesetzes über die Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen“, bei der sich „Memorial“ stark engagierte. Nach und nach wurde dann ein Raum für die Kultur der Erinnerung an die politischen Verfolgungen in der UdSSR geschaffen. Ein wesentlicher Teil dieser Arbeit bestand darin, die verbalen wie materiellen Zeugnisse zu sammeln und aufzubewahren, die Millionen Verfolgte der

Stalin-Zeit hinterlassen haben. Als Ergebnis entstand im Laufe von 25 Jahren das einzige nationale Archiv zu diesem Thema in Russland: eine allgemein zugängliche Museumskollektion, eine Dokumentensammlung und eine Spezialbibliothek. Die Rückkehr der Namen und Biografien der Opfer in die Öffentlichkeit wurde zu einem anderen wichtigen Aspekt der Arbeit von Memorial. In fast allen Regionen Russlands wurden mehrere Gedenkbücher veröffentlicht mit Kurzbiografien, die eine allgemein zugängliche Datenbank mit bisher mehr als 2,6 Millionen Namen von Opfern politischer Repressionen bilden. Auf Initiative von „Memorial“ wurde am 30. Oktober 1990 der Solowetzki-Stein auf dem Lubjanka-Platz in Moskau aufgestellt, der bis heute das einzige den Opfern gewidmete Denkmal mitten in Moskau ist. Innerhalb Russlands entstanden weitere Denkmäler für die Opfer des politischen Terrors, oft an Stellen, an denen Massengräber entdeckt worden waren.

In den neunziger Jahren entwickelte sich eine internationale wissenschaftliche Gemeinschaft zur Erforschung der historischen Erinnerung, an der Museen, Gedenkstätten, Universitäten, Stiftungen, Bürgerinitiativen und andere Träger mitwirkten. Tragische Themen, die die Opfer in den europäischen Nachbarländern betrafen wie etwa sowjetische Sonderlager in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, das Schicksal von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg und danach, das Massaker an polnischen Offizieren in Katyn und vieles andere mehr wurden von europäischen und amerikanischen Universitäten und Stiftungen unterstützt. Es ging darum, gemeinsam nicht nur die kommunistische Vergangenheit zu erforschen, sondern auch Anstoß zu Diskussionen zu geben und den Dialog zu entwickeln. Dies geschah durch Veröffentlichungen von wissenschaftlichen Publikationen, durch aktive Mitwirkung an der Bildung einer Expertengemeinschaft und durch öffentliche Stellungnahmen in der Auseinandersetzung mit einer drohenden Mythologisierung und Verfälschung des Vergangenheitsbildes.

Eines des häufigsten Argumente zur Rechtfertigung der heutigen Kremlpolitik besteht darin, dass man behauptet, der Westen habe stets versucht, Russland zu erniedrigen und nicht auf Augenhöhe mit ihm zu reden. In Bezug auf die zwischenzivilgesellschaftlichen Beziehungen ist das völlig falsch, denn diese Zusammenarbeit hat sich von Anfang an auf gleichberechtigter und einander bereichernder Ebene abgespielt. Die Tätigkeit von „Memorial“, aus dem nach und nach eine internationale

Organisation geworden ist (u. a. in Kasachstan, in der Ukraine, Deutschland, Frankreich und Italien), bildet dafür ein sehr anschauliches Beispiel.

Aus dem eigenen Land erhielten die NGOs von Anfang kaum Förderung – die russischen Neureichen sahen wenig Sinn in der Unterstützung der Zivilgesellschaft, zumal Ökologen und Denkmalsschützer Hindernisse auf dem Weg zu einer skrupellosen und schnellen Bereicherung waren. Menschenrechtsinitiativen sind sehr bald auch zu einem

Menschenrechtsorganisationen gerieten schon in den neunziger Jahren in Konflikt mit der Regierung.

Dorn im Auge für die damalige Macht geworden – weil sie die Unfähigkeit der Machtstrukturen offenlegten oder sogar deren Mitwirkung beim Schüren ethnischer Konflikte entlarvten.

Einen neuralgischen Punkt bildete der Krieg in Tschetschenien ab 1995 mit schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, die die russische Armee und Sicherheitskräfte zu vertuschen versuchten, was aber in der Situation der Pressefreiheit und unabhängiger Medien in den neunziger Jahren nicht gelang.

Beschränkungen der Tätigkeit seit der Jahrtausendwende

Mit dem Regierungsantritt Putins 1999 begann sich die Lage der NGOs, besonders der Menschenrechtsorganisationen, zu verschlechtern. Nach den Bestrebungen, eine Machtvertikale aufzubauen und die Massenmedien zu verstaatlichen, war auch der kritische Teil des so genannten „Dritten Sektors“, also das weite Feld bürgerlichen Engagements, an der Reihe. Nach der Verhaftung des Ölmagnaten Michail Chodorkowskij (2003) und der Auflösung der Stiftung „Open Russia“ (2006), die er in 50 Regionen Russlands für Bildungs-, Aufklärungs- und Wohltätigkeitszwecke aufgebaut hatte, wurde die Gesetzgebung gegen NGOs zunehmend verschärft. Auch die erste, die so genannte „Orangene Revolution“ in der Ukraine (2004) machte in den Augen des Kremls die unabhängigen NGOs verdächtig. Dies führte letztlich dazu, dass sich immer mehr kleinere regionale Initiativen, die den bürokratischen Druck nicht aushalten konnten, auflösten. Einige ausländische Stiftungen sahen sich gezwungen, ihre Tätigkeit in Russland zu beenden. Mehrere Organisationen (auch „Memorial“ war davon betroffen) wurden außerplanmäßigen Prüfungen unterzogen, die Monate dauerten und mit schweren und ungerechten Strafen für jede Kleinigkeit endeten. Auch wurde die Arbeit für

menschenrechtliche Organisationen insgesamt immer schwieriger, z. B. für die Mitarbeiter von „Memorial“ in Tschetschenien.

Seit die Kremlideologen an die Stelle von Aufbau und Festigung demokratischer Institutionen (Gewährleistung freier Wahlen, Unabhängigkeit der Justiz, Presse- und Meinungsfreiheit u. a.) die so genannte „souveräne Demokratie“ als für Russland passendes Modell propagieren, wird damit die herausragende Stellung des starken Staates mit dem starken „Leader“ an der Spitze betont, letztlich der russische Sonderweg mit dem Nationalpatriotismus als Staatsdoktrin. Die Erinnerung an kommunistische Verbrechen und an den Terror wurde immer mehr aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt und die Figur Stalins, der den starken Staat verkörperte, immer mehr ins positive Licht gestellt.

Ungefähr ab Anfang 2010 (unter der Präsidentschaft von Dmitrij Medvedev) konnte aber auch eine Gegenströmung wahrgenommen werden. Die Wirtschaftskrise und das überdimensionale Ansteigen der Korruption führten zur Unzufriedenheit mit dem schlechten Funktionieren der Machtinstitutionen, besonders der Justiz und der Polizei, und lösten heftige Zweifel an der Fähigkeit von Putin aus, die versprochene Stabilität zu garantieren. Vor allem der aufgeschlossene und gebildete Teil der Bevölkerung trat für den Kampf gegen die Korruption ein, von der auch die führende Partei „Einiges Russland“ betroffen war. Viele sahen in der Rehabilitierung Stalins ein gefährliches Syndrom. All das führte Ende 2011 und Anfang 2012 zu Protestkundgebungen in Moskau und anderen Großstädten, wobei der eigentliche Auslöser dieser Proteste, an denen zum ersten Mal viele junge Menschen teilgenommen haben, grobe Fälschungen der Ergebnisse der Parlamentswahlen zugunsten von „Einiges Russland“ waren.

Nach der Wahl Putins zum Präsidenten im Frühjahr 2012 wurde die Gesetzgebung gegen Protestaktionen verschärft (Strafmaß u. a.: hohe Geldstrafen, Gefängnis). Es schloss sich eine ganze Reihe von Gesetzen und Erlassen an; wegen der Schnelligkeit, mit der das alles geschah, wurde die Duma, das Parlament, in den kritischen Medien als „tollwütiger Drucker“ bezeichnet. All diese Gesetze und Erlasse hatten nur eine Tendenz und einen Sinn – den Abbau von Meinungsfreiheit in Russland und die „Säuberung“ der Gesellschaft von Initiativen, die sich kritisch mit den herrschenden Strukturen auseinandersetzen. Leider waren diese Maßnahmen „erfolgreich“ und brachten die Proteste weitgehend zum Verstummen.

Das Gesetz über die „ausländischen Agenten“ und seine Folgen

Die schwerwiegendsten Folgen für alle NGOs verursachte dann das am 21. Juli 2012 von Präsident Putin unterzeichnete Gesetz über die so genannten „ausländischen Agenten“, das von den Organisationen, die für ihre Projekte finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten und eine „politische“ Tätigkeit betreiben, verlangte, sich als „ausländische Agenten“ auf einer Liste des Justizministeriums einzutragen. Die Absurdität des Gesetzes besteht darin, dass der Begriff „politische Tätigkeit“ als ein Bestreben zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung formuliert war – und das ist genau das, was gerade viele NGOs (besonders auch „Memorial“) als ihre Aufgabe ansehen. Fast hundertprozentig demonstrierten die betroffenen NGOs ihre Solidarität und meldeten sich nicht als „ausländische Agenten“ an.

Oft wird die Frage gestellt: Was soll eigentlich daran schlimm sein, ein ausländischer Agent zu sein? Erstens beinhaltet es einen Rufmord, denn dieser Begriff ist in Russland nicht nur negativ besetzt, sondern auch identisch mit dem Begriff „Spion“. Mehr noch: Im historischen Gedächtnis beschwört er die Schatten des großen Terrors Stalins in den dreißiger Jahren herauf. All dies hat eine abschreckende Wirkung auf das ganze Umfeld, in dem solche Organisationen tätig sind. Auch „Memorial“ hat das zu spüren bekommen. Bemerkbar macht es sich etwa bei den Bildungsprojekten und in der Arbeit mit den Schulen, wo die Lehrer sich sehr ungemütlich fühlen, wenn sie es mit „ausländischen Agenten“ zu tun haben müssen. Man darf auch nicht vergessen, dass die Kampagne gegen ausländische Agenten im russischen Fernsehen von einer sehr ag-

gressiven Propaganda begleitet worden ist.

Manche Maßnahmen gegen NGOs erinnern an Gewaltakte der Stalinzeit.

Der Status des „ausländischen“ Agenten führt zu einem härteren bü-

rokratischen Druck seitens des Justizministeriums, des Finanzamts und der Staatsanwaltschaft – viermal öfter als bisher werden die „ausländischen Agenten“ außerordentlichen Prüfungen unterzogen. Für diese Organisationen wird es zunehmend schwerer, Finanzierungsquellen zu finden, sowohl im Ausland als auch in Russland, weil der russische Staat sie nicht unterstützt. Die Prüfungen fordern von NGOs viel mehr Aufwand, als es für den meist kleinen Mitarbeiterstab tragbar ist. (Ein Beispiel: Die Mitarbeiter von „Memorial“ mussten Ende 2013 auf Anforde-

rung der prüfenden Organisationen 9.000 Dokumente kopieren). Die Erfüllung aller bürokratischen Forderungen ist unglaublich zeitraubend, sodass für die eigentlichen Aufgaben der NGOs immer weniger Zeit bleibt. Konkret bedeutet dies z. B. für das „Menschenrechtszentrum Memorial“ die *Behinderung der Arbeit mit Flüchtlingen und Migrantinnen* (konkret: juristische Hilfe für Opfer politischer Repressalien, Vorbereitung von Klagen an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und vieles mehr). Auch der Einsatz von „Memorial“ zur *historischen Aufarbeitung* wird zunehmend erschwert, einerseits durch bürokratische Schikanen, die man nur mit der Situation von Josef K. in Kafkas „Prozess“ vergleichen kann, andererseits durch ständige Versuche, aus der Geschichte alle „unangenehmen“ Fakten zu tilgen.

Inzwischen stehen über 70 NGOs in Russland auf der Liste der „ausländischen Agenten“. Das sind praktisch fast alle Organisationen, die menschenrechtliche Schwerpunkte in ihrer Arbeit haben. Der Kreis der Betroffenen wird leider immer größer: Man greift schon Organisationen und Stiftungen an, die Wissenschaft und Bildung unterstützen. Der jüngste Skandal betraf die Stiftung „Dynasty“ von Dmitrij Simin, der sein Vermögen mit dem Aufbau des ersten Mobilfunknetzes in Russland erworben hat und in die Unterstützung und Popularisierung der Wissenschaft investierte (u. a. finanzierte er auch die Archivarbeit von „Memorial“). Nach den Attacken durch das Justizministerium kündigte er die Schließung der Stiftung an.

Stark gefährdet ist auch die Arbeit von ausländischen Organisationen. Nach dem Gesetz über so genannte „unerwünschte Organisationen“ vom 23. Mai 2015 kann die Staatsanwaltschaft jede Organisation für „unerwünscht“ erklären, die Russland „Schaden bringt“. Die Anfechtung einer solchen Maßnahme vor Gericht ist nicht möglich!

NGO-Arbeit – trotz allem

An allen diesen Beispielen sieht man die Entscheidung der Herrschenden, den konservativen Weg des „Anziehens der Schrauben“ zu wählen (ein Begriff aus der Stalinzeit, der plötzlich wieder aufgetaucht ist). Für alle noch freien NGOs stellt sich die Frage, wie die Menschen im Lande darauf reagieren, denn es ist schwierig, etwas für diejenigen zu tun, die diese Arbeit nicht nur ablehnen, sondern sogar als feindliches Verhalten betrachten. Die jüngsten Ereignisse in Russland zeigen eine tiefe Spaltung der Gesellschaft – zwischen dem modernen, gebildeten und demo-

kratisch eingestellten Teil der Bevölkerung und den traditionalistischen, konservativen und passiven Kräften, die zudem heute vom starken Nationalismus angesteckt sind, den die Machthaber schüren. Leider sieht es so aus, dass der erstgenannte Teil viel kleiner und schwächer ist, sodass man wieder in der ewigen Spirale der russischen Geschichte gefangen ist.

Nun gibt es zwei Nachrichten: eine negative und eine positive. Bedauerlicherweise ist es der Propaganda gelungen, vielen Menschen Angst, Misstrauen und sogar Hass gegenüber dem Westen einzuhämmern. Viele Menschen glauben wirklich, dass Organisationen, die Geld aus ausländischen Quellen bekommen, in deren Auftrag arbeiten und somit Russland schaden. Die Majdan-Bewegung in der Ukraine wurde in den russischen Medien als organisierter und gekaufter Protest dargestellt, was auf absoluter Unkenntnis darüber beruht, wie NGOs arbeiten. Misstrauen und Ablehnung beruhen auf der infantilen Vorstellung, dass keine unabhängige Organisation oder Vereinigung etwas für Menschen tun kann, sondern nur der Staat.

Was kann unter solchen Umständen als positive Botschaft gelten? Die Antwort lautet: Obwohl der Druck so zugenommen ist, arbeiten die Organisationen weiter. Mehr noch – es kommen immer mehr Freiwillige, besonders junge Menschen, um diese zu unterstützen. Es gibt also ein anderes Russland, und ständig entstehen neue Projekte, die besonders in interessierten Schichten der städtischen Bevölkerung Anklang finden. Dazu gehört z. B. die immer breiter werdende Initiative „Letzte Adresse“, eine russische Variante des Projektes „Stolpersteine“, bei der Gedenktafeln an den Häusern, wo Terroropfer vor ihrer Verhaftung wohnten, angebracht werden. Inzwischen gibt es zahlreiche Tafeln an Häusern in Moskau und Sankt Petersburg, hunderte Anträge laufen.

Letztlich geht es um das Schicksal der Freiheit überhaupt, die durch die Festigung des autoritären Regimes immer mehr Einschränkungen erleidet. Für die Zukunft Russlands wird es entscheidend sein, ob die NGOs als letzte Inseln der Freiheit Bestand haben werden.

„Russkij mir“ und der Krieg in der Ukraine¹

Oleksandr Zabirko ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Slavisch-Baltischen Seminar der Universität Münster.

„Russkij mir“ als geopolitische Konzeption vereint eine Reihe verschiedener Strömungen des antiwestlichen, antiliberalen und neoimperialen russischen Denkens. In ihrer jüngsten Manifestation bietet die Idee von „russkij mir“ eine wichtige Legitimationsgrundlage für das militärische Engagement Russlands in der Ostukraine und beeinflusst darüber hinaus das ideologische Klima in der Russischen Föderation.

Ein Blick auf die Semantik

Der Begriff „russkij mir“ (deutsch: „russische Welt“) entstammt der imperialen Ideologie des 19. Jahrhunderts und hat sich im Laufe der Zeit von einer poetischen Metapher zu einem ideologischen (wenngleich sehr ambivalenten) Konzept entwickelt. Vor allem im Kontext des andauernden russisch-ukrainischen Konflikts erfreut sich „russkij mir“ einer besonderen Konjunktur: In der Präambel der Verfassung der „Volksrepublik Donezk“ wird dieser Begriff gleich viermal erwähnt und fungiert dort zugleich als historische Grundlage, Zukunftsideal und gemeinschaftsbildendes Prinzip der „jungen Volksrepublik“. Die Verfassung verkündet die „Schaffung eines souveränen und unabhängigen Staates, der auf die Restauration eines einheitlichen kulturellen und zivilisatorischen Raums der Russischen Welt ausgerichtet ist“. Was ist aber mit der „Russischen Welt“ hier konkret gemeint? Im heutigen allgemeinen Sprachgebrauch kann „russkij mir“ sich sowohl auf die Welt russischsprachiger Menschen beziehen als auch auf die Welt jener, die ein spezifisches, „russisches“ Geschichtsbewusstsein teilen oder zu den Gläu-

¹ Dieser Text ist die erweiterte und überarbeitete Fassung des in der Ausgabe Nr. 289 vom 30.01.2015 der „russland-analysen“ (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) erschienenen Beitrags „Russkij Mir“. Literarische Genealogie eines folgenreichen Konzepts“.

bigen der Russischen Orthodoxen Kirche gehören; oft kann die Zugehörigkeit zu „russkij mir“ schlicht die Unterstützung für den heutigen russischen Staat und seine Politik bedeuten.

Der „nationale Körper“ im sakralen Raum

Ein wichtiges Spezifikum von „russkij mir“, das ihn von anderen postimperialen Konstrukten wie „Frankophonie“ oder „British Commonwealth“ unterscheidet, ist die Rolle der Kirche und der Religion bei Entstehung und Propagierung dieses

Die sakrale Komponente war über Jahrhunderte ein Element der russischen Nationsbildung.

Konzeptes. Der russische Raum bzw. der Raum von „russkij mir“ ist in den meisten seiner Manifestationen vor allem ein sakraler, christlicher Raum

oder im engeren Sinne ein Raum russischer Orthodoxie. Die sakrale Komponente war über Jahrhunderte ein Element der russischen Nationsbildung. Der sakrale Charakter des russischen Raums erschwerte indes seine klare topografische Verortung – das Verständnis vom entgrenzten, transzendenten Russland machte sein Verhältnis zu den jeweiligen Staatsgrenzen immer problematisch.

Wie in den meisten anderen Ländern des Kontinents war die russische Nationsbildung eine Reaktion auf die gesamteuropäische Herrschaftskrise nach der Aufklärung, als die Herrschaft nicht mehr durch das allgemeine Wohl als oberstes Ziel eines aufgeklärten Monarchen legitimiert werden konnte, sondern durch die Kompatibilität der Herrschaft mit einem „Volksg Geist“ der Regierten begründet werden musste. Im Rahmen dieses neuartigen Legitimationsmodells gehört die Souveränität nicht dem Herrscher allein, sondern einem personifizierten nationalen Körper (einem *corps politique* im Sinne von Rousseau), der über einen unverwechselbaren „Nationalcharakter“ verfügt und die verschiedenen sozialen Schichten buchstäblich „inkorporiert“. Die Herausforderung, die für die russischen Intellektuellen Anfang des 19. Jahrhunderts immer deutlicher wurde, bestand nicht nur in der Konstruktion eines solchen nationalen Körpers (etwa nach französischem Muster), sondern auch in der Notwendigkeit, innerhalb dieser Konstruktion den Platz für die eigene elitäre, stark europäisierte Kultur zu finden. Die zu entwerfende nationale Struktur musste alle sozialen Gruppen umfassen und auch die bestehenden sozialen Hierarchien aufrechterhalten. Von besonderer Relevanz waren in dieser Hinsicht die Schriften von Nikolaj Karamsin.

Für die Nachwelt bleibt Karamsin der Autor zweier sehr unterschiedlicher Werke, die jedoch beide auf verschiedene Weise zum „Imaginieren“ einer russischen Nation beigetragen haben. In seiner monumentalen „Geschichte des Russischen Staates“ rechtfertigt Karamsin die Selbstherrschaft des Zaren (russisch: „samodershawije“) auf für damalige Zeit neue Art und Weise, indem er sie zum Ausdruck des russischen Volksgeistes erklärt. Im Rahmen dieser Metapher erhält „samodershawije“ einen symbolischen Charakter und fungiert fortan nicht nur als konkrete Herrschaftsform, sondern als einigendes Kollektivsymbol. Das andere – wohl nicht weniger bedeutende – Werk von Karamsin ist die recht kurze sentimentale Novelle „Die arme Lisa“ über die tragische Liebe eines Bauernmädchens zu einem jungen Adligen. Neben der in diesem Werk literarisch inszenierten emotionalen Annäherung der sozialen Klassen beschwört dieser Text mit vielen christlichen Motiven eine neue Art der Religiosität: Die Handlung der Novelle spielt im Moskauer Simonow-Kloster, das zum Treffpunkt der Geliebten wird.

Die Liebe zum christlichen Glauben und die Treue gegenüber dem Monarchen sollten somit das einfache Volk und die Elite verbinden. Anders als in Frankreich, wo die Entstehung des „nationalen Körpers“ das *Ancien Régime* zu Fall gebracht hat, hat der russische „sentimentale Nationalismus“ in dieser Konfiguration seine funktionale Aufgabe bereits erfüllt: Das russische Pendant zu *Liberté, Égalité, Fraternité* wurde schließlich von Sergej Uwarow, einem Schüler Karamsins formuliert und lautete: *Prawoslawije, Samodershawije, Narodnost* – zu Deutsch: „(christliche) Orthodoxie, Zarenherrschaft, Volksverbundenheit“.

Die heilige Rus und der „russische Gott“

Die Etablierung der neu entworfenen russischen Gemeinschaftskonzeption wurde in den Kreisen der russischen Elite allerdings nicht direkt aufgenommen, sondern mittels Reflexion über religiöse Topoi – die „heilige Rus“ und den „russischen Gott“ –, die sich in der Folklore entwickelten und später von den imperialen und nationalen Diskursen vereinnahmt wurden. Das Schwanken zwischen Ablehnung und Akzeptanz dieser Topoi lässt sich am Besten anhand der Schriften von Pjotr Wjasemskij illustrieren, der zweifelsohne zu den bedeutendsten Vertretern der russischen „literarischen Aristokratie“ des 19. Jahrhunderts gehörte. 1828 veröffentlichte Wjasemskij ein Gedicht mit dem Titel „Der russische Gott“ – eine bissige Satire auf die Versuche, diesen Topos für die

Zwecke der Nationsbildung zu instrumentalisieren. Der russische Gott ist für Wjasemskij ein Gott der schlechten Straßen, der Kälte und des Hungers, der bitteren Armut und des zügellosen Reichtums, ein Gott der heruntergewirtschafteten Landgüter, schließlich ein Gott der ausländischen Abenteurer und hier in erster Linie ein Gott, der die Deutschen bevorzugt.

Genau zwanzig Jahre später jedoch blickt derselbe aufgeklärte russische Intellektuelle mit blankem Entsetzen auf das vom revolutionären Wirbel erfasste Europa und formuliert seine Gedanken in dem Gedicht „Die heilige Rus“, in dem er für eine maximale Distanz Russlands zu Europa plädiert und die Symbole auflistet, die Russland vor verderblichen europäischen Einflüssen beschützen sollen: der orthodoxe Glaube, die allgemeine Liebe zum Zaren und schließlich (ein Novum!) die russische Geschichte und Sprache. Zusammen ergeben sie sein Bild der „heiligen Rus“, das europäischer Gesetzlosigkeit, Irrlehren und falsch verstandener Freiheit gegenübergestellt wird.

Das Gedicht von Wjasemskij war aber zugleich eine poetische Replik auf das Zarenmanifest „Über die Vorkommnisse im westlichen Europa“ vom 14. März 1848, sodass die zentralen rhetorischen Argumente hier bereits vom Staat vorgegeben wurden, und zwar: 1.) Religion als Vermächtnis der Vorfahren, 2.) dass Russlands Feinde überall seien, und schließlich 3.) die Behauptung, dass die Verteidigung Russlands überall und nicht nur an seinen Grenzen erfolgen solle. Die wichtige Ergänzung, die sich der Dichter Wjasemskij erlaubt, ist vor allem die Aufwertung der Sprache, die einerseits alle Russen als „Brüder einer Familie“ auffassen

lässt, andererseits aber zu einem Medium erhoben wird, über das der russische Mensch mit Gott kommuniziert.

Die eher unerwarteten Folgen einer solchen Instrumentalisierung der Sprache kamen ausgerechnet bei Iwan

Turgenjew, einem beinahe idealtypischen russischen „Westler“, zum Ausdruck. In einem seiner Prosagedichte (das sowohl zur Sowjetzeit als auch heute zum Schulkanon gehört) nennt er die zentralen Attribute der russischen Sprache – Wahrhaftigkeit, Macht, Größe und Freiheit – wodurch die Sprache nicht nur zum nationalen Symbol wird, sondern vor allem zu einem Medium, mit dem der ganzen Welt Wahrheiten verkündet werden können. Dieser Gedanke wird von Dostojewskij später im „Tagebuch eines Schriftstellers“ ausführlich formuliert, wobei

Die Sprache wird nicht nur zum nationalen Symbol, sondern zu einem Medium, mit dem der ganzen Welt Wahrheiten verkündet werden können.

dieser die Mission Russlands darin sieht, mit den „russischen Worten der Wahrheit die tragischen Missverständnisse der west-europäischen Zivilisation zu korrigieren“. Neben dem Versuch, sich rhetorisch von Europa abzugrenzen, kann das Konzept „russkij mir“ heute ganz im Sinne Dostojewskijs als ein Kampfbegriff in einem Ringen nicht gegen, sondern gerade *um* die europäische Identität instrumentalisiert werden. So sieht der russische regierungsnahe Politologe Boris Meshujew die zivilisatorische Mission von „russkij mir“ heute gerade darin, den europäischen Kontinent von dem „geistigen Diktat“ der USA zu befreien und die Stellung der angeblich in Vergessenheit geratenen Begriffe „Vaterland, Gott und Familie“ wieder aufzuwerten.

Für das 19. Jahrhundert lässt sich festhalten, dass die Formeln von der „heiligen Rus“ und dem „russischen Gott“ sich in der Literatur zu einer Art von Gemeinplätzen entwickeln und den Verzicht auf eine rationale Auseinandersetzung mit den Eckpunkten russischer Raum- und Gemeinschaftsordnung signalisieren – eine Geisteshaltung, die wohl am deutlichsten in den berühmten Zeilen des Dichters Iwan Tjutschew artikuliert wurde: „Verstehen kann man Russland nicht ..., an Russland kann man nur glauben.“

Eurasismus als Rettungsideologie des Imperiums

Der Fall der Monarchie und der nachfolgende Machtantritt der bolschewistischen Partei bedeuteten zunächst einen radikalen Bruch mit der bestehenden Tradition der Gemeinschafts- und Raumwahrnehmungen. Doch wurden bereits in den 1930er Jahren die alten Paradigma wieder aufgegriffen und radikal umgedeutet. Die UdSSR verstand sich zunehmend nicht nur als Träger der Revolutionsidee, sondern auch als Weltmacht, und sie entwickelte einen wahrlich globalen „Welt“-Begriff. Man denke hier nur an den Globus auf dem Wappen der Sowjetunion, während die erste Strophe der sowjetischen Hymne einen Bezug zur *Rus* enthält: „Die Große Rus hat auf ewig die unzerbrechliche Union der freien Republiken vereint.“

Ein grundsätzlich anderes Verständnis von „russkij mir“ entwickelte sich im Rahmen der so genannten „eurasischen Ideologie“. Von russischen Exilautoren Anfang der 1920er-Jahre erstmals formuliert, avancierte der Eurasismus in der Zwischenkriegszeit schnell zur wichtigsten Denkströmung in der russischen Diaspora. Die Eurasier schufen in der russischen Kulturphilosophie Begriffe wie „slawische Welt“ oder „ro-

mano-germanische Welt“, wo „Welt“ zumeist mit „Kultur“ oder „Zivilisation“ gleichgesetzt wird. Bereits in den frühen Schriften der Eurasier erfolgte eine Konzeptualisierung von Russland/Eurasien als „besondere Welt“.

Die weltanschauliche Doktrin des Eurasismus basierte auf der Prämisse, dass es einen unüberwindlichen Gegensatz zwischen der eurasischen Kultur Russlands und der „germano-romanischen“ Kultur Westeuropas gibt. Das Herzstück der Ideologie der Eurasier war die Bewahrung der Einheit eines nicht selten metaphysisch bzw. ideell verstandenen russischen Staates. Dieser Staat, so die Eurasier, könne unterschiedliche politische und ideologische Ausdrucksformen annehmen und somit etwa in Gestalt des Zarenreiches, der UdSSR oder eines utopischen Eurasischen Völkerbundes realisiert werden.

Renaissance des Sonderwegs: Zwischen Utopie und Staatsideologie

Eine Konzeption, die auch im Titel die Wortbildung „russkij mir“ enthält, wurde erstmals von Pjotr Schtschedrowizkij, einem „Polittechnologen“ und Mitarbeiter verschiedener kremlnaher Think-Tanks, im Jahre 2000 formuliert. In seiner Publikation „Russkij mir und das Transnationale Russische“ („Russkij mir i Transnazionalnoje russkoje“) definiert er „russkij mir“ als ein Netzwerk größerer und kleinerer Gemeinschaften, deren konstitutives Element die russische Sprache ist. In dieser Konstellation verliert die Idee von „russkij mir“ ihre Bindung an die Grenzen der Russischen Föderation oder an die russische Ethnie. Sie ist vielmehr eine hypothetische Strategie, die über die Einbindung der russischsprachigen Diaspora dem russischen Staat den Zugang zu den globalen ökonomischen und finanziellen Ressourcen ermöglichen sollte.

Ab Mitte der 2000er Jahre wurde der Diskurs um „russkij mir“ allmählich „verstaatlicht“ und verteilte sich unter anderem auf den Bereich des Moskauer Patriarchats und der 2007 gegründeten Stiftung „Russkij Mir“ (die sich vor allem mit Kultur- und Sprachförderung beschäftigt).

In der jüngsten Rhetorik des russischen Staates werden die Diskurse von Eurasismus und „russkij mir“ immer klarer voneinander abgegrenzt. Während „russkij mir“ sich allmählich zu einer bio-politischen Doktrin entwickelt, die auf den Schutz der imaginären, transterritorialen

Gemeinschaft der Russischsprechenden zielt, wird Eurasismus zunehmend mit der Schaffung der so genannten Eurasischen Union (von Russland, Belarus und Kasachstan) in Verbindung gebracht und befasst sich stärker mit den politischen Prozessen als mit Identitätsdiskursen.

„Russkij mir“ und der neue russische Patriotismus

Der Krieg in der Ukraine markierte für die Idee von „russkij mir“ den Übergang von einer diskursiven Imperiums- und Nationsbildung hinein in den Bereich politischer Programmatik. Als Dachbegriff für verschiedene religiös verbrämte großrussische Ideale liefert das Konzept von „russkij mir“ nun den prorussischen Kämpfern in der Ostukraine eine wichtige Legitimationsgrundlage.

Mit der Intervention auf der Krim und später im ostukrainischen Donbass hat Russland nicht nur die Identität der Ukraine als einer Nation in Frage gestellt; es hat zugleich alternative Identitäten angeboten. Es ist nicht überraschend, dass das rhetorische Arsenal und die neuen Kollektivsymbole aus dem Umfeld der russischen Staatsführung stammen und besonders massiv nach der Krim-Annexion in Umlauf gesetzt wurden. In seiner Rede vom 18. März 2014 bezeichnete Präsident Putin die Russen als „geteiltes Volk“ und öffnete damit die Pandora-Büchse des ethnischen Irredentismus. Zugleich führt Putin den geohistorischen Begriff „Noworossija“ (d. h. „Neurussland“) ins Feld, der einige Regionen der Ukraine zur historisch angestammten Provinz Russlands macht. „Neurussland“ wird damit zur Parole eines Kampfes um neue politische Realitäten – ja, zur militärischen Ermächtigung.

Der neue russische Irredentismus manifestiert die Krise der russischen Selbstwahrnehmung und macht deutlich, dass die heutige Ukraine-Krise nicht zuletzt auch eine Russland-Krise ist. Denn anders als in vielen anderen post-imperialen Staaten, wo es absolut normal ist, Plural-Wörter wie „*English-speaking countries*“ oder „*deutschsprachige Länder*“ zu verwenden, konnte sich in Russland ein in dieser Weise manifestiertes post-imperiales Verständnis der russischen Sprache und Kultur nur sehr begrenzt entwickeln. In den offiziellen Dokumenten der Russischen Föderation wird die russischsprachige Bevölkerung in anderen Staaten unter dem Begriff „Landsleute im Ausland“ zusammengefasst, ungeachtet der Tatsache, dass diese „Landsleute“ andere Staatsbürgerschaften haben.

Die irredentistische Haltung ist bisher zwar nicht zu einer offiziellen Ideologie des russischen Staates aufgestiegen, ist aber seit Langem im geistigen und intellektuellen Leben Russlands sichtbar. Exemplarisch dafür stehen die Werke von Zachar Prilepin – eines der Shooting-Stars der gegenwärtigen russischen Prosa. Sein Roman „Sankya“, der lange die russischen Bestseller-Listen beherrschte, ist ein offenes Bekenntnis zum politischen Radikalismus. Der Protagonist des Romans, ein junger Mann namens Sascha Tischin, ist ein Mitglied einer Untergrundbewegung, die

Die russische Selbst-Rettung beginnt mit der Rettung der eigenen „Landsleute“ im Ausland.

ihn eines Tages nach Lettland schickt, um dort Vergeltungsaktionen gegen die Unterdrückung der russischen Minderheit zu organisieren. Später kehrt er nach Russland zurück und

wird dort zum Anführer einer blutigen Revolte mit ungewissem Ausgang. Die Wahl Lettlands als eines symbolischen „Zünders“ für die bevorstehende russische Revolution ist aus mehreren Gründen bedeutsam. Während die erträumte nationale Renaissance Russlands sich nur zögerlich entfalten kann, wird das nationale „Wir“ außerhalb der Landesgrenzen aufgespürt: Die russische Selbst-Rettung beginnt mit der Rettung der eigenen „Landsleute“ im Ausland.

Dieser Gestus lässt sich nun auch im propagandistischen Umgang mit der ostukrainischen Bevölkerung erkennen: Diese Bevölkerung ist kein Subjekt, sondern ein Objekt imperialer Sorge. Auch Neurussland ist in diesem Diskurs nur ein „archimedischer Punkt“, der vor allem die tiefgreifenden politischen Veränderungen im russischen „Stammland“ ermöglichen soll. Der Krieg in der Ukraine hat jedoch die fundamentalen Schwächen von „russkij mir“ als einer transnationalen Schicksalsgemeinschaft offenbart. Angesichts der separatistischen Bestrebungen und der drohenden russischen Invasion ist in den Städten und Regionen „Neurusslands“ eine Wiederentdeckung oder gar Neuerfindung eines ukrainischen Bürgersinns eingetreten, der sich auf unterschiedliche Art und Weise artikuliert. Die politische Loyalität und die Bereitschaft, den ukrainischen Staat zu verteidigen, haben die Fragen der kulturellen, sprachlichen oder konfessionellen Präferenzen als belanglos erscheinen lassen. Auf den beiden Seiten der Front stehen nun Menschen gegeneinander, die größtenteils dieselbe (russische) Sprache sprechen und vor denselben (russischen) Ikonen beten. Gerade dort, wo „russkij mir“ sich am schnellsten entfalten sollte, wird er nun vehement abgelehnt.

Die harte Hand des großen Bruders

Wie Russland den postsowjetischen Raum integrieren will

Dr. phil. Susanne Spahn lebt als freie Journalistin, Historikerin und Politologin in Berlin. Sie berichtete 2010/2011 aus Moskau für die „Welt“, „ZEIT online“, „Deutsche Welle“ und andere Medien. 2011 erfolgte ihre Promotion über die Außenpolitik Russlands gegenüber der Ukraine und Belarus seit 1991.

Das Jahr 2014 markiert eine Zäsur in der russischen Außenpolitik: Erstmals in der Geschichte seiner Unabhängigkeit seit 1991 hat Russland mit dem Anschluss der Krim fremdes Territorium annektiert. In der Ostukraine führt Russland einen nicht erklärten Krieg. Die Anwendung von Gewalt ist eine Reaktion auf das Scheitern der bisherigen Integrationspolitik im postsowjetischen Raum. Mit der Eurasischen Wirtschaftsunion will Russland seine Einflussosphäre konsolidieren und eine Assoziierung der Nachbarstaaten mit der EU verhindern.

Russland verstößt mit der militärischen Intervention in der Ukraine gegen zahlreiche Abkommen, die es unterzeichnet hat, unter anderem das Budapester Memorandum von 1994 und den ukrainisch-russischen Freundschaftsvertrag von 1997, in denen es die Unabhängigkeit der Ukraine nicht nur anerkannte, sondern ihr sogar Sicherheitsgarantien gab. Allerdings bezeichnete schon der damalige ukrainische Präsident Leonid Kutschma diese als unzureichend: „Wenn Russland morgen auf der Krim einmarschiert, wird keiner auch nur die Augenbraue heben.“ Diese Aussage Kutschmas vor 20 Jahren sollte sich als prophetisch erweisen. Es stellt sich die Frage, warum Russland die Ukraine mit Gewalt in seinem Einflussbereich halten will. Angesichts der Aktualität des Themas wird im Folgenden zunächst die Außenpolitik Russlands gegenüber der Ukraine erläutert. Daran schließen sich die Integrationsprojekte im postsowjetischen Raum an. Russland agiert dabei in Konkurrenz zur

„Östlichen Partnerschaft“ der EU¹. Gegenüber der EU und dem Westen betreibt Russland eine Politik der Selbstisolation.

Zum Verständnis der russischen Außenpolitik ist ein Blick auf die Geschichte notwendig. Eine Begründung für die Vereinigungsbestrebungen Russlands mit Belarus und der Ukraine ist die Idee der ostslawischen Gemeinschaft.

Was ist die ostslawische Gemeinschaft?

Das russische Verständnis von der historischen Gemeinschaft der Ostslawen bezieht sich primär auf das gemeinsame Erbe der Kiewer Rus

Eine Begründung für die Vereinigungsbestrebungen Russlands mit Belarus und der Ukraine ist die Idee der ostslawischen Gemeinschaft.

sowie auf die gemeinsame Vergangenheit im Russischen Reich und in der Sowjetunion. Die Idee hat auch eine ethnische Komponente: Die Russen sehen Ukrainer und Belarussen als Teil ihrer eigenen Nation. Das Zu-

sammengehörigkeitsgefühl der Russen, Ukrainer und Belarussen ist immer noch stark. Nach einer Umfrage des russischen Levada-Zentrums aus dem März 2015 antworteten 52 Prozent der Befragten auf die Frage „Sind Russen und Ukrainer ein Volk?“ mit „ja“.

Die gemeinsame Geschichte wird zum Mythos in der russischen Propaganda: Die russische Führung spricht vom „einheitlichen Volk“ der Russen und Ukrainer. Präsident Wladimir Putin verweist häufig auf die Wiege Russlands in Kiew und in der Kiewer Rus. Damit folgt er alten nationalistischen Geschichtsbildern, die von der modernen Forschung widerlegt wurden. Bei der Kiewer Rus handelt es sich um ein vormoderne Vielvölkerreich, das die Wiege aller drei Nationen, also der Russen, Ukrainer und Belarussen ist.

1999 unternahm Russland einen Versuch, die ostslawische Gemeinschaft wieder zu errichten, indem es den Unionsstaat mit Belarus gründete, der Ukraine stand der Beitritt offen. Anders als Belarus setzte sich die Ukraine aber maximal gegenüber Russland ab und ließ sich kaum in postsowjetische Integrationsprojekte einbinden. Dies geschah trotz

1 Dieses Programm wurde 2009 in Prag beschlossen und soll dazu dienen, die gesellschaftliche Transformation in der Ukraine, in Weißrussland, der Republik Moldau, Armenien, Georgien und Aserbaidshan zu unterstützen und diese Länder letztlich näher an die Europäische Union heran zu führen. (Anmerkung d. Redaktion)

wirtschaftlicher Notwendigkeiten, denn die Ukraine ist von russischen Energieimporten abhängig und wirtschaftlich eng mit Russland verflochten.

Die Ukraine ist auch der Eurasischen Wirtschaftsunion fern geblieben: Die Eurasische Wirtschaftsunion ist Putins geopolitisches Kernprojekt – der Versuch, eine von Russland dominierte Union als Gegengewicht zur EU zu etablieren und damit die russische Einflussphäre im postsowjetischen Raum zu sichern. In dem gemeinsamen Binnenmarkt mit 170 Millionen Menschen soll ab 2015 Freiheit für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit herrschen.

Warum weigert sich die Ukraine, dem Unionsstaat und der Eurasischen Wirtschaftsunion beizutreten?

Meine These lautet, dass die Idee der ostslawischen Gemeinschaft als Integrationstheorie scheiterte, weil sie die Dominanz Russlands als ostslawische Führungsnation impliziert – die von der Ukraine aber nicht mehr akzeptiert wird. Das zeigt ein kurzer Überblick über die Integrationspolitik Russlands gegenüber der Ukraine: Die Ukraine ist für Russland das wichtigste Land im postsowjetischen Raum, den Russland seit Beginn der neunziger Jahre als „nahes Ausland“ bezeichnet. Bereits die „Kosyrew-Doktrin“, benannt nach dem damaligen Außenminister Andrej Kosyrew, erhob die GUS zur „Sphäre lebenswichtiger Interessen“ der Russischen Föderation. Damit schrieb Russland seine wirtschaftliche, militärische und politische Hegemonie fest.

Die Vorstellung vom postsowjetischen Raum als russischem Einflussbereich prägt die außenpolitischen Konzeptionen bis heute. Bereits seit 1993 sieht sich Russland als Verteidiger der Rechte seiner „Landsleute“ in den GUS-Staaten. Diese Vorstellungen erlebten ihre Neuauflage in der so genannten Medwedev-Doktrin, die anlässlich des Krieges in Georgien 2008 entwickelt wurde: Demnach ist der Einsatz von Militär zum Schutz der Russen im Ausland erlaubt. Auf die Ukraine entfällt der Löwenanteil der ethnischen Russen außerhalb der Russischen Föderation: 11,4 Millionen Russen, das entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung der Republik von etwa 22 Prozent.

Die Ukraine ist für Russland das wichtigste Land im postsowjetischen Raum, den Russland seit Beginn der neunziger Jahre als „nahes Ausland“ bezeichnet.

Bereits in den neunziger Jahren belastete der Streit um die territoriale Zugehörigkeit der Krim und den Status Sewastopols das Verhältnis zur Ukraine erheblich. Die Hafenstadt Sewastopol als Basis der Schwarzmeerflotte und die Krim haben für Russland strategische Bedeutung.² Die russische Öffentlichkeit war schockiert, als die Ukraine und die Nato 1997 ihre „besondere Partnerschaft“ begründeten. Den entscheidenden Impuls für diesen Schritt hatten die Drohgebärden der russischen Duma gegeben, die ein Ende der Teilung der Schwarzmeerflotte gefordert hatte und auf dem russischen Status von Sewastopol beharrte. Die „besondere Partnerschaft“ mit der Nato war somit ein Hilfesuch an den Westen angesichts andauernder – wenn auch nicht offizieller – revanchistischer Ansprüche Russlands und der Furcht, die russische Führung könne sich dem Druck der nationalpatriotischen Kräfte beugen. Dies ist sehr wichtig für das Verständnis der heutigen Situation: Die Kooperation der Ukraine mit der Nato war die Reaktion auf die andauernde Bedrohung Russlands, nicht die Nato bedrohte Russland, wie es die heutige russische Propaganda glauben machen will. Die Kooperation der Ukraine mit der Nato belastet seitdem das bilaterale Verhältnis. Der Streit kulminierte 2007/2008, als die Ukraine sich um einen Beitritt bemühte. Die Verhinderung des Beitritts hat seitdem absolute Priorität in der russischen Ukraine-Politik.

Russland gründete 2003 den Einheitlichen Wirtschaftsraum (EWR) mit dem Ziel eines gemeinsamen Binnenmarktes, um die Ukraine einzubinden. Dennoch scheiterte der EWR: Die Ukraine war nur zur Schaffung einer Freihandelszone bereit, eine Zollunion wurde abgelehnt. Russland forderte politische Zugeständnisse, zu denen die Ukraine nicht bereit war. Das Projekt stagnierte schon 2004 und war auch in seiner Neuauflage 2012 für die ukrainische Führung unter dem damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch nicht attraktiv.

Der Einsatz von Gewalt seit 2014 ist die Reaktion auf das Scheitern der bisherigen Integrationspolitik: Die außenpolitischen Instrumente – wirtschaftliche Druckmittel und Subventionen – sind nicht zukunftsfähig. Russland verfügt über kein attraktives Integrationsmodell, das der Konkurrenz mit der EU standhalten könnte. Russland ist autoritär und wirtschaftlich rückständig. Für die Ukraine ist die Kooperation eine

2 Vgl. dazu auch die Hinweise im Beitrag von Christof Dahm: Krim – Zankapfel zwischen der Ukraine und Russland. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 15 (2014), H. 4, S. 243.

Zwangsjacke, aus der sie sich befreit, sobald sie dazu wirtschaftlich in der Lage ist. Die Integration mit dem autoritären Russland ist nur nach dem Modell der Wiederherstellung der Hegemonie Russlands und der Rolle des „jüngeren Bruders“ für die Ukraine möglich. Diese Machtkonstellation hatte bis zum Zerfall der Sowjetunion 1991 Bestand. Dieses Modell ist hinfällig, da die Ukraine die russische Dominanz nicht mehr akzeptiert. Die Versuche Russlands, die ostslawische Gemeinschaft zu bewahren, sind gescheitert. Dennoch hält Russland am Unionsstaat und der Eurasischen Wirtschaftsunion fest und will sich nicht von seiner Rolle als ostslawische Führungsnation verabschieden. Dies ist jedoch mehr Anspruch als Realität. Seit Anfang 2014 will Russland diesen Anspruch mit Gewalt durchsetzen. 2014 ist deshalb eine Zäsur in der russischen Außenpolitik: Sie kennzeichnet den Übergang von einer hegemonialen zu einer imperialen Außenpolitik, die die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine nicht mehr anerkennt.

Welche Ziele verfolgt Russland gegenüber der Ukraine?

Außenpolitisch ist die Intervention eine Reaktion auf das Scheitern der bisherigen Integrationspolitik. Wenn eine Integration in die russisch dominierten Projekte nicht erreicht werden kann, so soll doch die Westbindung der Ukraine verhindert werden. Innenpolitisch ist die Außenpolitik die zentrale Legitimationsquelle des Regimes Putin, nachdem der wirtschaftliche Modernisierungskurs gescheitert ist. 70 Prozent der Bevölkerung unterstützt nach Umfragen des russischen Levada-Zentrums vom April 2015 die Annexion der Krim. Das oberste Ziel der russischen Führung ist der Machterhalt: Eine Demokratisierung des autoritären Regimes muss verhindert werden. Eine wirtschaftlich starke und demokratische Ukraine ist eine Gefahr für die russische Führung, die einen spill over-Effekt (Übertragungseffekt) fürchtet.

Die russische Außenpolitik bedient sich seit Anfang 2014 einer Kombination von Instrumenten. Vorrangig sind *militärische Mittel*: die Unterstützung der prorussischen Kräfte in der Ostukraine mit Waffen und Soldaten. Trotz der beiden Minsker Abkommen, bei denen eine Waffenruhe vereinbart wurde, destabilisiert Russland weiter den Donbass. Auf internationaler Ebene wird Dialogbereitschaft vorgetäuscht, gleichzeitig werden militärische Tatsachen geschaffen. Soldaten und Militärfahrzeuge werden ohne Hoheitszeichen eingesetzt, der Krieg nicht offiziell erklärt. Dabei kommen auch *wirtschaftliche Druckmittel*

zum Einsatz: Russland verhängt Einfuhrverbote für zahlreiche ukrainische Lebensmittel und droht mit Importzöllen, sollte das Freihandelsabkommen mit der EU in Kraft treten. Begleitet werden diese Maßnahmen mit einer internationalen Propagandakampagne. Dies sind die Elemente eines hybriden Krieges, der bereits Anfang 2013 vom russischen Generalstab konzeptionell entwickelt worden war – also ein Jahr vor der Intervention in der Ukraine.

Der Machtwechsel in Kiew im Februar 2014 war Auslöser, nicht Ursache dieses Krieges. Der Krieg richtet sich nicht nur gegen die demokratische Führung der Ukraine, sondern auch gegen Nato und EU, die als geopolitische Gegner Russlands im postsowjetischen Raum wahrgenommen werden. Russland führt über die Separatisten in der Ostukraine einen Stellvertreterkrieg gegen den Westen, der als Drahtzieher des Machtwechsels in der Ukraine gilt. Ursache des Krieges ist, dass Russland weder eine Demokratisierung noch eine Westbindung der postsowjetischen Staaten duldet. Russland wird den Konflikt im Donbass militärisch und propagandistisch befeuern, bis es seine Ziele erreicht hat. Da eine Integration der Ukraine in die Eurasische Wirtschaftsunion derzeit nicht realistisch ist, soll zumindest eine Annäherung an den Westen verhindert werden. Ein erster Teilerfolg wurde bereits erzielt: Die Gründung der Freihandelszone mit der EU wurde auf Anfang 2016 verschoben. Über den Krieg im Donbass kann Russland ähnlich den eingefrorenen Konflikten in Moldau und Georgien seinen Einfluss in der Ukraine wahren und das Land dauerhaft destabilisieren. Das mögliche Kalkül ist dabei, die Zeit für sich arbeiten zu lassen, bis die Ukraine als Staat scheitert und der Regimewechsel rückgängig gemacht werden kann – mit einer neuen russlandfreundlichen Regierung.

Während die Ukraine, Moldau und Georgien das Ausscheren aus der russischen Hemisphäre mit der Besetzung von Teilen ihres Landes bezahlen, wählen andere Staaten wie Kasachstan und Belarus den Weg der Kooperation mit Russland, vor allem innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion. Geostrategische Interessen gaben den Ausschlag bei dieser Initiative, Putin führte dazu in einem Beitrag in der Zeitung *Iswestija* aus: „Wir schlagen das Modell einer starken supranationalen Vereinigung vor, die fähig ist, einen der Pole der heutigen Welt zu bilden.“³

3 Erschienen am 03.10.2011 (<http://izvestia.ru/news/502761>). Vgl. zum Kontext auch <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/192845/analyse-wiedervereinigt-wider-willen>.

Wenn es der russischen Führung gelingt, Russland als bedeutendes Machtzentrum in einer multipolaren Weltordnung zu verankern, dient dies auch ihrem eigenen Machterhalt.

Das wirtschaftliche Interesse Russlands am gemeinsamen Binnenmarkt spielt eine untergeordnete Rolle, denn nur ein geringer Teil des russischen Außenhandelsvolumens entfällt auf Belarus und Kasachstan. Umgekehrt ist Russland für Belarus der mit Abstand wichtigste Handelspartner, Kasachstan wickelt etwa ein Sechstel seines Handels mit Russland ab.

Perspektiven der Eurasischen Wirtschaftsunion

Der Vertrag zur Eurasischen Wirtschaftsunion trat Anfang 2015 in Kraft, ohne dass die ihr vorausgehende Integrationsstufe der 2010 beschlossenen Zollunion erreicht worden wäre. Die Partner der Zollunion sind von einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber Drittstaaten weit entfernt, wie der Konflikt um die Ukraine zeigte. So droht Russland, Importzölle auf ukrainische Waren zu erheben, wenn das Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine in Kraft treten sollte. Zwar wurde die Implementierung des wirtschaftlichen Teils des Assoziierungsabkommens auf 2016 verschoben, aber die russische Regierung erließ bereits vorsorglich eine entsprechende Verfügung. Die Drohkulisse Russlands erhält jedoch Risse, weil sich ausgerechnet die Bündnispartner Belarus und Kasachstan widersetzen. Beide Staaten haben eine Resolution beim Rat der Eurasischen Wirtschaftskommission über ein neues Handelsregime mit der Ukraine abgelehnt. Nun kann Russland immer noch im Alleingang handeln. Aber die Handelsbarrieren können umgangen werden, indem ukrainische Exporteure ihre Waren über Belarus auf den russischen Markt bringen.

Aber es ist nicht nur die fehlende Einigkeit in der Handelspolitik, auch untereinander leidet der Handel: „Bis zu einem gemeinsamen Markt ist es noch weit. Es gibt noch nicht einmal den absolut freien Warenverkehr“, kritisierte der Moskauer Wirtschaftswissenschaftler Aleksandr Knobel vom Gajdar-Institut für Wirtschaftspolitik im Gespräch mit der Autorin.

Ob die Eurasische Wirtschaftsunion das Wirtschaftswachstum der Mitgliedsstaaten fördert, wird die Zukunft zeigen. Wissenschaftler bezweifeln jedoch, dass der Zusammenschluss dreier Staaten mit ineffizienten wirtschaftlichen Strukturen die Modernisierung vorantreiben

und die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken wird. Zwei der Partner, Russland und Kasachstan, weisen eine starke Rohstoffabhängigkeit auf, ihr Anteil von Öl und Gas am Export beträgt etwa drei Viertel. Wichtiger – aus der Perspektive Russlands – ist die *politische Funktion* der Union: Die Eurasische Wirtschaftsunion soll Russlands Dominanz im postsowjetischen Raum zementieren. Denn die Mitgliedsstaaten sind nur auf den ersten Blick gleichberechtigt: Die Räte sind paritätisch besetzt und entscheiden im Konsens. Umgesetzt werden die

Die Eurasische Wirtschaftsunion soll Russlands Dominanz im postsowjetischen Raum zementieren.

Beschlüsse von der Kommission, deren Zusammensetzung sich nach dem bisherigen Zollaufkommen richtet. So sind 84 Prozent der mehr als 1.000 Beamten in dem Gremium mit Sitz in

Moskau Russen, Kasachstan stellt zehn Prozent und Belarus sechs Prozent der Mitarbeiter. Obwohl Putin Wert darauf legt, die Eurasische Wirtschaftsunion nicht als Konkurrenzunternehmen zur EU darzustellen, und sie als „integralen Bestandteil eines größeren Europa“ bezeichnet, steht sie de facto im Gegensatz zur EU. Denn die Union verhindert, dass europäische Strukturen und Normen auf den postsowjetischen Raum ausgedehnt werden. Eine Mitgliedschaft in der Zollunion schließt den Freihandel mit der EU aus; so wird verhindert, dass die Adressaten der Östlichen Partnerschaft der EU Assoziierungsabkommen mit „tief greifendem und umfassendem Freihandel“ abschließen.

Dass die Eurasische Wirtschaftsunion ein wenig demokratisches Gebilde ist, verdeutlicht auch die Tatsache, dass zwei Staaten nicht ganz freiwillig beitraten. Belarus stand 2010/2011 kurz vor dem Staatsbankrott, als es der Zollunion beitrug und auch die zweite Hälfte des Aktienpakets an dem Gasverteiler Beltransgas an den russischen Konzern Gazprom verkaufte. Das politische Wohlverhalten belohnte Moskau mit wirtschaftlichen Präferenzen in Form von niedrigen Energiepreisen und Krediten. Ähnlich ging Russland auch bei Armenien vor, das auf die ursprünglich geplante Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU verzichtete und Anfang 2015 der Eurasischen Wirtschaftsunion beitrug. Hier waren vor allem sicherheitspolitische Argumente ausschlaggebend, denn Russland unterstützt Armenien im Konflikt mit Aserbaidschan um Berg-Karabach. Auch Armenien erhielt einen günstigen Gaspreis und trat den letzten Anteil an dem Pipelinennetz Armros-gas an Gazprom ab. Diese Politik aus wirtschaftlichem Druck und der Nutzung eingefrorener Konflikte wendet Russland auch bei Georgien

und der Republik Moldau an – die bislang dem Druck standhielten. Hier übt Moskau Einfluss über die abtrünnigen Provinzen Abchasien, Südossetien und Transnistrien aus. Zu den wirtschaftlichen Druckmitteln gehören Energielieferungen und Importverbote für georgische und moldauische Lebensmittel. Wenig erfolgreich war die Mischung aus wirtschaftlichem und militärischem Druck bislang auch im Fall der Ukraine. Allerdings wird die Ukraine möglicherweise für ihren Widerstand den Preis eines weiteren Transnistriens im Osten des Landes zahlen müssen.

Mit Blick auf die Verhinderung einer EU-Assoziierung war Russland hinsichtlich Belarus und Armeniens erfolgreich, bei der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien nicht. Aserbaidschan als sechstes Land der Östlichen Partnerschaft ist derzeit weder an einer Integration in die EU noch in die Eurasische Wirtschaftsunion interessiert.

Literaturhinweise:

Hannes Adomeit: Die Eurasische Union: Reintegration des postsowjetischen Raums oder Teil einer Gemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok? In: Eckart D. Stratenschulte (Hrsg.): Heilsame Vielfalt? Integrationsstrukturen in Europa. Baden-Baden 2014, S. 229-278.

Canan Atilgan (u. a.): Die Eurasische Union. Ein Integrationsprojekt auf dem Prüfstand. (KAS Auslandsinformationen 2/2014)

Susanne Spahn: Warum die ostslawische Gemeinschaft der Russen, Belarussen und Ukrainer gescheitert ist. In: Agnieszka Gasior, Lars Karl, Stefan Troebst (Hrsg.): Post-Panslavismus. Slavizität, Slawische Idee und Antislavismus im 20. und 21. Jahrhundert. (Moderne europäische Geschichte, Bd. 9). Göttingen 2014, S. 258-273.

Susanne Spahn: Staatliche Unabhängigkeit – das Ende der ostslawischen Gemeinschaft? Die Außenpolitik Russlands gegenüber der Ukraine und Belarus seit 1991. (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa, Bd. 19). Hamburg 2011.

Entwicklungsgrenzen für Russlands Volkswirtschaft

Dr. Roland Götz hat am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln und an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin die Wirtschaft der Sowjetunion und Russlands analysiert.

Russlands Volkswirtschaft gehört, gleichauf mit der Deutschlands, zu den größten der Welt. Das Land hatte dank seines Erdölexports bei steigendem Ölpreis die Transformationsrezession der 1990er Jahre überwinden können und einen starken, 2008/2009 nur kurzfristig unterbrochenen Wirtschaftsaufschwung erlebt. Seit jedoch der Schieferölboom in den USA eine Ölschwemme auf dem Weltmarkt auslöste und der Ölpreis stark zurückging, fällt der Ölexport als Lokomotive der Wirtschaftsentwicklung Russlands weitgehend aus. Russland Wirtschaft stößt an Entwicklungsgrenzen, die nur durch eine Modernisierung der gesellschaftlichen Institutionen überwunden werden können.

Russlands Volkswirtschaft im Ländervergleich

Russlands Volkswirtschaft zählte vor dem Ersten Weltkrieg zu den größten der Welt. Das Land rangierte 1913 (in den Grenzen des zaristischen Imperiums, das Finnland, große Teile Polens, das Baltikum, die Ukraine, Weißrussland, Transkaukasien und Zentralasien einschloss) ökonomisch zwar weit hinter den USA, befand sich aber fast gleichauf mit Deutschland und Großbritannien an vierter Stelle.¹ Hundert Jahre später steht die Volkswirtschaft Russlands (in den seit 1991 bestehenden Grenzen), gleichauf mit der Deutschlands, auf dem fünften und sechsten Platz der Weltrangliste. Betrachtet man die EU als Wirtschaftsblock, hat

1 Roland Götz: Die wirtschaftliche Kluft zwischen Russland und dem Westen. In: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Rußland in Europa? Innere Entwicklungen und internationale Beziehungen – heute. Köln (u. a.) 2000, S. 135 -150, hier S. 136.

Russland mit ihr und den USA im Westen sowie China im Südosten Nachbarn, die es ökonomisch jeweils um das Fünffache überragen. Russland gehört somit heute weit weniger als vor hundert Jahren zum Klub der ökonomischen Großmächte (Tabelle 1).²

*Tabelle 1:
Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Bevölkerung im Ländervergleich 2013*

	<i>BIP *</i>	<i>Einwohner</i>	<i>Produktivität</i>
<i>Einheit</i>	<i>Billionen US-\$</i>	<i>Millionen</i>	<i>US-\$ pro Einwohner**</i>
EU	17,6	507	35.000
USA	16,8	316	53.000
China	16,2	1.357	12.000
Indien	6,8	1.252	5.000
Japan	4,7	127	37.000
Deutschland	3,5	81	43.000
Russland	3,5	144	24.000

* zu Kaufkraftparitäten (purchasing power parity). ** gerundet

Quelle: The World Bank (<http://data.worldbank.org/>)

Schon weil es das flächengrößte Land der Welt ist, besitzt Russland allerdings ein hohes und vielseitiges Potenzial an natürlichen Ressourcen. Dazu gehören neben land- und forstwirtschaftlichen Flächen und den Vorkommen an Metallerzen vor allem die fossilen Energierohstoffe Erdöl, Erdgas und Kohle. Russland steht bei der Gewinnung von Erdöl nach Saudi-Arabien an zweiter Stelle, bei Erdgas wird es von den USA übertroffen. Insgesamt nimmt es bei der Produktion fossiler Energieträger nach China und den USA den dritten Platz ein und übertrifft dabei die EU um das Vierfache (Tabelle 2). Bei

Vor hundert Jahren gehörte Russland zum Klub der ökonomischen Großmächte – das ist heute weit weniger der Fall.

² Die Arbeitsproduktivität im engeren Sinn ist als das Verhältnis der Produktion zum Arbeitseinsatz definiert. Dieser ist über die Beschäftigtenquote mit der Bevölkerungszahl verknüpft. Somit kann die gesamtwirtschaftliche Produktivität auch als das Verhältnis der Produktion zur Bevölkerung verstanden werden.

Bergbauerzeugnissen (Metallerze) steht Russland nach China und Brasilien, gleichauf mit Australien, an dritter Stelle.³

Tabelle 2:

Förderung von fossilen Energieträgern 2013

	<i>Erdöl</i>	<i>Erdgas</i>	<i>Kohle</i>	<i>Insges.</i>
<i>Einheit</i>	<i>Mt</i>	<i>Mtoe</i>	<i>Mtoe</i>	<i>Mtoe</i>
China	208	105	1.840	2.153
USA	446	627	501	1.574
Russland	531	544	165	1.240
Saudi-Arabien	542	93	*	635
Indonesien	43	63	259	365
EU	68	132	152	352
Kanada	193	139	*	332
Iran	166	150	*	316
Indien	42	30	229	301

* Keine Angaben. Bezeichnungen: Mt = Millionen t, Mtoe = Million tons oil equivalent. Umrechnung: 1 Mtoe = 1,11 Milliarden mt Erdgas = 1,5 Mio. t Steinkohle = 3 Mio. t Braunkohle

Quelle: BP Statistical Review 2014, (www.bp.com).

Russland kann als Energiegroßmacht gelten, doch folgt daraus angesichts der hohen gegenseitigen Abhängigkeit von Lieferanten und Abnehmern von Energieträgern keine außenpolitische Macht.⁴

Ölpreis und Wirtschaftswachstum

Russland hatte ab 1999 mit seinem Wirtschaftsmodell, das wesentlich auf Erdöllexport bei steigendem Ölpreis basierte, die Transformationsrezession der 1990er Jahre überwunden und einen starken, 2008/2009 nur kurzfristig unterbrochenen Wirtschaftsaufschwung erlebt.⁵ Seit 2013

3 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR): Vorkommen und Produktion mineralischer Rohstoffe – ein Ländervergleich. Hannover 2014, S. 15 f.

4 Roland Götz: Russland als Energieversorger Europas und Deutschlands. In: Welt-Trends, Mai/Juni 2009, S. 33-43.

5 Roland Götz: Wirtschaftsmacht Russland. Das Öl, der Aufschwung und die Stabilität. In: OSTEUROPA 58 (2008), H. 2, S. 21-32.

bewirkte der Schieferölboom in den USA, der das Land von Ölimporten unabhängig machte, jedoch eine Ölschwemme auf dem Weltmarkt. Die Lagerbestände stiegen und der Ölpreis begann zu sinken. In dieser Situation hätten die OPEC-Länder wie in früheren Fällen eines Überangebots an Erdöl durch Kürzung ihrer Förderquoten den Ölpreisrückgang aufhalten können. Dazu waren sie aber nicht bereit. Entscheidend war, dass Saudi-Arabien sich weigerte, als marktbestimmender Produzent die Hauptlast der Förderanpassung auf sich zu nehmen.

In Russland hat der im zweiten Halbjahr 2014 beginnende Rückgang des Ölpreises, zusammen mit den Auswirkungen der westlichen Sanktionen, das Wirtschaftswachstum 2014 bereits fast zum Erliegen gebracht.⁶ Der Rubel wertete gegenüber Dollar und Euro ab und spülte dadurch vermehrt einheimisches Geld in die Kassen der Exporteure, die damit den Staatshaushalt vor einem noch höheren Defizit bewahrten. Die Zentralbank stemmte sich durch Leitzinserhöhung gegen die durch die Abwertung angefachte Inflation. Gleichzeitig wurden Importe verteuert, was Waren aus Russland bessere Absatzchancen auf dem heimischen Markt eröffnete. Dieser Prozess der Importsubstitution ist auf dem Lebensmittelmarkt zu beobachten, weil Russland die Einfuhr von Agrarerzeugnissen aus den Ländern, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben, verboten hat. Auch militärische Erzeugnisse, die bisher aus westlichen Ländern sowie der Ukraine importiert wurden, müssen nun in Russland hergestellt werden. Freilich sind von der Importsubstitution, wie aus den Erfahrungen von Entwicklungsländern bekannt ist, keine raschen Wunder zu erwarten, weil die erforderlichen modernen Produktionsanlagen und Technologien für die Eigenproduktion nicht schnell genug entwickelt und aufgebaut werden können.

Der Ölexport ist, wie ökonometrische Untersuchungen bestätigen, die „Lokomotive“ der Wirtschaftsentwicklung in Russland.⁷ Wenn der Ölpreis für längere Zeit auf niedrigem Niveau verbleibt, wird Russlands Ölsektor an Entwicklungsgrenzen stoßen, denn in Russland wird überwiegend Erdöl auf Feldern gefördert, die bereits in den 1960er bis 1980er Jahren entdeckt und erschlossen worden sind und deren Förderung zurück geht. Prognosen besagen, dass die Ölförderung in

6 Zu den Sanktionswirkungen siehe Sabine Fischer: EU-Sanktionen gegen Russland. Ziele, Wirkungen und weiterer Umgang. Berlin 2015. [= SWP-Aktuell 26/2015]

7 Roland Götz: Stillstand. Russlands Wirtschaftswachstum nach dem Ölboom. In: OST-EUROPA 65 (2015), H. 1-2, S. 125-145.

Russland bis 2020 auf rund 500 Millionen Tonnen abnehmen und 2030 zwischen 400 und 440 Millionen Tonnen liegen wird.

Für Russlands Erdgasförderung sind die Prognosen dagegen übereinstimmend positiv – freilich hat Erdgas für Russland als Exportprodukt und Mittel der Generierung von Staatseinnahmen eine weitaus geringere Bedeutung als Erdöl, sodass eine steigende Gasförderung die volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer zurückgehenden Ölförderung nicht ausgleichen könnte. Russlands Regierung wie auch westliche

Das russische Wirtschaftswachstum hängt bis heute ganz überwiegend von der Entwicklung des Ölpreises ab.

Energieforschungsinstitute gehen von einem Anstieg der Erdgasförderung in Russland gegenüber 2012 um rund 150 Milliarden m³ zumindest bis 2035 aus, der nicht von den Produktionsmöglich-

keiten, sondern von der Nachfrage bestimmt wird. Diese wird in Europa, dem bisherigen Hauptabsatzmarkt für Russlands Erdgas, von den Auswirkungen des Schiefergas-Booms in den USA betroffen: Weil in den USA mehr Gas und weniger Kohle zur Elektrizitätserzeugung eingesetzt wird, sinkt der Kohlepreis auf dem Weltmarkt und das teurere Erdgas wird in Europa zunehmend durch die billigere Kohle verdrängt. Gleichzeitig aber forciert Chinas Regierung, um die gravierenden ökologischen Schäden der Kohleverstromung zu vermindern, den vermehrten Gaseinsatz in der Elektrizitätserzeugung und eröffnet damit Russlands Erdgas einen neuen Absatzmarkt.

Kapitalstock und Investitionen

Der „Ölboom“ der Jahre 2000-2008 war möglich gewesen, weil das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial bei weitem nicht ausgelastet gewesen war. Die gesamtwirtschaftliche Produktion war bis 1998 auf rund 60 Prozent des Werts von 1988 zurückgegangen. Der Kapitalstock, also das Sachanlagevermögen, hatte dagegen nach 1988 für ein Jahrzehnt stagniert, weil selbst die geringen Investitionen der 1990er Jahre zu seinem Erhalt ausreichten. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts bestand daher eine Kapazitätsreserve, die bei vergleichsweise geringen Investitionen eine Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts zuließ. Seither ist das Produktionspotenzial weitgehend ausgelastet und bedarf zu seiner Erneuerung und Erweiterung höherer Investitionen als in den Vorjahren. Bei Stagnation des Ölpreises und dem daraus resultierenden schwachen Impuls für das Wirtschaftswachstum sind aber nur niedrige Investitio-

nen zu erwarten, die ihrerseits die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen. Dabei ist die Investitionsquote in Russland, wenn sie zu Kaufkraftparitäten berechnet wird, ohnehin schon so niedrig, dass sie für den Ersatz des Kapitalverschleißes (die Reinvestitionen), kaum ausreicht. Denn während die amtliche Statistik für 2011 eine Investitionsquote von 21 Prozent ausweist, ergibt ihre Berechnung zu Kaufkraftparitäten zu in der OECD geltenden Durchschnittspreisen den Wert von nur 13 Prozent.⁸ Grund ist das in Russland im Vergleich zu den OECD-Ländern überhöhte Preisniveau für Investitionsgüter und Bauleistungen, was am mangelnden Wettbewerb in diesen Branchen liegt. Die geringe Investitionsquote ist hauptverantwortlich für den Rückstand der Produktivität, wie ihn Tabelle 1 ausweist.

Das Arbeitskräftepotenzial

Neben dem Realkapital ist der Arbeitskräfteeinsatz und dessen Produktivität der zweite wichtige Faktor, der den Umfang der Produktion und des möglichen Wirtschaftswachstums bestimmt. Das Arbeitskräftepotenzial hängt wiederum von der Bevölkerungsentwicklung ab. Für das nachsowjetische Russland war lange Zeit einerseits eine für Industrieländer typische niedrige Geburtenrate, andererseits eine für Industrieländer atypische hohe Sterblichkeit – vor allem im Alter zwischen 15 und 60 Jahren – kennzeichnend gewesen. Die Bevölkerung des Landes nahm daher in den 1990er Jahren ab. Dazu kam die Emigration gut ausgebildeter Arbeitskräfte, die im Westen nicht nur mehr verdienen konnten, sondern auch der in der Heimat herrschenden Willkür des staatlichen Apparats entgehen wollten. Dieser „brain drain“ wird zwar quantitativ durch die Immigration von Arbeitskräften aus Zentralasien ersetzt, die aber nicht die berufliche Qualifikation der Emigranten aufweisen.

Die Prognosen eines unaufhaltsamen Rückgangs der Bevölkerung haben sich allerdings nicht bewahrheitet. Seit 2006 stagniert die Bevölkerung Russlands bei 143-144 Millionen Menschen, weil die Zuwanderung zunahm, die Geburtenrate stieg und die Sterberate sank. Zukünftig

8 OECD: Purchasing Power Parities (PPP) Statistics. 2011 Benchmark results, Tab. 1.7 (<http://stats.oecd.org/>). Dort werden die Sachanlageinvestitionen für 2011 mit 438 Milliarden US-\$ (zu OECD-Preisen) gegenüber einem BIP von 3.380 Milliarden US-\$ (zu OECD-Preisen) ausgewiesen, was eine Investitionsquote von 13 % ergibt.

könnte das Arbeitskräftepotenzial aber deutlich sinken, weil die geburtenstarken Jahrgänge der späten Sowjetunion aus dem Erwerbsleben ausscheiden und die nachrückenden Kohorten der nach 1990 Geborenen um die Hälfte kleiner sind.⁹ Auch der Migrationsüberschuss von rund 300.000 Menschen pro Jahr kann diesen Verlust nicht ausgleichen.

Wirtschaft und Gesellschaft

Neben den traditionellen Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit ist in jüngerer Zeit die Qualität der Institutionen stärker ins Blickfeld der Wachstumstheorie geraten. Forscher wie Daren Acemoglu sehen sie als entscheidend für die langfristige Wirtschaftsentwicklung an.¹⁰ Während in Russland viel von technologischer Modernisierung und bestenfalls von der Verbesserung der staatlichen Industriepolitik die Rede ist, wäre eine Modernisierung der Institutionen der Gesellschaft vordringlicher.

Ökonomische Modernisierung, die sich nicht nur auf Industriepolitik und Technologieförderung beschränkt, verlangt, formellen Regeln in der Wirtschaft Geltung zu verschaffen sowie Wettbewerb zu organisieren und zu bewahren. Was aber verhindert eine derartige Modernisierung der Gesellschaft und damit auch der Wirtschaft Russlands? Die Macht ist in Russland in Netzwerken zentriert, die sich informeller Praktiken bedienen und die formale verfassungsmäßige Ordnung aushebeln. Liberale wirtschaftspolitische Ansätze lassen sich nur in der Politik der Zentralbank, in der Privatisierungspolitik, der Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen sowie in der Wettbewerbspolitik erkennen.

Andererseits werden in der Industriepolitik Zugeständnisse an die traditionellen Kräfte gemacht.

Das Putinsche Regime macht die Dominanz der Exekutive und die Abhängigkeit von staatlicher Umver-

teilung zu konstitutiven Elementen des Staatsaufbaus. Soziale Gemeinsamkeit, die Voraussetzung für eine Selbstorganisation und Ausdifferenzierung der Gesellschaft ist, fehlt dagegen. Sie wird ersetzt durch ein

Für die Entwicklung Russlands wäre eine Modernisierung der gesellschaftlichen Institutionen vordringlicher als technologische Verbesserungen.

⁹ Steffen Kröhnert, Stephan Sievert: Im Altern geeint. Demographische Trends im Osten Europas. In: OSTEUROPA 60 (2010), H. 5, S. 77-96, hier S. 85-95.

¹⁰ Daren Acemoglu, Simon Johnson, James A. Robinson: Institutions as Fundamental Cause of Long-Run Growth. In: Philippe Aghion, Steven N. Durlauf (Hrsg.): Handbook of Economic Growth, 2005, Vol. 1, Part A, S. 386-472.

paternalistisches System auf lokaler, regionaler und föderaler Ebene. Eine Vielzahl von korrupten und mafiösen Netzwerken hilft den herrschenden Kreisen, ihre materiellen Interessen zu schützen. Die politische Führung verhindert auf diese Weise das Entstehen einer modernen Gesellschaft, weil diese dem herrschenden Regime als Gefahr erscheint.¹¹

An die Stelle der Klischees der sowjetischen Ideologie sind die Thesen rechtsradikaler Publizisten getreten. Diese beschwören die geistige und religiöse Einheit der „russisch Denkenden“ („Russische Welt“), den Glauben an eine spezifische und überlegene russische Kultur und die Abgrenzung zum „liberalen“ Westen.¹² Erstmals seit der Spätzeit der Sowjetunion besitzt Russland damit wieder eine nicht nur staatlich legitimierte, sondern auch im Staatsapparat weithin akzeptierte Weltanschauung, die in ihrem Antiwestlertum und Antiamerikanismus den sowjetischen Marxismus-Leninismus weit übertrifft und – weil sie weitgehend mit dem Denken der westeuropäischen Neuen Rechten übereinstimmt – dem Kreml zudem Verbündete aus dem rechtsradikalen Lager in europäischen Ländern und den USA zuführt.¹³

Solange die Gesellschaft in dem beschriebenen Zustand verharret – und die innenpolitische Entwicklung unter Putin lässt es befürchten – wird Russland seine Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Entwicklung nicht ausschöpfen können und eine vom Ölpreis abhängige, krisenanfällige Volkswirtschaft bleiben.

11 Richard Sakwa: Anatomie einer Blockade. Stillstand im Doppelstaat Russland. In: OST-EUROPA 62 (2012), H. 5-6, S. 45-54, hier S. 52 f.

12 Vgl. dazu den Beitrag von Oleksandr Zabirko in vorliegendem Heft.

13 Achim Spanger: Unheilige Allianz. Putin und die Werte. In: OSTEUROPA 64 (2014), H. 1, S. 43-62, hier S. 52-55. – Roland Götz: Die andere Welt. Im *Izborsker Klub*: Russlands Antiwestler. In: OSTEUROPA 65 (2015), H. 3, S. 109-138.

Die Putin-Doktrin – eine Gefahr für die europäische Sicherheit

Ruprecht Polenz war von 1994 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 2005 bis 2013 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Seit 2013 ist er Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde.

Mit der völkerrechtswidrigen Annektierung der Krim und der andauernden militärischen Aggression gegen die Ukraine verletzt der Kreml die Prinzipien der Charta von Paris von 1990, auf denen der Frieden in Europa beruht und die auch Russland unterschrieben hat. Deutschland und die EU müssen sich darauf einstellen, dass ihr Verhältnis zu Russland für längere Zeit auch durch Konfrontation geprägt sein wird. Die EU muss geschlossen und in enger Abstimmung mit den USA agieren, um ihr langfristiges Ziel zu erreichen: einen gemeinsamen Wirtschafts- und Sicherheitsraum, der auch Russland umfasst.

I.

Ein Video von der Siegesparade auf dem Roten Platz im Jahr 2005. Das ist nur zehn Jahre her – doch was für ein Unterschied. Mit den Worten von Michail Zygar, dem Chefredakteur von „TV-Dozhd“:

„Schaut und fühlt den Unterscheid. Keinerlei Militärtechnik. Die Hauptrolle bei der Parade spielen die Veteranen. Sie sind auch die wichtigsten Gäste. Wladimir und Ludmila (!) Putin kommen zu Fuß auf den Roten Platz. Sie setzen sich neben George Bush und seine Frau Laura. Dort sitzen auch alle Führer der G 8 (außer Blair). Und der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko sitzt in der ersten Reihe. Die Parade wird von Verteidigungsminister Sergej Iwanow abgenommen (damals noch Nachfolger). ‚Wir verneigen uns vor dem Mut aller Europäer, die mit den Faschisten gekämpft haben‘, sagt Putin. ‚Wir haben die Pflicht, weder kalte noch heiße Kriege zuzulassen.‘ Während die russische Hymne gespielt wird, zeigt die Kamera Putin und Bush in der Nahaufnahme. Nachdem die Hymne ausgeklungen ist, sagt Bush Putin irgendetwas

Angenehmes und der russische Präsident nimmt Bush lächelnd bei der Hand. Die Moderatoren der Fernsehübertragung tragen Georgsbänder. Nur sie, denn es ist das erste Jahr, in dem sie wieder auftauchen. Wie lang ist das her!“

Nur zehn Jahre später, am 9. Mai 2015 ist aus dem Tag des stillen Gedenkens an die Opfer des Zweiten Weltkriegs in Putins Russland „ein Fanal des Größenwahns“ geworden, wie Viktor Jerofejew in der FAZ vom 9. Mai 2015 schreibt. „Der siebzigste Jahrestag des Sieges markiert den Beginn einer neuen Ära.“ Russland habe sämtliche moralischen und viele materiellen Verpflichtungen gegenüber dem Westen über Bord geworfen. Dieser Tag des Sieges sei ein willkommener Anlass, aller Welt zu zeigen, „dass sich das Land von diesen verlogenen Freundschaftsbanden befreit hat“. Das enorme Ausmaß der Siegesfeiern in Moskau, bei dem dieses Jahr Soldaten, Panzer, Raketen und Flugzeuge das Bild der Parade prägen, bediene ganz widersprüchliche Gefühle: „Sakrale Empfindungen, militärischen Stolz, metaphysische Selbstbespiegelung, Rachedurst, Kitschbedürfnisse, Sentimentalität, Rührseligkeit, schlecht versteckte Arglist und Drohgebärden“.

Viele westliche Staats- und Regierungschefs hatten aus Protest gegen Russlands Ukraine-Politik die Siegesfeiern in Moskau boykottiert. Nur etwas mehr als 20 Staatsgäste waren gekommen. Die Liste zeigt vor allem, wer alles fehlt, wie sehr Russland sich inzwischen selbst isoliert hat und auf wen sich die russische Diplomatie jetzt konzentriert: Ägypten, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, China, Indien, Kasachstan, Kirgistan, Kuba, Serbien, Südafrika, Tadschikistan, Venezuela, Zypern.

II.

Was bedeuten diese Entwicklungen für Deutschland? Wie werden, wie sollten sich die deutsch-russischen Beziehungen entwickeln? Welche Möglichkeiten haben wir, darauf Einfluss zu nehmen?

Um diese Fragen beantworten zu können, brauchen wir zunächst Klarheit darüber, was sich in der Politik des Kremls verändert hat, wo die Gründe dafür liegen und welche Ziele jetzt verfolgt werden. Daran lassen sich strategische Überlegungen anschließen, wie die deutsche Politik dazu beitragen kann, Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa zu sichern – am Besten mit Russland, aber notfalls auch in Konfrontation zu einer Politik des Kremls, die gegenwärtig das Fundament infrage stellt, auf dem der Frieden in Europa beruht.

Noch zu Zeiten des Kalten Krieges hatte 1973 der so genannte Helsinki-Prozess begonnen, der 1975 in die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki mündete. 35 Staaten, darunter alle europäischen Staaten (außer Albanien und Andorra) sowie Kanada, die USA und die Sowjetunion verpflichteten sich darin, folgende zehn Prinzipien einzuhalten: 1. Souveräne Gleichheit aller Staaten; 2. Keine Anwendung / Androhung von Gewalt; 3. Unverletzlichkeit der Grenzen; 4. Territoriale Integrität der Staaten; 5. Friedliche Regelung von Streitfällen; 6. Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; 7. Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit; 8. Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker; 9. Zusammenarbeit zwischen den Staaten; 10. Erfüllung völkerrechtlicher Verträge nach Treu und Glauben.

Auf diesen Helsinki-Prinzipien, die nach dem Ende des Kalten Krieges 1990 in der Charta von Paris von allen Beteiligten nochmals bekräftigt wurden, beruht der Frieden in Europa. Durch die militärische Invasion und die völkerrechtswidrige Annektierung der Krim hat Russland 2014 diese Prinzipien verletzt. Seitdem führt Russland Krieg gegen die Ukraine durch die militärische Unterstützung so genannter Separatisten im Donbass und mit eigenen Soldaten.

Gleichzeitig unterdrückt Putin mit immer weiter verschärften Gesetzen über Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) nicht nur die russische Zivilgesellschaft, sondern er sucht auch eine der wichtigsten europäischen Ideen zu unterbinden, die Frieden und Sicherheit bringen soll: den freien Austausch zwischen Bürgern. Schon seit 2012 mussten

*Demokratisierung Russlands unerwünscht
– das ist die klare Botschaft Putins an
Deutschland und Europa.*

sich russische Organisationen, die sich um Menschenrechte, Erinnerung und Austausch kümmern und dafür auch Geld aus dem Ausland erhalten, als „ausländische Agenten“ registrieren

lassen. Jetzt erlauben es neue Regelungen, dass die Behörden ausländische Stiftungen oder NGOs zu „unerwünschten Organisationen“ erklären können, wenn sie „die Sicherheit des Staates“ oder die „verfassungsmäßige Ordnung“ gefährden. Diese Gummi-Ermächtigung gestattet den Behörden uferlose Eingriffe, um den Kontakt von Russen zu unbequemen oder gar oppositionellen NGOs zu erschweren und zu unterbinden. Demokratisierung Russlands unerwünscht – das ist die klare Botschaft Putins an Deutschland und Europa.

Russen sollen möglichst auch nicht mehr ins Ausland reisen. In einer spektakulären „Reisewarnung“ rät die russische Regierung ihren Bürgern generell von Auslandsbesuchen ab. Jenseits der Landesgrenzen seien sie nicht sicher, heißt es. Das Außenministerium in Moskau erklärte im Mai, Russen seien in Drittstaaten vor Strafverfolgern oder Sondereinsatzkräften aus den Vereinigten Staaten nicht sicher: „Die amerikanischen Behörden setzen die inakzeptable Praxis fort, in der ganzen Welt Jagd auf Russen zu machen.“ Auch durch solche Reisewarnungen sucht der Kreml den freien Austausch und Kontakte von Russen zu Menschen anderer Länder zu unterbinden.

III.

Putin hat sehr genau verfolgt, wie schnell Mubarak gestürzt worden war. Die Rosen-Revolution in Georgien, die 2003 zum Sturz von Schewardnadse geführt hatte, die Orangene Revolution in der Ukraine 2004 und der überraschende Sturz von Janukowitsch 2014 haben Putins Angst vor einem russischen Majdan weiter verstärkt. Immerhin hatten 2011/12 Zehntausende in Moskau, Sankt Petersburg und anderen großen Städten Russlands gegen die gefälschten Parlamentswahlen protestiert.

In seinen ersten beiden Amtszeiten als Präsident hatte Putin von hohen Energiepreisen profitiert. Die gestiegenen Erlöse aus dem Export von Öl und Gas ermöglichten Rentenerhöhungen, bessere Bezahlung von Armee und Beamten und wachsenden Wohlstand für breitere Teile der Bevölkerung. Die Jahre wurden aber nicht für eine durchgreifende Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft genutzt. Russland blieb ein Land, das wie ein Land der Dritten Welt von Rohstoff-Exporten abhängt. 52 Prozent der Staatseinnahmen stammen inzwischen aus dem Öl- und Gassektor. Als Putin an die Macht kam, waren es 9 Prozent. Weil eine Justizreform ausblieb, gibt es keine Rechtssicherheit und die Korruption grassiert. Beides führt seit Jahren dazu, dass viele Russen ihrem eigenen Staat nicht trauen und ihr Kapital ins Ausland schaffen, statt im Land zu investieren. Inzwischen ist der Ölpreis seit längerem unter die magische Grenze von 100 Dollar/Barrel gefallen, die Putin braucht, um den russischen Staatshaushalt auszugleichen. Durch Fracking verschieben sich die Energiemärkte auf der Welt. Die USA werden vom Importeur zum Exporteur. Auch deshalb ist so schnell mit für Russland auskömmlichen Energiepreisen nicht zu rechnen.

War es Putin gelungen, in seinen ersten beiden Amtszeiten die Bevölkerung durch die Lieferung materieller Güter zufrieden zu stellen, steht ihm diese Möglichkeit ohne wirkliche Reformen nicht mehr zur Verfügung. Wirkliche Reformen – unabhängige Justiz, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, Demokratie mit freien Wahlen und Opposition – will Putin aber nicht, weil sie seine Macht infrage stellen würden. Deshalb hat er sich entschieden, statt materieller Güter immaterielle Güter zu liefern, um die Bevölkerung hinter sich zu versammeln. Unter tatkräftiger Mithilfe der Russischen Orthodoxen Kirche hat Putin eine Ideologie russischer Größe entwickelt, eine Mischung aus Patriotismus und Nationalismus, die die russische Welt („Russki mir“) gegen den Westen abgrenzt und in Stellung bringt.¹ Die Unsrigen und die Anderen, Freund – Feind. Putins Ideologie ist antiwestlich, antiliberal und antidemokratisch. Es ist der äußere Feind, der die russische Bevölkerung hinter ihm zusammenschweißen soll.

Beim Zeichnen eines entsprechenden Geschichtsbildes hilft Putin, dass Stalins Rolle nie wirklich aufgearbeitet wurde. So erscheint der Diktator nur als der Sieger im Großen Vaterländischen Krieg und Putin kann sogar drangehen, den Hitler-Stalin-Pakt zu rechtfertigen. In dieses Narrativ fügen sich nahtlos die Ziele seiner heutigen Außenpolitik: Kontrolle des „nahen Auslands“, Delegitimierung der Nato und Schwächung der EU.

Schon bisher hatte Russland die so genannten „frozen conflicts“ genutzt, um in der Republik Moldau, Armenien und Georgien einen Fuß in der Tür zu behalten. In Transnistrien, Abchasien und Südossetien stehen

Russland nutzt die so genannten „frozen conflicts“, um in der Republik Moldau, Armenien und Georgien einen Fuß in der Tür zu behalten.

russische Truppen. Gleiches gilt wegen des „eingefrorenen“ Konflikts um Nagorny Karabach auch für Armenien. Putin kann über diesen Hebel nach Bedarf Einfluss auf Länder nehmen, denen er vor allem in Fragen der Außen-

und Bündnispolitik nur eine eingeschränkte Souveränität zubilligt. Solange diese Konflikte nicht gelöst sind, so sein Kalkül, ist weder an eine EU- noch an eine Nato-Mitgliedschaft zu denken. In diese Strategie passt das russische Vorgehen gegen die Ukraine. Nach der Annektierung der Krim soll im Donbass ein „Transnistrien im Osten“ geschaffen werden. Dieser Hebel könnte je nach Bedarf zur Destabilisierung der Ukrai-

¹ Vgl. dazu den Beitrag von Oleksandr Zabirko in vorliegendem Heft.

ne genutzt werden. In Bosnien und Herzegowina zeigt die Republika Srpska eindrucksvoll, wie das geht. In jedem Fall ließe sich ein Beitritt der Ukraine zur EU oder gar Nato auf diese Weise verhindern. Die russischen Forderungen nach einer Föderalisierung der Ukraine sind vor diesem Hintergrund zu sehen. Der – russisch dominierte – Donbass soll in allen außenpolitischen Fragen der Ukraine und insbesondere bei Entscheidungen über Bündniszugehörigkeiten ein Vetorecht erhalten. Die russischen Soldaten in Armenien, Georgien, der Ukraine und der Republik Moldau unterstreichen die Putin-Doktrin: Danach sind nur die Grenzen Russlands sichere Grenzen, wo auf *beiden* Seiten der Grenze russische Soldaten stehen.

Die Nato sei absprachewidrig nach dem Ende des Kalten Krieges immer weiter nach Osten und gegen Russland vorgerückt, behauptet Putin, und trifft dabei vor allem in Deutschland auf offene Ohren.² Gegen diese Delegitimierungskampagne hilft weder, dass Gorbatschow selbst immer wieder betont, solche Absprachen habe es bei der Wiedervereinigung Deutschlands gar nicht geben können. Schließlich hätten 1990 sowohl die Sowjetunion wie auch der Warschauer Pakt noch bestanden. Auch der Hinweis, dass es die mittel- und osteuropäischen Länder des Baltikums, Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei selbst waren, die nach ihrer Unabhängigkeit von der Sowjetunion möglichst schnell in die Nato wollten, überzeugt diejenigen nicht, die wie Putin in der Nato die Wurzel allen Übels sehen.

IV.

Neben dem Ziel, die Nato zu delegitimieren und damit die USA aus Europa zu drängen, will Putin die EU schwächen und spalten. Er pflegt inzwischen enge Kontakte mit zahlreichen rechtspopulistischen Parteien wie z. B. dem Front National in Frankreich, der FPÖ in Österreich, Jobbik in Ungarn, dem belgischen Vlaams Belang, der bulgarischen Ataka, den serbischen Dveri oder der italienischen Lega Nord, die ihrerseits in ihren Ländern gegen die EU zu Felde ziehen. Für diese Rechtspopulisten hat Putin ein überzeugendes ideologisches Angebot: Antiamerikanismus, Schwulenfeindlichkeit, familiäre Werte, Fremdenfeindlichkeit, Antiglobalisierung, Macho-Gehabe verbunden mit regelmäßigem Kirchenbesuch.

² Vgl. dazu auch die Analyse von Hannes Adomeit in vorliegendem Heft.

Gezielt versucht der Kreml, einzelne Länder aus der Sanktionsfront der EU gegen Russland herauszubrechen: Griechenland, Ungarn, Zypern, Slowakei, Bulgarien. Wegen der erforderlichen Einstimmigkeit aller 28 EU-Mitglieder bei Sanktionsbeschlüssen ist diese Strategie besonders gefährlich. Denn Russlands fortgesetzte militärische Aggression gegen die Ukraine wird sich nur stoppen lassen, wenn die EU geschlossen bleibt und wenn der Westen gemeinsam handelt. Es muss das Ziel der deutschen und europäischen Russland-Politik sein, dass Russland zu den Friedensprinzipien der KSZE-Schlussakte und der Charta von Paris zurückkehrt.

Mit den Waffenstillstandsabkommen von Minsk ist dafür ein Teilfahrplan erarbeitet worden. Aber der Waffenstillstand ist immer noch sehr fragil und wird oft verletzt. Die Grenze zwischen der Ukraine und Russland ist weder durch die internationalen Beobachter der OSZE noch durch die Ukraine selbst ausreichend gesichert und kontrolliert, sodass russischer Nachschub für die so genannten Separatisten weiter ungehindert ins Land kommen kann. Noch muss befürchtet werden, dass auch die ukrainische Stadt Mariupol mit russischer Unterstützung angegriffen wird. Die EU müsste bereits jetzt klar machen, dass sie in diesem Fall die Sanktionen weiter verschärfen würde. Dabei sollte auch der russische Ölexport in den Blick genommen werden. Denn nur wenn durch wirksame Sanktionen das Kosten-Nutzen-Kalkül des Kremls verändert wird, weil die ökonomischen und politischen Kosten weiter zunehmen, besteht die Aussicht, die russische Aggression gegen die Ukraine zu stoppen.

Wie 2008 in Georgien wird die Nato auch in der Ukraine nicht militärisch intervenieren. Der Grund liegt in der militärischen Eskalationsdominanz, die der Kreml in diesem Fall auf seiner Seite hat. Deshalb wären auch Waffenlieferungen an die Ukraine sehr problematisch und wenig erfolversprechend. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat das Dilemma auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2015 mit folgenden Worten auf den Punkt gebracht: „Ich glaube nicht, dass wir die ukrainische Armee so ausrüsten und ertüchtigen können, dass Putin davon überzeugt wird, er könne sie nicht besiegen.“ Damit diese Haltung auf Putin nicht wirkt wie eine Einladung „Eat-as-much-as-you-can“, sind die Sanktionen so wichtig.

Aber es gibt auch eine klare militärische rote Linie: die Ostgrenze der Nato-Mitgliedsstaaten. Polen und die baltischen Staaten müssen sich darauf verlassen können, dass im Fall eines Angriffs auf ihr Territorium

gemäß Art. 5 des Washingtoner Vertrags der Bündnisfall gilt. Es ist deshalb richtig, dass die Nato die Vorgänge in der Ukraine zum Anlass nimmt, ihre Bereitschaft zur Bündnisverteidigung zu unterstreichen. Insofern gewinnt Abschreckung wieder an Bedeutung. Und weil das heutige Russland viel schwächer ist als die Sowjetunion zur Zeit des Kalten Krieges, wird glaubhafte Abschreckung auch jetzt den Frieden sichern.

Wegen der großen russischsprachigen Minderheiten vor allem in Lettland und Estland muss sich das Bündnis dabei auch auf Szenarien einer so genannten hybriden Kriegsführung einstellen, wie Russland sie gegenwärtig gegenüber der Ukraine anwendet. Ein Bestandteil dieser hybriden Kriegsführung ist eine bisher in diesem Ausmaß unbekannte Propaganda. Vor allem das russische Fernsehen verbreitet auf allen Kanälen rund um die Uhr Putins Version der Ereignisse – ohne jegliches Fragezeichen oder gar Widerspruch oder Kritik. „Russia Today“, das russische Auslandsfernsehen, transportiert diese Bilder nach Europa und in alle Welt.

V.

Offene Gesellschaften können nicht mit staatlicher Gegenpropaganda antworten. Aber sie sollten etwas dafür tun, damit sich die Menschen in Russland und die russisch sprechenden Minderheiten in ihren Ländern möglichst objektiv und ausgewogen informieren können. Am einfachsten und schnellsten könnte dieses Ziel erreicht werden, wenn die EU die britische BBC in die Lage versetzte, ihr internationales Programm auch auf Russisch zu senden. Die BBC verfügt über hohes internationales Ansehen und ist unabhängig.

Auch wenn Russland zivilgesellschaftliche Kontakte immer mehr er-

schweren sollte, müssten es Visa-Erleichterungen gerade russischen Studenten, Wissenschaftlern und den normalen Russen ermöglichen, sich ein eigenes Bild von westlichen Gesellschaften zu machen, unabhängig von der antiwestlichen Propaganda des Kreml. Gesprächsforen wie der Petersburger Dialog oder die vielen deutsch-russischen Städtepartnerschaften sollten genutzt werden, um der Selbstisolierungspolitik des Kremls entgegenzuwirken. Ziel der Russland-Politik muss ein Europa mit Russland bleiben.

Trotz aller Probleme muss das Ziel der Russland-Politik ein Europa mit Russland bleiben.

Aber im Augenblick ist nicht erkennbar, ob und wann der Kreml zu einer Politik auf der Basis der Helsinki-Prinzipien zurückkehren will. Deutschland und die EU müssen sich deshalb auf eine möglicherweise länger andauernde Phase einstellen, in der ihr Verhältnis zu Russland auch durch Konfrontation geprägt ist. Es ist deshalb auch auf längere Sicht von einem Nebeneinander von Kooperation und Sanktionen auszugehen. Dabei hängt die Aufrechterhaltung der Sanktionen von der russischen Politik ab.

Langfristiges Ziel der Osteuropa-Politik der EU bleibt ein gemeinsamer Wirtschafts- und Sicherheitsraum, der sowohl West- wie Osteuropa inklusive Russland umfasst. Auch deshalb ist es richtig, Ländern wie der Republik Moldau, Ukraine und Georgien eine politische Perspektive für eine spätere EU-Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen, falls sie durch entsprechende Reformen die Kopenhagener Beitrittskriterien erfüllen: Rechtsstaat, Demokratie, Marktwirtschaft, Schutz der Minderheiten, wettbewerbsfähige Wirtschaft. Das wird nicht heute oder morgen der Fall sein. Aber ähnlich wie beim Stabilitätspakt für den Balkan, bei dem 2003 in Thessaloniki allen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien politisch eine EU-Perspektive in Aussicht gestellt wurde, sollte dies auch gegenüber den Ländern der östlichen Partnerschaft³ erfolgen.

Nur so erhalten die notwendigen Reformen in der Ukraine, in der Republik Moldau und Georgien ein klares Ziel, das geeignet ist, bei der Überwindung der Widerstände zu helfen. Um die Erblasten der Sowjetunion endgültig zu überwinden, sind diese Länder auf die Transformationskraft der EU angewiesen.

³ Vgl. dazu den Hinweis oben auf S. 192.

Westliche Zusagen, die Nato nicht nach Osten zu erweitern: Fakt oder Fiktion?

Prof. Dr. Hannes Adomeit war bis 2013 Professor für Osteuropastudien am College of Europe in Warschau, davor langjähriger Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter der Forschungsgruppe Russland und Osteuropa an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

In Moskau und Putin wohlgesonnenen Kreisen in Deutschland hält sich hartnäckig die These, Hauptursache des gegenwärtigen Konflikts um die Ukraine sei die Ost-Erweiterung der Nato. Diese Auffassung hat eine starke moralische Dimension, denn der Westen habe Gorbatschow fest zugesichert, einen derartigen Schritt nicht zu unternehmen. Er sei somit wortbrüchig geworden. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen.

Wer trägt die Schuld an der gegenwärtigen Krise in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen und am Konflikt um die Ukraine? Wie konnte sich eine Situation entwickeln, die in ihrer Regellosigkeit und infolgedessen Unberechenbarkeit vielleicht gefährlicher ist als die Krisen im Kalten Krieg? Nicht nur nach offizieller russischer Darstellung, sondern auch nach so mancher amerikanischer und europäischer Auffassung trügen die USA und ihre europäischen Verbündeten die Hauptschuld an der Krise. An der Wurzel des Konflikts liege die Nato-Ost-Erweiterung – zentraler Bestandteil einer umfassenden Strategie, die Ukraine aus der russischen Einflussphäre herauszubrechen und in den Westen einzubinden. Dazu kamen die EU-Ost-Erweiterung und die Unterstützung der Demokratiebewegung in der Ukraine durch den Westen, beginnend mit der „Orangen Revolution“ 2004. Das Fass zum Überlaufen brachte der unrechtmäßige Sturz des demokratisch gewählten prorussischen Präsidenten der Ukraine mittels eines Staatsstreiches. Als Reaktion darauf annektierte Russland die Halbinsel Krim, auf der die Nato in Sewastopol, wie Putin in seiner Rechtfertigung

der militärischen Intervention vorgab, eine Marinebasis aufbauen wollte.¹

Diese Darstellung hat eine starke moralische Dimension. Dem Westen wird Wortbruch vorgeworfen. Die Nato-Osterweiterung habe gegen Verpflichtungen verstoßen, die europäische und amerikanische Politiker und die Nato 1990 in den Verhandlungen zur deutschen Einheit übernommen hätten. Der Sowjetunion unter Staatspräsident Michail

Gorbatschow, dem letzten Generalsekretär der KPdSU, sei versprochen worden, dass die westliche Allianz sich nicht über die Grenzen der ehemaligen DDR hinaus nach Osten aus-

Russland wirft unter Verweis auf die Nato-Osterweiterung dem Westen Wortbruch vor.

dehnen würde, wenn Moskau einer Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands zur Nato zustimmen würde.

Die Verhandlungen 1990

Als Kronzeuge für die Zusicherungen könnte Gorbatschow dienen. So hat er beispielsweise im April 2009 behauptet:

*[Bundeskanzler Helmut] Kohl, US-Außenminister James Baker und andere sicherten mir zu, dass die Nato sich keinen Zentimeter nach Osten bewegen würde. Daran haben sich die Amerikaner nicht gehalten, und den Deutschen war es gleichgültig. Vielleicht haben sie sich sogar die Hände gerieben, wie toll man die Russen über den Tisch gezogen hat. Was hat es gebracht? Nur, dass die Russen westlichen Versprechungen nun nicht mehr trauen.*²

Gorbatschows Behauptung, ihm sei versichert worden, die Nato würde sich „keinen Zentimeter nach Osten“ bewegen, geht offensichtlich auf Formulierungen des damaligen amerikanischen Außenministers James

1 Dieses, wie es auf Neudeutsch heißt, „Narrativ“ ist gerade in Deutschland weit verbreitet. Den entsprechenden Argumenten können hier nicht im Einzelnen Personen und politische Parteien zugeordnet werden. Diese finden sich kritisiert in mehreren Beiträgen in der Zeitschrift OSTEUROPA, so beispielsweise bei Andrij Portnov: Das Mantra der Nicht-Einmischung. Glaubenssätze der Putin-Freunde. In: OSTEUROPA 64 (2014), H. 9-10, S. 5-11, und Anna Veronika Wendland: Hilflös im Dunkeln. „Experten“ in der Ukraine-Krise: eine Polemik, ebd., S. 13-33.

2 Interview mit der „Bild“-Zeitung: „Die Deutschen waren nicht aufzuhalten.“ Bild.de, 02.04.2009 (<http://www.bild.de/politik/2009/bild-medienpreis/die-deutschen-waren-nicht-aufzuhalten-7864098.bild.html>; letzter Zugriff: 20.07.2015).

Baker zurück. Baker hatte in einem Gespräch mit Gorbatschow gesagt, falls Deutschland Teil der Nato bliebe, „die Rechtschaffenheit der Nato auf Nato-Streitkräfte nicht einen Zoll nach Osten ausgedehnt würde“.³ Ähnlich erklärte Jack Matlock, 1990 amerikanischer Botschafter in Moskau, in einer Anhörung im amerikanischen Kongress, Gorbatschow hätte von den USA eine „klare Verpflichtung“ erhalten, dass „falls Deutschland sich vereinigt und in der Nato bleiben würde, die Grenzen der Nato sich nicht ostwärts bewegen würden“.⁴

Ein Vermerk des Auswärtigen Amtes zu einem Gespräch zwischen Außenminister Hans-Dietrich Genscher und seinem sowjetischen Kollegen Eduard Schewardnadse vom 10. Februar 1990 stellt entsprechend fest:

*BM [Bundesminister]: Uns sei bewusst, dass die Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands zur Nato komplizierte Fragen aufwerfe. Für uns stehe aber fest: Die Nato werde sich nicht nach Osten ausdehnen.*⁵

Da es in dem Gespräch vor allem um die DDR ging, soll Genscher ausdrücklich hinzugefügt haben: „Was im Übrigen die Nichtausdehnung der Nato anbetreffe, so gelte dieses ganz generell.“⁶

Der Vermerk stellt letzten Endes Genschers konsequente Übermittlung der so genannten „Tutzing-Formel“ an Schewardnadse dar. Am 31. Januar 1990 hatte er in der Evangelischen Akademie in Tutzing von der Nato gefordert, sie möge eindeutig erklären, „was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des Nato-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben“.⁷ Diese Sicherheitsgarantie sei für die Sowjetunion bedeutsam, denn der Wandel in Osteuropa und der deutsche Vereinigungs-

3 Baker: „There would be no extension of Nato's jurisdiction for forces of Nato one inch to the east.“ Zitiert bei: Philip Zelikow und Condoleezza Rice: *Germany Unified and Europe Transformed: A Study in Statecraft* (Cambridge, Mass., 1995), S. 182.

4 House Committee on International Relations, U.S. Policy Toward NATO Enlargement: Hearing, 104th Cong., 2nd sess., June 20, 1996, S. 31.

5 Uwe Klußmann, Matthias Schepp und Klaus Wiegrefe: Absurde Vorstellung. In: *Der Spiegel*, 48/2009 (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-67871653.html>). Bei diesem Artikel handelt es sich um eine eingehende Recherche der „Spiegel“-Redakteure.

6 Ebd.

7 Genscher-Rede in Tutzing am 31.01.1990: „Zur deutschen Einheit im europäischen Rahmen“ (http://www.2plus4.de/chronik.php3?date_value=31.01.90&sort=003-001; letzter Zugriff: 20.07.2015).

prozess dürften „nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen“. Genscher führte zudem aus, das Gebiet der DDR solle nicht in die militärischen Strukturen der Nato einbezogen werden – da dies wegen zu erwartender Widerstände der Sowjetunion die Einigung blockieren würde.⁸

Die hochbrisante politische und moralische Dimension des Wortbruchs hat Vladimir Putin unter anderem in seiner Rede auf der 43. Münchner Internationalen Sicherheitskonferenz am 9. Februar 2007 zum Ausdruck gebracht.⁹ Er stellte die Nato-Osterweiterung in den Kontext des adaptierten Vertrags über die konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) und behauptete, während Russland seine in Georgien verbliebenen Truppen abziehe („sogar im Eiltempo“) und in der Republik Moldau nur noch eine militärische Gruppierung von anderthalb Tausend Mann beließe, die lediglich „friedensfördernde Aufgaben erfüllen“, verstärke die Nato ihr militärisches Potenzial. In Bulgarien und Rumänien entstünden so genannte leichte amerikanische Vorposten-Basen mit jeweils 5.000 Mann. Die Nato, klagte er, bringe also „ihre Stoßkräfte immer dichter an unsere Staatsgrenzen heran“. Zudem sei es offensichtlich, dass der Prozess der Nato-Erweiterung keinerlei Bezug zur Modernisierung der Allianz selbst oder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa hatte. Im Gegenteil, er ist eine ernste Provokation, die das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt.

Putin weiter:

Nun haben wir das Recht zu fragen: Gegen wen richtet sich diese Erweiterung? Und was ist aus jenen Versicherungen geworden, die uns die westlichen Partner nach [sic] dem Zerfall des Warschauer Vertrages gegeben haben? Wo sind jetzt diese Erklärungen? An sie erinnert man sich nicht einmal mehr. Doch ich erlaube mir, vor diesem Auditorium daran zu erinnern, was gesagt wurde. Ich möchte ein Zitat von einem Auftritt des Generalsekretärs der Nato, Herrn Wörner, am 17. Mai 1990 in Brüssel bringen. Damals sagte er: „Schon die Tatsache, dass wir bereit sind, die Nato-Streitkräfte nicht hinter den Grenzen der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien.“ Wo sind diese Garantien?

⁸ Ebd.

⁹ Abrufbar im russischen Original bei: Youtube.com (<https://www.youtube.com/watch?v=ZlY5aZfOgPA>).

Wo sind diese „Garantien“?

Zu dieser Darstellung ist *erstens* zu sagen, dass es unzulässig ist, amerikanische „Vorposten-Basen“ als Teil der Nato-Osterweiterung anzusehen. Im Gegensatz zum Eindruck, den die russische Propaganda zu erwecken versucht, sind die USA und Nato nicht identisch. *Zweitens* können diese „Stoßkräfte“ nicht im Geringsten als für Offensivoperationen gegen Russland geeignet angesehen werden. Dies ist nicht zuletzt deswegen der Fall, weil die Basen für Einsätze im Nahen und Mittleren Osten vorgesehen waren. *Drittens* ist Russland mehr als 1.000 Kilometer Luftlinie von Rumänien und Bulgarien entfernt, sodass das „immer dichtere Heranrücken der Nato an Russlands Staatsgrenzen“ schon eine etwas befremdliche Vorstellung ist. *Viertens* wirft Putin bei seiner Darstellung der Nato-„Garantien“ der Nichterweiterung nach Osten das Jahr der Verhandlungen über die Vereinigung Deutschlands, also 1990, mit der Zeit „nach dem Zerfall des Warschauer Pakts“ – ein Ereignis, das am 1. Juli 1991 stattfand – in einen Topf. Die Information, welche westlichen Regierungsvertreter wann und wo Russland *nach* diesem Datum zugesichert hätten, dass sich die Nato nicht nach Osten erweitern würde, blieb er seinen Zuhörern schuldig. *Fünftens* – und am wichtigsten im vorliegenden Zusammenhang – ist es unzulässig, Zusicherungen bezüglich einer Ausdehnung von Nato-Strukturen (sowie der Stationierung von Nato-Truppen und Atomwaffen auf dem Territorium der ehemaligen DDR) einerseits und einer Erweiterung des Bündnisses östlich des vereinigten Deutschlands andererseits zu vermischen. Genau dies tut Putin.

Hingegen ist der Geltungsbereich der Zusicherungen Wörners eindeutig. Er versichert, dass Nato-Truppen nicht „jenseits des Gebiets der Bundesrepublik [Deutschland]“ stationiert würden, wobei klar ist, dass es um den östlichen Teil Deutschlands geht, nicht um ehemalige Mitglieder des noch existierenden Warschauer Pakts. Dies wird durch einen von Putin nicht zitierten Nachsatz Wörners unterstrichen: „Wir [die Nato] könnten uns eine Übergangszeit vorstellen, in der eine verringerte Anzahl von Sowjettruppen in der heutigen DDR stationiert bleiben.“¹⁰ Wörners Zusicherung ist folgerichtig im Zwei-plus-Vier-Vertrag vom

10 The Atlantic Alliance and European Security in the 1990s: Address by Secretary General Manfred Wörner. Nato.int, 17.05.1990 (http://www.nato.int/docu/speech/1990/s900517a_e.htm; letzter Zugriff: 20.07.2015).

12. September 1990 wie folgt aufgenommen worden: „Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.“¹¹

Die Glaubwürdigkeit von Kronzeugen für das, was 1990 vereinbart wurde, wird dadurch geschmälert, dass diese ex post facto gegensätzliche Positionen vertreten haben. Das trifft insbesondere auf Gorbatschow zu. Im Gegensatz zu seiner oben zitierten Behauptung, es habe Zusicherungen gegeben, dass „sich die Nato keinen Zentimeter nach Osten bewegen würde“, erklärte er im Oktober 2014:

*Das Thema „Nato-Expansion“ wurde überhaupt nicht diskutiert, und es wurde in diesen Jahren [1989-1990] nicht aufgeworfen. Ich sage das in vollem Verantwortungsbewusstsein. Nicht ein einziges osteuropäisches Land hat diese Frage angesprochen, noch nicht einmal nachdem der Warschauer Pakt 1991 aufgehört hatte zu existieren. Westliche Führer [Staats- und Regierungschefs] haben sie auch nicht erhoben.*¹²

Auch Matlock hat sich selbst berichtet. Einer russischen Zeitung erklärte er:

*All diese Diskussionen 1990 hinsichtlich einer Ausweitung der Rechtshoheit der Nato fanden im Kontext dessen statt, was auf dem Gebiet der DDR geschehen sollte. Es gab ja noch den Warschauer Pakt. Niemand redete über die Nato in Bezug auf die Länder Osteuropas. Allerdings war das in den Gesprächen nicht immer klar.*¹³

Diese Einschätzungen Gorbatschows und Matlocks helfen, den Nebel um die „Zusicherungen“ aufzulösen und die Tatsachen klar hervortreten zu lassen: Es hat kein Junktim, kein quid pro quo dergestalt gegeben, dass in Verhandlungen ein Zusammenhang zwischen einer westlichen Verpflichtung, die Nato nicht über die Grenzen Gesamtdeutschlands nach Osten auszudehnen, und einer Zustimmung Gorbatschows zum Verbleib Deutschlands in der Nato hergestellt worden wäre.¹⁴

11 Art. 5, Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (<http://www.documentarchiv.de/brd/2p4.html>).

12 In einem Interview mit der russischen Regierungszeitung Rossijskaja gazeta. Rg.ru, 15.10.2014 (<http://www.rg.ru/2014/10/15/gorbachev.html>).

13 Jack Matlock: Nato Expansion: Was there a Promise? Jackmatlock.com, 03.04.2014 (<http://jackmatlock.com/2014/04/nato-expansion-was-there-a-promise/>).

14 Dem Autor ist dies auch von Gorbatschows außenpolitischem Berater Anatolij Tschernajew bestätigt worden.

Als Genscher im Gespräch mit Schewardnadse am 10. Februar 1990 die „Tutzingen Formel“ ins Spiel brachte, hätte es für Gorbatschow die Möglichkeit gegeben, einem Junktim zuzustimmen. Dies war aber nicht der Fall. Er schloss vorerst eine Mitgliedschaft Deutschlands in der Nato strikt aus. Noch Anfang Mai erklärte er kategorisch: „Wir werden Deutschland nicht in die Nato lassen, und das ist das Ende [der Diskussion].“¹⁵ Alle staatstragenden Institutionen und die Deutschlandexperten in den Ämtern waren gegen eine Mitgliedschaft. Erst auf der sowjetisch-amerikanischen Gipfelkonferenz in Washington Ende Mai-Anfang Juni stimmte Gorbatschow (zur völligen Überraschung der Teilnehmer der sowjetischen Delegation) dem Prinzip einer Mitgliedschaft Deutschlands in der Nato zu – ohne dabei die Frage der Erweiterung der Allianz über Gesamtdeutschland hinaus aufzuwerfen.

Diese Tatsache wirft die Frage auf, warum es kein Junktim gab.

Gründe für das Fehlen von „Zusicherungen“ und „Garantien“

Ein *erster Grund* liegt darin, dass die Vorstellung, das Gebiet der DDR nicht in die militärische Struktur der Nato aufzunehmen, vor allem für die USA nicht hinnehmbar war. Wie sollte man dieses Gebiet verteidigen? Im Fall eines Angriffs würde der Bündnisfall nicht greifen, die Schutzgarantie der Nato für ganz Deutschland wäre gefährdet. *Zweitens* war in der Schlussakte der KSZE-Konferenz von Helsinki 1975 allen Unterzeichnerstaaten das Recht auf freie Bündniswahl zugestanden worden. Auf dieses Recht berief sich Bonn für das wiedervereinigte Deutschland. Es war kaum vorstellbar, dass der Westen die Anwendung dieses Prinzips für Deutschland geltend machen und es dieses gleichzeitig den Ländern Ostmitteleuropas verweigern könnte. Ebenfalls war, *drittens*, ein *renversement des alliances* 1990 kaum vorstellbar. Gorbatschow folgte den Überlegungen des Generalstabschefs Sergej Achromjew, dass der Warschauer Pakt reformiert werden könnte und wenn die ideologische Fundierung des Bündnisses beseitigt würde, die „staatlichen Interessen“ ihrer Mitglieder den Pakt am Leben halten würden. Derartige Illusionen wurden noch Ende Februar 1990 vom (nicht-kommunistischen) polnischen Premierminister Tadeusz Mazowiecki genährt, der „wegen des Deutschlandproblems“ sogar in Betracht zog,

¹⁵ Anatolij Černjaev: Šest' let s Gorbačevym. Po dnevnikovym zapisjam. Moskau 1993, S. 347.

eine sowjetische Truppenpräsenz in Polen zuzulassen.¹⁶ *Viertens* gab es, wie die Äußerungen Mazowieckis zeigen, praktisch keine Bereitschaft in Ostmitteleuropa, sich um einen Nato Membership Action Plan zu bemühen. Im Gegenteil dazu gab es Stimmen wie die Václav Havels, die einer Auflösung beider Blöcke das Wort redeten.

1990 gab es also keine belastbaren Zusicherungen und keine Verhandlungen über eine Erweiterung der Nato über die Grenzen des vereinigten Deutschlands hinaus. Ob die Osterweiterung sinnvoll war oder nicht, ist eine ganz andere Frage. Mit einem Wort- oder Vertragsbruch hat diese aber nichts zu tun.

Und was danach?

Auch die These, dass der Westen nach der Auflösung des Warschauer Pakts einen „strategischen Plan“ verfolgte, die Auflösung der Sowjetunion zu betreiben, entbehrt jeglicher Grundlage. Das Gegenteil ist der Fall. Kennzeichnend dafür ist die Rede Präsident George H. W. Bushs am 1. August 1991 anlässlich seines Besuchs in Kiev („Chicken Kiev“ Speech), in der er vor „selbstmörderischem Nationalismus“ warnte und dem Erhalt der Sowjetunion in Form des von Gorbatschow entwickelten „Neun-plus-Eins“ Unionsvertrags das Wort redete. Der Westen vertraute auf eine demokratische Entwicklung eines neuen, starken Russlands. Beweis dafür war unter anderem der massive Druck, den die USA, Großbritannien und Frankreich auf Kiev (und Minsk) ausübten, sämtliche Atomwaffen, taktische und nukleare, Russland zu überstellen.

Der Aufbau eines Offensivpotenzials der Nato gegen Russland fand nicht statt. Wiederum war das Gegenteil der Fall. Die USA zogen in großem Umfang Soldaten und Waffen aus Europa zurück, und die Europäer selbst kürzten

Nach 1990 gab es keinerlei Aufbau eines Offensivpotenzials der Nato gegen Russland – vielmehr war das Gegenteil der Fall.

ihre Wehrbudgets. Schließlich erfolgte der Beitritt mittelosteuropäischer Länder zum westlichen Bündnis nicht aufgrund einer in Brüssel existierenden Blaupause, sondern aufgrund des Drängens dieser Länder, dem man aufgrund der zunehmend besorgniserregenden innenpolitischen Entwicklung in Russland nicht widerstehen konnte.

16 Auf einer Pressekonferenz in Warschau, Associated Press (Warschau), 21.02.1990.

Ukraine und Russland: Warum Putin nicht aufhören wird

Konstantin von Eggert MBE ist als Kommentator und Gastgeber für „Kommersant FM“ tätig, den ersten russischen Nachrichtensender, der rund um die Uhr sendet. In den neunziger Jahren arbeitete er als Korrespondent für die „Izvestija“, von 2002 bis 2008 war er Leiter des Moskauer Büros der russischsprachigen Abteilung der BBC. Wegen seiner Verdienste für die BBC wurde er 2008 von Königin Elisabeth II. in den „Order of the British Empire“ mit dem Rang eines Mitglieds (MBE) berufen.

Innerhalb weniger Jahre hat sich Russland unter der Regierung von Vladimir Putin verändert: Das System wird zusehends autoritärer, der „Westen“ mehr und mehr zum Feindbild. Dennoch steht die breite Mehrheit der Bevölkerung hinter der expansiven Außenpolitik, was besonders nach der Annexion der Krim deutlich geworden ist. Der Autor, ein langjähriger Kenner der russischen Politik, stellt die maßgebliche Rolle des russischen Präsidenten für die gesamte Entwicklung heraus.

Jeder, der am 9. Mai die Siegesparade in Moskau im Fernsehen verfolgte, musste wahrnehmen, wie häufig sich Präsident Vladimir Putin mit dem chinesischen Staatschef Xi Jinping austauschte. Für einen solch historischen Tag war das schon ein bizarrer Anblick. Anstelle der Vertreter der Hauptalliierten aus Kriegszeiten – den USA, Großbritannien und Frankreich – sahen wir, dass dem Vertreter eines Landes, das während des Zweiten Weltkriegs eher eine zweitrangige Rolle spielte, *de facto* ein Ehrenplatz eingeräumt wurde. Weil sich die westlichen Staatsmänner wegen Putins unerklärtem Krieg in der Ukraine weigerten, nach Moskau zu reisen, war es nur logisch mit anzusehen, wie sich der Kreml um die wenigen Vertreter der ausländischen Mächte bemühte, die zu einer Reise nach Moskau bereit gewesen waren. Die einheimischen Kommentatoren hetzten zum vom Kreml kontrollierten Fernsehen (wobei das für fast alle Sender in Russland gilt), um zu erklären, dass die Sowjetunion ohne

China den Zweiten Weltkrieg nicht gewonnen hätte. Selbst Genosse Stalin hat sich wahrscheinlich angesichts dieser eklatanten Fehlinterpretation der Geschichte im Grabe umgedreht, aber wen kümmert das schon? In der Alice-im-Wunderland-Welt, die das gegenwärtige Russland vorstellt, ist die Geschichte so, wie der Kreml sie sich wünscht – egal an welchem Tag.

Erst die Annexion der Krim, dann die Unterstützung einer prorussischen Rebellion in der Ostukraine führten zur internationalen Isolierung Russlands (und Präsident Putins). Wie dem auch sei, „Kompromiss“ ist im Vokabular von Herrn Putin ein schmutziges Wort. Dies hat bereits dauernde Auswirkungen auf Moskaus Innen- und Außenpolitik gehabt und wird es weiter haben.

„Macht in der Hand des Volkes“- Perspektiven erschüttern den Kreml

Die meisten europäischen und amerikanischen Kommentatoren bestehen auf geopolitischen Aspekten der Krise und reden von einem präventiven Vorgehen Moskaus angesichts einer möglichen Nato-Erweiterung auf die Ukraine, um Russlands Fußabdruck in der unmittelbaren Nachbarschaft einzuprägen. Festzuhalten bleibt aber, dass die Perspektive eines Beitritts der Ukraine zum nordatlantischen Bündnis stets eher fernliegend war und ist. Die russische Führung weiß das ganz genau. Aber selbst dann, wenn man es nur als eine Übung für „Anwendung massiver Gewalt“ ansieht, scheint Putins Ukraine-Abenteuer unglaublich riskant und letztlich unerklärlich.

Putins Ukraine-Abenteuer war unglaublich riskant und ist letztlich unerklärlich.

Warum war es die Ukraine für Putin wert, die europäische politische und diplomatische Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges in die

Luft zu sprengen? Man kann diese Frage nicht beantworten, wenn man nicht eine wichtige Annahme in Betracht zieht. Die russische Außen- und Sicherheitspolitik ist kein Ausdruck eines in sich schlüssigen nationalen Interesses, das wie im Falle der meisten westlichen Länder auf nationaler Identität basiert. Sie ist vielmehr eher ein Werkzeug, das jetzige politische Regime mit außenpolitischen Mitteln zu verteidigen und es mit möglichst geringem Druck von außen an der Macht zu halten.

Das ist auch der Grund dafür, dass das wichtigste Ereignis der Putin-schen Politik vor der ukrainischen Revolution von 2013-2014 außerhalb

von Russland geschah, und zwar auch ... in Kiev. Es war die „Orangene Revolution“ von 2004, die zusammen mit der „Rosen-Revolution“ von 2003 in Georgien die russische Führung und mit ihr auch Putin selbst mit ungläubiger Furcht erfüllte und lähmte. Eine authentisch antiautoritäre Botschaft, von vielen einfach der „erste Majdan“ genannt, zwang den Kreml dazu, die Möglichkeit eines „Macht in der Hand des Volkes“-Szenariums im post-sowjetischen Raum und im eigentlichen Russland zu akzeptieren. Seit damals wurde ein wachsender Betrag an Zeit und Ressourcen dem Ziel geopfert, solche Entwicklungen in Russland um jeden Preis zu verhindern. Das genau erklärt, warum Vladimir Putin so handelt, wie er 2013-2014 gehandelt hat.

Seit Beginn des Blitzkriegs auf der Krim gibt es ein sehr wichtiges russisches Bestreben, das darauf zielt, dem Volk ein neues Gefühl imperialen Stolzes zu vermitteln und der dringend benötigten Popularität des Regimes neuen Auftrieb zu verleihen. Dieser Plan war erfolgreich, zumindest, wenn man sich die gegenwärtige Situation ansieht.

„Weimar-Russland?“

Den gegenwärtigen Zustand des kollektiven russischen Bewusstseins kann man als Mischung von imperialem Aufplustern, Verschwörungstheorien und Abwehrängsten beschreiben. Diese gefährliche Mischung wird von außen oft unterschätzt. Russland befindet sich im Übergang vom Sowjetreich zu einem modernen Nationalstaat auf der Altersstufe der Postmoderne. Die Russen sind sich immer noch im Unklaren darüber, wer sie sind, und blicken

zurück auf die „glorreichen Tage“ der ehemaligen UdSSR, der zweiten Supermacht der Welt, die man „respektierte“ (was in Russland gewöhnlich

bedeutet „fürchtete“). Der scheinbar plötzliche Zusammenbruch des Sowjetsystems 1989-1991 wird in volkstümlichen Vorstellungen als eine Verirrung, das Ergebnis einer „CIA-Verschwörung“, des Verrats von Michael Gorbatschow oder einer weltweiten Freimaurerverschwörung gesehen – alles Mögliche, nur nicht als eine Folge des GULAG, der schlechten Regierung, des wirtschaftlichen und technologischen Rückstands und moralischen Verfalls. Das schnelle Verschwinden der UdSSR ist noch immer die Quelle eines riesigen Traumas für die russische Volksseele. Vladimir Putin nutzt diese post-sowjetische Frustration erfolg-

Das schnelle Verschwinden der UdSSR ist noch immer die Quelle eines riesigen Traumas für die russische Volksseele.

reich zu seinem eigenen Nutzen. Putin, der sich selbst als Russlands Retter nach dem Chaos der Jelzinära sieht, ist stolz darauf, dem russischen Volk Wohlstand und Stabilität gebracht zu haben. Seiner Meinung nach handelt jeder, der anderer Ansicht ist als er, gegen Russland selbst. Alle seine Handlungen, die er seit seiner Rückkehr in den Kreml 2012 zu seiner dritten Präsidentschaft ausführt, sind oft nach einem neuen nationalen Konsens ausgerichtet, der sich antiintellektuell und paternalistisch zeigt. Er denkt, dies sei Russlands natürliches Selbstverständnis. Putin bemüht sich darum, seinen eigenen Platz in der Geschichte neben seinesgleichen wie Peter dem Großen und Katharina der Großen zu sichern.

Zu Beginn der 2000er Jahre setzte der Kreml eine vollständige Kontrolle über die wichtigsten nationalen Fernsehanstalten durch. Die übrigen Sender arbeiten unter der ständigen Drohung von Schließung oder wirtschaftlichem Ruin. Dies ist ein Schlüsselfaktor in der Fortdauer der Mentalität, die der russisch-amerikanische Historiker und Philosoph Alexander Yanov Mitte der 1990er Jahre die „Russische Weimar-Mentalität“ nannte. Nach soziologischen Untersuchungen beziehen ca. 80 Prozent aller Russen ihre Informationen und Meinungen aus dem Fernsehen. In den letzten 10-15 Jahren haben die staatlich kontrollierten Medien ohne Unterlass Verschwörungstheorien und antiwestliche Propaganda verbreitet, alles mit dem Ziel, die Russen davon zu überzeugen, dass der Zusammenbruch der UdSSR ein Fehler war, der Westen Russland besetzen und sich dessen Öl und Gas aneignen wolle. Um dies zu erreichen, erklärt man den Russen, alles Gerede der EU und der USA um Menschenrechte, Freiheit und Demokratie sei nur eine Vernebelung der tatsächlichen aggressiven Pläne mit dem Ziel, Russland zu schwächen und de facto zu einer Kolonie zu machen. In einem Land, in dem höchstens 25 Prozent der Bevölkerung einen Reisepass hat und wo drei vorausgegangene sowjetische Generationen in völliger Isolation von der Außenwelt gelebt haben, werden solche Botschaften für bare Münze genommen. Die Vorstellung, der Westen sei eingebildet, doppelzüngig und seine knallharte Interessenpolitik beherrsche die Weltpolitik, ist bei den Russen weit verbreitet. Die bedeutende russische Soziologin und Wirtschaftsexpertin Nataliya Zubarevich hat einmal bemerkt, das russische Volk sei gegenüber der Staatsmaschinerie so machtlos und gleichzeitig so abhängig von Geschenken der Regierung, dass nur Zynismus helfe, die Frustration zu überwinden.

Russland: eine belagerte Festung in der multipolaren Welt

Diese Mentalität einer „belagerten Festung“ hat sich nicht nur in der russischen Provinz breit gemacht – allerdings nicht dominant –, sondern in hohem Ausmaß auch in großen städtischen Zentren wie Moskau und Sankt Petersburg. Es ist offensichtlich eine klare Strategie der Regierung, dieses Gefühl zu verstärken. Im Gegensatz zum sowjetischen Politbüro nennen diejenigen Personen, die Russland regieren, auch wesentliche industrielle Bereiche ihr Eigentum – indem sie „Gazprom“, „Rosneft“, Waffenexporte, Gold- und Diamantenförderung kontrollieren.

Die unblutige Übernahme der Krim im März 2014, unterstützt durch eine unerbittliche Propaganda, wurde so etwas wie eine vom Kreml gesteuerte kollektive psychotherapeutische Sitzung für die russische Nation. Sie fühlte sich überglücklich über die Fähigkeit zur Invasion, zur Aneignung der Krim und über die Möglichkeit, nicht nur in das Gesicht der „undankbaren“ Ukrainer, der Nato-„Aggressoren“ und natürlich der „dummen Amerikaner“ zu spucken, sondern der Geschichte selbst.

Soweit also scheint es, dass Herr Putin sich selbst gratulieren kann: Die öffentliche Zustimmung erreicht Quoten von himmelsstürmenden 80 Prozent – und das, nachdem er 15 Jahre am Ruder ist. Obwohl man in postkommunistischen Gesellschaften mit solchen Quoten vorsichtig sein muss und sie nur *cum grano salis* werten sollte, kann kein Zweifel daran bestehen, dass das Ansehen Putins in den Augen der Bürger signifikant zugenommen hat. Er hat offensichtlich keine wirklichen Gegner im Innern und auch im Ausland niemanden, vor dem er sich ernsthaft fürchten müsste. In einer Welt, in der politische Führerschaft eher selten wird, spielt er das Spiel der Machtpolitik erkennbar mit großem Genuss. Das Außenministerium ist lediglich ein Ausführungsorgan des Kreml, die Duma eine „Gesetzesdruckerei“ für alle Vorhaben des Präsidenten, das Staatsfernsehen reproduziert fast schon unterwürfig die offiziellen Halbwahrheiten und ganz offensichtlichen Lügen in quasi industriellem Ausmaß.

Der Anspruch der letzten 25 Jahre – Russland sei im Übergang, um eventuell eine Demokratie und Partner des Westens zu werden – ging 2014 dahin. Die Ideologie der so genannten „multipolaren Welt“ wurde zum offiziellen Fundament der russischen Außenpolitik. „Multipolarität“ ist ein Euphemismus für Antiamerikanismus und, noch breiter gesprochen, antiwestliche Haltung. In Russland ist seit Mitte der neunziger Jahre eine These in Umlauf gewesen, aber erst unter Putins wach-

samen Blick wurde daraus ein umfassendes Konzept, um eine plausible Erklärung für die immer strenger werdende Durchsetzung der politischen Realität durch „zivilisatorische Einzigartigkeit“ zu geben: „Was auch immer Demokratie von Russland fern hält, ist gut“ – das ist die Haltung des Kreml.

Barack Obama, Putins ungleicher Gehilfe

Hilfe erhält Herr Putin durch die außergewöhnlich schwache und nur auf die Innenpolitik ausgerichtete Regierung der USA. Präsident Obama hat Amerikas globale Rolle fast völlig aufgegeben und keinerlei Interesse an europäischen Angelegenheiten. Im Mai 2013, während seiner Gespräche im Kreml, tadelte er in Anwesenheit des US-Außenministers John Kerry den damaligen Botschafter in Russland, Michael McFaul, wegen dessen Unterstützung der Moskauer prodemokratischen Proteste im Winter 2011/2012, die das Ziel hatten, das „Regime in Russland zu verändern“. Für diesen offensichtlichen Bruch des Protokolls wurde er von Kerry nicht zur Ordnung gerufen; vielmehr versuchte dieser, die Härte des russischen Führers herunterzuspielen. Präsident Putin ist davon überzeugt, dass seine wie auch immer gearteten Pläne keinerlei ernstzunehmenden Widerstand von Barack Obama erfahren werden. Jetzt ist es so, dass sich Präsident Obama bemüht, ein außenpolitisches Vermächtnis für die Zeit nach seinem Ausscheiden aus dem Weißen Haus im Januar 2017 zu formulieren – der russische Präsident hingegen agiert umso bestimmter. Er ist davon überzeugt, dass sich Washington möglicherweise zu einem Deal mit ihm über Kiev einlässt (zweifelloso auf Kosten der Ukraine), auch um sicher zu stellen, dass Russland amerikanische Versuche, ein Übereinkommen mit dem Iran zu schließen und der Bedrohung des „Islamischen Staats“ zu begegnen, nicht torpedieren würde.

Vor einigen Jahren hätte es sicher noch merkwürdig geklungen, aber heute scheint es tatsächlich so zu sein, dass die Europäische Union unter Führung der hervorragenden deutschen Kanzlerin ein wirklich ernstes Problem für den Kreml darstellt. Angela Merkels Haltung im russisch-ukrainischen Konflikt ist ganz eindeutig und insofern auch nicht verhandelbar. „Erfüllen Sie die Minsker Vereinbarungen – oder Sie werden mit weiteren Sanktionen konfrontiert“ – ist ihre Botschaft an Präsident Putin. Für ihn ist das keine Option, denn die im Februar 2015 in der weißrussischen Hauptstadt erzielten Abkommen beinhalten eine

mögliche Rückkehr der ukrainischen Grenze unter die Kontrolle der Regierung in Kiev. Dies würde das Ende des von Moskau inspirierten und unterstützten separatistischen Projekts in der östlichen Ukraine bedeuten. Und genau deshalb sind die Chancen dafür, dass die Minsker Vereinbarungen zumindest in ihrer jetzigen Form erfüllt werden, gering. Ein Rückzug aus der östlichen Ukraine wäre für Putin gleichbedeutend mit dem Eingeständnis einer Niederlage – und ist für ihn undenkbar.

Es scheint so, als ob der russische Präsident hofft, sein Deal mit den USA und der EU würde zu einem Einfrieren des Konflikts und zu einem allmählichen Abbau der unangenehmen Teile der Minsker Abkommen führen. Die EU – davon sind viele in Moskau überzeugt – werden dem Beispiel der USA folgen. Die Aufhebung von Wirtschaftssanktionen und Visabeschränkungen werden unter diesen Umständen in relativ kurzer Zeit erfolgen. Schätzt Präsident Putin die Lage richtig ein, wenn er das erwartet?

Weiterhin alles unter Putins Kontrolle

Falls alles so läuft, wie ich es beschrieben habe, kann er tatsächlich auf eine solche Entwicklung hoffen. Obwohl man die wirtschaftlichen Probleme Russlands nicht unterschätzen sollte (andauernde Rezession und fallender Erdölpreis), haben sie sich bisher als weitgehend irrelevant erwiesen, sofern es sich darum handelt, ob sie Potenzial für einen politischen Umbruch beinhalten. Es ist genug damit gesagt, dass die regierungsfeindlichen Demonstrationen der Jahre 2011-2012 vor dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise stattfanden (die sich letztlich als nur vorübergehend herausstellte). Der Erdölpreis wird wohl kaum so dramatisch fallen, dass er die Stabilität des Regimes untergraben könnte. Die Opposition ist schwach und schlecht organisiert. Viele Angehörige der Mittelklasse in den großen Städten, die früher die Basis für die Protestbewegung stellte, packen ihre Koffer und verlassen Russland in Richtung angenehmerer und freierer Ufer.

Die Eliten verbiegen sich und gehorchen dem Kreml. Die russischen Oligarchen und Führungskräfte der Verwaltung (in vielen Fällen sind das die gleichen Personen) schätzen generell die Sanktionen nicht und sind erpicht darauf, zu einem normalen Miteinander, einem „business as usual“, mit dem Westen zurückzukehren. Sie denken immer häufiger an ihre Bankkonten, Villen, Yachten, Ehefrauen, Freundinnen und Kinder, die in Europa und Amerika sind. Dennoch, all diese Leute sind zu

ängstlich, um dem Kreml zu widersprechen. Wenn man die Geschichte der Korruption 15-20 Jahre zurück verfolgt, also bis in die neunziger Jahre, dann könnte jede und jeder aus diesen Kreisen wegen tatsächlicher oder nur erfundener Verbrechen ins Gefängnis kommen. Das Beispiel Michail Chodorkowski, einst Russlands reichster Mann, danach Gefangener und schließlich Emigrant, hat dies jedem drastisch vor Augen geführt.

Nur andauernder und wachsender Druck des Westens kann Präsident Putin dazu bewegen, seine Ukrainepolitik zu überdenken. Für

Nur andauernder und wachsender Druck des Westens kann Präsident Putin dazu bewegen, seine Ukrainepolitik zu überdenken.

diesen Bereich scheint im Moment weder in der EU noch in den USA großes Interesse zu bestehen. Das bedeutet dann, dass sich Präsident Putin kurzfristig bestätigt fühlen kann und neue Pläne für den postsowjetischen

Raum entwerfen wird: Anerkennung der Unabhängigkeit von Transnistrien? Sturm auf Tiflis? Vielleicht. Aber nur die Einnahme von Kiev wird es mit der Euphorie und der propagandistischen Wirkung der Operation „Krim“ aufnehmen. Würde der Präsident, nachdem er den „irrenden“ Ukrainern eine exemplarische Bestrafung auferlegt hätte, seinen Truppen den Befehl geben, in den Kasernen zu bleiben?

Er könnte es, aber ich bezweifle stark, dass er so handeln würde. Nachdem er das Durcheinander in der Donbass-Region begonnen hat, verfügt er über keinen eleganten Ausweg – und wahrscheinlich glaubt er auch, er brauche keinen. Die Gewissheit, dass die Ukraine in naher Zukunft kein Teil des Westens werden wird, ist ein strategisches Ziel, auf das der russische Präsident nicht verzichten wird. Den Ukrainern – darauf besteht er – ist es nicht gestattet, „seinem“ Volk ein „schlechtes Beispiel“ von demokratischer Entwicklung zu geben.

Vladimir Putin ist dazu verdammt, die Destabilisierung der Ukraine fortzusetzen, falls notwendig mit militärischen Mitteln. Seine Legitimation hängt in der Schwebe. Sein persönliches Prestige steht auf dem Spiel. Er wird nicht damit aufhören.

Aus dem Englischen übersetzt von Christof Dahm.

Der ewige Putin

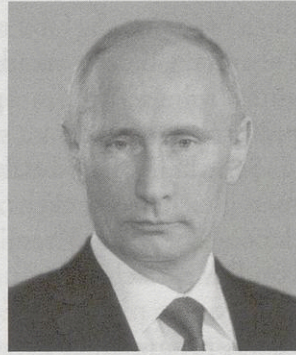


Bild: www.kremlin.ru

Gemma Pörzgen ist freie Journalistin mit Osteuropa-Schwerpunkt in Berlin.

An Vladimir Putin scheiden sich die Geister. Seine Kritiker werfen dem früheren KGB-Mann seinen autoritären Kurs in der Innenpolitik ebenso vor wie seine aggressive Außenpolitik. Seine Unterstützer sehen in ihm einen Präsidenten, der Russland nach den chaotischen Jelzin-Jahren wieder stabilisiert und seinem Land erneut zu weltpolitischer Bedeutung verholffen hat.

Vladimir Putin ist inzwischen zur alleinigen Ikone Russlands geworden. Das liegt nicht nur daran, dass der russische Präsident mittlerweile 15 Jahre unangefochten an der Macht ist – von 2000 bis 2008 als Präsident, von Mai 2008 bis 2012 als Ministerpräsident und seit 7. Mai 2012 wieder als Staatsoberhaupt. Noch entscheidender ist sein Drang zur Selbstinszenierung, der ihn sowohl in der innenpolitischen Wahrnehmung wie

auch in der Außendarstellung als den alles regulierenden Hauptakteur der politischen Geschichte seines Landes erscheinen lässt. Wie kaum ein Kreml-Herrscher zuvor instrumentalisiert Putin dafür die Medien, um seine Herrschaft über das weite Land abzusichern und den präsidentialen Personenkult zu pflegen.

Der russische Staatschef setzt sich gerne medienwirksam in Szene: Er jagt Tiger, zieht einen riesigen Hecht aus dem eiskalten Wasser oder fliegt mit Kranichen über Sibirien. Es gibt zahlreiche Fotos von Putin, auf denen er sich als starker Mann Russlands präsentiert. All diese Bilder zielen in erster Linie auf die russische Öffentlichkeit ab, kommen aber auch ausländischen Medien und deren Tendenz zur Personalisierung von Politik sehr entgegen. Es gibt eine regelrechte „Putinisierung“ der

Berichterstattung im russischen Fernsehen, bei der ständig das Bild eines scheinbar omnipräsenten politischen Führers zu sehen ist.

Sehr beliebt sind dabei die immer gleichen Fernsehszenen, bei denen Putin im Kreml am Verhandlungstisch sitzt und Funktionäre der mittleren Ebene zum Rapport empfängt. Er befiehlt ihnen, bestimmte Missstände abzustellen. Diese Auftritte sollen den Eindruck vermitteln, als habe der Präsident alles im Griff und die Macht, per „Ukas“ landesweit alles durchzusetzen und zu regeln. Es wird das Image eines „guten Zaren“ entworfen, der pausenlos für das Land tätig ist.

Einmal im Jahr stellt sich der Kremlherrscher in einer großen Fernsehshow live den Fragen russischer Bürger. Im April 2015 gingen mehr als 1,5 Millionen Fragen ein, und die Sendung „Direkter Draht“ dauerte mehrere Stunden. Die Beiträge der Fernsehzuschauer erreichen den Staatschef über das Telefon, das Internet oder per SMS. Auch hier wird dem Millionenpublikum der Traditionssendung vor allem das sichere Gefühl vermittelt, als wisse der Präsident auf alle Fragen seiner Bürger eine Antwort.

Das russischsprachige Internet ist zwar voll von Karikaturen, manipulierten Bildern und Videos, in denen Nutzer sich über den Prä-

sidenten lustig machen. Dennoch überwiegt offenbar die Angst bei vielen, dass nach einem möglichen Abgang Putins alles noch schlimmer kommen könnte. Die Sorge vor einer Zukunft ohne ihn scheint bei vielen Russen größer zu sein als ihre Kritik an einer Gegenwart mit ihm.

Tatsächlich gehört es zu den bemerkenswerten Entwicklungen des letzten Jahres, dass es Putin gelungen ist, nach der Annexion der Krim und in der zunehmenden außenpolitischen Konfrontation seine Popularität wieder enorm zu steigern. Zahlreiche Umfragen des anerkannten unabhängigen Levada-Zentrums und anderer Meinungsforscher in Moskau vermitteln den Eindruck, dass rund 80 Prozent der russischen Bevölkerung Putins Kurs klar unterstützt. Nach diesen Angaben sind seine Kritiker mit rund 20 Prozent in der Minderheit.

Schon in seiner ersten Amtszeit erfreute sich Putin einiger Popularität. Aus der Sicht vieler Russen gelang es dem Präsidenten, damals nach dem Chaos der Jelzin-Jahre wieder „neue Ordnung“ zu schaffen. Der Staat zahlte endlich wieder Gehälter und Pensionen an die Bürger aus, der Einfluss mächtiger Oligarchen wurde eingedämmt. Die russische Mittelschicht erlebte – auch dank des hohen Erdölpreises – einen bisher nicht ge-

kannten wirtschaftlichen Aufstieg. Außerdem wirkte Putin nach dem häufig alkoholisierten, polternden fast 70jährigen Boris Jelzin mit seinen 47 Jahren als neuer, moderner Politiker-Typ.

Sein autoritärer Kurs und die neu errichtete „Vertikale der Macht“ schienen vielen Russen eine neue Phase der Stabilisierung Russlands einzuleiten. Dazu passte auch, dass Putin von 2008 bis 2012 als Ministerpräsident mit dem als liberaler Reformier gelten den Präsidenten Dmitrij Medvedev ein Tandem bildete. Diese Machtkonstellation weckte die Hoffnung, es könne in Russland eine neue Phase der stärkeren Demokratisierung anbrechen.

Der große Bruch kam im September 2011, als Putin völlig überraschend eine Rochade mit Medvedev ankündigte, um wieder Präsident zu werden. Große Teile der russischen Elite und des bürgerlichen Mittelstandes erlebten diesen Moment als große Zumutung und Betrug, der auch Medvedev als „Marionette“ im politischen Spiel des autoritären Regimes vollends diskreditierte. Es kam in Russland zu großen Demonstrationen, bei denen vor allem in der Hauptstadt Moskau Hunderttausende auf die Straße gingen und gegen Wahlfälschungen und staatliche Willkür protestierten. Die damaligen Slogans „Putin ein Dieb“

oder „Russland ohne Putin“ richteten sich vor allem gegen den Kreml-Herrscher, dessen Amtszeit sich in den Augen vieler Bürger nun endlos in die Zukunft auszudehnen schien. Mit dem konfrontativen außenpolitischen Kurs und einer Welle anti-amerikanischer Ressentiments ist es Putin aber im vergangenen Jahr gelungen, seine Popularität völlig wieder herzustellen. Dabei spielt eine zentrale Rolle, dass er Russlands imperiale Größe und Bedeutung in der Weltpolitik wieder zu beleben scheint. Seine Haltung in der Krim-Frage wurde ebenso mit hohen Zustimmungsraten begrüßt wie die Haltung gegenüber den Sanktionen. Ohne Frage hat sich Putin in den letzten 15 Jahren sehr stark verändert und mit ihm sein Land.

„Die aggressive Außenpolitik Putins traf auf Erwartungen, die viele Russen jahrelang hegten“, analysiert der Meinungsforscher Igor Eidmann diese Entwicklung. Fast die Hälfte der Russen finde die Erklärung Putins gut, er sei während der „Operation Krim“ bereit gewesen, auch Atomwaffen einzusetzen. Sie glauben, dass man gegenüber dem Westen nur in der Sprache der Stärke sprechen dürfe. Zu solchen Überzeugungen beigetragen hat die völlige Kontrolle der Medien durch das Regime, die sich die Putinsche Propaganda zu eigen

machen. Die wenigen Nischenfreier und unabhängiger Berichterstattung sind in Russland heute so gut wie verschwunden und haben ihre Wirkungsmacht eingebüßt.

Seither wirft der richtige Umgang mit dem russischen Präsidenten für europäische Politiker immer mehr Fragen auf, die selbst kenntnisreiche Russland-Experten kaum zu beantworten wissen. Diese verbreitete Ratlosigkeit der politischen Elite in Deutschland spiegelt sich auch in der medialen Darstellung wider, die in ihrer Fixiertheit auf Putin ein sehr vereinfachtes Bild der russischen Verhältnisse zelebriert. Durchgesetzt hat sich in den deutschen Medien fast durchgehend ein Putin-kritischer Mainstream, der zeitweise zu einer regelrechten „Dämonisierung“ des Präsidenten entgleist. Das zeigte sich zuletzt in der Berichterstattung über den Mord an dem Oppositionellen Boris Nemzow im Februar 2015, nach dem einige Politiker und Journalisten wie selbstverständlich davon ausgingen, dass Putin persönlich für den Mord verantwortlich sei.

Diese sehr stark personalisierte Darstellung verdeckt in Wahrheit, wie wenig über die Machtverhältnisse im Kreml tatsächlich bekannt ist. Ähnlich wie zu sowjetischer Zeit bewegt sich das vermeintliche Wissen über Putins

Position im russischen Machtapparat, seine politische Strategie und Zukunftsaussichten auf dem Niveau von Spekulation und „Kreml-Astrologie“. Der russische Präsident galt als ehemaliger KGB-Mann schon früher als schwieriger Gesprächspartner, wirkte aber lange verlässlich. So sagte der ehemalige US-Präsident Bill Clinton über ihn, Putin habe immer Wort gehalten. Diese Erfahrung machen europäische Politiker oder ihre US-Kollegen heute nur noch selten. Das russische Staatsoberhaupt pflegt nicht nur ein taktisches Verhältnis zur Wahrheit, sondern hat sich in den letzten anderthalb Jahren häufig in Unwahrheiten verstrickt oder schlecht unterrichtet gewirkt. Die Lüge ist nicht nur zu einem Teil der staatlichen Propaganda geworden, sondern gehört auch zu Putins persönlichem Repertoire. Das zeigte sich vor allem in der „Ukraine-Krise“. Beim Internetportal Slon.ru sind Putins wiederholte Unwahrheiten inzwischen zum dankbaren Thema geworden, dem sich der Autor Syrlybai Aibusinow in der Rubrik „Rede-Check“ regelmäßig widmet.

So sprach Putin zunächst davon, dass die russischen Uniformierten auf der Krim nicht aus Russland stammten, sondern dass es sich nur um „lokale Selbstverteidigungskräfte“ handele. Uni-

formen ließen sich überall kaufen, witzelte der russische Präsident. Dann räumte Putin in seiner Fragestunde am 17. April 2014 selbst ein, er habe russisches Militär eingesetzt. Völlig unklar bleibt für seine Gesprächspartner dabei, ob er von seinen Beratern schlecht informiert wird oder ganz bewusst die Unwahrheit sagt.

Charakteristisch für den russischen Präsidenten ist vermutlich eine Beschreibung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, mit der die US-amerikanische Zeitung „New York Times“ die Kanzlerin aus einem Telefonat mit Präsident Barack Obama zitierte: „Putin hat den Kontakt mit der Realität verloren“, soll Merkel über Putin gesagt haben. Der russische Präsident „lebe in einer anderen Welt“. Diese Äußerung umreißt, wie schwierig es für andere Regierungschefs inzwischen geworden ist, weiter mit Putin zusammenzuarbeiten und nach gangbaren Wegen der Kooperation mit Russland zu suchen.

Auch innenpolitisch ist völlig ungewiss, wie lange Putin den

Rückhalt in der Bevölkerung noch behalten wird. Gerade angesichts der sich verschärfenden Wirtschaftsprobleme ist völlig offen, ob sich die sozialen Spannungen in Russland nicht so zuspitzen könnten, dass das Protestpotential gegen Putin erneut wächst. Schon jetzt gibt es Stimmen, die sagen, dass die Sozialpolitik der Regierung weniger populär sei, als es den Anschein habe. Bislang bleibt Putin jedenfalls allen die Antwort auf die Frage schuldig, in welche Zukunft er sein Land weiter führen will.

Literaturhinweise:

Natalija Geworkjan: Aus erster Hand. Gespräche mit Putin. München 2000.

Masha Gessen: Der Mann ohne Gesicht: Wladimir Putin. Eine Enthüllung. München 2013.

Walter Laqueur: Putinismus. Wohin treibt Russland? Berlin 2015.

Boris Reitschuster: Putins Demokratie. Ein Machtmensch und sein System. Berlin 2014.

Bücher

- Hannes Adomeit*: Die Eurasische Union: Reintegration des postso-wjetischen Raums oder Teil einer Gemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok? In: Eckart D. Stratschulte (Hrsg.): Heilsame Vielfalt? Integrationsstrukturen in Europa. Baden-Baden 2014, S. 229-278.
- Canan Atilgan (u. a.)*: Die Eurasische Union. Ein Integrationsprojekt auf dem Prüfstand. (KAS Auslandsinformationen 2/2014)
- Masha Gessen*: Der Mann ohne Gesicht: Wladimir Putin. Eine Enthüllung. München: Piper, 2013.
- Natalija Geworkjan*: Aus erster Hand. Gespräche mit Putin. München: Heyne, 2000.
- Walter Laqueur*: Putinismus. Wohin treibt Russland? Berlin: Propyläen, 2015.
- Boris Reitschuster*: Putins Demokratie. Ein Machtmensch und sein System. Berlin: Econ, 2014.
- Bettina Renz*: Putin's militocracy? An alternative interpretation of Siloviki in contemporary Russian politics. In: Europe-Asia Studies 58 (2006), Nr. 6, S. 903-924.
- Manfred Sapper, Volker Weichsel (Hrsg.)*: Entfremdet. Russland und der Westen [= OSTEUROPA 65 (2015), H. 3]. Berlin: BWV, 2015.
- Susanne Spahn*: Staatliche Unabhängigkeit – das Ende der ostslawischen Gemeinschaft? Die Außenpolitik Russlands gegenüber der Ukraine und Belarus seit 1991. (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa, Bd. 19). Hamburg 2011.
- Susanne Spahn*: Warum die ostslawische Gemeinschaft der Russen, Belarussen und Ukrainer gescheitert ist. In: Agnieszka Gasior, Lars Karl, Stefan Troebst (Hrsg.): Post-Panslavismus. Slavizität, Slavische Idee und Antislavismus im 20. und 21. Jahrhundert. (Moderne europäische Geschichte, Bd. 9). Göttingen 2014, S. 258-273.

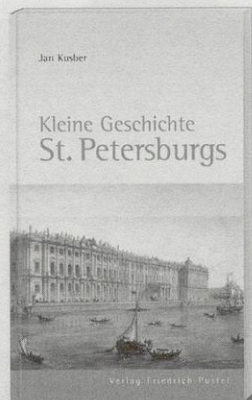
Russland und seine Geschichte

JAN KUSBER

Kleine Geschichte St. Petersburgs

Russlands Metropole an der Ostsee – von der Hauptstadt des Zarenreiches über den Schauplatz der Revolutionen von 1905 und 1917 bis zum UNESCO-Welterbe. Heute zieht die Innenstadt mit der berühmten Eremitage zahlreiche Besucher an. Stadtgeschichte – kompakt und spannend!

176 S., 28 Abb., 1 Stadtplan, franz. Broschur
ISBN 978-3-7917-2227-6, € (D) 14,95



ERICH DONNERT

Rußland (860–1917)

ISBN 978-3-7917-1582-7
€ (D) 26,95

TANJA WAGENSÖHN

Russland nach dem Ende der Sowjetunion

ISBN 978-3-7917-1751-7
€ (D) 26,95



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet

Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0

Fax 0941 / 92022-330

bestellung@pustet.de

Ein einzigartiges Zeitdokument



Bedřich Fritta

*Für Tommy
zum dritten Geburtstag
in Theresienstadt*

Herausgegeben von
Walter Koschmal
in Kooperation mit dem
Europaeum der
Universität Regensburg
128 S., durchg. farb. bebildert
Hardcover
ISBN 978-3-7917-2685-4
€ (D) 24,95

Bedřich Fritta (1906–1944) war tschechisch-jüdischer Grafiker und Karikaturist. Bevor er 1944 deportiert wurde und infolgedessen verstarb, gelang es ihm, einige seiner Zeichnungen zu verstecken, darunter ein Buch, das er für seinen Sohn gemalt hatte. 1945 konnten seine Werke von einem Freund geborgen werden, der auch Frittas Sohn adoptierte. Ein einzigartiges Zeitdokument mit einer berührenden Geschichte.

»Das einzige, was mir geblieben ist, ist mein Buch, ein Buch von meinem Vater. Dort spüre ich ihn, seine Tränen, seine Hoffnung, seine Angst.« THOMAS FRITTA-HAAS



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet

Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0

Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Die Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven bietet ein offenes Forum für den Dialog zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Damit begleitet sie den Prozess des Zusammenwachsens des neuen Europa und der Entstehung einer neuen gemeinsamen Identität auf konstruktive und sachlich kontroverse Weise.

Jede Ausgabe behandelt ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln. Einzelhefte können zum Preis von € (D) 6,50 / € (A) 6,70 (zzgl. Porto) beim Verlag bestellt werden.

Menschenhandel – moderne Sklaverei in Europa, Heft 2/2015

Fakten zu einem unmenschlichen System ♦ Rechtliche, politische und ethische Aspekte ♦ Hilfe für die Opfer

Makedonien – Land am Rand der Mitte Europas, Heft 1/2015

Streifzüge durch die Geschichte ♦ Politik und Kultur ♦ Religion und Nation

Ukraine? – Ukraine!, Heft 4/2014

Der Weg in die Krise ♦ Gesellschaftliche Kräfte ♦ Sprache und Identität

Wege und Straßen, Heft 3/2014

Der Weg als Symbol des Lebens ♦ Straßennamen im Wandel der Geschichte ♦ Handelswege von der Antike bis in die Gegenwart

Hinter Gittern – Strafvollzug in Mittel- und Osteuropa, Heft 2/2014

Juristische und historische Aspekte ♦ Zur Bedeutung der Gefängnisgeistespflege ♦ Hilfen zur Resozialisierung: Beispiele aus fünf Ländern

Europa 1914–2014, Heft 1/2014

Das »kurze Jahrhundert der Gewalt« (1914–1989) ♦ Wendepunkte des 20. Jahrhunderts ♦ Zerfall und Neuentstehung von Imperien

Sport – Nation – Politik, Heft 4/2013

Sport und nationale Identität ♦ Fußball zwischen Fankultur und Fanatismus

Kroatien, Heft 3/2013

Land der Gegensätze ♦ Klischee und Wirklichkeit ♦ Kroaten in Deutschland

Heft 4/2015 erscheint Mitte November zum Thema »Religiöse Vielfalt in Mittel- und Osteuropa«.



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

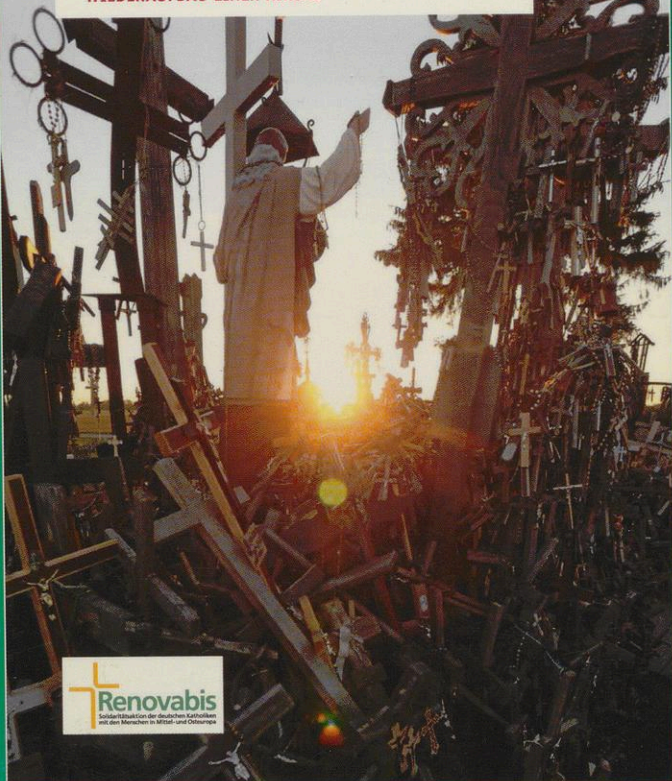
Verlag Friedrich Pustet
Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0
Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de

KATHOLISCH IM BALTIKUM

LITAUEN

WIEDERAUFBAU EINER KIRCHE



Litauen erklärte vor 25 Jahren, am 11. März 1990, als erste Sowjetrepublik seine Unabhängigkeit. Aus diesem Anlass hat Renovabis die Broschüre **„Katholisch im Baltikum: Litauen. Wiederaufbau einer Kirche“** veröffentlicht, die in Reportagen, Interviews und eindrucksvollen Fotos Informationen über Land und Leute vermittelt. Gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro kann die Publikation bei der MVG in Aachen bestellt werden (renovabis@eine-welt-mvg.de; Telefon: 0241/47986-200).

UNBEKANNTE VIELFALT

Religiöse Gruppen in Europa

Sehnsucht nach dem Göttlichen

Facetten des Christentums

Islam und Buddhismus in Europa

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising,

Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11
info@renovabis.de · www.renovabis.de

und
Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär, Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn, Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44
info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster · Burkhard Hanke, Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg · Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST. Europäische Perspektiven“, Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising
Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44
owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr, jeweils Mitte Februar, Mai, August und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 €
Jahresabonnement 19,80 €
(jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis 15. November keine schriftliche Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag Friedrich Pustet
Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg
Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330
verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

ISSN 1439-2089

Inhaltsverzeichnis

Das Copyright für das auf dem Umschlag verwendete Motiv liegt bei Pranav Bhatt (The Art Institute of Chicago, Chicago, Ill., USA). – Gesamtgestaltung: Martin Veicht.

Michael Albus

Sehnsucht nach mehr. Religiöse Vielfalt
in Europa 242

Alexander Panchenko

„Heterodoxes“ Christentum im modernen
Russland 249

Susanne Labsch

Die Waldenserkirche in Italien – eine beachtete
Minderheit 256

Agata S. Nalborczyk

Der Islam – eine traditionelle polnische Religion?
Die muslimische Minderheit in Polen 263

Christoph Schmidt

Buddhisten in Russland: Die Kalmüken 270

Réka Szilárdi und András Máté-Tóth

Neuheidentum in Ungarn 277

Ganna Tregub

Die „Gesandtschaft Gottes“ – eine umstrittene
Pfingstgemeinde in der Ukraine 284

Zrinka Štimac

Die Bosnische Kirche heute – eine pfingstkirchliche
Gemeinschaft in Tuzla 290

Aleš Črnič

Religiöser Pluralismus in Slowenien 297

Roman Skakun

Das „Wunder von Serednje“ und die „Büßer“: Ein
„Papst“ im ukrainisch-katholischen Untergrund .. 304

Peter Morée

Die Rolle der nicht römisch-katholischen Kirchen
in der tschechischen Öffentlichkeit 314

Editorial

Das Thema dieser Ausgabe von OST-WEST. Europäische Perspektiven ist höchst aktuell. Und die Vielfalt der Themen, die auf den ersten Blick zufällig erscheinen kann, ist nicht zufällig oder willkürlich ausgewählt. Sie ist Ausdruck einer europäischen Wirklichkeit, die zuweilen mehr, als uns lieb sein kann, viele Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens prägt. Die Soziologen nennen das seit einigen Jahren eine „neue Unübersichtlichkeit“. Was zeigt sich in dieser wachsenden religiösen Vielfalt in Europa? Sicher einmal, dass auch – oder gerade? – in den modernen Gesellschaften des Kontinents die Frage nach der Religion nicht zur Ruhe gekommen ist. Die Antworten, die sich die Menschen auf diese Frage zu geben versuchen, waren und sind verschieden, der Mensch, der diese Frage in seinen jeweiligen Lebensumständen stellt, bleibt.

Wir richten in dieser Ausgabe den Blick nach Russland, nach Polen, nach Ungarn, nach Italien, in die Ukraine, nach Bosnien, Tschechien und Slowenien. Auch auf das sich wandelnde, vielgesichtiger und komplexer werdende Christentum, auf den Buddhismus und den Islam. Aber auch auf eine religiöse Bewegung wie das „Neuheidentum“ (Ungarn), in dem vorchristliche Traditionen Urständ feiern und dabei seltsame Verbindungen etwa mit der Frage nach der nationalen Identität eingehen.

Im globalen religiösen Transfer verändern sich die Religionen und ihre überkommenen Traditionen. Es entstehen neue religiöse „Typen“. Eine wichtige Frage dabei ist, wie die neuen religiösen Bewegungen, die ja oft „alte“ sind, sich in die Öffentlichkeit(en) ihrer jeweiligen nationalen, gesellschaftlichen, kulturellen Kontexte vermitteln – oder nicht vermitteln. Ob sie, zum Beispiel, politisch wirksam werden oder sich ein-kapseln in einen Kokon von religiöser Praxis, die Öffentlichkeit eher vermeiden will. Auch dieser Frage schenken wir in dieser Ausgabe Aufmerksamkeit.

Bleibt am Ende die Frage, warum das Christentum in Europa an Kontur und Einfluss verliert. Dieser Prozess schreitet unaufhaltsam fort. Die – zutreffende – Berufung darauf, dass das Christentum – einst – Europa geprägt hat, kann angesichts der religiösen Fakten in Europa wie eine Beschwörungsformel erscheinen. Alles ist im Fluss und bleibt im Fluss.

Die Redaktion

Sehnsucht nach mehr

Religiöse Vielfalt in Europa

Prof. Dr. Michael Albus ist verantwortliches Mitglied der Redaktion dieser Zeitschrift.

Eine aktuelle Bestandsaufnahme der religiösen Situation in Europa wird zu dem Ergebnis kommen, dass die Großkirchen immer weniger Gläubige an sich binden können. Dennoch ist die Sehnsucht der Menschen nach dem Jenseitigen, wie der nachstehende Essay zeigt, ungebrochen und führt zu neuen Formen von Gläubigkeit – der Mensch ist offenbar unheilbar religiös.

Ungefähr zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde im europäischen Raum, zuerst im Westen, nach 1989 auch im Osten, eine Entwicklung offenbar, die sich über einen langen Zeitraum hinweg schon im Stillen und Verborgenen vollzogen hatte: die abnehmende Bedeutung der Großkirchen und die Zunahme neuer religiöser Bewegungen.

Im Zuge des religiösen globalen Transfers bildeten sich auch in Europa Mischformen von Religiosität heraus. Andere Religionen kamen ins Spiel. Eine herausragende Rolle spielte dabei der Buddhismus. Aber auch neuheidnische Elemente kamen hinzu. Die Bewegung ist weiter in vollem Gange und erfährt gegenwärtig eher noch eine Beschleunigung. Das Feld ist nicht nur vielfältig, sondern auch unübersichtlich geworden. Die Gründe für diese Entwicklung sind komplex. Politische, gesellschafts-politische, wirtschaftliche und kulturelle Aspekte sind dabei zu berücksichtigen. Schaut man in die Geschichte zurück, dann kann man die gegenwärtige Situation strukturell mit der Lage im 3./4. Jahrhundert nach Christus vergleichen: Ein großer Markt der religiösen Möglichkeiten hatte sich ausgebreitet, auf dem sich das Christentum, wollte es nicht bedeutungslos werden, behaupten musste.

Heute kommt der fortschreitende *Prozess der Säkularisierung* hinzu. Die lebenswirkliche Kraft der großen Kirchen ist geschwächt. Sie sind zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Verwaltungs- und Organisationsfragen

stehen im Vordergrund. Ein weiteres, unübersehbares Faktum ist: Der technische, medizinische, bio- und kommunikationstechnologische Fortschritt offenbart immer deutlicher seine Bruchstellen und seine Grenzen. Die neuen Freiheiten bergen neue Risiken. Von vielen der neuen technischen Errungenschaften wissen auch die nachdenklicheren Fortschrittsoptimisten nicht, ob wir sie überhaupt beherrschen können. Die Erfahrung der offenbaren Brüche und Grenzen führt mittelbar oder unmittelbar zur Frage nach der Religion.

Das Christentum – eine Religion unter anderen

Die großen christlichen Kirchen haben das Monopol für Religion in Europa verloren. Die kulturell vielfältige europäische Gesellschaft des 21. Jahrhunderts stellt die Frage nach der Religion nicht mehr nur als eine Frage an die christlichen Kirchen. *Sie stellt sie im Kontext vieler Religionen.* Das Christentum ist eine Religion unter anderen geworden. Was es zur Zukunft Europas beitragen kann und beizutragen hat, ist nicht mehr nur seine große Geschichte oder seine unbezweifelbare kulturelle Leistung. Es ist heute vor allem die Frage nach seiner Lebensnähe und seiner persönlichen Glaubwürdigkeit. Das Leben ist wichtiger als die Lehre. Die Fragen der Menschen haben sich gewandelt.

In allen Umbrüchen wird sich die Suche nach dem, was über den Tag und die Jahre des Lebens hinaus trägt, verschärfen. In der erfahrenen Anonymität, in der gefühlten Kälte auf den glänzenden Oberflächen der postmodernen Gesellschaften bricht immer mehr die Sehnsucht nach Nähe, Wärme und Tiefe auf. Die Menschen möchten in überschaubaren Beziehungen leben, in verlässlichen Räumen wohnen, Heimat haben. Die Globalisierung, gleichwohl ein Faktum, ist nicht lebbar. Sie ist ja kaum organisierbar. Jedenfalls nur um einen hohen Preis, der mehr als Geld kostet. Die Urwünsche bleiben: einen Namen haben, Glück haben, Harmonie erfahren, ewig leben, unsterblich sein.

Das Leben ist wichtiger als die Lehre. Die Fragen der Menschen haben sich gewandelt.

Unübersichtliche Suchwege

In diesem Kontext ereignet sich so etwas wie „spirituelle Suche“. Die Suchwege verlaufen unübersichtlich. Viele Menschen sind heute der

Auffassung, dass „wirklicher“ Glaube erst dann möglich ist, wenn man sich kompromisslos der offenkundigen Absurdität des Lebens gestellt hat. Sonst neigt der Glaube dazu, eine Art Zerstreuung und Ablenkung zu bleiben, ein geistlicher Zeitvertreib, bei dem man anerkannte, allgemein übliche Floskeln sammelt und sie zu gängigen Erklärungsmustern zusammensetzt, ohne wirklich ihren Sinn zu erfassen oder sich zu fragen, ob sie irgendwelche praktische Konsequenzen für das eigene Leben haben. Die Menschen suchen nach glaubwürdigen, lebhaften Antworten ohne Wirklichkeitsverlust, ohne den Verdacht der Ideologie und der sofortigen Vereinnahmung. Sie suchen nach wirklichem, ursprünglichem Leben, nicht nach einem Leben aus zweiter oder dritter Hand. Dafür sind sie auch bereit, Risiken einzugehen.

Neue Herausforderungen stellen sich

Viele der neuen religiösen Bewegungen entstanden und entstehen in einem Vakuum, das die großen christlichen Kirchen hinterlassen haben. Ihr „Salz“ ist schal geworden. Sie sind kein „Sauerteig“ mehr. Einige der Folgerungen, die sich daraus ergeben, hat Hans Maier schon in einem Artikel in dieser Zeitschrift im Jahre 2001 benannt: „Seit den Ereignissen von 1989/90 leben alle christlichen Konfessionen im wiedervereinigten Europa unter den Bedingungen der Religionsfreiheit; die lange Kette der Religionsverfolgungen durch totalitäre Regime im 20. Jahrhundert scheint beendet zu sein; die Kirchen müssen sich nicht mehr der Konkurrenz ‚politischer Religionen‘ erwehren. Aber das ‚größere Europa‘ hat für die Kirchen in Ost und West auch neue Herausforderungen gebracht: Sie müssen sich aufs Neue ihrer Identität versichern, auch im Verhältnis zu Nation und Staat; die ökumenische Zusammenarbeit muss auf neue Fundamente gestellt werden; und die Auseinandersetzung mit der säkularen Kultur und mit den Widersprüchen des Säkularismus hat sich an vielen Orten verschärft. Die christlichen Kirchen sind aufgefordert, stärker als bisher in europäischen Kategorien zu denken und im Dialog miteinander neue Konzepte der Mission, der Evangelisierung zu entwickeln, die der Gefahr des Glaubensschwundes entgegenwirken.“

Aufbrüche – aber keine Durchbrüche

Ein wirklich lebendiges, in die gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Wirklichkeiten hinein ausstrahlendes großkirchliches Leben

gibt es faktisch kaum noch. Die „Seelsorgeeinheiten“ werden wegen des Priestermangels in Europa immer größer und damit anonym. Wohl gibt es partiell beachtliche Aufbrüche in einzelnen europäischen Ortskirchen. Aber Durchbrüche sind sie nicht, die kleinen Gruppen, die oft eine eigenartige Ghetto- und Warmer-Ofen-Mentalität haben. In den großen Institutionen greift Festungsdenken um sich. Drinnen die Beterinnen und Beter, die Frommen, draußen die Suchenden, die Zweifelnden, die Unruhigen. Sie suchen – und finden – eine andere religiöse Heimat. Die wachsende Zahl der Kirchenaustritte ist ein Indikator.

Nach Lage der Dinge wird sich vorerst nichts wirklich Umwälzendes tun. Der kirchliche Apparat ist ein schwer steuerbarer Riesentanker geworden in einer Zeit, in der es die kleinen schnellen Boote braucht.

Europa ist Missionsland geworden.

Der Jesuit Alfred Delp, der in der Zeit des Nationalsozialismus für seinen Glauben mit dem Leben bezahlen musste, stellte schon 1945, kurz vor seinem gewaltsamen Tod, fest: „Die Kirchen scheinen sich durch die Art ihrer historisch gewordenen Daseinsweise selbst im Wege zu stehen. Ich glaube, überall da, wo wir uns nicht freiwillig um des Lebens willen von dieser Lebensweise trennen, wird die geschehende Geschichte uns als richtender und zerstörender Blitz treffen. Das gilt sowohl für das persönliche Schicksal des einzelnen kirchlichen Menschen, wie auch für die Institutionen und Brauchtümer. Wir sind trotz aller Richtigkeit und Rechtgläubigkeit an einem toten Punkt. Die christliche Idee ist keine der führenden und gestaltenden Ideen dieses Jahrhunderts.“

Dreiundzwanzig Jahre später auf einem Treffen asiatischer katholischer Äbte in Bangkok hielt der Trap-

Drinnen die Beterinnen und Beter, die Frommen, draußen die Suchenden, die Zweifelnden, die Unruhigen.

pist Thomas Merton am 10. Dezember 1968, wenige Stunden vor seinem plötzlichen Tod, eine Ansprache zu dem damals sehr aktuellen Thema „Marxismus und Perspektiven des Mönchtums“. Er berichtete darin von einem jungen tibetischen Mönch, der Ende der fünfziger Jahre vor den Chinesen aus seiner Heimat und damit aus seinem Kloster fliehen musste, um sein Leben zu retten. In dieser Situation wusste er nicht so recht, was er tun sollte. Deshalb schickte er einem in der Nähe lebenden Abt eine Nachricht und fragte: „Was machen wir jetzt?“ Der Abt schickte ihm eine seltsame Antwort – aber auch eine bedeutsame: „Von jetzt an,

Bruder, steht jeder auf eigenen Füßen.“ Thomas Merton sagt dazu, dass dies ein Satz darüber sei, dass wir uns in Zukunft nicht mehr auf stützende Strukturen verlassen könnten. Sie seien zwar gut und hilfreich, und wir sollten das Beste aus ihnen machen im Dienst an Gott und an den Menschen. Aber sie können weggenommen werden – und wenn alles weggenommen worden ist, was machen wir dann?

Einen anderen, zugespitzten Blick auf den wachsenden Bedeutungsverlust der Großkirchen in Europa und das gleichzeitige Anwachsen der religiösen Vielfalt eröffnete Rüdiger Safranski in der Weihnachtsausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ im Jahre 1993 mit folgenden Bemerkungen: „Die Religion und ihre Surrogate haben sich fast vollständig in die privaten Nischen, in Innerlichkeiten jeglicher Couleur, zurückgezogen. Wo aber die Kirchen öffentlich agieren, tun sie es in der Regel als ausgenüchterte Verantwortungsträger, die das gesellschaftlich notwendige Guthaben an Spiritualität bewirtschaften. Wenn die großen Kirchen heute um gesellschaftliche Akzeptanz werben – sogar mit Hilfe von Werbeagenturen –, dann wird tatsächlich keiner mehr auf die Idee kommen, hier seien Religionsvirtuosen und himmelfahrtsverdächtige Institutionen am Werk. Aber man wird auch nicht auf den Gedanken kommen, dass es hier überhaupt um Religion geht.“

Die Aspekte für das Aufkommen religiöser Vielfalt – nicht nur – in Europa liegen jedoch nicht nur im Bedeutungsverlust der Großkirchen. Sie haben tiefere Gründe, die im Menschen selbst liegen.

Der Mensch – unheilbar religiös

Auffällig ist, dass mit dem Schwinden der religiösen Überzeugungskraft der großen Kirchen das Verlangen nach Religion und Religiosität, das heißt geübter Religion, keineswegs zur Ruhe gekommen ist. Das Gegenteil ist der Fall. Auch dafür gibt es Belege genug.

Vor vielen Jahren war eines Morgens an der Südseite des Freiburger Münsters die Sprühschrift zu lesen „Gott ist tot, jetzt leben wir!“ Die Schrift ist inzwischen verblasst und entfernt worden. Aber „Gott“, dessen Name auch „Sehnsucht nach mehr“ heißen könnte, ist nicht tot. Die Frage nach ihm treibt unter- und überirdisch viele um. Eben auch solche, die mit den Kirchen und dem Gott, den sie verkündigen, nicht mehr viel zu tun haben. Es scheint, dass die Frage nach der Religion umso drängender wird, je mehr der technische Fortschritt unsere privaten und öffentlichen Lebensbereiche verändert. Schon zögert man beim Wort

„Fortschritt“. Ist er ein Fortschritt zu wünschenswerten und lebhaften Zielen? Oder führt der Fort-Schritt fort von uns selber, lässt uns immer mehr in die Entfremdung geraten?

An den Weihnachtstagen des Jahres 1995 wurden in einem Hochgebirgstal in der Schweiz 16 Leichen gefunden, darunter auch drei Leichen von Kindern. Es waren die sterblichen Überreste von Mitgliedern der Sonnentempler-Sekte, die schon früher spektakulär von sich reden machte und der, wie vielen Sekten, ein Zug zur Zerstörung innewohnt. In den verlassenen Häusern der Mitglieder der Sonnentempler-Sekte fand man Abschiedsbriefe. In einem der Abschiedsbriefe war zu lesen, dass man die schreckliche Tat beging, weil man durchdrungen war „von dem Wunsch, eine andere Welt zu sehen“.

Gott ist nicht tot – die Frage nach ihm treibt viele um.

Zu erinnern ist an den Massenselbstmord in einer amerikanischen Sekte im Urwald von Guyana, Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, auch an die Davidianer-Sekte des David Koresh in den USA, deren Mitglieder, darunter auch Kinder, sich 1994 in einer Farm nach tagelanger Belagerung durch die Polizei selbst verbrannten, oder an den Giftangriff der Aum-Sekte in der Untergrundbahn in Tokio 1995, bei dem viele Menschen zu Tode kamen.

Geheimnisvoller Faktor „Religion“

Wir Menschen sind offenkundig Wesen, deren Tiefe ihrer Herkunft und Weite ihrer Zukunft niemals ausgelotet werden können. Mit der Tatsache unserer Existenz, ob gewollt oder nicht, ist etwas gegeben, das nicht verrechenbar ist mit Zahlen, Daten und Fakten, das mit keinem Fortschritt je erreicht werden kann. In allen Verschaltungen und Verkrustungen unserer Lebensgeschichten bleibt ein geheimnisvoller Faktor lebendig, der uns auf den ersten Blick hin weniger tröstet als erschreckt. Die Ränder unseres Daseins, in Zeit und Raum, werden erhellt von einem unheimlichen Feuer, das uns mit einer solchen verborgenen oder offenbaren Sehnsucht erfüllt, dass wir in der letzten Konsequenz in dieses Feuer hinein gehen wollen, obschon wir ahnen, dass wir in diesem Feuer verbrennen können.

So stark ist der „Wunsch, eine andere Welt zu sehen“.

In dieser grundlegenden, existentiellen Situation und angesichts der modernen Lebenspraxis wird das Christentum bei uns immer mehr eine

unbekannte Religion. Der Gott des Christentums wird ein unbekannter Gott. Ein Gott unter vielen Göttern, an die Menschen glauben und die sie heimlich unheimlich verehren. Herkömmliche Deutungsmuster versagen, Denksysteme zerbrechen, überlieferte Bilder verbrennen im Feuer unserer täglichen und nächtlichen Erfahrungen. Jeder sucht nach eigenen Deutungsmustern, deren Brüchigkeit, Vorläufigkeit und Grenzen in immer kürzeren Zeiten offenbar werden.

Abständigkeit von den Großkirchen bedeutet kein Verstummen der religiösen Frage

Als wichtiges Faktum bleibt festzuhalten: Abständigkeit, Ferne von den Großkirchen, bedeuten nicht das Verstummen der religiösen Frage. Eher ist das Gegenteil der Fall. Je weniger die Kirchen Antworten auf die drängenden Lebensfragen der Menschen zu geben vermögen, desto mehr suchen die Menschen nach einer Orientierung und einem Sinn für ihr Leben in anderen als in den Kirchenräumen. Und sie wählen oftmals Auswege, die sich letztlich als Holzwege enttarnen, die im Dickicht und im Gestrüpp der vielen Fragen und Ängste ins Weglose verlaufen.

An den Grenzen unserer Erfahrungen, an den Grenzen unserer Bemächtigungsversuche ragt eine andere Wirklichkeit in die Wirklichkeit unseres alltäglichen Lebens hinein. Diese andere Wirklichkeit ist unsere wirkliche Wirklichkeit. Man kann ihr den Namen „Religion“

geben, weil sie den Menschen zurückverweist auf einen Wurzelgrund, dessen er selber niemals „habhaft“ werden kann. „Religion“ ist die Gegenwart einer anderen Wirklichkeit in den unendlich vielen individuellen und wechselnden Wirklichkeiten unseres Lebens. Sie lässt sich nicht hinterfragen.

Sie ist da. Und sie ist vielfältig da. Zuweilen auch verwirrend, angstmachend, gefährlich und zerstörerisch.

Die Sehnsucht nach mehr ist unsere wirkliche Wirklichkeit. Wir sind unheilbar religiös.

Je weniger die Kirchen Antworten auf die drängenden Lebensfragen der Menschen zu geben vermögen, desto mehr suchen die Menschen nach einer Orientierung und einem Sinn für ihr Leben in anderen als in den Kirchenräumen.

„Heterodoxes“ Christentum im modernen Russland

Alexander Panchenko ist Fellow am Institut für Russische Literatur der Russischen Akademie der Wissenschaften und Professor für Anthropologie an der Staatlichen Universität St. Petersburg (Forschungsschwerpunkte: u. a. Anthropologie der Religion, ländliche Religionsformen, charismatisches Christentum).

Aus der russischen Orthodoxie sind im Laufe der Geschichte zahlreiche religiöse Gruppen mit ganz unterschiedlichen Formen der Lehre, des Ritus und des Glaubensalltags hervorgegangen. Der Beitrag bietet einen Überblick über deren Entwicklung und versucht eine geistesgeschichtliche Einordnung dieser Glaubensgemeinschaften.

In der üblichen Sichtweise der russischen Religionsgeschichte, die im Westen verbreitet ist, stellt sich die russische Orthodoxie hinsichtlich der Glaubensinhalte, der Riten und der Lehre ziemlich einheitlich dar. Dies entspricht jedoch nicht den Tatsachen, denn historisch wie geografisch gesehen ist die russische religiöse Kultur äußerst vielfältig, wie es etwa der amerikanische Historiker Gregory Freeze formuliert hat: „Die russische Orthodoxie war eine russische Heterodoxie – eine Anhäufung lokaler Formen der Orthodoxie, jede mit ihren eigenen Kulturen, Ritualen und Gewohnheiten. Die Religion war, wie auch anderen Bereiche des Lebens, äußerst kleinteilig und zeichnete sich durch kaleidoskopartige Variationen von Pfarrei zu Pfarrei aus, ganz zu schweigen von breiten regionalen Unterschieden.“¹ Allerdings ist es wichtig festzuhalten, dass diese Unterschiede und Varianten nicht aus sozialen Bewegungen oder Konflikten hervorgegangen sind, wie dies etwa für Westeuropa bis zum späten 17. Jahrhundert galt.

1 Gregory Freeze: Institutionalizing Piety: The Church and Popular Religion, 1750 - 1850. In: Jane Burbank (u. a., Hrsg.): Imperial Russia: New Histories for the Empire. Bloomington, IN, 1998, S. 213.

Die Altgläubigen und der Beginn des religiösen Dissenses in Russland

Die Kirchenreformen unter Patriarch Nikon in den Jahren nach 1650 betrafen keine „großen“ theologischen oder dogmatischen Bereiche; vielmehr beabsichtigten sie nur einige kleinere Änderungen der Liturgie und der orthodoxen Riten, um damit eine Anpassung an die griechisch-orthodoxen Standardformen jener Zeit zu erreichen. Die Veränderungen führten jedoch zu einer unerwarteten Reaktion – es entstand eine massive konservative Bewegung, die letztlich zu einer Kirchenspaltung führte. Die Konservativen, bekannt als die „Altgläubigen“, urteilten über die Reformen in apokalyptischen Begriffen und ordneten sie unter die „Vorzeichen der letzten Tage“ ein, die dem „Kommen des Antichrist“ vorausgehen würden.

Einige der radikalsten Gruppen der Altgläubigen praktizierten rituelle Selbstmorde, oft in der Form von kollektiven Selbstverbrennungen. Auf der anderen Seite wurden die Altgläubigen seitens der Regierung äußerst hart verfolgt. Später, im 18. und 19. Jahrhundert, konnten kleinere Gemeinschaften von Altgläubigen, die sich in abgelegenen Landstrichen fern der „gottlosen Welt“ gehalten hatten, viele Formen und Vorschriften im Sinne der rituellen Reinheit bewahren. Bemerkenswert

ist es, dass zahlreiche erfolgreiche Kaufleute und Unternehmer im Russland des 19. Jahrhunderts Anhänger der Altgläubigen waren und einen bedeutenden Anteil an der Entwicklung des russischen Kapitalismus hatten.

Ursache dafür mag die soziale Stigmatisierung gewesen sein, die bei den Altgläubigen zu einer besonderen Vertiefung ihrer „Wirtschaftsethik“ führte.

„Geistbesessene“ Asketen und volkstümliche apokalyptische Haltungen

Es gab eine Reihe radikaler Gruppen von Altgläubigen im frühen 18. Jahrhundert, die den Anstoß zur Entstehung einer weiteren alternativen religiösen Bewegung in Russland gab, den so genannten Christgläubigen (*Christovschtschina*). Ihre Anhänger waren von apokalyptischen Erwartungen erfüllt, aber anstelle der vornikonianischen Liturgie zu folgen,

Viele Altgläubige folgten einer strengen "Wirtschaftsethik" und spielten deshalb eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung des russischen Kapitalismus.

praktizierten sie ihre eigenen charismatischen Rituale, bekannt als *radenie* (abgeleitet vom Begriff für „eifrig handeln“). In vielerlei Hinsicht ähnelten diese Geistbesessenen in Lehre und Ritus christlichen Bewegungen des frühen Christentums, etwa den Montanisten des 2. Jahrhunderts, oder auch Anhängern heutiger Pfingstkirchen. Ihre Praxis umfasste ekstatische Bewegungen oder „Tänze“. Die Gläubigen versammelten sich in einem Raum, sangen Gebete und geistliche Lieder, besonders das Jesusgebet „Herr Jesus Christus, Sohn Gottes, habe Erbarmen mit mir Sünder“. Danach fühlten sie sich selbst vom Heiligen Geist und von der Gabe der Prophetie erfüllt. Die Betonung des Jesusgebetes verbindet diese religiöse Praxis des christlichen Glaubens mit dem Hesychasmus, einer Tradition des Gebetes der Eremiten in der östlichen Orthodoxie.² *Radenie* umfasste außerdem Aufführungen in Art von Dramen, in denen entweder das Leben Christi und seiner Apostel oder das Jüngste Gericht dargestellt wurden. Dieses „geistliche Theater“ ähnelte einerseits dem in der ländlichen Kultur Russlands äußerst beliebten „Volksdrama“; andererseits waren damit Anspielungen auf die Endzeit und entsprechende Prophezeiungen verbunden. Die Morallehre der Bewegung gipfelte in strenger Askese, die das Verbot von Fleisch- und Alkoholkonsum ebenso wie das Verbot von Rauchen und Eiden umfasste und sogar die Eheschließung untersagte.

Später, in der Zeit nach 1760, wurden diese Prinzipien von der Bewegung der Selbstkastraten, den so genannten *Skopzen*, weiter verschärft, denn diese glaubten, der einzige Weg zur Rettung läge in der Selbstkastration. Diese rituelle Praxis existierte im Geheimen in zahlreichen Regionen Russlands tatsächlich bis in die 1930er Jahre und umfasste sowohl die Verstümmelung von männlichen als auch von weiblichen Geschlechtsmerkmalen. Wahrscheinlich war dies die exotischste religiöse Bewegung im Europa des 19. Jahrhunderts – dennoch beeinflusste sie sowohl literarische als auch politische Vorstellungen der russischen Eliten im 19. Jahrhundert. Ihr Führer Kondratii Seliwanow (um 1740–1832), den seine Anhänger sowohl für Christus als auch für den 1762 ermordeten Zaren Peter III. hielten, war in mystisch orientierten Adelskreisen im Sankt Petersburg jener Zeit äußerst populär. Später, in den 1820er und 1830er Jahren, wurden die Selbstkastraten zu einer „äußerst

² Vgl. dazu Gregor Hohmann: Reichtum für alle. Die Bedeutung der ostkirchlichen Spiritualität für das westliche Christentum. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 10 (2009), H. 3, S. 203–211, besonders S. 209.

gefährlichen Sekte“ erklärt, streng verfolgt bzw. mit Gefängnis und Exil in Ostsibirien bestraft.³

„Russischer volkstümlicher Protestantismus“

In den 1760er Jahren entstanden nicht nur die Skopzen, sondern es entwickelte sich auch ein „russischer populärer Protestantismus“, dessen Wurzeln in Zentralrussland lagen (Gouvernements Tambow und Woronesch) und der auf gegen die Amtskirche und ihre Repräsentanten gerichtete Strömungen zurückging. Ihre Anhänger nannten sich selbst „geistliche Christen“, von den Behörden hingegen wurden sie als „Ikonoklasten“ („Bilderfeinde“) bezeichnet, denn sie verwarfen sowohl die Verehrung von Ikonen als auch die kirchliche Hierarchie und die Sakramente. Die Bewegung entwickelte allerdings eigene Formen geistlicher Leitung. Ihre Anführer wurden als „lebende Ikonen“ verehrt, und man glaubte, sie hätten die absolute geistliche Macht in Händen.

Nach heutigem Forschungsstand sind zwei Gründe für den Aufstieg dieser Bewegung zu nennen. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts befand sich die Russische Orthodoxe Kirche in einer ernsthaften Krise, deren Ursache zum einen das Fortbestehen der Altgläubigen war, zum anderen die Auswirkung der Reformen Zar Peters des Großen in den 1720er Jahren, die die Kirche dem weltlichen Staatsapparat völlig unterwarfen. Die Autorität der kirchlichen Hierarchie, die de facto Teil der Staatsbürokratie geworden war, nahm dramatisch ab. Andererseits ging das Anwachsen protestantischer Ideen gerade unter der Landbevöl-

kerung Zentralrusslands wohl auch auf die Verbreitung katechetischer Texte zurück, die nach der Kirchenreform von 1720 erschienen waren und deren Zahl nach der Veröffentlichung der ersten gedruckten kirchenslawischen Bibel seit 1751 erheblich zunahm. Die Bibel wurde nun eine der bedeutendsten Quellen für Lehre, Moral und Riten der Bewegung.

Im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert teilte sich die Bewegung in drei Hauptzweige auf: *Duchoborzen*⁴, *Molokanen* und *Judaisierende*

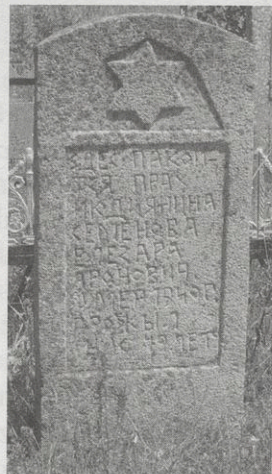
Neue Bewegungen bildeten sich als Reaktion auf die Kirchenreform Peters des Großen und infolge der Verbreitung katechetischer Schriften.

3 Zur Geschichte dieser Bewegung vgl. Laura Engelstein: *Castration and the Heavenly Kingdom: A Russian Folktale*. Ithaca, NY, 1999.

4 Im wörtlichen Sinn „Geisteskämpfer“. Diese Bezeichnung durch die Behörden sollte

(auch bekannt als *Subotniki*). Die Gruppen unterschieden sich in Lehre, rituellen Praktiken und sozialen Strukturen. Die Duchoborzen behielten geistliche Führung und Verehrung „lebender Ikonen“ bei und entwickelten eigene mündliche Traditionen in Form geistlicher Verse, die den Psalmen nachempfunden waren, ritueller Texte und anderem mehr. Die Molokanen verwarfen ebenso wie die Judaisierenden den orthodoxen Kalender zugunsten des jüdischen. Allerdings verstanden sich die Molokanen weiterhin als Christen, die Judaisierenden hingegen nannten sich „Volk vom Gesetz des Mose“ und erkannten nur die fünf Bücher Mose und die Psalmen als geistliche Quellen an. In der religiösen Praxis beider Gruppen bildeten sich Mischformen aus jüdischer Tradition, christlichen Glaubensinhalten und Volkskultur heraus.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde den „Ikonoklasten“ gestattet, sich an der Nordwestküste des Asowschen Meeres unweit des Flusses Molotschnaja niederzulassen.⁵ Hier erfreuten sie sich relativer religiöser Freiheit und teilweise Selbstverwaltung. In den späten 1840er Jahren wurden sie jedoch gewaltsam in die transkaukasischen Provinzen (d. h. das heutige Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Teile der Türkei) vertrieben. Einige der damals gegründeten transkaukasischen Gemeinden existieren bis heute. Nur eine kleine Gruppe von Duchoborzen, Molokanen und Judaisierenden konnte in Innerrussland bleiben oder später dorthin zurückzukehren. Dennoch gibt es seit dem 19. Jahrhundert „freikirchliche“ Gruppen und Gemeinschaften in verschiedenen Regionen Russlands und der Ukraine.⁶ Diese „ländlichen Protestanten“ (die manchmal Kontakte zu entsprechenden Gruppen



Grabstein von russischen „Judaisierenden“ auf einem Friedhof in Armenien, 2014 (Aufnahme des Autors)

eigentlich negativ klingen („Kämpfer gegen den Heiligen Geist“), wurde aber sehr rasch ins Gegenteil verkehrt („Kämpfer für den Heiligen Geist“).

5 Einige Forscher leiten den Namen „Molokanen“ von diesem Flussnamen ab. Andere hingegen verweisen auf das Wort „moloko“ (Milch) als Hintergrund, weil die Molokanen in der Fastenzeit entgegen der Vorschriften der orthodoxen Kirche Milch getrunken haben. Molokanen bedeutet dann „Milchtrinker“.

6 Vgl. Sergei I. Zhuk: *Russia's Lost Reformation: Peasants, Millenialism, and Radical Sects in Russia and Ukraine. 1830 - 1917*. Baltimore, London 2004.

westkirchlichen Ursprungs, besonders zu deutschen Mennoniten, unterhielten) bildeten einen wichtigen Teil der religiösen Landschaft in vielen Regionen des Russischen Reiches.

Autoritäten, Intellektuelle und religiöse Abtrünnige

Abgesehen von kurzen Perioden religiöser Toleranz, etwa zu Beginn der Herrschaft Zar Alexanders I., wurden die Mitglieder alternativer christlicher Gemeinden von den weltlichen und geistlichen Behörden des Russischen Reiches als „Häretiker“ oder „Sektierer“ und, politisch gesehen, als „Verdächtige“ verfolgt und der schwersten Verbrechen bezichtigt. So gab es schon Mitte des 18. Jahrhunderts – lange bevor sich die Legende vom „jüdischen Ritualmord“ im 19. Jahrhundert in Russland verbreitete – in Moskau entsprechende Anklagen gegen Angehörige der genannten Gruppen.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die russischen politischen Dissidenten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts (speziell die Sozialisten und Anarchisten) alle Sektierer als ihre natürlichen Verbündeten und sogar als Pioniere eines Sozialismus auf dem Lande betrachteten. Diese Ansicht, die jeglicher Grundlage entbehrte, inspirierte einige Mitglieder der bolschewistischen Partei, nach einer Allianz mit den religiösen Abtrünnigen zu suchen, was jedoch nach 1917 vom sowjetischen Regime

rasch fallen gelassen wurde. Während der stalinistischen Periode der Kollektivierung und der Agrarreform zwischen 1929 und 1933 wurden viele die-

Sozialisten und Anarchisten sahen in den Sektierern natürliche Verbündete.

ser christlichen Gemeinschaften teilweise oder völlig zerstört, ihre Mitglieder entweder ins Gefängnis geworfen oder sogar hingerichtet.

Ein anderes „soziales Experiment“ intellektueller Dissidenten fand in den 1890er Jahren in den Gemeinden der Duchoborzen in Georgien statt. Ein großer Teil verweigerte den Militärdienst und wurde daraufhin von den Autoritäten des Russischen Reiches hart bestraft, was 1899 dazu führte, dass über 7.500 georgische Duchoborzen mit Unterstützung von Leo Tolstoi und seiner Anhänger und mithilfe internationaler Netzwerke von Anarchisten und Pazifisten nach Kanada emigrierten. Ihre dortige Geschichte verlief ebenfalls ziemlich dramatisch, da sie keinerlei Form von bürgerlichem Leben oder Landbesitz akzeptieren wollten. Die Geschichte der kanadischen Duchoborzen im 20. Jahrhundert ist eine Summe von Konflikten mit den lokalen Behörden.

Verlorene Reformation?

Die dramatischen Veränderungen in der russischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert bedeuteten einen harten Schlag für alle Formen und Zweige des russischen Christentums. Nicht nur die Duchoborzen, sondern auch viele andere Gruppen und Gemeinschaften innerhalb der

Altgläubigen verließen Russland entweder unmittelbar vor oder nach 1917. Heute gibt es solche Gemeinschaften in allen Teilen der Welt, von Australien über Uruguay und die Vereinigten Staaten bis Kanada. Weiterhin bestehen auch einige Gemeinschaften, die die sowjetische Periode überlebt haben, in Russland und anderen Staaten der früheren UdSSR.



Blick auf einen Duchoborzen-Gottesdienst in Castlegar (Kanada), 2014 (Aufnahme des Autors)

Einige moderne Wissenschaftler fassen die russische „heterodoxe“ Christenheit des 18. und 19. Jahrhunderts als „verlorene Reformation“ zusammen.⁷ Diese brillante Metapher nimmt jedoch nicht die besonderen sozialen und historischen Umstände in den Blick. Die hier vorgestellten religiösen Bewegungen sind in einer ländlichen Gesellschaft mit ihren eigenen kulturellen Normen, Praktiken und Vorstellungen entstanden und können daher kaum mit der Reformation in West- und Mitteleuropa verglichen werden. Vor allem aber sollte das russische alternative Christentum als eine besondere Form der Reaktion auf die Schaffung eines „regulären“ bürokratischen Staatswesens innerhalb des Russischen Reiches seit Peter dem Großen interpretiert werden. Obwohl die „geistlich Suchenden“ in den russischen und ukrainischen Dörfern viele Schriftsteller und politische Denker im Russland des 19. und 20. Jahrhunderts beeinflusst haben, scheinen sie de facto keine größere Rolle in den gesellschaftlichen Umwälzungen gespielt zu haben. Sie sind ein kleinerer Teil der ländlichen Gesellschaft, und als solche teilt die russische heterodoxe Christenheit das Schicksal der russischen Gesellschaft und sollte heute als ein etwas exotisches und in gewisser Weise archaisches Stück des russischen kulturellen Erbes betrachtet werden.

Aus dem Englischen übersetzt von Christof Dahm.

⁷ Zhuk, ebd.

Die Waldenserkirche in Italien – eine beachtete Minderheit

Susanne Labsch (geb. 1957) studierte an der Waldenserkirche in Rom. Sie wurde in der Waldenserkirche in Italien ordiniert, war von 1985 bis 1990 Pfarrerin in Torre Pellice (Italien) und koordinierte von 2001 bis 2015 den „Runden Tisch“ mit der Waldenserkirche, an dem diejenigen evangelischen Landeskirchen, Hilfswerke und Vereinigungen zu Beratungen zusammenkommen, die regelmäßige Verbindungen zur Waldenserkirche pflegen. Sie ist derzeit Pfarrerin an der Christuskirche in Karlsruhe. Verheiratet ist sie mit Dr. Albert de Lange, Historiker und wissenschaftlicher Vorstand des Deutschen Waldensermuseums in Ötisheim-Schönenberg.

Durch den ersten Besuch eines Papstes in der Waldenserkirche im Juni 2015 erhielt diese älteste und trotz ihres Minderheitenstatus größte evangelische Kirche in Italien viel internationale und ökumenische Aufmerksamkeit. Die Waldenserkirche nimmt in Italien eine wichtige Rolle wegen ihres ökumenischen und diakonischen Engagements ein, das sie aus Mitteln der Kultussteuer OPM¹ in Italien und verbunden mit ökumenischen Hilfswerken und säkularen Initiativen erfüllt.

Im Sommer 2015 geriet die Waldenserkirche in Italien in die nationalen und auch internationalen Schlagzeilen: Am 21. Juni 2015 besuchte erstmals ein Papst, Franziskus, die Waldenserkirche in Turin und damit diese evangelische Minderheitskirche. Deren Namensgeber Petrus Wal-

1 Diese Steuer wurde 1984 in Italien eingeführt und beträgt 8 Promille der Lohn- bzw. Einkommensteuer, daher der italienische Begriff „Otto per Mille“ (OPM). Der Steuerzahler kann verfügen, ob die Mittel zugunsten von Religionsgemeinschaften, sozialen, kulturellen oder humanitären Maßnahmen verwendet werden. Dabei wird die Höhe so ermittelt, dass die Waldenser so viele Prozente des Steueraufkommens bekommen, wie Steuerbürger ihr Kreuz auf dem Steuerbogen für die Waldenserkirche gesetzt haben.

des, ein Kaufmann aus Lyon, war 800 Jahre zuvor als Ketzer gebrandmarkt worden. Ein ökumenischer Durchbruch, 800 Jahre nach der Laienpredigt des Waldes und bald 500 Jahre seit Gründung der evangelischen Waldenserkirche in Italien?

Geschichtlicher Überblick

Doch zunächst: Wer sind diese Waldenser eigentlich? Die evangelische Waldenserkirche in Italien hat ihren Ursprung weit vor der Reformation in einer Laienbewegung, die vom Lyoner Kaufmann Petrus Waldes um 1180 ausging. In einer geistlichen Krise beschloss er, dem Evangelium gemäß weiterleben zu wollen, verkaufte seine Habe, versorgte seine Familie und setzte dann seine Mittel für die Übersetzung der Bibel in die Volkssprache und für die Errichtung einer Armenküche ein. Waldes vertrat das Recht der Laien, die Bibel in der eigenen Sprache zu lesen und auszulegen, und zog mit seinen Anhängerinnen und Anhängern als in Armut lebender Wanderapostel umher. Sie nannten sich „die Armen Christi“ – ihre Gegner bezeichneten sie als „Waldenser“. 1184 wurden sie von der Synode von Verona als Ketzer bezeichnet, aber noch nicht verfolgt wie die gleichzeitig auftretenden dualistisch ausgerichteten Katharer, die Gottes Schöpfung als Teufelswerk ansahen.

Der Konflikt mit dem Papst verschärfte sich 1214, da ihm die „Armen Christi“ im Gegensatz zu den Franziskanern den Gehorsam verweigerten. Ab 1230 wurden die Waldenser von der Inquisition verfolgt. Sie suchten Zuflucht in abgelegenen Tälern der Cottischen Alpen westlich von Turin und entsandten von hier aus als Kaufleute getarnte Wanderprediger nach Nord- und Mitteleuropa aus. Sie befolgten die Bergpredigt und lehnten Eide und Gewalt ab, sodass ihnen die Inquisitoren nicht viele Fragen zu stellen brauchten, um sie zu „überführen“.

Die Waldenser gehören zu den ältesten protestantischen Gemeinschaften Europas.

Die Waldenser hatten Verbindung zu den Hussiten in Böhmen und den aus diesen hervorgegangenen Böhmisches Brüdern, sodass Martin Luther beide Bewegungen verwechselte. In den Jahren 1555 bis 1559 schlossen sich die Waldenser der Reformation in der calvinistischen Ausprägung an und bildeten 1561 eine Kirche, die sie nun stolz selbst „Waldenserkirche“ nannten. Nach ihrer Kirchwerdung begann eine Zeit wiederkehrender Verfolgungswellen: Im französischen Luberon und in

Kalabrien wurden die Waldenser vernichtet, im Piemont gewalttätig bedrängt und unter König Ludwig XIV. im 17. Jahrhundert schließlich aus Frankreich vertrieben. Viele fanden Aufnahme in Hessen und Württemberg, wo sie Kolonien gründeten. Als Glaubensflüchtlinge erhielten sie Privilegien wie Religionsfreiheit und anfängliche Steuerfreiheit. Einigen Waldensern gelang mit Hilfe der protestantischen Niederlande und Englands die Rückkehr in die Waldensertäler im Jahr 1689.

Die Waldenser in Italien

Es sollte bis 1848 dauern, bis die Waldenser in Italien die Bürgerrechte, wenn auch nicht die Glaubensfreiheit erlangten. Das unter der faschistischen Regierung in Italien 1929 ausgehandelte Konkordat, das der römisch-katholischen Kirche die Rolle einer Staatskirche zusprach, blieb bis 1984 in Geltung. 1974 wurde der „Bund Evangelischer Kirchen in Italien“ (Federazione delle Chiese Evangeliche in Italia, FCEI) gegründet, dem Baptisten, Methodisten, Lutheraner, Waldenser und Adventisten und die Heilsarmee beitraten. Die Waldenser- und Methodistenkirche bilden seit 1975 eine Union in der Synode und Pfarrerschaft.

Heute hat die Waldenserkirche Gemeinden in den großen Städten Turin, Mailand, Venedig, Florenz, Rom, Neapel und Palermo, außerdem in vielen Provinzen. 100 Pfarrerinnen und Pfarrer sind im aktiven Dienst. Besonders bekannt sind die von Pfarrer Tullio Vinay begründeten Begegnungszentren in Agape und Riesi auf Sizilien. Die Waldenserkirche unterhält eine international anerkannte Theologische Fakultät und ein Gymnasium. Die Diakonie umfasst Heime für pflegebedürftige Menschen und Gästehäuser.²



Die Casa Valdese in Torre Pellice bei Turin (Aufnahme: Dr. Albert de Lange)

1985 schlossen die Waldenser mit der italienischen Regierung einen Staatsvertrag, der ihnen den Zugang zur Krankenhaus- und Militärseelsorge eröffnete. Seit 1990 nehmen die

² Informationen auf Englisch unter www.chiesavaldese.org, auf Deutsch unter www.waldenser.de

Waldenser auch die Möglichkeit in Anspruch, Kultussteuermittel aus den so genannten „Otto per Mille“ (OPM) zu erhalten. Die Waldenser nutzen diese Mittel ausschließlich für sozialdiakonische und kulturelle Projekte sowohl in Italien als auch in der weltweiten Ökumene. Sie fördern dabei auch Initiativen aus dem katholischen Bereich.

Das Verhältnis zur katholischen Kirche

Sicher gibt Papst Franziskus der Ökumene Schwung: Er nennt die Protestanten „Schwestern und Brüder“, anders als Benedikt XVI., der weiterhin infrage stellte, ob evangelische Gemeinden Kirche sein können. Kardinal Bergoglio kannte die Waldenser aus Argentinien; die dortige Waldenserkirche wurde durch Auswanderer 1860 gegründet, bald spanischsprachig und ist sozialdiakonisch engagiert.

Auf die Vergebungsbitte des Papstes für die blutigen Verfolgungen in der Geschichte der Waldenser reagierte die Synode der Waldenser- und Methodistenkirche als höchste kirchliche Instanz: Sie formulierte in einem Brief, in dem sie für den Besuch und die Initiative des Papstes dankte, sie könne nicht einfach für alle um ihres Glaubens willen verfolgten Waldenser schnell antworten, sondern wünsche sich eine gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte, keine schnelle Abbitte und Vergebung, sondern einen Weg zur „versöhnten Verschiedenheit“. Einige italienische Medien deuteten diese differenzierte Antwort als Affront gegenüber dem Papst, während Bischof Bruno Forte, der Vorsitzende der Ökumenekommission der italienischen Bischofskonferenz, die Einladung zur Aufarbeitung annahm.

Das bedeutet einen grundlegenden Wandel in den ökumenischen Beziehungen in Italien, wo sich die italienischen und römischen Institutionen oft päpstlicher gebärden als der Papst selbst und andererseits sich manche Protestanten bisher hinter einem Antipapismus verschanzt hatten und ihre eigene Identität eher in Abgrenzung als in positiven Aussagen definierten. Allerdings ist die innerevangelische Ökumene in Italien mit dem „Bund der Evangelischen Kirchen in Italien“ (FCEI) deutlich enger und verbindlicher entwickelt als in anderen evangelischen Kirchen in Europa.

Öffentliches Wirken der Waldenser

Die Waldenser- und Methodistenkirche ist in Italien durch ihren Einsatz der Kultussteuer „Otto per Mille“ (OPM) national und international bekannt geworden. Im Unterschied zur römisch-katholischen und anderen Kirchen, die diese Steuermittel zum Erhalt der religiösen Funktionen verwenden, setzt die Waldenserkirche die ihr zugewandten OPM-Mittel nicht für die Bezahlung ihrer Pfarrerinnen und Pfarrer ein, sondern

ausschließlich für sozialdiakonische und kulturelle Projekte in Italien und im Ausland. Über die Ausgaben und Einnahmen wird in den Medien genau Auskunft gegeben.

Die Mittel aus der Kultussteuer setzen die Waldenser für sozialdiakonische und kulturelle Zwecke ein, außerdem zur Flüchtlingshilfe.

Eines der großen durch OPM ermöglichten Projekte lautet „Mediterranean Hope“. In Lampedusa auf Sizilien wurde ein Begegnungs- und Beobachtungszentrum für die Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten aufgebaut, die über die Mittelmeerroute Asyl in Europa suchen. Ein Teil des evangelischen Engagements für die Flüchtlinge besteht dabei in der Betreuung der Hinterbliebenen derer, die im Mittelmeer ertrunken sind, und in der würdigen Bestattung der Opfer. Hier arbeiten die Waldenser auch mit Erzbischof Francesco Montenegro von Agrigent zusammen, der wegen seines Engagements für Flüchtlinge von Papst Franziskus zum Kardinal erhoben wurde.

Diesen diakonischen und kulturellen Aktivitäten der Waldenser und Methodisten in Italien und im Ausland bringt die säkulare Zivilgesellschaft viel Interesse entgegen. Die Waldenser- und Methodistenkirche hat kein eigenes Werk für ökumenische Diakonie gegründet, sondern unterstützt Entwicklungsprojekte zu nachhaltiger Landwirtschaft, Gesundheitsvorsorge oder Konfliktprävention auch durch die ökumenische Diakonie ihrer Schwesterkirchen zum Beispiel in Deutschland oder der Schweiz.

Die Waldenser- und Methodistenkirche in Italien bildet eine kleine evangelische Minderheit. Sie zählt ihre konfirmierten Mitglieder; das waren 2014 insgesamt 17.822. 9.000 von ihnen leben in einem kleinen Winkel im Nordwesten Italiens, in den Waldensertälern westlich von Turin. Dazu kommen die so genannten „Sympathisanten“, d. h. nicht eingetragene Mitglieder, die aber an Gottesdiensten und Bildungsveranstaltungen teilnehmen und sich aktiv in den sozialdiakonischen und kulturellen

Initiativen einbringen. Damit kommt die Waldenser- und Methodistenkirche auf 24.000 Personen (darunter ca. 4.000 evangelische Zuwanderer insbesondere aus Ghana und Korea). Insgesamt bestehen 130 verfasste Ortsgemeinden; eine große Gemeinde hat zwischen 800 und 1.500 Mitgliedern, mittelgroße 300-800, eine kleine Kirche weniger als 300 Mitglieder. Die Kirche ist synodal verfasst, 88 Pastorinnen und Pastoren arbeiten in den 130 verfassten Ortsgemeinden. Hinzu kommen ehrenamtliche Prädikantinnen und Prädikanten, die so genannten „Predicatori locali“.

Im Jahr 2014 gingen laut Gemeindegliederstatistik 200 konfirmierte Mitglieder verloren – eine Erosion, die spürbar ist. Der OPM-Einsatz hat die Waldenserkirche in der italienischen Gesellschaft zwar sichtbar gemacht, doch bleibt zu fragen, ob diese kleine evangelische Kirche in ihren sozialdiakonischen Aktivitäten aufgehen und darin verschwinden wird.

Waldenserkirche als Kirche aus Zuwanderung

Deutlicher Zuwachs in den Gemeinden kommt von den Migrantinnen und Migranten insbesondere aus Ghana und anderen afrikanischen Ländern, die sich der Waldenser- und Methodistenkirche anschließen. Ein großes, seit Jahren laufendes Projekt in der Waldenser- und Methodistenkirche lautet „Essere Chiesa Insieme – Zusammen Kirche sein“ (ECI). Die evangelischen Gemeinden sprechen also nicht nur italienisch, denn ein Großteil der Gemeindejugend ist nicht in Italien geboren worden oder stammt aus Migrantenfamilien der ersten Generation.

Ende 2014 fand das erste ECI-Jugendfestival mit der FGEI, dem Evangelischen Jugendbund in Italien, statt. Ethnische Kirchen wollen mit den jungen Menschen oft ihre eigene Kultur bewahren, z. B. die Sprachen und Kulturen des Herkunftslandes. Die jungen Zuwanderer finden in Italien andere Verhältnisse zwischen Mann und Frau und zwischen den Generationen vor, als sie sie aus ihrem Herkunftsland kennen. Das bedeutet einen Traditionsbruch für die Eltern; die Jungen passen sich in der Schule und Gemeinde an, jedoch nicht mehr der ethnischen Herkunftsgemeinde. 40 Prozent der Methodisten und Waldenser sind erst seit drei Generationen oder noch kürzerer Zeit evangelisch!

Nicht nur Diakonie, Bildung und OPM, sondern auch die Evangelisierung ist ein wichtiges Aufgabenfeld der Waldenser und Methodisten. Im Mai 2014 gab es nach langer und heftiger Diskussion eine Evangelisie-

rungswoche in der gesamten Waldenser- und Methodistenkirche, denn das Wort „Evangelisation“ war ziemlich verpönt. 70 Prozent der Gemeinden haben dabei neue Aktivitäten angeboten. „Nach 20 Jahren haben wir gemerkt, dass Evangelisierung möglich ist. Wir können nun sagen, wer wir sind und was wir wollen“, berichtete der Moderator bei einem Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern evangelischer Kirchen und Werke in Deutschland im Frühjahr 2015. Hinzu kommt, dass die Waldenser- und Methodistenkirche einen Generationswechsel ermöglichen muss von den jetzt 50- und 60jährigen an den entscheidenden Stellen hin zur jüngeren Generation unter Einbeziehung der eingewanderten Mitglieder – hier geht sie anderen Kirchen in Europa voraus.

Ausblick

Italien durchlebt eine große wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Krise, die natürlich auch die Waldenser und besonders deren jüngere Generation hart trifft. Die Waldenser möchten durch ihre Haltung mit dazu beitragen, die Folgen schlechter Regierung wie Klientelismus und Korruption zu überwinden.

Dank des Einsatzes der Kultussteuer „Otto per Mille“ spielt die Waldenser- und Methodistenkirche in Italien eine wichtige Rolle. So stößt diese christliche Minderheit wichtige Themen in der Gesellschaft an und trägt sie weiter; aktuell wird dies deutlich bei den Diskussionen um ein neues Gesetz zur Religionsfreiheit. Italien war lange Zeit ein durch den römischen Katholizismus geprägtes monokonfessionelles Land. Gegenwärtig verhandeln die staatlichen Institutionen mit den Kirchen über das neue Gesetz zur religiösen Freiheit, das allen Kirchen und verfassten Religionsgemeinschaften Rechte und Pflichten gibt. Die Bischofskonferenz hat dem Gesetz zur Gottesdienstfreiheit („*Libertà religiosa*“) zugestimmt. Künftig soll zum Beispiel an staatlichen Schulen allgemeine Bibelkunde und Geschichte der Religionen unterrichtet werden. Auch in dieser Hinsicht muss sich die Waldenserkirche vorbereiten und an den Lehrplänen mitarbeiten.

Der protestantischen Waldenserkirche wird also von den jetzigen politischen Verantwortungsträgern eine besondere Kompetenz in den Fragen des Verhältnisses von Kirche und Gesellschaft, Staat und Kirche zuerkannt. So trägt eine kleine evangelische Minderheitskirche mit einer langen Geschichte in und außerhalb Italiens zur Modernisierung des Landes bei.

Der Islam – eine traditionelle polnische Religion?

Die muslimische Minderheit in Polen

Priv.-Doz. Dr. Agata S. Nalborczyk zählt zu den ausgewiesenen Kennern des Islam in Polen. Sie lehrt und arbeitet als Islamwissenschaftlerin, Arabistin und Iranistin am Lehrstuhl für Europäischen Islam an der Universität Warschau sowie als Co-Präsidentin (von der katholischen Seite) des Gemeinsamen Rates von Katholiken und Muslimen in Polen.

Obwohl die Zahl der Muslime in Polen gering ist, bildet diese religiöse Minderheit mit ihrer Geschichte und Tradition einen nicht unwesentlichen Bestandteil der polnischen Gesellschaft. Die polnische Islamwissenschaftlerin Agata S. Nalborczyk blickt in ihrem Beitrag auf die Geschichte des Islam in Polen zurück und zeigt, welche Besonderheiten die Religiosität und Lebensführung dieser Gruppe in der polnischen Gegenwart kennzeichnen.

Einleitung

Wenn man von Religionen in Polen spricht, so kommt westlich der Oder wohl kaum jemandem der Islam in den Sinn. In der allgemeinen Überzeugung sind schließlich fast alle Polen Katholiken. Wer erinnert sich noch daran, dass vor dem Zweiten Weltkrieg die Grenzen Polens weit nach Osten reichten und die Bevölkerung religiös wie ethnisch viel komplexer war?¹ Damals befand sich unter den vom polnischen Staat offiziell anerkannten (und finanzierten) Religionen auch der Islam. Obwohl Muslime stets nur einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung Polens ausgemacht haben, soll hier diese polnische religiöse Minderheit im Fokus stehen, denn der Islam hat durchaus seinen Platz in der polnischen Geschichte und seine Anhänger sind heute vollwertige Bürger der Repu-

¹ Nach der Volkszählung von 1931 machten Katholiken des römischen Ritus ca. 65 Prozent der Bevölkerung aus, ca. 12 Prozent waren orthodox, ca. 10 Prozent griechisch-katholisch, ca. 10 Prozent jüdisch und knapp 3 Prozent protestantisch.

blik Polen. Nicht zuletzt erlaubt diese Geschichte einen Blick auf die Besonderheit der polnischen Zeitläufte.

Die Geschichte des Islam in Polen muss im Osten Polens beginnen, in der Gegend von Białystok. Zwei Holzmoscheen – in Kruszyniany aus dem 18. Jahrhundert, in Bohoniki aus dem 19. Jahrhundert – sind ein recht ungewöhnlicher Anblick in der polnischen Landschaft, obwohl sie hinsichtlich ihrer Architektur und der verwendeten Baumaterialien gar nicht so exotisch aussehen, wie man meinen könnte. Ganz ähnlich sind etwa die orthodoxen Holzkirchen der Gegend gebaut. Die hier zu findenden muslimischen Friedhöfe (*mizar* genannt) lassen noch stärker erahnen, dass es sich um eine jahrhundertealte, tief in der polnischen Geschichte verwurzelte Präsenz handelt. Im Gras sind steinerne Grabmale zu sehen, deren älteste um 1800 errichtet wurden und sowohl Polnisch als auch Arabisch beschriftet sind: Mit dem Glaubensbekenntnis, der Schahada (*La ilaha illa-Llah, Muhammad rasulu-Llah*), und der Anrufungsformel, der Basmala (*Bi-smi-Llahi-r-rahmani-r-rahimi*). Die neueren Grabsteine unterscheiden sich abgesehen von Schahada und Basmala anstelle von Kreuz und der auf katholischen Gräbern in Polen allgegenwärtigen Abkürzung „Ś. P.“ (*Świętej pamięci* – Zum ewigen Angedenken) kaum mehr von den zur gleichen Zeit auf christlichen Friedhöfen aufgestellten Grabsteinen.

Doch die Nachnamen auf den moosüberwachsenen Steinen, die man bei einem langsamen, stillen Spaziergang unter Friedhofsbäumen entziffern kann, klingen oft zwar oberflächlich polnisch, doch darunter schlummert etwas Exotisches: Azulewicz, Alijewicz, Smajkiewicz, Sulikiewicz, Milkamanowicz, Bazarewicz, Józefowicz, Szehidewicz, Korycki, Połtorzycki, Buczacki ... Die Vornamen verraten gelegentlich noch mehr: Fatma, Ali, Ajsza, Bekir, Mustafa, Selim oder Chali-ma, nicht selten aber hat Ali als zweiten Vornamen Adam, und daneben liegen Leon, Maria und Joanna. Natürlich finden sich auch Vornamen, die Muslime und Christen gemeinsam verwenden – Dawid etwa oder Jakub.



*Muslimischer Grabstein aus jüngerer Zeit
(Aufnahme der Autorin)*

Die Geschichte der muslimischen Präsenz in Polen

Die Anwesenheit von muslimischen Tataren in polnischen Ländern – aber auch in Litauen, Russland und Finnland – geht auf die Ankunft der mongolischen Goldenen Horde im Osten Europas zurück. Geführt von den Nachfahren Dschingis Khans, hatten sie im 13. Jahrhundert den Islam übernommen. Die durch Assimilation sowie mongolisch-kiptschakische Mischehen entstandene Bevölkerung nennt man Tataren.

Die tatarische Siedlung begann in Litauen, das seit 1385 in Personalunion mit dem Königreich Polen verbunden war. Obwohl die litauischen

Schon seit dem 14. Jahrhundert leben Muslime in Polen.

Fürsten gegen die Goldene Horde gekämpft hatten, hatte der litauische Großfürst Witold (Vytautas) damit begonnen, Tataren anzusiedeln, die Land erhielten, dafür aber Militärdienst leisten mussten.² Daneben wurde ihnen das Recht auf ihren eigenen Glauben garantiert, sie durften Moscheen bauen sowie ansässige Frauen heiraten – muslimische Tataren betrieben keine Polygamie. In den kronpolnischen Gebieten verlieh Johann III. Sobieski 1679 Tataren Land. Aus dieser Zeit stammen die hiesigen tatarischen Gemeinschaften, die beiden Moscheen sowie eine Reihe von Friedhöfen. Einigen Quellen zufolge soll es im 16./17. Jahrhundert in Litauen und Polen bis zu 25.000 Tataren gegeben haben!

Der rechtliche Status der muslimischen Untertanen polnischer Herrscher wurde im 16. Jahrhundert festgelegt: Wer in der Armee diente (vor allem bei der leichten Reiterei in tatarischen Abteilungen), erhielt Land zu Lehen. Diese tatarischen Armeeangehörigen unterstanden eigenen Offizieren (in Friedenszeit auch in Verwaltungs- und Gerichtsfragen), waren direkte Untertanen des Königs und erreichten langsam einen Sozialstatus, der dem des polnischen und litauischen Adels gleichkam. Die tatarische Reiterei beteiligte sich an allen bedeutenderen Schlachten und Kriegszügen³, von der Schlacht gegen den Deutschen Orden bei Tan-

2 Diese Gebiete befinden sich heute in Litauen und Weißrussland, wo in vielen Orten noch Moscheen und muslimische Friedhöfe existieren.

3 Sie müssen tapfer gekämpft haben, da es in dem „Gedicht über den Reiterkrieg 1519-1521“, einer Lobpreisung des letzten preußischen Hochmeisters des Deutschen Ordens Albrecht von Hohenzollern, heißt: „Die Thattern dorneben seint nicht gutt, / Sie han vergossen vil christlich blut.“ Das Lied berichtet auch von 30.000 Polen und Tataren („Polen und Tatthern ein grosse schar XXXM unser feinde“), was natürlich übertrieben ist.

nenberg/Grunwald 1410 über die Schlacht bei Wien 1683, wo sie ihr neues Vaterland gegen ihre türkischen Glaubensgenossen verteidigten, bis hin zu den nationalen Aufständen des 19. Jahrhunderts. Wie alle patriotisch gesinnten ehemaligen Untertanen des polnischen Königs beteiligten sich die Tataren an allen Aufständen gegen die zaristische Herrschaft, was von dieser bestraft wurde – ein Teil verlor den Adelsstand, andere wurden russifiziert. Infolge der russischen Herrschaft gelangten Muslime im 19. Jahrhundert erstmals auch nach Warschau – vor allem als Soldaten der Zarenarmee. Für sie wurden in Warschau die ersten muslimischen Friedhöfe eingerichtet; der neuere, 1867 an der ul. Tatarska gegründet, wird bis heute genutzt.

Zwischen den Weltkriegen setzten sich die polnischen Muslime zum einen aus Tataren in den alten Siedlungsgebieten und zum anderen in Warschau aus Flüchtlingen zusammen, die aus den sowjetisch besetzten Gebieten gekommen waren, etwa aus dem Kaukasus. Es gab damals 17 Moscheen und zwei Gebetssäle; zum Bau einer Moschee in Warschau kam es allerdings nicht, da die von der muslimischen Gemeinschaft zu diesem Zweck gesammelten Gelder am Vorabend des Zweiten Weltkriegs an den Nationalen Verteidigungsfonds übergeben wurden.

1925 gründeten die polnischen Muslime die „Muslimische Religionsvereinigung in Polen“ (*Muzułmański Związek Religijny w Rzeczypospolitej Polskiej*) – eine der ältesten muslimischen Kultusgemeinden Europas – und wählten einen Mufti, den u. a. in Deutschland ausgebildeten Orientalisten Jakub Szynkiewicz (1884–1966). 1936 wurde die muslimische Religion vom polnischen Parlament mit dem „Gesetz über das

Der Islam erhielt 1936 den Status einer offiziell anerkannten Religionsgemeinschaft.

Verhältnis des Staates zur Muslimischen Religionsvereinigung in der Republik Polen“ offiziell als Religion anerkannt – damit von Polen als viertem europäischen Staat nach Österreich,

Ungarn und Finnland. Die Religionsvereinigung erhielt vom Staat finanzielle Mittel für ihre Aktivitäten und in öffentlichen Schulen wurde muslimischer Religionsunterricht angeboten. 1936 wurde für die polnischen Muslime ein Regiment des 13. Korps der Wilnaer Ulanen gegründet, in dem es einen eigenen Militär imam gab. In dieser Einheit kämpften sie 1939, viele von ihnen waren später im Bezirk Wilna der Heimatarmee aktiv, aber auch an allen anderen Fronten des Zweiten Weltkriegs.

Die Gegenwart

Nach dem Zweiten Weltkrieg gelangten 90 Prozent derjenigen Gebiete, in denen polnisch-litauische Tataren lebten, unter sowjetische Herrschaft. Im polnischen Staat befanden sich nur drei Gemeinden der Vorkriegszeit – Warschau sowie Kruszyńiany und Bohoniki (diese beiden mit den alten Holzmoscheen). Tataren verließen aber auch gemeinsam mit anderen polnischen Staatsbürgern im Rahmen der „Repatriierung“ ihre an die litauische bzw. weißrussische SSR angegliederte Heimat und siedelten sich in den neuen polnischen Westgebieten an, die bis 1945 zu Deutschland gehört hatten.

Viele Imame waren im Krieg gestorben oder ausgewandert, viele materielle Kulturgüter waren in der Sowjetunion geblieben, aber auch die Zerstreuung in den Westgebieten sowie das kommunistische Machtsystem gestalteten die religiöse Lage der Muslims alles andere als einfach. Eine Zeitlang gab es nur noch Imame, die vor dem Krieg ausgebildet worden waren und nun schon sehr alt waren (der älteste polnische Imam, Stefan Mustafa Jasiński, starb am 4. September 2015 im Alter von 104 Jahren). In Polen gab es keine Ausbildungsmöglichkeiten, und ins Ausland durfte man nicht reisen. Anders als in den benachbarten Sowjetrepubliken ließen sich die polnischen Kommunisten aber nicht dazu hinreißen, Moscheen und Friedhöfe zu schließen oder gar zu zerstören.

Da Polen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Ostblock gehörte, trafen langsam neue Muslime in Polen ein, Zuwanderer, anfangs nur in kleiner Zahl und oft auch nur dem Papier nach muslimischen Glaubens. Es waren Studenten vor allem aus arabischen Staaten, aber auch Flüchtlinge aus dem Iran oder Afghanistan. Beide Gruppen waren religiös wenig aktiv, da sie als Studenten Vertreter von Staaten waren, die sich anstrebten, sozialistische Systeme aufzubauen, oder aber es waren geflüchtete Mitglieder kommunistischer Parteien – etwa Angehörige der iranischen Tudeh-Partei, die sich als Atheisten verstanden. In den 1980er Jahren vergrößerte sich die Zahl der Studenten (vor allem Medizin, Natur- und Ingenieurwissenschaften) aus den arabischen Ländern erheblich, viele von ihnen ließen sich nach Ende des Studiums in Polen nieder, gründeten Familien und erhielten die polnische Staatsbürgerschaft. Anfangs waren sie wenig religiös, doch mit der Zeit knüpften sie Kontakte zu ansässigen Muslimen, den Tataren, und als der Sturz des kommunistischen Blocks immer näher rückte und das muslimische religiöse Leben aufblühte, hatten auch sie daran ihren Anteil.

stemtransformation von 1989 und der Grenzöffnung kamen weitere Muslime nach Polen. Zwar studieren nach wie vor viele, doch immer häufiger sind sie hier wirtschaftlich aktiv. Anders als in den Staaten Westeuropas, etwa in Deutschland, sind es keine anfangs ungebildeten Gastarbeiter, sondern vor allem Araber, aber auch Türken (sogar sehr wohlhabende) oder Bosniaken. Interessanterweise wurden die meisten Dönerbuden in Polen bis vor kurzem von Arabern geführt, erst unlängst haben Türken damit begonnen, ihnen Konkurrenz zu machen. Zugewanderte Muslime in Polen sind nach wie vor oft politische Flüchtlinge, anfangs vor allem aus dem Irak, aus Afghanistan oder Bosnien, heute ist ins-

In der heutigen polnischen Gesellschaft sind die Muslime relativ gut integriert.

besondere der Zustrom von Flüchtlingen aus Tschetschenien und Syrien groß⁴ – für viele von ihnen ist Polen allerdings nicht das Zielland ihrer Migration, sie wollen vielmehr weiter nach Westen. Die relativ geringe Zahl von Zuwanderern in Polen – was auch Zuwanderer muslimischen Glaubens betrifft – kommt somit ihrer Integration entgegen, da keine geschlossenen Gemeinschaften entstehen können und sie selbst Polnisch lernen müssen, das sie bei der Arbeit, beim Medienkonsum oder in der Schule brauchen.

Daten über die Zahl der Muslime in Polen gibt es nicht, da bei den Volkszählungen nicht nach der Religion gefragt wird und unterschiedliche Schätzungen kursieren.



Eine polnische muslimische Tanzgruppe (Foto: Michał Nalborczyk)

Die Zahl der Tataren wird auf etwa 5.000–6.000 geschätzt, die Zahl der zugewanderten Muslime beträgt 20.000–30.000. Insgesamt macht das geringe 0,06–0,08 Prozent der Bevölkerung Polens aus.

Die Existenz der muslimischen Gemeinschaft in Polen hängt von den rechtlichen Vorschriften und Traditionen zusammen, die aus einer Zeit

stammen, als die Tataren die einzigen Muslime waren (das Gesetz von 1936 ist immer noch in Kraft), und dies in einer Gegenwart, in der die

⁴ Offiziell haben seit 2007 1.800 Personen mit russischer Staatsbürgerschaft in Polen um Asyl gebeten.

Tataren die Minderheit und die zugewanderten Muslime die Mehrheit darstellen. Neben der Muslimischen Religionsvereinigung in der Republik Polen, deren Mitglieder größtenteils Tataren und nur in geringerer Zahl Türken sind, gibt es in Polen vier weitere registrierte muslimische Religionsgemeinschaften: eine sunnitische, die Muslimische Liga in der Republik Polen (*Liga Muzułmańska w RP*), in der sich hauptsächlich Araber, Konvertiten und ihre Familien organisieren, zwei schiitische, die Vereinigung für Islamische Einheit (*Stowarzyszenie Jedności Muzułmańskiej*) und die Islamische Vereinigung Ahl-ul-Bayt (*Islamskie Zgromadzenie Ahl-ul-Bayt*), sowie eine nicht orthodoxe Organisation, die Muslimische Vereinigung „Ahmadiyya“ (*Stowarzyszenie Muzułmańskie „Ahmadiyya“*).

Die Existenz zweier sunnitischer Religionsgemeinschaften mit ähnlichen Statuten, von denen jede einen eigenen Mufti besitzt und alle Sunniten in Polen vertreten möchte, erklärt sich aus den Spannungen zwischen den polnischen muslimischen Tataren und den meist arabischstämmigen Zuwanderern, die den Islam in einer etwas anderen Weise praktizieren. Die Auseinandersetzungen betreffen vor allem die religiöse Praxis – so tragen die Tatarinnen ausgenommen in der Zeit des Gebets – kein Kopftuch, denn in dogmatischen Fragen gibt es keinen Unterschied zwischen ihnen. Araber (und Konvertiten) werfen den Tataren geringes religiöses Wissen, schwache Kenntnis des Arabischen u. a. vor. Den Tataren wiederum gefällt vielfach die „Arabisierung“ ihrer Religion nicht, wie sie die konservative Auslegung und Praxis nennen, auch nicht die Zurechtweisung und Belehrung, wie der Islam eigentlich auszuüben sei. Diese Lage wird sich sicherlich noch weiter verkomplizieren, wenn sich die Krimtataren religiös zu betätigen beginnen, die sich nach der russischen Annexion der Krim in immer größerer Zahl und mit Unterstützung ihrer polnischen Verwandten in Polen niederlassen.

Insgesamt kann man sagen, dass das religiöse Leben der polnischen Muslime auf keine größeren Schwierigkeiten stößt – Moscheen und muslimische Friedhöfe existieren, in den staatlichen Schulen findet Islamunterricht statt, es gibt muslimische Religions- und Kulturorganisationen, die für ihre Aktivitäten öffentliche Gelder erhalten, die Behörden laden Vertreter der Muslime zu den Staatsfeiertagen ein, und unlängst hat das Verfassungsgericht entschieden, dass das Verbot des Schächtens nicht mit dem Recht auf freie Religionsausübung zu vereinbaren ist.

Aus dem Polnischen übersetzt von Peter Oliver Loew.

Buddhisten in Russland: Die Kalmüken

Prof. Dr. Christoph Schmidt lehrt Osteuropäische Geschichte an der Universität zu Köln.

Die im 17. Jahrhundert nach Russland eingewanderten Kalmüken sind Buddhisten, wobei sich in der religiösen Praxis die Lehren Buddhas mit älteren schamanistischen Vorstellungen vermischen. Der folgende Beitrag vermittelt einen Einblick in Kultur und Geschichte dieser in Westeuropa kaum bekannten kleinen Volksgruppe.

Geografische und historische Einordnung

Steppe, Nomaden, Buddhismus – innerhalb Europas stellt Kalmükien¹ eine einmalige Konstellation dar. Wie empfindlich das Ökosystem der Kalmüken jedoch ist, zeigt schon ihre Einwanderung nach Europa: Mangel an Weideland in der westlichen Mongolei hatte die Kalmüken ab 1608 zum Zug nach Westen bewogen. Beiderseits der Wolga fanden sie vorerst noch denjenigen Großraum vor, den sie für ihre Herden brauchten. 1655 traten sie dem Zarenreich bei und leisteten Militärdienst. Die zunehmende Besiedlung der Wolgalandschaft durch russische Bauern sollte das Verhältnis zu den kalmükischen Reiternomaden aber zunehmend belasten, auch sandte die Orthodoxie Missionare aus. 1771 kam die Mehrheit der Kalmüken daher überein, mit 30.000 Jurten² lieber den Rückweg anzutreten. Allerdings blieben 11.000 Jurten auf dem westlichen Wolgauer zurück, weil sie den Fluss mangels Frost und Eis nicht passieren konnten. Katharina II. hob daraufhin das Chanat der Kalmüken auf und

1 Die seit 1992 bestehende autonome Republik Kalmükien (Schreibweise auch: „Kalmückien“ und „Kalmykien“) liegt im Süden des europäischen Teils Russlands und grenzt an das Kaspische Meer. Das ganz überwiegend aus Steppe bestehende Land umfasst ca. 75.000 km² und hat knapp 300.000 Einwohner. Ungefähr ein Drittel der Bevölkerung lebt in der Hauptstadt Elista. Ausführliche Informationen finden sich unter <http://www.kalm.ru/en/index.php> (englisch und russisch).

2 Jurten sind die traditionellen Zelte der Nomaden in West- und Zentralasien. Der Begriff stammt aus dem Türkischen („yurt“ bedeutet „Heim“).

begann, die Verbliebenen ansässig zu machen – aus heutiger Sicht fast der Übergang zum Exodus, denn nur Nomaden können Herden halten. Und von den Herden leben sie! Der Übergang zum Bauerntum stellte die bisherige Existenzweise der Kalmüken also in Frage.

Dennoch wiederholte sich dieses Drama nach der russischen Revolution. Allerdings ging die Sowjetmacht ungleich rigorosser vor und enteignete das für die Viehhaltung unentbehrliche Land. Der Übertritt der Kalmüken in die Ära des Kolchos begann daher mit einer Hungersnot.

Damit mag zusammenhängen, dass sich nach Beginn des Zweiten Weltkriegs Teile der Kalmüken den Deutschen anschlossen. Dies wiederum nahm Stalin zum Anlass, die Kal-

Der Übergang zum Bauerntum stellte die bisherige Existenzweise der Kalmüken als Nomaden infrage.

müken 1943 nach Sibirien zu deportieren. Alles in allem ist es daher keine Übertreibung wenn man sagt, die Geschichte des einzigen buddhistischen Volkes Europas verlief tragisch. Etwa 150.000 Kalmüken haben die Sowjetunion überlebt.³

Das 20. Jahrhundert hat gezeigt, dass die Trias Steppe – Nomaden – Buddhismus nicht nur sehr empfindlich, sondern auch vergänglich ist. Von diesen drei Elementen überlebte nur das letzte. Klimawandel, Austrocknung, Erosion und Versalzung verwandelten die Steppe vielerorts zur Halbwüste. Nicht besser erging es den Kalmüken politisch: Erst enteigneten die Sowjets ihre Herden, dann wurden sie zwangsangesiedelt und schließlich deportiert. Auch hier wurden Tempel geschlossen und Mönche verhaftet. Seit der Rückkehr der Kalmüken nach Stalins Tod 1953 aber lebte der Buddhismus wieder auf, zunächst nur geduldet, nach dem Ende der Sowjetunion 1991 aber unübersehbar. 1993 hat sogar der Dalai Lama die kalmükische Hauptstadt Elista besucht, und im Zentrum der Stadt löste eine Statue Buddhas die von Lenin ab.

Das Ende der Sowjetunion ging einher mit einem Ende der Überfremdung und einer Rückkehr zu Geschichte und Religion: Je schwächer die Beziehungen nach Moskau, desto lebhafter die zu den buddhistischen Staaten in Zentralasien, die mehr und mehr Investitionen nach Kalmükien leiten und dafür sorgen, dass neue Tempel gebaut wurden. Auch hier war die Ära des sowjetischen Atheismus vorbei. Allerdings

³ Elza-Bair Guchinova: *The Kalmyks*. London 2006. Vgl. außerdem Christoph Schmidt: *Pilger, Popen und Propheten. Eine Religionsgeschichte Osteuropas*. Paderborn 2014, S. 116-124.

ist diese Besinnung auf internationale religiöse Gemeinsamkeiten kein Spezifikum der Buddhisten. Der Islam ging den gleichen Weg, indem arabische Länder vorzugsweise den Wiederaufbau der muslimischen Zentren bei den Wolgatataren in Kasan finanzierten.

Grundzüge des Buddhismus

Auch wenn die Bedeutung des Buddhismus für Europa mit der des Islam nicht zu vergleichen ist, liefern die Tempel von Elista doch einen wichtigen Hinweis auf die Vielfalt der osteuropäischen Religionslandschaft. Allerdings sind die Beziehungen des Westens zum Buddhismus weder historisch noch gegenwärtig mit Konflikten belastet. Die westliche Sicht des Buddhismus lässt sich daher auf eine einfache Formel bringen: je stärker das Gefühl eigener Überlegenheit, desto geringer das Interesse. Je mehr diese Überlegenheit aber wie im 20. Jahrhundert zerbrach, umso größer die Offenheit für fernöstliche Weisheit.⁴

Vermutlich wirkte und wirkt der Buddhismus deshalb so anziehend, weil er eine Umkehr westlicher Ethik versprach: hier Egozentrik durch Konkurrenz, dort Gleichmut in Freundlichkeit. Die zunehmende Beachtung des Buddhismus wirft allerdings die Frage auf, auf welche seiner Seiten man denn trifft, die meditative, die philosophische oder die religiöse. Bei letzterer findet der westliche Religionsbegriff keine Entsprechung, weil der Glaube an einen Schöpfergott im Buddhismus fehlt. Der Buddhismus strebt daher auch keine Fremd-, sondern Selbsterlösung an, beruhend auf Überwindung von Leidenschaft und Leid als Weg

zu innerem Frieden. Durch den rigorosen Atheismus der Sowjetunion gegenüber christlichen wie nicht-christlichen Religionen fehlten im 20. Jahrhundert nur die Voraussetzungen für diesen „Weg nach innen“, also zur

Anders als die christlichen Kirchen brach der Buddhismus nicht augenblicklich zusammen, als der Staat ihm den Klerus raubte.

Selbsterlösung. Es ist daher in mancher Hinsicht theoretisch oder zumindest idealistisch, wenn der Buddhismus behauptet, dieser Weg zur Erleuchtung stehe jedermann offen. Anders als die christlichen Kirchen brach der Buddhismus aber nicht augenblicklich zusammen, als der Staat ihm den Klerus raubte. Auch dies ist rein historisch bedingt, denn genau

4 Vgl. zu diesem Auf und Ab Jürgen Offermanns: *Der lange Weg des Zen-Buddhismus nach Deutschland. Vom 16. Jahrhundert bis Rudolf Otto*. Stockholm 2002.

hier trennen sich die zwei Hauptschulen des Buddhismus. Während das „kleine Fahrzeug“ (Hinayana) in Südostasien nur individuelle Befreiung anstrebt, geht es dem „großen Fahrzeug“ (Mahayana) in China und Indien um die Erleuchtung aller. Dabei nehmen die Anhänger der ersten Richtung für sich in Anspruch, die ältere Schule zu sein und dem Urbuddhismus am nächsten zu stehen. Hinzu treten als dritte und vierte Gruppierung der meditative Buddhismus mit Schwerpunkt in Japan (Zen) sowie der Lamaismus in Tibet, der etwa fünf Prozent der buddhistischen Weltbevölkerung ausmacht. Dieser vierte Entwicklungspfad war es, der für die Kalmüken wesentlich wurde.

Der Weg der Kalmüken zum Buddhismus

Entscheidend für den Übertritt der Kalmüken zum Buddhismus war der Kontakt zwischen Tibet und der Mongolei. Nach der Eroberung durch Kublai Chan rückte Peking 1264 zur mongolischen Hauptstadt auf. Nun kam es für die neuen Herrscher darauf an, China auch kulturell etwas entgegenzusetzen. Zu diesem Zweck zog der mongolische Hof tibetische Lamas heran; so kamen Übersetzungen aus dem Tibetischen ins Mongolische zustande. Allerdings drang der Buddhismus nur in die Oberschicht ein und war nicht in der Lage, den Schamanismus zu verdrängen. Kurz zuvor, 1254, war der Franziskaner Wilhelm von Rubruk in der alten mongolischen Hauptstadt Karakorum eingetroffen. In seinem Reisebericht schildert er auch eine schamanistische Seance: „Wie der Chan selbst zugab, spielen die Wahrsager bei den Mongolen die Rolle der Priester. Was sie anordnen, wird unverzüglich ausgeführt ... Einige von ihnen beschwören Dämonen. Leute, die nun von einem Geist Antwort haben wollen, werden zur Nachtzeit von den Sehern in ihr Zelt gerufen. In die Mitte der Jurte legen sie gekochtes Fleisch. Der Chan, der die Beschwörung vornimmt, fängt an, seine Formeln herzusagen. Er hält in der Hand eine kleine Trommel, mit der er kräftig auf die Erde schlägt. Endlich gerät er in Raserei und lässt sich fesseln. Darauf erscheint der Dämon in der Dunkelheit, lässt sich das Fleisch zum Essen geben und erteilt die Antworten.“⁵

Die Annahme des Buddhismus sollte jedoch zunächst nur Episode bleiben. China holte zum Gegenschlag aus, die politische Einheit der

5 Wilhelm von Rubruk: Reisen zum Großkhan der Mongolen. Von Konstantinopel nach Karakorum 1253-1255. Stuttgart 1984, S. 197, 202.

Mongolen zerbrach. Erst 1573 kehrte der Buddhismus in die Mongolei zurück. Im Gegenzug verlieh der Chan den Titel des Dalai Lama an das Oberhaupt der Gelbmützen (Gelugpa), als dieser die Mongolei besuchte. 1586 entstand das namhafte Kloster Erdene Zuu bei Karakorum, das unter Stalin zerstört wurde. Für die Goldene Horde und deren Herrschaft über Russland sollte der Buddhismus jedoch ohne Bedeutung bleiben; deren Chane tatarisierten sich und nahmen den Islam an.

Beim Weg des Buddhismus von Tibet in die Mongolei fiel den westmongolischen Stämmen wie den Kalmüken damit eine Brückenfunktion zu. Bis 1600 waren sie buddhistisch geworden, sodass hier ein lamaistischer Klerus entstand. Gestützt auf Jurten als Tempel folgte er den Kalmüken auf ihrer Westwanderung und traf nach 1608 an der Wolga ein. Diese Ankunft wirkt erstaunlich für einen westeuropäisch verengten Blick, nicht aber aus zentralasiatischer Sicht, denn wie alle Mongolen war auch der Stamm der Kalmüken halbnomadisch und zog daher im Sommer ohnehin auf Weidegründe, wo die Herden frisches Gras fanden. Auch jetzt war der Buddhismus gezwungen, sich mit Schamanen zu arrangieren.⁶ Zwar ließ der neuernannte Dalai Lama (mongolisch für „Meerespriester“) schamanistische Kultfiguren verbieten. Die wesentlichen Leistungen des Schamanen aber gingen auf den neuen Klerus über: Als Mittler zwischen Unter- und Oberwelt bekämpfte er die Dämonen. Sehr plastisch aus heutiger Sicht scheint etwa der Analogiezauber, um nach Pferdediebstahl Wolfssehnen ins Feuer zu werfen. So wie sich diese Sehnen zusammenzogen, so würden auch Füße und Hände der Diebe verkrampfen. Aus den Eingeweiden von Opferschafen las der Priester die Zukunft ab, und nicht zuletzt führte er die Seelen Verstorbener sicher

ins Jenseits, um deren Rückkehr als Dämon zu verhindern.

Eine weitere Besonderheit des Buddhismus bestand also darin, dass die Verbindung von Schamanismus

und Buddhismus für Nomaden nicht unharmonisch erscheint. Auch die Nähe zur Volksreligion sorgte dafür, dass der Buddhismus das sowjetische Jahrhundert vermutlich in besserem Zustand überstand als die Orthodoxie. Schamanen bewahrten die spirituelle Verehrung der Tiere, und Nomaden kamen dem Ideal materiellen Verzichts noch am nächsten. Auch Buddha hatte feste Ansiedlung bewusst vermieden, um den daraus

Durch die Nähe zur Volksreligion überstand der Buddhismus die sowjetische Zeit besser als die Orthodoxie.

6 Eingehend hierzu N. L. Zukovskaja: Lamaizm i rannie formy religii. Moskau 1977.

resultierenden Zwängen zu entgehen. Bedingt durch den vergleichsweise späten Übertritt zum Buddhismus erst im 16. Jahrhundert wiesen Lehre und Praxis aber auch bei den Kalmüken gewisse Unterschiede auf. Mit dem Zug nach Westen hatten sich die Kalmüken auch räumlich vom Dalai Lama entfernt. Dennoch wirkt die Anzahl der Klöster (churul) erstaunlich und wird für 1836 auf 105 Jurten veranschlagt, in denen 5.270 Mönche tätig waren.⁷

Auch bei den Kalmüken gliedert sich der buddhistische Klerus in vier Stufen; an der Spitze aller Mönche stand der Lama. Alle Mönche unterlagen de jure Zölibat und Abstinenz, besaßen aber das Recht auf Privatbesitz und waren im Viehhandel teilweise recht erfolgreich. In Medizin und Astronomie wiesen sie umfangreiche Kenntnisse auf. Im Hinblick auf diese Kultur war es wenig erstaunlich, dass russische Missionsversuche alles in allem wenig ausrichten konnten und bestenfalls die Armen erreichten, die sich vom Übertritt zur Orthodoxie materielle Besserstellung erhofften.

Ein Blick von außen auf das religiöse Leben der Kalmüken

Das Verhältnis von Lehre und Praxis ist für alle Religionshistoriker problematisch, schon weil die Lehre besser belegt ist als die Praxis. Für die Kalmüken jedoch liegt uns ein Reisebericht vor, der den Vergleich mit den Klassikern dieser literarischen Gattung nicht zu scheuen braucht. Benjamin Bergmann (1772-1856), ein livländischer Pastor, hatte in Leipzig und Jena studiert und war dann als Hauslehrer nach Moskau gegangen. Sein Bericht über die Reise zu den Kalmüken von 1802/03 liefert nicht nur einen farbigen Einblick in gelebten Buddhismus, sondern bietet eine klassische Quelle zur Religionsgeschichte „von unten“.⁸ So betonte er die Autonomie des kalmükischen Klerus, da es die Mönche sind, die den Lama wählen (III, 82). Ebenso zentral schien das Motiv der Seelenwanderung: „Dem Geist des indischen Religionssystems gemäß glauben auch die Mongolen an eine Wanderung der Seelen. Sie kennen keine Unsterblichkeit ... Die Lehrer des Christentums finden die Ursache von Leiden ... in der höchsten Gerechtigkeit des Weltregierers, aber der mongolische Priester erklärt sie für Strafen von Vergehungen, welche

⁷ Guchinova (wie Anm. 3, oben S. 271), S. 168 f.

⁸ Benjamin Bergmann: Nomadische Streifereien unter den Kalmücken in den Jahren 1802 und 1803. Riga 1804/05 (Nachdruck 1969); daraus stammen die folgenden Zitate.

man in früheren Wanderungen begangen hat. Die Lehre der Seelenwanderung ist daher bei allen Anhängern des Dalai Lama wie eine Art von Theodizee anzusehen“ (III, 52-53).

Aus heutiger Sicht mag es seltsam erscheinen, den Begriff der Seele derart zu betonen. Im früheren 19. Jahrhundert aber sah Bergmann hier eine deutliche Parallele zwischen Christen und Buddhisten. Nach dem Hinweis, das Hauptgesetz der Kalmüken sei die Milde, heißt es bei ihm: „Nicht einmal Läuse, welche zu den Hauptplagen des kalmükischen Lebens gehören, werden von einem religiösen Kalmüken umgebracht.

Der Buddhismus übte bereits im 19. Jahrhundert auf europäische Forschungsreisende eine Faszination aus.

Ich fragte neulich einen alten Kalmüken, ... ob er wohl für Bezahlung einen einzigen von diesen Verbannten umbringen wollte. Er antwortete: ... Nicht für eine Million. Ob ich eine

Laus oder einen Menschen umbringe, ist einerlei: Beide haben eine Seele“ (I, 80-81).

Bergmann neigte wie viele seiner Zeitgenossen zur Idealisierung des Fremden, um das Eigene zu bessern. „Bei den Europäern wird durch das Glück der kleineren Hälfte das Elend der größeren hervorgebracht. Bei den Kalmüken wird der Wohlstand der Angesehenen durch sich selbst und nicht durch den Schweiß der Armen unterhalten. Der Kalmük genießt ruhig die Gegenwart ... Der Mangel macht ihn nicht kleinmütig. Die Zukunft ängstigt ihn nicht. Das Leben des Europäers zeigt nichts als Sorgen ... Wer ist also glücklicher zu schätzen, der Kalmük oder der Europäer? Offenbar der Kalmük“ (II, 62-63).

Weltflucht und Weltgestaltung

Alles in allem liefert die Religionsgeschichte der Kalmüken einen faszinierenden Kontrast, der in mancher Hinsicht daran erinnert, dass die innereuropäische Religionsgeschichte bisweilen zu Selbstschau und Verengung neigt. Auch die Weltreligion des Buddhismus kennt eine schmerzliche Spannung zwischen Weltflucht und Weltgestaltung: Beide Pole bedingen sich gegenseitig, der eine gleicht den anderen aus. Gibt es auch einem „mittleren Weg“, wie er Buddha nach Jahren der Askese vorschwebte? Auch dieser Weltreligion fiel die Balance zwischen Weltzuwendung und Weltabwendung daher keineswegs leicht, denn der Buddhismus relativiert nicht allein Sprache und Text, Bindung und Besitz, sondern auch Individuum, Intellekt und Gottesidee.

Neuheidentum in Ungarn

Prof. Dr. Dr. András Máté-Tóth ist Theologe und Religionswissenschaftler und hat den Lehrstuhl für Religionswissenschaft an der Universität Szeged (Ungarn) inne. Frau Dr. Réka Szilárdi ist Religionswissenschaftlerin und Assistentin an diesem Lehrstuhl.

Männer in altmodischen Filzmützen, Sportvereine für Bogenschießen, Wandertouren zu Naturheiligtümern, Trommeln für Gesundheit und ruhiges Schlafen – eine verwirrende Vielfalt von Praktiken, Initiativen und Erklärungen in einem modernen Land Mitteleuropas. Diese Phänomene zu verstehen und eine angemessene und kontextgerechte Einstellung auszuarbeiten, dazu braucht man, wie der folgende Beitrag zeigt, sorgfältige Forschung, fundierte Theorie und pastorales Feingefühl.

Das Religionskonzept des zeitgenössischen Neuheidentums

In den letzten 50 bis 60 Jahren etablierte sich in den religionswissenschaftlichen Forschungsparadigmen für das zeitgenössische Szenarium der diversen heidnischen Bewegungen der Sammelbegriff „Neuheidentum“ („Neopaganismus“). Der Begriff bezeichnet in der Fachliteratur soziale Phänomene, die Restaurationsversuche von typischerweise vorchristlichen Religionskulten darstellen, wie etwa das Religionssystem der keltischen Druiden, die germanische Mythologie, den Mithras-Kult sowie altägyptische Religionsrichtungen – alle jedoch auf zeitgenössische Bedürfnisse zugeschnitten.¹

Hinter dem Begriff „Neuheidentum“ ist also ein sehr breites und beinahe undurchschaubar buntes Spektrum von verschiedenen Religionstraditionen zu finden, die durch einige gemeinsame Merkmale ver-

¹ Michael York: Pagan Theology: Paganism as a World Religion. New York, NY, 2005; Christopher McIntosh: The Pagan Revival and its Prospects. In: Futures of Religions 36 (2004), Bd. 9, S. 1037-1041.

bunden sind, die ihrerseits mehr oder weniger alle solche Phänomene kennzeichnen. Zu nennen sind:

- Versuche einer Remythologisierung,
- Umweltbewusstsein,
- Betonung der Geschlechtergleichheit,
- liberale Einstellung zur Sexualität.

Diese liberale, sehr offene Haltung zeigt sich auch hinsichtlich der Homosexualität. Neopagane Gruppen werden unter anderem deshalb

Der Begriff „Neuheidentum“ umfasst ein breites und beinahe undurchschaubar bunte Spektrum von verschiedenen Religionstraditionen, die durch einige gemeinsame Merkmale verbunden sind.

von homosexuell orientierten Personen gerne gesehen, da sie sich dort voll angenommen fühlen. Darüber hinaus werden der ethische Grundsatz „Tue alles, aber verletze niemanden“ und die Toleranz, bezogen vor allem auf religiöse Toleranz, stark betont, es

mangelt allerdings an dogmatischen Denkweisen.²

Neopagane Bewegungen betonen oft die Kontinuität ihrer langen Geschichte. So wird beispielsweise bei den Mitgliedern der Wicca-Bewegung die Mitgliedschaft nicht selten durch Generationen von Müttern an die Töchter weitergegeben. In ihren Kreisen ist ein poly- bzw. duotheistisches Religionssystem typisch. Sie erscheinen in kleinen separaten Gruppen, verfügen über kein kirchenartiges Zentralsystem und sind daher nur auf einem sehr niedrigen Niveau hierarchisiert.³ Bestimmte Richtungen des Neuheidentums sind von den USA bis Ostmitteleuropa vorzufinden. In Westeuropa und in den USA sind die Wicca, die keltische Urtraditionen pflegenden modernen Druiden und Anhänger einer Rekonstruktion der germanischen Urreligion, die so genannten Ásatrú („an die Asen Glaubenden“), verbreitet.

Beispiele in Ungarn

Das zeitgenössische Neuheidentum erschien in Ungarn wie in ganz Ostmitteleuropa bereits in den späten achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Mit dem Fall von Mauer und Stacheldraht folgte auf die Periode

2 Dies hat sich aufgrund unserer Recherchen ergeben. Bei der Untersuchung der Gruppen dienten die öffentlichen Selbstdarstellungen als Grundlage. Die dabei gewonnenen Ergebnisse wurden durch fokussierte Interviews kontrolliert und vertieft.

3 York (wie Anm. 1, oben S. 277).

der Religionsverfolgung seitens der kommunistischen Diktaturen eine neue Zeit der Gewissens- und Religionsfreiheit, die ein breites Feld religiöser Selbstorganisation eröffnete. Obwohl die Wicca, die Ásatrú und die keltischen Traditionen in der Gesellschaft keine tieferen Wurzeln schlagen konnten, wurden die neopaganen Gruppen durch Anlehnung an lokale Religionstraditionen recht populär.

Durch den Vergleich der Geschichte und Glaubenssysteme dieser neugegründeten Gruppen lassen sich zahlreiche Ähnlichkeiten entdecken. Die Mehrzahl der Gruppen entstand in der Nachfolge ähnlicher Gruppen vom Beginn des 20. Jahrhunderts, alle wurden während des Sowjetregimes gnadenlos verfolgt – manche von ihnen haben die kommunistischen Jahre im Exil in den USA und in Kanada überstanden – und alle lebten nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wieder auf. Alle diese Bewegungen arbeiten an die Wiederbelebung von archaischen Religionstraditionen im Anschluss an westeuropäische Grundmuster, wobei es allerdings einen wesentlichen Unterschied gibt: In Ostmitteleuropa wird der nationalen Identität eine deutliche größere Rolle beigemessen als im Westen, umgekehrt spielen magische Praktiken eine geringere Bedeutung. So verfechten diese Gruppen die Notwendigkeit einer Rückbesinnung auf Stammestraditionen; auch finden sich unter ihnen viele Mitglieder, die politisch rechtsradikal aktiv sind, wobei diese Haltung oft stärker sichtbar ist als die religiöse Einstellung.⁴

Die heutige neopagane Szene in Ungarn wie in anderen Gesellschaften der Region unterscheidet sich also deutlich von ihren westlichen Verwandten; gleichzeitig weisen die dazugehörigen Gruppen klar analoge Züge auf. Einerseits fehlen bei ihnen die wichtigen Akzente „Gleichberechtigung der Geschlechter“ und „Toleranz“, andererseits wird die

4 Ergo-Hart Västriik: The Heathens in Tartu in 1987-1994: Heritage Protection Club Tõlet. In: Contemporary Folklore Changing World View and Tradition, 1996 (online: <http://www.vinland.org/heathen/pagancee/taara.html>); Piotr Wiench: Neo-paganism in Central Eastern European Countries. In: Irena Borowik, Grzegorz Babiński (Hrsg.): New religious phenomena in Central and Eastern Europe. Krakau 1997, S. 283-292; Tamás Szilágyi, Réka Szilárdi: Istenek ébredése. A neopagányság vallástudományi vizsgálata. (Die Erweckung der Götter. Eine religionswissenschaftliche Untersuchung des Neuheidentums). Szeged 2006; Réka Szilárdi: Magyarországi újpogány vallások nemzeti identitáskonstrukciójának narratív mintázatai. (Die narrativen Motive der Nationenkonstruktion in den ungarischen neopaganen Religionen) Diss. phil. Pécs 2013. (online: http://pszichologia.pte.hu/sites/pszichologia.pte.hu/files/files/files/dok/disszert/szilardi_reka-d-2013.pdf)

Wichtigkeit der nationalen Identität sehr stark betont.⁵ Die Nation wird „religiös“ verstanden und verehrt, wobei die charakteristischen Ereignisse und Mythen der nationalen Urgeschichte eine bedeutende Rolle spielen.

Unter den heterogenen Begriff „Neuheidentum“ können nach einer Studie von 2013 fünfzehn Gruppen gerechnet werden, die auch über einen Internetauftritt verfügen; acht Richtungen haben sich die Rekonstruktion der nationalen Urreligion als erklärtes Ziel gesetzt. Über die

Mitgliederzahl dieser Gruppen konnten bis jetzt keine genauen Zahlen ermittelt werden, jedoch ist auch nicht die Anzahl der Mitglieder ausschlaggebend – viel wichtiger ist die öffentliche Wirkung der verschiedenen Glaubensgrundsätze. Es lässt sich

In neopaganen Kreisen in Osteuropa wird die Nation als „religiös“ verstanden und verehrt, wobei charakteristische Ereignisse und Mythen der nationalen Urgeschichte eine bedeutende Rolle spielen.

nämlich feststellen, dass bestimmte religionsartige Vorstellungen in der allgemeinen Öffentlichkeit ebenso wie bei manchen rechtslastigen politischen Veranstaltungen eine Rolle spielen.⁶

Im Hinblick auf die recht lockeren Glaubenssysteme lassen sich in Ungarn drei verschiedene zeitgenössische neopagane Richtungen erkennen:

- Eine erste Gruppe bemüht sich um Adaptation westlicher religiöser Muster. Dazu gehören z. B. die Gruppe der Kelta Wicca Hagymányörzők (Traditionsbewusste keltische Wicca) oder die Sodalitas Mithraica.
- Die zweite bedeutende Richtung arbeitet, wie oben bereits angedeutet, hin auf eine Wiederbelebung der (angeblichen) ungarischen Urreligion.⁷
- Die dritte Richtung verfügt über einen speziellen ungarischen Charakter, da bestimmte Gruppen Motive der ungarischen Urreligion mit christlichen Glaubensmotiven vermischen. Dieser Synkretismus

5 Beispiele für solche Gruppen sind die polnische Zadruga, Romuva in Litauen, Dievturi in Lettland und Rodnover in der Slowakei.

6 Vgl. Szilágyi/Szilárdi (wie. Anm. 4, oben S. 279).

7 Diese „Kirchen“ sind: Árpád Rendjének Tradicionális Egyháza (Traditionelle Kirche des Árpád-Ordens), Magyar Vallás Közössége (Gemeinschaft der ungarischen Religion), Napkereszt Mozgalom (Bewegung des Sonnenkreuzes), Pannon Wicca, Ósmagyar Egyház (Altungarische Kirche), Tengri Közösség (Tengri-Gemeinschaft), Tűzmadár Táltos Dobkör (Táltos-Trommelkreis des Feuervogels), Yotengrit Egyház (Yotengrit-Kirche).

ist vor allem deshalb von Interesse, da die Befreiung der vorchristlichen Religion von der Übermacht und Verfolgung durch das Christentum eigentlich zu den Grundsätzen des Neuheidentums gehört.

In den religiösen Narrativen dieser Bewegungen setzt sich eine eigenständige Logik durch: Sie wollen eine national-religiöse Identität konstruieren, die einerseits die verschütteten und unterdrückten Weisheiten über die Größe der Nation ans Licht bringt, andererseits diese Inhalte als eine zivilisatorische Größe herausstellt. Letztlich behaupten sie sogar, dass das ganze Christentum einen ungarischen Ursprung habe.⁸

Die neopaganen Narrative, die eine nationale Altreligion rekonstruieren wollen, gruppieren sich um drei thematische Knotenpunkte herum: die Verkündigung des Glaubens an einen schamanenartigen ungarischen *Medizinnmann* (táltos), eine eigenwillige Auffassung über Ursprung und Geschichte der ungarischen *Sprache* sowie die Hervorhebung der sakralen *Volks-traditionen* und ihrer geschichtlichen Kontinuität.⁹

Nicht die Mitgliederzahl der Bewegungen, sondern die Kraft ihrer Ideen ist es, die den öffentlichen Diskurs in der ungarischen Gesellschaft durchaus beeinflussen. Ihre Öffentlichkeitswirkung zeigte sich deutlich daran, dass die Ungarische Bischofskonferenz 2009 einen Hirtenbrief zur Ver-



*Neuheidnische ungarische Gruppen in traditioneller Kleidung*¹⁰

8 Zu den bekanntesten Ideologen dieser Bewegung zählen Ferenc Badiny Jós, Ida Bobula, Tibor Baráth und Viktor Padányi.

9 Szilárdi (wie Anm. 4, oben S. 279).

10 Auf der Abbildung, die die Autoren zur Verfügung gestellt haben, halten die Personen Schamanentrommeln und traditionelle ungarische Waffen (Pfeil und Bogen). Die Flaggen zeigen Motive aus dem 13. Jahrhundert (Ära der Árpáden) und stehen für eine deutliche politische Aussage: Diejenigen, die sie halten, wollen an diese Epoche anknüpfen, deren Traditionen wiederbeleben und die damaligen Grenzen Ungarns wiederherstellen.

teidigung des katholischen Glaubens gegen den neopaganen Geist veröffentlicht hat, der am 20. September 2009 in allen Messen verlesen wurde.¹¹ Gegenerklärungen erfolgten interessanterweise vor allem von antiklerikalen Gruppen. In ihrem Schreiben berufen sich die Bischöfe auf die Wichtigkeit der Pflege der tausendjährigen ungarischen Kultur, der echten christlichen Werte und auf die Notwendigkeit der Verstärkung des Glaubensbewusstseins. Die allgemeine Welle der religiösen Erneuerung führe aber auch zu Fehlentwicklungen und Wild-

Die Ungarische Bischofskonferenz warnte 2009 in einem Hirtenbrief 2009 ausdrücklich vor dem so genannten „altungarischen Synkretismus“.

wuchs, darunter zum so genannten „altungarischen Synkretismus“: „Dieses Phänomen ist darum sehr gefährlich, da es sich einer als christlich erscheinenden Wortwahl bedient und damit auch die ihre Religion praktizie-

renden Gläubigen leicht blenden kann.“ Die Bischöfe heben aus der vielfältigen und bunten Szene der neopaganen Mythen zwei besondere Elemente hervor. Eines bezieht sich auf die Gottesmutter, die in der neopaganen Mythologie mit einer altungarischen Urmutter (*Babba-Maria*)¹² identifiziert wird, das zweite auf die Vorstellung, Jesus sei ein Herzog des Partherreiches (*pártus herceg*) gewesen.

Einige Bemerkungen zur Einschätzung

Für eine angemessene Beurteilung dieser Phänomene ist vor allem auf den geschichtlichen und kulturellen Kontext Ostmitteleuropas hinzuweisen. Die neuheidnischen Bewegungen können in der heutigen Öffentlichkeit deshalb so wirkungsvoll agieren, weil sie vorgeben, eines der zentralen Probleme dieser Gesellschaften lösen zu können, nämlich die Folgen europäischer Kleinstaaterei mit dem Ringen um nationale Identität zwischen westlicher und östlicher Hegemonie. Die Bedeutung der nationalen Geschichte und der ethnischen Identität gehört in dieser Region zu den zentralen Fragen. Die Botschaft der neopaganen Bewegungen bietet kulturelle Prothesen für die Versuche der Etablierung von stabiler gesellschaftlicher und kultureller Identität.

11 Quelle: <http://uj.katolikus.hu/cikk.php?h=1386>

12 Die Bezeichnung geht auf die Form zurück, mit der die Gottesmutter in Siebenbürgen benannt wird, hat aber eine andere Bedeutung.

Bei den Bemühungen um Restabilisierung kollektiver Identitäten ist die Unterscheidung zwischen „echt“ und „unecht“, „wir“ und die „Anderen“ von enormer Bedeutung. Die neopaganen Gruppen und Bewegungen bieten sehr vereinfachte und sehr nützliche Orientierungsmittel zur Identifikation des Einzelnen und der Gruppen. Sie helfen mit ihren religiösen und religionsartigen Motiven, ihren Mythen und ihrer Sprache bei der Bildung von sicheren Bezugsgruppen, die den „Gläubigen“ persönliche Stabilität in der komplexen Zeit der (Post)Moderne versprechen.

Schließlich ist es noch wichtig hervorzuheben, dass nach den Zeiten der strengen Zensur die entfesselten Medien den Anschein eines totalen Chaos vermitteln, was leicht zu einer gesellschaftlichen Hysterie verleiten kann. Die neopagane Verkündigung der uralten Weisheiten bietet den verunsicherten Menschen in dieser Situation Halt und Stütze. Unter ihren Vertretern findet man viele und auch durchaus erfolgreiche Naturheiler mit alternativen Methoden, was zur Stärkung ihres Einflusses beiträgt.

Durch das vielfältige Phänomen des Neuheidentums werden die tiefen Dimensionen der kulturellen und religiösen Transformation sichtbar. Das Neuheidentum bietet den Menschen Orientierungshilfen in einer hochkomplexen Welt. Will die Kirche dem erfolgreich begegnen, so muss sie die Klarheit des Glaubensgutes inmitten dieser Entwicklungen bewahren und sich zugleich mit diesen Trends auseinandersetzen, damit ihre Botschaft umso klarer zum Tragen kommt.

In einer Zeit gesellschaftlichen Wandels bietet die neopagane Verkündigung der uralten Weisheiten den verunsicherten Menschen Halt und Stütze.

Die „Gesandtschaft Gottes“ – eine umstrittene Pfingstgemeinde in der Ukraine

Ganna Tregub ist Studentin an der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine und außerdem journalistisch für „The Ukrainian Week“ tätig.

Die heutige Ukraine bietet in religiöser Hinsicht ein äußerst buntes Bild. Neben den traditionellen Religionsgemeinschaften haben sich im letzten Vierteljahrhundert neue Gruppierungen gebildet, meist mit ausländischen Wurzeln. Der Beitrag skizziert deren Stellung in der Gesellschaft am Beispiel einer kleinen pfingstkirchlichen Gemeinschaft.

Die Ukraine als „religiöser Markt“

Betrachtet man heute, also 24 Jahre nach der staatlichen Unabhängigkeit, das religiöse Leben in der Ukraine, so führt dies zu der interessanten und bemerkenswerten Tatsache, dass es extrem vielfältig ist und in Europa den lebendigsten „religiösen Markt“ darstellt, der sich zudem immer noch weiter entwickelt. Das Jahr 1991 war kennzeichnend für die Wiedergeburt vieler traditioneller christlicher Konfessionen (sowohl orthodox, römisch- und griechisch-katholisch als auch protestantisch), des Islam und des Judentums und deren Weg aus dem Untergrund; wichtig wurde dieses Jahr außerdem für die Entstehung verschiedener neuer religiöser Bewegungen unterschiedlichster Herkunft.

Dem Religionssoziologen José Casanova zufolge ähneln die religiösen Gegebenheiten in der Ukraine in mehrfacher Hinsicht der religiösen Vielfalt in den USA. Vor solch einem vielfarbigem Hintergrund könnte man sich vorstellen, dass die von dem nigerianischen Pastor Sunday Adelaja gegründete charismatische Pfingstkirche „Gesandtschaft des gesegneten Gottesreichs für alle Nationen“ (bekannter in der Kurzform „Gesandtschaft Gottes“) eigentlich unter einem Stapel verschiedenster Informationen verborgen und den meisten Ukrainern unbekannt sein sollte. Das Gegenteil ist der Fall: Diese religiöse Organi-

sation ist vielen Ukrainern sehr wohl ein Begriff, verknüpft jedoch mit negativen Konnotationen in Bezug auf ihre kirchliche Aktivität. Ihr Geschäftsgebaren und ihre Einflussnahme auf die Politik sind nur einige Bereiche, die man mit den seit über 20 Jahren in der Ukraine währenden Aktivitäten der „Gesandtschaft Gottes“ verbindet. Fast immer wird in den Massenmedien oder in wissenschaftlichen Artikeln, die sich mit den Ursprüngen und Aktivitäten dieser kirchlichen Organisation befassen, von einer „nationalen Bedrohung“ gesprochen. Hier sei jedoch angemerkt, dass in der Ukraine im Allgemeinen alle religiösen Organisationen, ähnlich wie prominente Persönlichkeiten oder Politiker, bei der Entstehung von Schlagzeilen eine aktive Rolle spielen, um sich in der Öffentlichkeit in Szene zu setzen. Dieses Phänomen lässt sich aus dem sehr großen Vertrauen der Gesellschaft gegenüber der Kirche als soziale Institution ableiten, das offenkundig stärker ist als gegenüber der Polizei, dem Bankensystem, dem Präsidenten oder dem Parlament.

Die „Gesandtschaft Gottes“ hat in der ukrainischen Öffentlichkeit mit einem negativen Image zu kämpfen.

Meines Erachtens ist das zwanzigjährige Bestehen der „Gesandtschaft Gottes“ in der Ukraine ein markantes Beispiel für die extreme Kurzzeitgeschichte der Popularität einer religiösen Organisation und ihren raschen Rückgang, die vor dem Hintergrund eines regelrechten Wettbewerbs zwischen den Konfessionen zu sehen ist, bei dem es um die Gunst und Zahl der Anhänger geht. Die „Gesandtschaft Gottes“ bildet nur ein besonderes Fallbeispiel im Rahmen der verschiedenen charismatischen pfingstkirchlichen Bewegungen in der Ukraine; sie repräsentiert keineswegs die gesamte charismatische Bewegung innerhalb des Landes. An ihr lässt sich allerdings sehr gut aufzeigen, wie verschiedene religiöse Ideen exportiert und importiert und die Wurzeln dieser Ideen in andere Länder verpflanzt werden. Schuf Sunday Adelaja gezielt etwas Einzigartiges?

Zum Hintergrund der „Gesandtschaft Gottes“

Betrachtet man die Geschichte der Religionsgemeinschaften in der Ukraine, so ist das Werk Adelajas überhaupt nicht einmalig, da er nur die Tradition jener Pfingstkirchenführer weiterführt, die die pfingstkirchlichen Traditionen am Ende des 19. Jahrhunderts in einer Vielzahl von Ausprägungen aus den USA in unterschiedliche Regionen der Ukraine

brachten. Heute ist die „Gesandtschaft des gesegneten Gottesreichs für alle Nationen“ eine der größten charismatischen Kirchen der Pfingstkirchenbewegung innerhalb der Ukraine. Vom Standpunkt der Religionssoziologie aus betrachtet hat sie alle Entwicklungsstufen von der Sekte hin zu einer Kirche durchlaufen. Wie viele Tausende andere kam Sunday Adelaja 1986 als nigerianischer Student zum Studium in die ehemalige UdSSR. In Bezug auf das religiöse Leben lagen zwischen Nigeria und der UdSSR damals Welten – während die UdSSR bis zu ihrem Ende ein atheistisches Land mit antireligiösen Grundsätzen war, das lediglich der Russischen Orthodoxen Kirche ein wenig Eigenleben gewährte, war und ist Nigeria ein multireligiöses Land, in dem muslimische und christliche Gläubige die Wahl zwischen unterschiedlichen Riten hatten und haben.

Es sei erwähnt, dass die drittgrößte Gruppe der nigerianischen Christen nach Anglikanern und Katholiken die verschiedenen pfingstkirchlichen Gruppen ausmachen. In den Jahren zwischen 1960 und 1970 brachte eine Expansionswelle der Pfingstkirchen auch viele neue Kirchen in Nigeria hervor. Einer der Anführer war Benson Idahosa, einer der einflussreichsten pfingstkirchlichen Prediger Afrikas. Idahosa gründete 1972 die „Kirche der Internationalen Gottesmission“ und 1974 die pfingstkirchliche Dachorganisation „Gnade Gottes“ im Osten Nigerias. Die 1975 gegründete „Bibel-Kirche tieferen Lebens“ entwickelte sich schnell zur größten neu-pfingstlichen Kirche Nigerias und zählte bis 1993 geschätzte 350.000 Mitglieder. 1986 etablierte David Oyedepo die Gemeinschaft „Lebendiger Glaube weltweit“ und eröffnete 1999 am Stadtrand von Lagos einen „Tabernakel des Glaubens“ mit Raum für 50.000 Menschen.

Dieser kleine Überblick zur charismatischen Geschichte Nigerias zeigt die Logik der nächsten Schritte Adelajas in Richtung der UdSSR und, daran anknüpfend, der Ukraine: Er übernahm die Erfahrungen seiner Vorgänger und passte sie einem Land an, dem die Formenvielfalt spirituellen Lebens fehlte und in dem es möglich war, entsprechende Aktivitäten ohne das Risiko von Sanktionen, wie sie in der UdSSR drohten, zu entfalten.

Rituale und Strukturen

Wie man in der Kirchengeschichte Sunday Adelajas nachlesen kann, die auf der Website der „Gesandtschaft des gesegneten Gottesreichs für alle

Nationen“¹ nachzulesen ist, drohte man ihm für seine religiösen Aktivitäten die Abschiebung aus der UdSSR an. Dies ist einer der entscheidenden Punkte, um die gegenwärtige Selbstdarstellung Adelajas als eine Art religiöser Dissident und mögliches Opfer gegenwärtiger und ehemaliger politischer Regime zu verstehen. 1994 gründete er die kleine charismatische Kirche „Welt des Glaubens“. Als Anhänger der Pfingstkirchenbewegung setzte Pastor Adelaja in seiner Kirche ganz bestimmte Glaubensakzente und wählte einzelne kultische Elemente aus, wie beispielsweise die besondere Rolle des Heiligen Geistes und die Betonung geistlicher Geschenke für jeden Gläubigen, aber auch die Lehre der göttlichen Heilung und die Bedeutung prophetischer Ämter für jene Menschen, die auf direktem Wege mit Gott kommunizieren. In Sunday Adelajas Kirche finden sich die charakteristischen Elemente jeder charismatischen Bewegung, wie beispielsweise ausdrucksstarke und extreme Begeisterung während des Gebets, das von der „Taufe des Heiligen Geistes“ und von „Zungenreden“ begleitet wird. „Heiliger Zorn“, „heiliges Lachen“ oder „spirituelle Geburt“ gehören in verschiedenen charismatischen Kirchen zur üblichen Praxis. Innerhalb dieses Systems herrscht eine spezielle Beziehung zur physischen Gesundheit als Beleg für die Herrschaft des Heiligen Geistes im Gläubigen vor. Dieses Konzept betrifft alle Bereiche des menschlichen Lebens, einschließlich des Materiellen, und mündet in die so genannte „Theologie des Wohlstands“: Der Heilige Geist muss jeden Gläubigen zu materiellem Erfolg, Wohlstand und sozialem Aufstieg führen. Dies erklärt auch, warum Sunday Adelaja der Rehabilitation alkohol- und drogenabhängiger Menschen und der Prophezeiung von Gesundheit und Wohlstand eine enorme Aufmerksamkeit schenkt. Aufgrund dieser Methoden und seiner nigerianischen Herkunft wird er in der Ukraine weniger als christlicher Priester, sondern eher als ein afrikanischer Schamane oder sogar Hexer bezeichnet. Letztlich ermöglichen ihm diese Rituale, Mitglieder der „Gesandtschaft Gottes“ zu manipulieren.

Sunday Adelaja wird aufgrund seiner Methoden und seiner Herkunft weniger als christlicher Priester, sondern eher als ein afrikanischer Schamane bezeichnet.

Sunday Adelaja beansprucht für sich die Position des Pastors einer Mega-Kirche mit über 25.000 Mitgliedern und beinahe 70 Kirchen in der

1 <http://www.godembassy.org/>



Pastor Sunday Adelaja während des Gottesdienstes²

Ukraine, in Russland, Weißrussland, Georgien, der Republik Moldau, in den USA, in Indien und in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Mitgliederzahl der Ukrainischen Baptistenvereinigung beläuft sich vergleichsweise auf fast 300.000 Mitglieder, die sich auf 2.800 Kirchen verteilen. Warum entsteht so viel Lärm um nichts, wenn man nach der „Gesandtschaft Gottes“ fragt?

Die Schlüssel zu faktischem Einfluss und sozialer Macht liegen in der Kombination von Religion und Politik, und Pastor Adelaja ist innerhalb der Religionsgeschichte nicht der erste Prediger, der die Kanzel als Werkzeug zur Selbstbereicherung missbraucht hat.

Verstrickung in dubiose Machenschaften

In der Zeit vor 2005 hatte die „Gesandtschaft Gottes“ Probleme mit den ukrainischen Staatsbehörden wegen ihrer angeblichen „heilsamen“ Tätigkeiten. Nach 2005 konnte Pastor Adelaja eine Gruppe einflussreicher Politiker für sich einnehmen, zu denen u. a. Kiews Bürgermeister Leonid Chernoveckiy und der ehemalige Bürgermeister Olexandr Omelchenko zählten. Die Auslegung des Evangeliums innerhalb der „Gesandtschaft Gottes“ veränderte sich hin zur Prophezeiung unterschiedlichster Finanz- und Investmenttransaktionen. So eröffnete Pastor Adelaja 2008 den Club der „1.000 Millionäre“ mit dem Ziel, eine neue Generation von Geschäftsleuten zu fördern. Solche und ähnliche Initiativen dienten dazu, von den Mitgliedern der Gemeinschaft Geld einzutreiben. Der aufsehenerregendste Fall ereignete sich 2008 mit dem Zusammenbruch der King's Capital Investing Foundation, eines klassischen Finanzpyramidensystems, dessen Träger insgesamt rund 62,5 Millionen US-Dollar eingezahlt hatten. Gegen Pastor Adelaja als einen der Organisatoren des Systems wurde Strafanzeige erhoben – zu einer Ver-

² Quelle: <http://redefinedfuture.com/wp-content/uploads/2015/09/pst-sunday-adelaja-IMAGE.jpg>

urteilung kam es jedoch aufgrund seiner guten Verbindungen zu Kiews Bürgermeister Leonid Chernoveckiy und zur „Partei der Regionen“ des damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch nicht.

Niedergang der Gemeinschaft seit der „Revolution der Würde“

Die Geschehnisse im Zusammenhang mit der „Revolution der Würde“ im Winter 2013/2014 hatten starke Auswirkungen sowohl auf die ukrainische Gesellschaft als auch auf die verschiedenen religiösen Gemeinschaften. Viele protestantische und evangelikale Kirchen in der Ukraine zeigten sich bis zu diesem Zeitpunkt gegenüber staatspolitischen Fragen und Überlegungen zu ihrem Status innerhalb der Gesellschaft ziemlich indifferent.

Trotz finanzieller Unregelmäßigkeiten blieb Sunday Adelaja wegen seiner guten Verbindungen zu höchsten Kreisen unbehelligt.

Welche Rolle nahm nun die „Gesandtschaft Gottes“ innerhalb dieser tragischen Revolutionsgeschehnisse ein? Tatsache ist, dass nicht alle religiösen Gemeinschaften die Ukrainer in ihrem Protest gegen das Regime Janukowitschs, das das Land ohne jegliche öffentliche Diskussion weg von der Europäischen Union in Richtung Russland steuern wollte, unterstützt haben. Janukowitschs Kurs wurde nicht nur von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats, sondern auch von Sunday Adelaja und seiner Kirche unterstützt. Viele Anhänger der „Revolution der Würde“ können bezeugen, dass er im Rahmen von Veranstaltungen in Kiew, die während der Ereignisse im Winter 2013/2014 stattfanden, ehemalige Drogen- und Alkoholabhängige, die eigentlich Hilfe in den Rehabilitationszentren der „Gesandtschaft Gottes“ suchten, zur Teilnahme an Demonstrationen zugunsten Janukowitschs missbrauchte. Dies belegen auch Unterlagen der Staatsanwaltschaft über Misshandlungs- und Todesfälle, die sich während des Revolutionsgeschehens ereigneten. Die „Gesandtschaft Gottes“ existiert nach wie vor in Kiew und der Ukraine, büßt jedoch ohne Unterstützung von Politikern des ehemaligen ukrainischen Regimes und aufgrund des großen und aggressiven Wettbewerbs unter den verschiedenen pfingstkirchlichen und charismatischen Bewegungen zunehmend ihren Einfluss und ihren Glanz ein.

Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Hartl.

Die Bosnische Kirche heute – eine pfingstkirchliche Gemeinschaft in Tuzla¹

Dr. Zrinka Štimac ist Religionswissenschaftlerin und arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Leiterin des Arbeitsfeldes „Religion und Diversität“ am Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung in Braunschweig.

In Bosnien und Herzegowina finden sich zahlreiche Religionsgemeinschaften, die teilweise über eine lange Geschichte verfügen, manchmal aber auch erst seit wenigen Jahren existieren. Die nachstehend beschriebene Gemeinschaft beruft sich auf mittelalterliche Vorläufer, ist de facto jedoch anders ausgerichtet.

In Bosnien und Herzegowina (BiH), das gerade einmal 4,5 Millionen Einwohner hat, gibt es viele Religionen und religiöse Institutionen. Hier treffen die so genannten „historischen Religionen“ aufeinander, der Islam, die katholische Kirche, die Serbische Orthodoxe Kirche, die jüdische Religionsgemeinschaft, dazu kleinere Gruppen der Sufis und der Wahabiten und unzählige kleinere Kirchen und religiöse Gruppen wie z. B. die evangelische Kirche, Baptisten, Adventisten, Bahai, Zeugen Jehovas und Hare Krishna. Atheisten und Agnostiker sind ebenso ein Teil der religiösen Gesamtlandschaft.

Seit dem jüngsten Krieg (1992-1995) ist eine religiöse Konkurrenzsituation entstanden, die an den Bestrebungen verschiedener religiöser Institutionen, die eigene gesellschaftliche Rolle über die legale Position der Religion im Staat, durch Verträge zwischen den Kirchen und dem Staat und durch die Präsenz der Religion in der öffentlichen Bildung gesetzlich zu verankern, erkennbar ist. Im Folgenden soll eine religiöse Gemeinschaft vorgestellt werden, die vor einigen Jahren *Bosanska krst-*

1 Bei dem hier vorliegenden Text handelt es sich um die stark gekürzte Fassung eines unveröffentlichten Aufsatzes der Autorin mit dem Titel „Die ‚Bosnische Kirche‘ heute. Eine pentekostale Umdeutung des mittelalterlichen Phänomens“.

janska zajednica, Hiža u Tuzli, also „Bosnische Christliche Gemeinschaft, Haus in Tuzla“ hieß und sich heute *Crkva bosanska, krstjanska zajednica u BiH* bzw. „Bosnische Kirche, christliche Gemeinschaft in BiH“ nennt. Sie zählt zu den zahlenmäßig kleinsten beim Justizministerium registrierten Religionsgemeinschaften. Ihr Gründer Antti Tepponen und die Mitglieder verstehen sich als ideelle Nachfolger der untergegangenen mittelalterlichen Bosnischen Kirche.

Die „Bosnische Kirche, christliche Gemeinschaft in BiH“ versteht sich als ideelle Nachfolgerin der untergegangenen mittelalterlichen Bosnischen Kirche.

Mittelalterliche Geschichte hautnah

Über das religiöse Phänomen der Bosnischen Kirche, deren Mitglieder sich *krstjani* („Christen“) nannten, ist in der Forschung viel Material zusammengetragen worden. Die Hauptfragen drehen sich um die religiöse Substanz dieser „Kirche“ wie auch um die geschichtliche Entstehung, das Wirken, die Beziehungen zum Adel, zu den anderen Kirchen, zu den Nachbarstaaten und natürlich um ihren Untergang. Eine der Hauptinterpretationen besagt, die Bosnische Kirche sei ein „rechtgläubiges“ Phänomen gewesen, das im Einklang entweder mit der katholischen oder mit der orthodoxen Kirche gestanden habe. Die andere Interpretation besagt, sie sei ein „häretisches“ Phänomen gewesen, das eine gnostisch-dualistische Lehre vertreten habe. Eine weitere Interpretation besagt, diese Kirche sei die erste reformatorische Kirche auf dem europäischen Boden gewesen. Nach dem jüngsten Krieg ist in BiH die Interpretation hinzugekommen, wonach die Anhänger der Bosnischen Kirche, die innerhalb dieser Interpretation „häretische Bogumilen“ genannt werden, allesamt zum Islam übergetreten seien. Die Frage der bosnischen *krstjani* ist also bis heute aktuell geblieben.

Die erhaltenen Primärquellen bezeugen die Präsenz der Bosnischen Kirche (*crkva bosanska*) seit Anfang des 14. bis Ende des 15. Jahrhunderts. Geschichtlich nachzuweisen ist, dass sich die Mitglieder der Bosnischen Kirche *krstjani* (Christen) nannten und als die „wahre Kirche Christi“ betrachteten. Dass der Glaube der *krstjani* nicht mit dem römisch-katholischen Glauben gleichzusetzen war, ist Quellen zu entnehmen, welche einen Unterschied zwischen der „römischen Religion“ und dem „bosnischen Glauben“ machen. Auch der bosnische Ban Stjepan Kotromanić als Katholik unterscheidet Schismatiker (Orthodoxe)

von den Häretikern. Diesen Unterschied kannte auch die orthodoxe Kirche, die „Lateiner“ (d. h. Katholiken) und „Häretiker“ auseinanderhielt.

Auf Grund der wenigen Überlieferungen ist zu vermuten, dass sich das Leben der *krstjani* in Doppelklöstern, *hižen* (pl. von *hiža*, altslawisch „Haus“), abspielte. In einer Urkunde des Ban Stjepan Kotromanić wurde die „*hiža* des großen *djed* Radoslav in Moištra“ nahe Visoko (im heutigen Zentralbosnien) erwähnt, das bis dahin der Sitz des *djed* gewesen sein soll. In den *hižen* sollen Männer und Frauen zusammen gelebt haben. Dafür spricht der Wortlaut einer bekannten Abschwörungsformel der „Häretiker“ aus dem Jahr 1203, der besagt, dass die Vertreter der *krstjani* eine geschlechtliche Trennung zu versprechen hatten.

Der Untergang der Bosnischen Kirche fällt mit dem Einfall der Türken in Bosnien zusammen. Zu dieser Zeit war König Stjepan Tomašević (1461-1463) an der Macht und kämpfte zugleich gegen die innere Zerrissenheit des eigenen Staates und gegen die äußeren Feinde. Die Hypothese der massenhaften Konvertierung der *krstjani* zum Islam ist nicht aufrechtzuerhalten. Nachdem das Königreich Bosnien im Jahr 1463 in die Hände der Türken gefallen war, gab es kaum noch Spuren der Bosnischen Kirche, allerdings werden die *kristijan* noch in türkischen Listen aus den Jahren 1468/69 und 1476/77 erwähnt.²

Die „Bosnische Kirche“ heute

Die *krstjani*, um die es heute geht, sind nach eigener Aussage evangelikal-baptistisch-pentekostaler Provenienz. Die „Bosnische Kirche, christliche Gemeinschaft in BiH“ ist eine junge Religionsgemeinschaft, die 1997 in der Stadt Tuzla gegründet wurde und auch online – jedoch nur in lokaler Sprache – präsent ist. Seit 2005 ist sie als Religionsgemeinschaft beim Justizministerium registriert. Nach eigenen Aussagen hat die Gemeinschaft ca. 30 - 40 Mitglieder und viele Sympathisanten. In Tuzla verfügt sie über ein Haus, in dem neben dem Raum für Gottesdienste auch ein Raum für Computerkurse vorhanden ist. Außerdem werden die Räumlichkeiten verschiedenen Jugendgruppen zur Verfügung gestellt.

Die Homepage der Gemeinschaft bietet allgemeine Informationen in den Registerkarten wie z. B. „Über uns“, Texte mit lehrhaftem Charakter, die „Deklaration von Tuzla“ (eine Art von Glaubensbekenntnis) und

2 Siehe Zrinka Štimac: Die Bosnische Kirche. Versuch eines religionswissenschaftlichen Zugangs. Münster 2004.

online-Texte. Wichtige Informationen über Ziele, Aufbau, Hierarchie, Funktionsweise und die Einrichtungen der „Christlichen Gemeinschaft“ wie auch das Glaubensbekenntnis finden sich im Statut dieser Gemeinde.³ Der Aufbau und die innere Hierarchie der Gemeinschaft sind in Art. 5 festgelegt. Hier kommen sowohl die Begriffe als auch die Struktur der mittelalterlichen Bosnischen Kirche zum Tragen. Die lokale Gemeinde in Tuzla wird *hiža*, die Christen und die Christinnen werden *krstjani i krstjanice* genannt. Weiterhin wird gesagt, dass die lokale Versammlung vom Rat der Ältesten bzw. *starci* (starješinski odbor) gewählt wird und der Präsident dieses Rates einer lokalen Gemeinde ein *gost* sei. Das höchste religiöse und administrative Organ (*Strojnički odbor*) wird vom Präsidenten bzw. *djed* geleitet. Neben ihm besteht der Odbor aus weiteren zwölf Mitgliedern (*strojnici*). Das höchste übergreifende Organ ist die Abgeordnetenversammlung. Aus dem Statut wird deutlich, dass die Gemeinschaft darauf hinarbeitet zu wachsen und weitere religiöse und gesellschaftlich relevante Rollen wie z. B. Bildungsaufgaben zu übernehmen.

Das Glaubensbekenntnis ebenso wie die religiösen Bücher, die Zebur (Psalmen), Indzil (Evangelien) und das Tevrat (Pentateuch) sind in die *bosnische* Sprache übersetzt worden und können von der Homepage heruntergeladen werden. Für die Titel werden sowohl islamische als auch christliche Begriffe verwendet. In einer früheren Homepagevariante konnten viele weitere Beispiele gefunden werden. So wurde die Bibel auch „El-Kitab“ genannt, und es war von „unserem Herrn dem Messias Jesus (Isa Mesih – Jesus Christos)“ die Rede. Eine Parallelität von islamischen und christlichen Begriffen und Personennamen ist sehr oft in den Textversionen aus dem Jahr 2002, etwas seltener in denen von 2006 zu finden. Heute ist dies zwar nicht mehr der Fall, kann aber als eine Strategie verstanden werden, möglichst viele Menschen zu erreichen und möglichst glaubwürdig zu wirken. Unter den lehrhaften Texten – die ebenso die verschiedenen Sprachvarianten pflegen – werden vielfältige Themen wie

In den religiösen Texten der heutigen Gemeinschaft werden sowohl christliche als auch muslimische Begriffe verwendet.

³ http://www.crkvbosanska.org/index.php?option=com_content&view=article&id=59:statut-krstjanske-zajednice-u-bih&catid=34:vlastiti-dokumenti&Itemid=71 (letzter Zugriff: 10.11.2015). Hinsichtlich des Aufbaus hat das Statut große Ähnlichkeit mit dem Statut der Islamischen Gemeinschaft in BiH.

z. B. „Trau dich, ehrlich zu sein“, „Warum Terrorismus“, „Die Macht der Vergebung“ und „Die Sorge bekämpfen“ angesprochen. Dabei werden immer wieder die gesellschaftliche Aktualität und die Probleme von Toleranz, Versöhnung und Vergebung angesprochen. Insbesondere werden die Jugendlichen aufgerufen, eine eigene Zukunftsvision zu entwickeln und eigene Hoffnungen zu pflegen.⁴

Der Gründer und Leiter der Gemeinde, Antti Tepponen, ist finnischer Herkunft und nach dem Bosnienkrieg von der Finnischen Pentekostalen Missionsgesellschaft nach BiH entsandt worden. Seine Kirche war nach ihrer Gründung eine zeitlang Teil der Evangelikalischen Kirche in BiH. Nachdem die Arbeit in Tuzla immer konkreter wurde und sich immer mehr Menschen um Tepponen sammelten, hat sich die Gemeinde in Tuzla von dieser Kirche getrennt und ein eigenes Statut verfasst.

Die Arbeit dieser pentekostalen Gemeinde war in den ersten fünf Jahren ausschließlich humanitär und wurde von den Menschen vor Ort sehr gut aufgenommen. Es ging dabei um finanzielle und materielle Hilfe beim Wiederaufbau der Häuser. Die Realität, die es zu bewältigen galt und immer noch gilt, ist komplex. Diesen Kontext beschreibt Tepponen im Interview mit der Autorin mit den Worten: „Dies (die Zeit nach dem jüngsten Krieg) ist sehr interessant im soziologischen Sinne ... Es ist ein Rückgang in die Zeit der Stämme. Die Menschen haben ihre Identität verloren und statt sich an der Zukunft zu orientieren, haben sie sich an der Vergangenheit orientiert ... Viele junge Menschen sind hinsichtlich der Fragen nach der eigenen Identität unsicher: Wer sind wir?“

Laut Tepponen liegt eines der grundsätzlichen Probleme in BiH in der verfassungsrechtlichen Verbindung der universalen Menschenrechte mit der alten kommunistischen „Völkergleichheit“ und dadurch der Vermischung der individuellen und der kollektiven Rechte. In seiner Gemeinschaft findet er jedoch Personen, die sich nicht in erster Linie an der nationalen Identität orientieren. In der Kirche wirkend, nimmt er keine Rücksicht auf Nationalitäten: „Wir helfen allen und fragen nicht, ob jemand Katholik oder Muslim ist. Manchmal empfinde ich etwas Druck

Die Gemeinschaft bemüht sich, allen Menschen ohne Unterschied der Religion Orientierung zu geben, und hat sich durch ihr humanitäres Engagement hohes Ansehen erworben.

4 http://www.crkvabosanska.org/index.php?option=com_content&view=article&id=60&Itemid=72 (letzter Zugriff: 10.11. 2015)

seitens der Pentekostalen, warum wir allen Menschen und nicht nur den Unseren helfen. Aber ich weiß es nicht, es ist schwierig, schlau zu sein, aber noch schwieriger, ein guter Mensch zu sein ...“

Weiter sagt er: „Religion ist überall und kann ein Hindernis für Religiosität sein ... sodass ich mich nicht so sehr auf die Religiosität der Menschen konzentriere ... Die Botschaft des Propheten hat die Wahrheit der Menschen aufgedeckt, sie hat den Unterschied zwischen Gnade und Verdammnis aufgedeckt. Und so hat er gesagt, falls du das machst, hat es diese Folgen, und falls du etwas anderes machst, wirst du Segen empfangen. Hier braucht man nicht über Religiosität zu sprechen. Man soll sich seiner Autorität unterstellen und seine Gerechtigkeit als Ziel erkennen. Das ist das Reich Gottes.“

Wir haben regelmäßige Treffen und lesen das Wort Gottes, wir singen, beten und verbringen die Zeit zusammen. Wir arbeiten vor allem mit neutestamentlichen Texten und versuchen, die Bibel so zu lesen, dass dieser Text in Bezug zum Alltag gebracht wird. Jeder der Texte sagt viel aus und reflektiert die Dinge, die wir sehen, und jeder sagt viel über den Alltag aus; darin sehen wir einen Wegweiser.“

Fazit

Abschließend lassen sich mehrere Aspekte und Strategien der Gemeinschaft herausarbeiten. Sowohl die Bild- als auch die Sprachverwendung auf der Homepage deuten auf die ideelle Nähe zur mittelalterlichen Bosnischen Kirche. Die gewählte Ikonographie (wie z. B. die Figuren und die Ornamente von mittelalterlichen Grabsteinen, den so genannten *Stećci*) hat in BiH einen hohen Wiedererkennungswert. Weiterhin werden in relevanten Dokumenten diejenigen Begriffe benutzt, die aus der Hierarchie der Bosnischen Kirche bekannt sind (*krstjani*, *hiža*, *gost*, *starci*, *djed* usw.). Diese Begriffe sind heute in keinem anderen Kontext außer in der Selbstbezeichnung der Gemeinschaft mehr anzutreffen.

Die genannte Kontextualisierung durch die Benennung der eigenen Hierarchie entsprechend der Hierarchie der mittellalterlichen Bosnischen Kirche zeigt, dass sich diese pentekostale Gemeinschaft – ähnlich allen anderen Religionsgemeinschaften in BiH – eine religiöse „Kontinuität“ erschaffen hat. Im religiös traditionalistischen BiH hängt die gesellschaftliche Legitimität mit der religiösen Kontinuität religiöser Institutionen zusammen. Der nachträgliche „Nachweis“ einer religiösen Kontinuität seit dem Mittelalter kann aus der Perspektive der christli-

chen Gemeinschaft eine überlebenswichtige Rolle in diesem Kontext spielen. Allerdings ist für Tepponnen diese Kontinuität keine konstruierte, sondern eine tatsächliche, und sie soll für eine lange Tradition des reformatorischen Gedankenguts auf dem Balkan sprechen.

Der Umgang mit Begriffen aus verschiedenen Sprachen und verschiedenen Religionen kann so verstanden werden, dass es nur einen Gott gibt, ungeachtet dessen, welchen Religionen und Nationen die Menschen angehören. Dass es dieser religiösen Gemeinschaft jedoch nicht um *alle* Menschen, sondern nur um *bestimmte Christen* geht, wird im christlich-pentekostalen „Glaubensbekenntnis“ deutlich. Dennoch ist ein interreligiöser oder zumindest ein integrativer Gedanke dem innovativen Sprachgebrauch immanent, der in der religiösen Landschaft von BiH sonst in keiner anderen religiösen Gemeinschaft anzutreffen ist.

Die implizite Gesellschaftskritik ist schon beim Gebrauch der Sprache deutlich geworden. Die Einführung einer eigenen religiösen Sprache aus allen drei vorhandenen Varianten stellt sich gegen den gesellschaftlichen Trend der Sprachtrennung. Im Interview wird deutlich, dass die Kritik an der Gesellschaft massiv ist. Dabei wird eine Realität abgebildet, in der zwar über Demokratie gesprochen wird, jedoch die nationalen Trennungen untermauert werden. Die Gesellschaftskritik wird mit religiöser Botschaft verflochten: „Dieses Volk ist wie ein verlorenes Kind, das seinen Vater sucht ... und wer ist der Vater ... das ist Gott“.

Trotz der von Tepponnen nachgezeichneten religiösen Kontinuität seiner Gemeinschaft gibt es im Kontext von BiH kaum Entfaltungsraum für noch eine *christliche* und dazu noch eine „*übernationale*“ religiöse Gemeinschaft – einerseits, weil es hier zwei große und starke christliche Konfessionen gibt, und andererseits, weil hier Religionen eine Verbindung zur Nation aufweisen. Außerdem sind auch die dialogische Arbeit und die vermeintliche „übernationale“ Wirkung von denselben Religionen, versammelt im Interreligiösen Rat, besetzt. Also gibt es starke Konkurrenz, zu der eine zahlenmäßig kleine pentekostale Gemeinschaft einen religiösen Beitrag leistet.

Religiöser Pluralismus in Slowenien

Aleš Črnič ist Professor für Religiöse Studien an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität von Ljubljana.

Slowenien gilt als ganz überwiegend katholisch geprägtes Land. Bei näherem Hinsehen wird jedoch deutlich, dass das Land auch Heimat für zahlreiche kleine, oft nur wenige hundert Mitglieder zählende religiöse Gemeinschaften ist, deren geistige Grundlagen mit den gängigen Vorstellungen von Religion nur schwer zu erfassen sind. Dennoch sollte ihr Einfluss auf die Gesellschaft, wie der folgende Beitrag belegt, nicht unterschätzt werden.

I.

Slowenien wurde 1991 nach der Auflösung Jugoslawiens gegründet, ist aber im Gegensatz zu anderen Teilen der ehemaligen Republik ethnisch, sprachlich und religiös sehr homogen. Ein großer Teil der zwei Millionen Menschen umfassenden Population ist slowenischer Nationalität. Insgesamt sind 50 registrierte religiöse Vereinigungen verzeichnet, von denen jedoch 46 nur etwa fünf Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die römisch-katholische Kirche ist mit knapp 60 Prozent bis 80 Prozent der slowenischen Bürger (57,8 Prozent nach der letzten Volkszählung 2002, 71,6 Prozent 1991) mit Abstand die größte Religionsgemeinschaft (wenn man die Taufe als das formale Kriterium zählt). Nach den Daten, die das Forschungszentrum für öffentliche Meinung und Massenkommunikation der Fakultät der Sozialwissenschaften der Universität Ljubljana erhob, das nun seit mehr als 30 Jahren Umfragen zur öffentlichen Meinung in Slowenien durchführt, sehen sich etwa 70 Prozent der slowenischen Bürger als dem römisch-katholischen Glaubens „zugehörig“. Allerdings gelten die Katholiken als deutlich heterogene Gruppe; viele von ihnen sind weit davon entfernt, in ihrer Zugehörigkeit zum römischen Katholizismus im strengsten Sinne rechtgläubig zu sein.

Tatsächlich ist der Großteil der Katholiken sehr selektiv, wenn es um dogmatische Glaubenssätze geht, und kombiniert frei Elemente des Katholizismus mit Elementen des Säkularismus. Detaillierte Statistiken zeigen, dass nur ein Viertel bis ein Drittel der „formalen“ Katholiken die grundlegenden dogmatischen Glaubenssätze der katholischen Kirche vollständig akzeptiert – daraus schließt der slowenische Soziologe Marjan Smrke, dass säkularisierte Katholiken das größte einheitliche Segment der slowenischen Population ausmachen.¹ Bereits ein Jahrzehnt

Die überwiegende Mehrheit der slowenischen Bevölkerung sind nach Ansicht von Soziologen als „säkularisierte Katholiken“ zu bezeichnen.

zuvor legte die Analyse der Ergebnisse der internationalen Studie „Aufbruch“ ähnliche Schlüsse nahe. Auf diese Daten zurückgreifend demonstriert Niko Toš anhand einer umfangreichen Analyse von 15 Variablen,

die drei Dimensionen von Religiosität messen (Rechtgläubigkeit, Glauben an Gott und Glauben an ein Leben nach dem Tod), dass in etwa ein Fünftel der slowenischen Befragten eine kirchliche Religion praktiziert, ein Fünftel autonome Religionen und dass drei Fünftel nicht religiös sind.² Ein Vergleich von sieben ost- und mitteleuropäischen Ländern aus der Umfrage zeigt Slowenien (zusammen mit der Tschechischen Republik und Ungarn) am unteren Ende der Skala von Religiosität, während Polen und Kroatien am oberen Ende stehen.

II.

Die 1991 verabschiedete slowenische Verfassung definiert Religionsgemeinschaften nach Art. 7 als kollektive Gruppen, die das Recht auf Religionsfreiheit praktizieren. Diese Gemeinschaften sollen a) frei sein in der Durchführung ihrer Aktivitäten, b) vom Staat getrennt und c) gleichberechtigt vor dem Gesetz sein. Weitere Gesetze spezifizieren die Details

1 Marjan Smrke: The Slovenes and the Catholic Church: the Reflections of a Sociologist. In: Fleur de Beaufort (Hrsg.): Separation of Church and State in Europe: with Views on Sweden, Norway, the Netherlands, Belgium, France, Spain, Italy, Slovenia and Greece. Brüssel 2008, S. 163-173.

2 Niko Toš: (Ne)religioznost Slovencev v primerjavi z drugimi srednje- in vzhodnoevropskimi narodi. In: ders. (u. a., Hrsg.): Podobe o cerkvi in religiji (na Slovenskem v 90-ih). Ljubljana 1999, S.11-80. [(Nicht)Religiosität unter den Slowenen im Vergleich mit anderen mittel- und osteuropäischen Nationen. In: ders. (u. a., Hrsg.): Kirche und Religion (in Slowenien in den neunziger Jahren). Ljubljana 1999, S. 11-80]

der Religionsgesetzgebung. Das *Gesetz zur rechtlichen Position religiöser Gemeinschaften* wurde 1976, während der Periode der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, erlassen und war bis zum Februar 2007 in Kraft, bis das slowenische Parlament das *Gesetz zur Religionsfreiheit* verabschiedete. Die neue Legislative übernahm folgende Elemente aus dem alten sozialistischen Gesetz: a) die Freiheit des Individuums, Mitglied einer beliebigen Religion zu sein und diese zu praktizieren, b) Vereinigungsfreiheit, c) die Freiheit, Religionsgemeinschaften zu gründen, und d) die Freiheit, religiöse Überzeugungen und Gefühle zu äußern.

Allerdings fügte es auch sehr strenge Bedingungen für Gruppen hinzu, um den offiziell anerkannten Status als Religionsgemeinschaft zu erhalten: 100 Mitglieder (volljährige Bürger Sloweniens) und Beweise für eine zehn Jahre andauernde Aktivität im Land (diese Kriterien waren bereits für 28 von 43 zu dieser Zeit registrierten Religionsgemeinschaften sowie für mehr als 90 Prozent aller neuen Religionen zu streng). Das neue Gesetz wurde bereits zur Zeit seiner Einführung von einigen Mitgliedern von Minderheitsreligionen und von Sozialwissenschaftlern heftig kritisiert. Sie wiesen auf mangelnde Präzision und vor allem auf den Widerspruch zu zwei Verfassungsbestimmungen hin: die Gleichheit religiöser Gemeinschaften und die Trennung von Staat und Religion. Dies wurde letztlich vom slowenischen Verfassungsgericht bestätigt, das im April 2010 die Bedingungen für die Registrierung als im Widerspruch zur slowenischen Verfassung erklärte. Das Gesetz wurde überarbeitet; derzeit werden zehn Bürger verlangt, um eine religiöse Gemeinschaft registrieren zu lassen.

Die Beziehungen zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften in den ersten beiden Dekaden der slowenischen Unabhängigkeit haben die konstitutionell garantierte Betätigungsfreiheit auch für die kleinsten und neuesten Gemeinschaften nicht beeinträchtigt. Es ist eine andere konstitutionelle Regelung, nämlich die explizite Trennung von Staat und Religion, die einige öffentliche Kontroversen verursacht hat.³ Zudem haben einige Kritiker lautstark die Bedrohung für das dritte die Religion betreffende Verfassungsprinzip betont: die Gleichheit aller religiösen Gemeinschaften.⁴ Die Distanz zwischen dem Staat und den

3 Siehe Marko Kerševan: *Svoboda za cerkev, svoboda od cerkve* [Freedom for the Church and Freedom from the Church]. Ljubljana 2005.

4 Siehe Aleš Črnič (u. a.): *Religious Pluralisation in Slovenia*. In: *Teorija in praksa* 50

dominanten (und „historischen“) Kirchen hat merklich abgenommen, während einige Initiativen kleinerer religiöser Gemeinschaften mit dem Ziel, ein formelles Abkommen für ihre rechtliche Position zu erwirken, einfach ignoriert wurden.

III.

Heute gibt es 50 registrierte Religionsgemeinschaften in Slowenien; neben der römisch-katholischen Kirche gehören auch andere „traditionelle“ religiöse Gemeinschaften dazu: muslimische Gemeinden (etwa 2,5 Prozent der slowenischen Bevölkerung, mehrheitlich aus Bosnien und dem Kosovo stammend), die Serbische und die Makedonische Orthodoxe Kirche (zusammen ca. 2,3 Prozent), die Slowenische Evangelische (Lutherische) Kirche (bis zu 1 Prozent) und eine sehr kleine jüdische Gemeinde mit weniger als hundert Mitgliedern. Mehr als 80 Prozent der registrierten Gemeinschaften können als neue religiöse Bewegungen betrachtet werden, unter denen es auch solche gibt, die regelmäßig in den Regierungsberichten größerer europäischer Länder (wie Belgien und Frankreich) als destruktive Kulte und/oder Sekten klassifiziert werden. Außerdem gibt es zahlreiche neue religiöse Bewegungen, die nicht amtlich registriert wurden, aber als legale Körperschaft in unterschiedlicher Form oder sogar als Interessengruppen ohne formale Organisation (ohne Status als legale Körperschaft) aktiv sind. Unsere Forschung über neue religiöse und spirituelle Bewegungen in Slowenien weist darauf hin, dass etwa hundert neue Religionen in Slowenien operieren.⁵

Anders als in anderen ehemals sozialistischen Ländern in Europa, in denen das Wachstum alternativer religiöser Gemeinschaften nach dem Fall der Berliner Mauer begann, finden ähnliche Prozesse in Slowenien aufgrund eines deutlich toleranteren Klimas bereits eine Dekade früher an. Seit den 1970er Jahren, als die ersten neuen religiösen Bewegungen hauptsächlich aus den USA und Westeuropa in Slowenien ankamen, ist das Land zunehmend Zeuge intensiver und komplexer Entwicklungen in diesem Bereich geworden. Neue religiöse Bewegungen stellen in

(2013), Nr. 1, S. 205-232; Aleš Črnič, Gregor Lesjak: Religious Freedom and Control in Independent Slovenia. In: *Sociology of Religion* 64 (2003), Nr. 1, S. 349-366.

5 Siehe Črnič, Pluralisation (wie Anm. 4, oben S. 299); Aleš Črnič, Gregor Lesjak: A Systematic Study of New Religious Movements – the Slovenian Case. In: Irena Borowik (Hrsg): *Religions, Churches and Religiosity in post-communist Europe*. Krakau 2006, S.142-157.

rechtlicher und religiöser Hinsicht eine Herausforderung für viele Länder im heutigen Europa dar. Auf der anderen Seite verlangt das Phänomen wachsender neuer Religionsgemeinschaften die Akzeptanz von Pluralität als besonderes Merkmal einer demokratischen Gesellschaft. In Europa gibt es unterschiedliche Modelle des Umgangs mit religiöser Diversität.⁶

Trotz ihrer unterschiedlichen Tätigkeiten bleiben alle neuen Religionsgemeinschaften bei einer sehr geringen Zahl an Anhängern, wenn man die Gesamtbevölkerung als Vergleichsgröße heranzieht. Nichtsdestotrotz haben einige Gruppen eine klare Identität und sind öffentlich präsent. Sie haben ihre Bemühungen noch nicht in der großen Öffentlichkeit aufgenommen, sondern manifestieren ihre weltverbessernden Neigungen zuallererst und fast ausschließlich durch Fokussierung auf Individuen und den (urbanen) Mikrokosmos, den sie selbst geschaffen haben. Die öffentliche Meinung zu diesen Gemeinschaften besteht weitestgehend aus einem passiven Anerkennen ihres Rechts, als Teil der gegenwärtigen Diversität zu existieren – und da die Bewegungen sich in den meisten Fällen nicht auf das Leben der Bürger auswirken, wenn diese das nicht wünschen, werden sie oft eher als uninteressant statt als gute oder schlechte Nachrichten wahrgenommen.

Trotz geringer Mitgliederzahl haben einige religiöse Gruppen eine klare Identität und sind öffentlich präsent.

Allgemein nehmen die neuen Religionsgemeinschaften die Reaktion der Gesellschaft auf ihre Aktivitäten als neutral oder positiv wahr (wenn es überhaupt eine Reaktion gibt). Sie weisen außerdem darauf hin, selten in den Medien präsent zu sein, was die meisten als unproblematisch empfinden. Dies wird durch unsere systematische Längsschnittstudie bestätigt, die zeigt, dass neue religiöse und spirituelle Bewegungen in Slowenien nicht das Ziel einer besonders negativen Berichterstattung waren. Der nationale Rundfunk und Tageszeitungen berichten selten über ihre öffentlichen Veranstaltungen; wenn sie jedoch einen Bericht über neue Religionen in Slowenien veröffentlichen, scheinen sie dabei im Allgemeinen fair zu sein.

6 Aleš Črnič: New Religions in „New Europe“. In: Journal of Church and State 49 (1997), Nr. 3, S. 517-551.

IV.

Die größte Familie der neuen Religionen in Slowenien umfasst christliche Kirchen *evangelikalen Ursprungs*. Unter diesen sind viele auf lokaler Ebene präsent und wurden im Laufe der Generationen stärker; in der Mehrheitskultur werden sie allerdings nur insoweit akzeptiert, als sie sich als Christen nicht so radikal von der vorherrschenden katholischen Leitkultur unterscheiden wie andere neue Religionsgemeinschaften. Beispiele sind die Pfingstkirche, mehrere Baptistenkirchen und die Siebenten-Tags-Adventisten. Der slowenische Religionspluralismus wird durch die Erben der charismatischen Pfingstbewegung weiter vorangetrieben, wie etwas das „Christian Outreach Centre“ (und ihm verwandte, aber einheimische Gemeinschaften wie etwa die Kirche Jesu Christi „Live Water“) und die so genannten „großen Sekten des neunzehnten Jahrhunderts“: die Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage (Mormonen) und die Zeugen Jehovas.

Ein weiterer Bestandteil der slowenischen Gesellschaft besteht aus Gemeinschaften, die zu einer *älteren esoterischen Tradition* gehören, aber nie in die dominante Kultur integriert wurden, wie etwa die theosophische Bewegung, der „Ordo Templi Orientis“ und die „Internationale Schule des Rosenkreuzes“ (Lectorium Rosicrucianum). Slowenien ist zudem Heimat für jene prophetischen oder erlösenden Bewegungen, die eher vage mit dem Christentum verbunden sind, wie etwa die „Universelle Lebenskirche“ und die „Vereinigungskirche“. Die weltweit größte Gruppe neuer Religionen wird von mehreren *hinduistischen und buddhistischen Gruppen* repräsentiert, die gekennzeichnet sind durch die Aufnahme anderer Kulturen in die slowenische Umgebung. Die „Internationale Gesellschaft für Krishna-Bewusstsein“ und „Soka Gakkai“ sind die Gemeinschaften mit der ältesten Tradition in dieser Kategorie, wobei die buddhistische Szene die vitalste der letzten Jahre ist. Unter den neuen religiösen Bewegungen in Slowenien finden wir auch Varianten verschiedener radikaler religiöser Innovationen wie etwa Scientology.

Zudem existieren einige ausschließlich *slowenische religiöse und spirituelle Neuerungen*. Beispiele sind die charismatische, magische und apokalyptische (Heilige) Familie, die glaubt, einen neuen Jesus zu gebären und die von einer außergewöhnlichen jungen Frau geleitet wird, die sich Vesuel nennt. Ebenfalls apokalyptisch ist ein einzigartiger Zweig des Templerordens: die heilige Kirche von Annasann. Weitere Beispiele sind die zahlreichen Pfingstgruppen oder die Gruppe „Sakrament des

Übergangs“, die einen rituellen Gebrauch der „heiligen“ Droge Ibogain praktiziert, sowie die Wissenschaft der Biokybernetik. Ebenfalls dazu gehört die Gemeinschaft VITAAA, inspiriert von den Arbeiten des Bildhauers, weltweit bekannten New-Agers, Geomantisten und Erdheilers Marko Pogačnik. Außerdem sind Gruppen zu verzeichnen, die als Antwort auf spezifische rechtliche Probleme entstanden sind. Das bereits erwähnte „Sakrament des Übergangs“ (in seiner ersten Periode) würde zum Beispiel nicht existieren, hätte der Gründer nicht gehofft, Ibogain als religiöse Substanz legalisieren zu können. Die „Universale Religiöse Gemeinschaft der Aufgehenden Sonne“ wäre nicht entstanden, hätte der Gründer nicht geglaubt, dass er seine säkularen Werte unter der Verfassungskategorie der Religionsfreiheit beschützen müsste. Auch die „Kirche der Heiligen Einfachheit“ wäre niemals in der Öffentlichkeit aufgetaucht, wenn die Gründer dieses sozialen und soziologischen empirischen Forschungsprojektes – zu denen auch der Autor dieses Artikels gehört – nicht die Notwendigkeit gesehen hätten, präzise Antworten vom Staat über die Neuordnung der rechtlichen Lage für Religionsgemeinschaften in Slowenien zu erhalten.⁷

Überraschend ist die Fülle kleiner ausschließlich slowenischer Gruppen mit esoterischem Hintergrund.

Diese Gruppierungen, sogar für slowenische Verhältnisse klein in der Anzahl ihrer Anhänger, fordern die formellen Auffassungen und die rechtliche Definition von Religion heraus. Die neueste unter diesen typischen *erfundenen Religionen*⁸ ist auch die erste *Parodiereligion*, die bis heute in Slowenien entstanden ist: die „Trans-universelle Zombiekirche des Glückseligen Läutens“. Sie entstand aus den massiven sozialen und politischen Protestbewegungen 2012/13 und nutzt die religiöse Form und Sprache, um gegen die aktuellen politischen und sozialen Zustände zu protestieren.

Trotz des vorherrschenden katholischen Einflusses müssen wir also den Schluss ziehen, dass das derzeitige slowenische spirituelle Gefüge weit davon entfernt ist, monoreligiös zu sein, vielmehr ist es sehr divers und lebendig. In diesem Punkt unterscheidet sich die slowenische Gesellschaft nicht von den meisten anderen westlichen Gesellschaften.

Aus dem Englischen übersetzt von Sandra Olliges.

⁷ Siehe Gregor Lesjak, Aleš Črnič: O, Holy Simplicity! Registering a Religion in Slovenia. In: Religion, State & Society 35 (2007) Nr.1, S. 69-79.

⁸ Carole M. Cusack: *Invented Religions: Imagination, Fiction and Faith*. Farnham 2011.

„Das Wunder von Serednje“ und die „Büßer“: Ein „Papst“ im ukrainisch-katholischen Untergrund

Dr. Roman Skakun ist als Historiker an der Ukrainischen Katholischen Universität (UCU) in Lwiw tätig. Er befasst sich mit der Geschichte sozialer und religiöser Bewegungen in der Ukraine im 19. und 20. Jahrhundert.

Die Unterdrückung der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine nach 1945 führte zur Bildung einer Untergrundkirche, deren Gläubige ihr unter großen Opfern die Treue bewahrten. Wie der folgende Beitrag zeigt, mündete die ständige Gefährdung häufig in Endzeitvorstellungen ein und konnte, wenn charismatische Persönlichkeiten auftraten, sogar die Trennung kleiner Gruppen von der Kirche auslösen.

Geistesgeschichtlicher Hintergrund

Die von der Oktoberrevolution 1917 bewirkten sozialen, kulturellen und politischen Umbrüche waren von apokalyptischem Ausmaß. Angesichts einer Unterbindung des religiösen Lebens und des Zusammenbruchs des sozialen Gefüges reagierte die größtenteils vormoderne osteuropäische Landbevölkerung oft mit Vorstellungen vom Ende der Welt. Eine solche Interpretation der revolutionären Ereignisse wurde von einem Teil des orthodoxen Klerus unterstützt, der im sowjetischen Regime den Antichrist sah. So erlebten die 1920er- und 1930er-Jahre die Entstehung vieler religiöser Gruppen, die die sowjetische Propaganda als *krasnodrakonowzy*, also (wegen der Gleichsetzung des neuen gottlosen Regimes mit dem roten Drachen der Offenbarung) als „Anhänger des roten Drachens“ bezeichneten. Aus Angst, unbewusst das Siegel des Antichrist aufgedrückt zu bekommen, weigerten sich Teile der Landbevölkerung, sich den Kolchosen, dem Komsomol (kommunistischer Jugendverband) oder dem Militär anzuschließen, zogen ihre Kinder aus öffentlichen Schulen zurück, mieden die wenigen verbliebenen zugelassenen Kirchen, versteckten stattdessen Wanderpriester und -mönche,

akzeptierten weder sowjetische Dokumente noch Geld usw. Da es keine zentrale institutionelle Kontrolle gab, wichen diese Gruppen erheblich von der offiziellen orthodoxen Lehre ab und ließen viele selbsternannte spirituelle Führer, Propheten oder sogar Messiasse entstehen. Nach der sowjetischen Expansion in die Westukraine 1939/1944 fand dieser Typ von religiösem Widerstand gegen die Sowjetisierung hier eine auffallende Parallele.

Galizien, das nach einem erfolglosen Unabhängigkeitskrieg von Polen annektiert worden war, erlebte das kurze Intermezzo der 1920er- und 1930er-Jahre in einer Atmosphäre sozialer und nationaler Frustration und wachsender Angst vor der kommenden Expansion der Kommunisten nach Westen. In manchen Teilen der griechisch-katholischen Bevölkerung steigerten sich solche Ängste und Frustrationen zu einem intensiven Mystizismus; es gab Marienerscheinungen, spektakuläre übersinnliche Phänomene, Stigmatisierungen, Prophezeiungen, geistige Reisen zu weit entfernten Ländern, Wunderheilungen usw. – all das verstärkte sich noch während des Zweiten Weltkriegs. Metropolit Andriy Scheptytsky empfand es sogar als notwendig, in einem Hirtenbrief vor „so genannten Privatoffenbarungen oder Prophezeiungen, die aufgrund des Krieges in der Welt an fast jedem Tag in großer Zahl erscheinen“, zu warnen. Nach der endgültigen Etablierung des sowjetischen Regimes in der Westukraine 1944 wurden die „Wunder“ als eindeutige antisowjetische Andeutungen angesehen, als Vorzeichen eines bevorstehenden Krieges der Westmächte gegen die Sowjets und der nationalen Wiederbelebung der Ukraine ebenso wie als Beweis für Gottes Wohlwollen für verfolgte Christen und seinen Zorn gegen die Gottlosen.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts führten die gesellschaftlichen Umwälzungen in der Ukraine zu übersteigerten Endzeitvorstellungen.

Das „Wunder von Serednje“ und seine Folgen

Von allen „antisowjetischen“ Wundern der 1940er- und 1950er-Jahre war das „Wunder von Serednje“, das eng mit der Person des Untergundpriesters Vater Ignatij Soltys und seiner seherisch begabten Schwester Hanna Kusminska verbunden ist, am weitreichendsten und führte zur Gründung eines apokalyptischen Kults, der sich auf einen Hügel in der Nähe des Dorfes Serednje im heutigen Gebiet von Iwano-Frankiwsk konzentrierte. Der 1912 geborene Soltys zeigte sich seit sei-

ner Schulzeit als äußerst fromm und wollte Mönch werden. Wegen schwacher Gesundheit und der Kriegsereignisse konnte er jedoch seine Studien nicht abschließen. 1948 erfuhr er vom Aufenthaltsort seines Professors im Priesterseminar, Bischof Latyschewsky, der nach Kasachstan verbannt worden war, und suchte ihn auf, um die letzten Prüfungen zu absolvieren und die Priesterweihe zu empfangen. So war er einer der ersten griechisch-katholischen Priester, die im Untergrund ordiniert wurden. Diejenigen, die ihn während seiner frühen Amtszeit kannten, erinnern sich an seinen ungewöhnlichen pastoralen Eifer, den tiefgründigen Eindruck, den seine Predigten hinterließen, und an seine auffallend asketische Lebensweise. Im Gegensatz zu vielen Untergrundpriestern, die ihre Aktivitäten auf ihre Dörfer beschränkten, reiste er umher und baute ein verborgenes Netz von Anhängern auf. Er predigte erbittert gegen die gottlosen Behörden und diejenigen, die mit ihnen durch den Eintritt in die Partei oder den Komsomol zusammenarbeiteten. Mitten in der schwierigen Situation für die Kirche entwickelte Vater Soltys schnell einen Sinn für seine eigene Mission. Er konnte eine Liste von drei Untergrundpriestern, die ihn einschloss, ins Ausland bringen lassen, aus denen ein neuer griechisch-katholischer Bischof vom Papst ernannt werden sollte. Die Namen der Nominierten sollten durch verschlüsselte Wendungen übermittelt werden. Bald darauf hörten einige seiner Anhänger über Radio Vatikan angeblich eine Verschlüsselung, die sich auf Vater Soltys bezog. Er glaubte dies ohne Weiteres, da er sich selbst der bischöflichen Würde für würdig hielt. Eine Prüfung seines Anspruches war im Lande nicht möglich, aber bald verbreitete sich das Gerücht, dass er Bischof oder sogar Exarch der griechisch-katholischen Kirche der Ukraine sei.

Das Konzept von Vater Soltys besonderer Sendung wurde von seiner Schwester Hanna Kusminska, die eine heftige Abneigung gegen die Sowjets hegte und zum Mystizismus neigte, unterstützt. Am 20. Dezember 1954 behauptete sie während eines geheimen Gottesdienstes, die Jungfrau Maria über einer Quelle auf einem Hügel in der Nähe ihres Geburtsortes Serednje stehen gesehen zu haben. Ihren Worten zufolge sagte die Jungfrau: „Dies ist ein Jubeljahr¹, und ich will eine große Befreiung der armen Sünder ankündigen, weil das Unheil genauso nah ist, wie es in Noahs Zeiten war. Die Zerstörung wird durch Feuer, nicht durch Was-

1 Eine Anspielung auf die Verkündigung des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis 1854, also 100 Jahre zuvor.

ser eintreten. Eine Flut aus Feuer wird die Menschen zerschlagen, weil sie gegen Gott gesündigt haben ... Ich werde auf diesem Hügel bleiben. Von hier aus sehe ich das ganze Universum, eine Vielzahl von Sündern, und ich werde meine Gnade durch diese Quelle erweisen ... Diejenigen, die kommen, um ihre Sünden zu bereuen und dieses Wasser im Glauben zu sich nehmen, werden in der Zeit der Zerstörung nicht untergehen.“

Maria verlangte gemäß Hannas Vision außerdem, dass die Quelle auf dem Hügel geweiht und dort eine Statue der Jungfrau errichtet werden sollte, was Vater Soltys am 22. Dezember in der Nacht tat. Am nächsten Tag begann sich das Gerücht von der Erscheinung zu verbreiten und wurde in ganz Galizien und sogar in Transkarpatien kolportiert. Der Hügel mit der „wunderbaren Quelle“ begann Scharen von Pilgern anzuziehen. Bis 1958 spielte die Wunderstätte eine bedeutende Rolle für die Untergrundkirche. Verschiedene Untergrundpriester feierten regelmäßig Gottesdienste, umherziehende Mönche und Nonnen der aufgelösten Klöster verbreiteten die Nachricht von der Erscheinung und der wunderbaren Heilquelle. Die Texte von Hannas Offenbarungen wurden unter den Gläubigen verbreitet und sogar ins Ausland geschmuggelt, um in Kanada veröffentlicht zu werden.

Problematisch war, dass diese Offenbarungen, die seit Dezember 1954 ununterbrochen andauerten, immer eschatologischer wurden und sich deutlich auf die Person von Vater Ignatij konzentrierten. Sie sagten voraus, dass der Papst vom Klerus betrogen und ermordet und dass Rom fallen und der Sitz des Antichrist werden würde, aber dass ein Priester – bislang ungenannt, aber der Hinweis war eindeutig genug – von Gott

gerufen werden würde, um die Kirche

in ihre letzten Mühsale zu führen.

Nach dem Tod Papst Pius XII. im

März 1958 verkündete Hanna, dass

die Prophezeiung erfüllt, Rom den

Kommunisten und Freimaurern zum Opfer gefallen und der Heilige

Stuhl nach Serednje überführt worden sei, wo der neue und letzte Papst

Peter Emmanuel II., auch bekannt als Ignatij Soltys, ins Amt gerufen

worden sei. Zufällig wurde die Glaubwürdigkeit dieser Ansprüche

durch den Verzicht von Papst Johannes XXIII. auf die antikommunistische

Rhetorik seines Vorgängers und seine Wende in der Ostpolitik, die,

durch die Sowjetpresse verzerrt, viele griechisch-katholische Christen

im Untergrund verärgerte, unterstützt.

Nach dem Tod Papst Pius XII. 1958 fiel der Prophezeiung zufolge Rom in die Hände der Freimaurer und Kommunisten.

Abspaltung der Bewegung um Vater Soltys

Vater Soltys' messianische Ansprüche führten zu seiner raschen Entfremdung vom Rest des Untergrundklerus, der den Marienkult in Serednje nicht mehr unterstützte und die Gläubigen davon abhielt, dorthin zu gehen. Vater Soltys, der sich seit Dezember 1954 versteckte, wurde seit

1956 aktiv vom KGB gesucht und Mitte des Jahres 1958 entdeckt; am 3. Dezember 1958 wurde er als „parasitäres Element“, das keiner „gesellschaftlich nützlichen Arbeit nachging“, zu fünf Jahren Verbannung in Sibirien verurteilt.

Die Verbannung endete jedoch viel früher. Vater Ignatij wurde Mitte des Jahres 1961 auf Bewährung entlassen und kehrte in seine Heimat zurück. In der Stadt Stryj traf er hier einen anderen Untergrundpriester, Antony Potochnyak (1912-1984), der unlängst aus seiner zweiten Haftstrafe wegen „antiso-wjetischer Tätigkeit“ entlassen worden war und an die Offenbarungen von Serednje glaubte. Die Verbreitung des

Vater Ignatij Soltys als Häftling²

Wunders von Serednje verstärkte sich wieder und erreichte ein noch höheres Maß an Apokalyptik. In ihren Predigten griffen Soltys und Potochnyak die Orthodoxie an und kritisierten heftig die griechisch-katholischen Priester, die zur Orthodoxie übertraten. Auch beklagten sie die vom sowjetischen Regime geförderte massenhafte Gottlosigkeit und kündigten eine unverzügliche Erneuerung des Glaubens und der Welt an, da die aktuellen Zustände ihrer Meinung nach nicht lange andauern könnten. Das Zentrum der Erneuerung sollte die Ukraine als die am härtesten leidende Nation sein, wo die Sünde des Atheismus ihren Höhepunkt erreicht hatte. Von hier aus würde die Jungfrau Maria mit der Rettung der Menschheit beginnen, denn hier war nach dem Willen Gottes der neue Heilige Stuhl errichtet worden.

In den Jahren 1961-1962 begannen die Wallfahrten zum Berg von Serednje erneut eine Eigendynamik zu entwickeln. Unter den grie-

² Quelle: Archiv des ukrainischen Sicherheitsdienstes, Abzug vom Autor zur Verfügung gestellt

chisch-katholischen Gläubigen verbreitete sich eine „Kundgebung“ mit dem Aufruf, an die Offenbarung von Serednje zu glauben, zum „Gesegneten Berg“ zu kommen und das heilige Wasser, das Körper und Geist der Gläubigen heilen würde, zu trinken. Überall in Galizien und Transkarpatien – selbst in der Nähe der Sankt-Georgs-Kathedrale in Lwiw – kursierten handgeschriebene Briefe über die Errichtung des Heiligen Stuhls in der Ukraine und den bevorstehenden Jüngsten Tag, der auf unterschiedliche Tage im Frühling oder Sommer des Jahres 1962 datiert wurde. Laut Hannas Offenbarungen sollten alle Sünder – in erster Linie Junge Pioniere, Mitglieder der Komsomol und Kommunisten – bis in die dritte Generation zugrunde gehen und nur diejenigen, die die Offenbarung angenommen und ihre Sünden auf dem Berg von Serednje bereut hatten, überleben. Alle Gläubigen wurden ermutigt, von den beiden Priestern gesegnete Kreide zu nehmen und Kreuze an ihre Türen und Fenster zu malen, weil die so markierten Häuser am Tag des Gerichts von Gottes Zorn verschont bleiben würden.

All dies geschah vor dem Hintergrund von Chruschtschows anti-religiösem Feldzug 1958-1963, dem ersten groß angelegten Einsatz, der auch die Westukraine betraf und bei dem Hunderte von Kirchen geschlossen und viele Schauprozesse gegen „Kleriker und Sektenmitglieder“ veranstaltet wurden. Am 2. Juli 1962 wurde Vater Soltys verhaftet und wegen „antisowjetischer Propaganda“ und „Übertretung der Gesetze unter dem Vorwand von religiösen Ritualen“ zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Er verbüßte seine Strafe in einem speziellen Lager für politische Gefangene in Mordwinien, wo religiöse Aktivisten festgehalten wurden.

Radikalisierung der Bewegung – Repressionen durch die Staatsmacht

Die Festnahme des Anführers und die Verfolgungen der Pilger führten zu einer weiteren Radikalisierung des Kults von Serednje. In einer von Hannas Offenbarungen wurde die Forderung erhoben, „dass die rechte Seite endlich von der linken getrennt werde“, was einen eindeutigen Bruch mit der vom Antichrist beherrschten Welt meinte. Die Pilger fingen an, alle Dokumente, die ihre Zugehörigkeit zum gottlosen Regime nachwiesen, zurückzugeben: Pässe, Einberufungsbescheide, Rentenausweise usw. Sie kündigten ihre Stellen in Kolchosen, staatlichen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen und lebten von ihren kleinen

Beeten, eigenem Handwerk oder kleinen Gewerben. Sie ließen ihre Kinder keine Schulen besuchen oder behielten sie zumindest an kirchlichen Feiertagen zu Hause und verboten ihnen, das Halstuch der Jungen Pioniere zu tragen. Sie mieden die so genannten „kulturellen und erzieherischen Einrichtungen“ des sowjetischen Regimes (Kinos, Dorfclubs usw.), hielten sich von der Teilnahme an Wahlen oder anderen eigentlich verpflichtenden Bürgeraktivitäten zurück, lehnten es ab, Zeitung zu lesen, Radio zu hören oder fernzusehen. Sie hörten auf, jene zu grüßen, die nicht an die „Wiederkunft“ glaubten und „die die Wahrheit Gottes nicht erkannten“. Sie machten außerdem ein Kreuzzeichen auf alles, was sie benutzen oder sogar anfassen mussten (z. B. bevor sie etwas aßen, bevor sie in den Bus stiegen), um es vom Zeichen des Antichrist zu reinigen.

In einer der Offenbarungen wurde den Anhängern von Vater Soltys der Name „Büßer“ (*pokutnyky*) gegeben, da sie gerufen worden waren, um in diesen letzten Zeiten Buße für ihre eigenen Sünden und die ihrer Familien und der ganzen Menschheit zu tun. Ihr Leben fokussierte sich zunehmend auf die Wallfahrten nach Serebnje, wo sie intensiv Novenen beteten und trotz Razzien und Gewaltmaßnahmen durch die Polizei Tag und Nacht verbrachten. Die „Büßer“ widersetzten sich offen allen Anordnungen der Behörden und antworteten, wenn sie inhaftiert wurden, auf Vernehmungen mit standardisierten Sätzen: „Mit welcher Macht fragst du mich: Mit der Gottes oder des Teufels? Mein Vorname ist ‚Büßer‘. Mein Nachname ist ‚Auserwählter‘. Ich wurde auf dem Berg von Serebnje im Jahr meiner ersten Wallfahrt geboren – vor dieser Zeit habe ich nicht gelebt, sondern war in Sünde verfault. Ich arbeite auf Gottes Weide.“

Der antisowjetische Widerstand der „Büßer“ war bewusst demonstrativ, sodass sie nicht mehr länger im Untergrund lebten. In Lwiw waren im Jahr 1965 über 150 „Büßer“ (also bis zu 50 Haushalte) von der Regierung verzeichnet, während es 1971 in Iwano-Frankiwsk ungefähr 160, davon allein 64 im Dorf Perehynsk, waren. In Transkarpatien gab es 1977 81 „Büßer“ und in Ternopil 1973 23. Allerdings gab es auch eine große Anzahl von Sympathisanten, die an die göttliche Mission von Vater Soltys glaubten und gelegentlich Serebnje besuchten, ohne ihre Arbeit aufzugeben, ihre Kinder aus Schulen fernzuhalten oder auf andere Weise in Schwierigkeiten mit der Regierung zu geraten. Insgesamt dürfte die Zahl der Personen, die auf die eine oder andere Weise mit der Büßerbewegung verbunden waren, zwischen 800 und 1.000 Personen umfasst haben.

Natürlich konnte das Aufkommen einer so heftigen antisowjetischen Bewegung staatlichen Unterdrückungen nicht entgehen. Pilger wurden in Serednje auseinandergetrieben und von der Polizei brutal geschlagen, in den nahegelegenen Fluss geworfen (vor allem im Winter), auf entfernte Felder und in Wälder geführt oder festgenommen und zu mehreren Jahren Haft wegen „Landstreicherei“ oder „Schmarotzertum“ verurteilt. Im Dezember 1972 wurde auf Beschluss der regionalen Behörden die „wundersame Quelle“ in Serednje umgegraben, mit Beton versiegelt und das Wasser unter dem Hügel zum Kuhstall der Kolchose umgeleitet. Das Haus von Hanna Kusminska im Dorf Kolodiwka, ein anderes Heiligtum der „Büßer“, wurde ebenfalls zerstört.

Die Staatsmacht ging mit äußerster Brutalität gegen die „Büßer“ vor und ließ das Heiligtum von Serednje 1972 zerstören.

Nach Chruschtschows Entmachtung wurde Vater Soltys' Gefängnisstrafe auf fünf Jahre reduziert. Er wurde 1967 entlassen, kehrte in die Westukraine zurück und lebte dort heimlich unter seinen Anhängern. Während der 1970er-Jahre verringerte sich die Radikalität der „Büßer“ etwas. Im Januar 1981 wurde Vater Soltys, nachdem eine neue Welle von Einsätzen gegen „religiöse Extremisten“ begonnen hatte, wieder verhaftet und erst 1986 entlassen. Über sein späteres Leben ist wenig bekannt. Er wohnte vermutlich in Ternopil, erlebte noch den Zerfall der Sowjetunion, den er lange vorausgesagt hatte, und die Entstehung der unabhängigen Ukraine, die er so gewünscht hatte. Er soll 2001 noch gelebt haben, als Papst Johannes Paul II. (für die „Büßer“ der „Antipapst“) nach Lwiw und Kiew kam, und soll die ukrainischen Behörden gedrängt haben, den Besuch des Papstes abzusagen, damit das Land nicht von Gott gestraft werde. Die „Büßer“ deuteten den tragischen Unfall während einer Flugshow in Lwiw im Juli 2002 als Konsequenz der Ignoranz der Regierung gegenüber ihren Warnungen. Laut einigen Zeugen soll Soltys 2002 oder 2003 gestorben und in Sambir begraben worden sein. Seine Anhänger weigern sich jedoch, das genaue Datum seines Todes oder die Stelle seines Grabes preiszugeben, da sie behaupten, dass „er noch lebt“ – weil „Gott niemals stirbt“.

Die gegenwärtige Situation der Gemeinschaft

Heute wird die Gesamtzahl der „Büßer“ in Galizien und Transkarpatien auf 200-300 geschätzt. Die meisten von ihnen waren Vater Soltys in den

1960er- und 1970er-Jahren gefolgt oder es sind ihre Kinder und Enkel; aber es gibt auch später Konvertierte, in der Regel ältere Menschen, die den „Büßern“ nach dem Zerfall des Kommunismus beitraten und oft von den nationalistischen Tendenzen des Serednjekults angezogen wurden. Sie werden von drei älteren Priestern betreut, die von Vater Soltys ordiniert wurden (u. a. sein Neffe Myroslav). Auf dem Berg wurde in den frühen 1990er-Jahren eine kleine Kapelle und später eine beeindruckende Statue der Jungfrau Maria errichtet. An Kirchenfesten nach dem neu-

Im Kult von Serednje mischen sich unterschiedliche liturgische Traditionen.

en Kalender der „Büßer“ – in dem der Sonntag durch den Mittwoch ersetzt³ und einige neue Feste eingeführt wurden – feiern zwei oder drei Priester einen vier Stunden langen Gottesdienst. Diese Feierlichkeiten folgen dem alten griechisch-katholischen Ritus, wie er in den 1930er-Jahren praktiziert wurde, mit vielen so genannten „Latinismen“ wie dem Läuten der Glocken vor der Kommunion, dem Kommunionempfang im Knien, Bittgebeten nach dem Gottesdienst, Maiandachten usw. Der Ritus der Serednje-Gottesdienste beinhaltet jedoch auch Änderungen wie liturgische Lesungen „vom Heiligen Geist“ (z. B. aus einem „neuen Evangelium“ für die Zeit des Heiligen Geistes, das aus Hannas Offenbarungen und Reden von Vater Soltys zusammengestellt wurde), Bezüge auf die „erfolgte Wiederkunft“ oder die „Maria-Hanna von Serednje“ oder – am auffälligsten – die Kommunion mit „heiligem Wasser“ aus der Serednjequelle anstelle von Brot und Wein. Auch bei Regen, Schnee, großer Hitze oder Kälte finden sich zu diesen Gottesdiensten ungefähr 80-100 meist ältere Leute ein.

In den letzten Jahren haben viele der verbliebenen „Büßer“ ihren Besitz anderenorts verkauft und Häuser in Serednje erworben, um auf dem „heiligen Land“ sesshaft zu werden. Mehrere nicht verwandte ältere Män-



Versammlung der „Büßer“ auf dem Hügel von Serednje (Aufnahme des Autors)

3 Der Name „Serednje“ bedeutet in etwa „Mitteldorf“ und ist mit dem Wort für Mittwoch („sereda“) verwandt.

ner und Frauen teilen sich hier oft ein einziges Haus. Am Rand des Dorfes, in der Nähe des „Heiligen Berges“, wurde ein großes Haus gebaut, das die „Büßer“ ihr „Kloster“ nennen und wo Priester und andere Pilger Aufnahme finden. Auf dem Hügel wurde ihnen von den Behörden des Dorfes ein kleiner Friedhof zugewiesen (normale Friedhöfe betrachteten die „Büßer“ als entweiht). Die Spannung, die zwischen den „Büßern“ und der sowjetischen Gesellschaft bestand, hat nun abgenommen.

Heute bildet der Serednjekult ein Überbleibsel aus der Epoche der massiven Verfolgungen, die die griechisch-katholische Kirche der Ukraine unter dem sowjetischen Regime erleiden musste. Außerdem ist die Gemeinschaft ein lebendiges Zeugnis für die Tatsache, dass die Existenz im Untergrund nicht nur von standhaftem Bekenntnis zum Glauben und heroischem Martyrium zeugte. In den Untergrund getrieben zu werden, war ein tiefes psychologisches Trauma, das manchmal unwiderfällige Veränderungen in Weltsicht und Lebensweise hervorrief. Hinter dem Eisernen Vorhang isoliert, sahen einige Gläubige die Tragödie ihres Landes und ihrer Kirche als ein Ereignis von weltgeschichtlicher und sogar eschatologischer Bedeutung. Von Verfolgungen und Entbehnungen verhärtet, begannen sie, jeden Widerstand, der weniger radikal als ihr eigener war, als einen trügerischen Kompromiss anzusehen. Angesichts der Machenschaften des sowjetischen Geheimdienstes und der sowjetischen Propaganda entwickelten sie Misstrauen und Verschwörungsgedanken. Ohne institutionelle Führung suchten sie Unterstützung und Trost in Wundern und fanden einen neuen Führer in der Person eines eifrigen und asketischen Priesters, der eine klare Vorstellung von seiner besonderen Mission hatte.

Die „Büßer“ stehen stellvertretend für den eigentümlichen Fall von zutiefst entschlossenem und selbstverleugnendem Widerstand gegen das sowjetische Regime, verpackt in phantastische messianische Illusionen. Ihre entschiedene und tief empfundene Treue zur katholischen Kirche führte ironischerweise zur Gründung einer kleinen Sekte mit ihrem eigenen „Apostolischen Stuhl“. In gewisser Hinsicht gehören sie zu den tragischsten Opfern der sowjetischen Herrschaft – nicht nur im Sinne der Unterdrückungen und Verfolgungen, die sie erlitten haben, sondern in erster Linie und hauptsächlich in dem Sinn, dass sie für einen trügerischen Zweck auf einen Pfad mit enormen Opfern gedrängt worden sind.

Aus dem Englischen übersetzt von Sonja Rotgeri.

Peter Morée

Die Rolle der nicht römisch-katholischen Kirchen in der tschechischen Öffentlichkeit

Dr. Peter Morée ist Dozent für Kirchengeschichte an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Karls-universität Prag.

Die Feierlichkeiten zum Gedenken des Märtyrertodes von Jan Hus vor 600 Jahren, die in diesem Sommer in der Tschechischen Republik stattfanden, machten deutlich, dass der Reformator als Identifikator für die Kirchen eine zentrale Rolle spielt (gewissermaßen auch für die römisch-katholische Kirche), seine Bedeutung für die tschechische Gesellschaft jedoch abnimmt. Hus ist 2015 nicht mehr der Befreier der Nation oder der ausgebeuteten Bauern und Arbeiter, sondern nur der Vertreter einer alternativen theologischen und kirchlichen Richtung. So stellt sich die Frage, welche Rolle die Kirchen überhaupt noch in der tschechischen Öffentlichkeit spielen.

Hus als Identität

Die Geschichte der tschechischen Kirchen ist kaum weniger bewegt als die Geschichte des politischen Raums Böhmen und Mähren. Im Gefolge des Dreißigjährigen Krieges kam es zu einer gewaltsamen Rekatholisierung dieses Gebietes durch die Habsburger. Die kleineren protestantischen Gemeinschaften (Lutheraner und Böhmisches Brüder) verließen zumeist das Land und fanden Schutz in Sachsen, Brandenburg und anderen Gebieten wie den Niederlanden und später auch Nordamerika. Die größte nichtkatholische Religionsgemeinschaft, die Utraquisten, passte sich weitgehend an und ging in der zentralisierten römisch-katholischen Kirche auf. Am Anfang des 18. Jahrhunderts war Böhmen ein vorbildliches Mitglied der römisch-katholischen politischen Welt mit einer lebendigen Frömmigkeitskultur und einer reichen Tradition an Kunst und Architektur – die hussitischen Zeiten und die böhmische Reformation des 15. Jahrhunderts hingegen waren erfolgreich aus der Erinnerung des Volkes gelöscht.

Ende des 18. Jahrhunderts tauchte die böhmische Reformation wieder im Diskurs über die böhmische Geschichte auf. Zuerst entdeckten die Aufklärer Hus und seine Anhänger, aber sie sprachen über diese Zeit nur mit großen Hemmungen. Erst in der Epoche des Nationalismus wurden Hus und seine Zeit zum Zentrum einer Neuinterpretation der Geschichte des tschechischen Volkes. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entstand auch eine von der breiten Öffentlichkeit getragene Erinnerungskultur über Jan Hus.¹ Dass dabei seine theologischen Ideen und Gedanken über eine alternative Kirchenstruktur vergessen werden mussten, wurde als eine notwendige Konsequenz für die Konstruktion einer hussitischen Nation wahrgenommen: Der nationale Hus sollte eine überreligiöse, sittliche Dimension des Volkslebens darstellen.

Die Kirchen, die sich am Anfang des 20. Jahrhunderts als Alternative oder Konkurrenz zur römisch-katholischen Kirche verstanden, standen vor der Herausforderung, eine Verbindung der nationalen Identität der Tschechen mit dem Reformator des 15. Jahrhunderts herzustellen. 1918, nach dem Ende der Donaumonarchie, gründeten daher die Protestanten, die bisher zur „Österreichischen Evangelischen Kirche A. B. und H. B.“² gehört hatten, eine neue Kirche, die an die Tradition von Jan Hus anknüpfen sollte. Sie hoben hervor, dass es seit der Reformation zwischen dem Schicksal der Kirche und dem der Nation ein enges Band gegeben habe.³ Diese Identifizierung der neuen Kirche mit dem tschechischen Volk wurde ein Teil der „genetischen“ Ausstattung der tschechischen Evangelischen. In der Anfangszeit drückte sich dies auch durch eine starke antikatholische Stimmung aus. Die katholische Kirche – noch immer die größte Kirche, die auch im neuen Staat ihren politischen Ein-

1 Siehe u. a. Petr Pabian: *Inventing the Hussite Nation: Liberals, Catholics, and Protestants in Conflict over Czech National Identity*. In: Zdeněk V. David, David R. Holeton (Hrsg.): *Bohemian Reformation and Religious Practice*, Bd. 6, Prag 2006, S. 275–282; Martin Schulze Wessel: *Revolution und religiöser Dissens. Der römisch-katholische und russisch-orthodoxe Klerus als Träger religiösen Wandels in den böhmischen Ländern und in Russland 1848–1922*. München 2011.

2 A. B. und H. B. steht für „Augsburgisches Bekenntnis“ (Lutheraner) und „Helvetisches Bekenntnis“ (Reformierte). Vgl. zum Ganzen auch Peter Morée: *Die Situation der Kirchen in der Tschechischen Republik: Das Erbe von Nationalismus und Kommunismus*. In: *OST-WEST. Europäische Perspektiven* 13 (2012), H. 4, S. 266–272, besonders S. 268 f.

3 Vgl. Peter Morée: *Loyalitätsverlust im Namen des Nationalismus. Die tschechischen Protestanten und der Erste Weltkrieg*. In: Hans-Georg Ulrichs (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg und die reformierte Welt*. (Forschungen zur Reformierten Theologie, Bd. 3). Neukirchen-Vluyn 2014, S. 154–165.

fluss gelten ließ – war dieser Sicht zufolge nicht nur eine falsche, von den biblischen und apostolischen Wurzeln abgewandte Kirche, sondern auch eine geistige Bedrohung für den jungen Staat und seine Werte. Zwar wurde dieser Aspekt der Selbstpositionierung in den dreißiger Jah-

In der unabhängigen Tschechoslowakei herrschte aus historischen Gründen eine starke antikatholische Stimmung.

ren unter dem Einfluss der dialektischen Theologie in der Version Josef L. Hromádkas abgeschwächt, auch verloren die liberalen (und oft nationalistischen) Theologen ihre domi-

nante Position, aber die Selbsteinschätzung der evangelischen Kirche als eigentliche Kirche für die tschechische Nation blieb bewahrt.

Zwischen den Kriegen

Nach der Gründung der Tschechoslowakei entstanden nicht nur die *Evangelische Kirche der Böhmischen Brüder* (und noch einige andere evangelische Kirchen, speziell in den deutschsprachigen Landesteilen); 1920 wurde auch die *Tschechoslowakische Kirche* gegründet, die sich auf der Welle der „Los-von-Rom“-Bewegung als liberale Kirche mit einer modernistischen Theologie als Ersatz für die römisch-katholische Kirche verstand.⁴ Ziel war es, eine Kirche aufzubauen, die den tschechischen bzw. überhaupt slawischen (auch orthodoxen!) und modernen Vorstellungen von Religion entsprechen sollte. Weil allerdings die Kombination von modernistischer Theologie und orthodoxer Tradition nicht haltbar war, spalteten sich die Orthodoxen bald von der neuen Glaubensgemeinschaft ab. Damit blieb eine Kirche übrig, die aufgrund ihres Bekenntnisses zu Hus die tschechische Nationalkirche sein wollte.

Die beiden nicht römisch-katholischen Hauptströmungen in der Tschechoslowakei vertraten zwar recht unterschiedliche theologische Vorstellungen, sie gestalteten ihre öffentliche Identität jedoch auf ähnlicher Basis. In Anknüpfung an die hussitischen Bewegung und deren kontinuierlicher Fortsetzung in der eigenen Kirche (man betonte die Rolle des Geheimprotestantismus während der Gegenreformation) wollten sie ihre Bedeutung für Gesellschaft und Staat beweisen und legitimieren. Auch wenn sie hinsichtlich der Mitgliederzahlen in der Vor-

⁴ Für eine detaillierte Beschreibung des Gründungsprozesses der Tschechoslowakischen Kirche vgl. Rudolf Urban: *Die tschechoslowakische hussitische Kirche*. Marburg 1973.

kriegszeit relativ klein waren und blieben, hatten sie als angebliche Erben der Reformation doch eine herausgehobene Position im öffentlichen Leben.

Unter dem Kommunismus

Wie ambivalent diese Ansprüche der Kirchen sein konnten, wurde deutlich nach dem Zweiten Weltkrieg, als 1948 die Kommunisten die Macht in Prag ergriffen. Schon für die tiefgreifenden Umwälzungen in den ersten Nachkriegsjahren wurden Begründungen aus der Hussitenzeit benutzt, etwa bei der Vertreibung der sudetendeutschen Minderheit, die als eine Genugtuung für das Zerschlagen der angeblichen Unabhängigkeit des utraquistischen Böhmens dargestellt wurde.⁵ Ähnliches galt für die Verstaatlichung der Großindustrie als „Rückkehr zur taboritischen Tradition“.

Nach 1945 wurde als Begründung für die Vertreibung der Sudetendeutschen ebenso wie für die Verstaatlichung der Großindustrie auf die hussitische Tradition zurückgegriffen.

Das stalinistische Regime der fünfziger Jahre instrumentalisierte die hussitische Bewegung gleichfalls für seine Legitimierung und nahm zur Rechtfertigung der Verfolgung der römisch-katholischen Kirche auch die antiklerikale Kritik der Vorkriegszeit wieder auf. Verglichen mit den antikatholischen Maßnahmen gestaltete sich die Situation der beiden Kirchen relativ erträglich, zumal sie regelmäßig ihre mit dem Hussitentum verbundene Identität hervor hoben, um die volksdemokratischen Entwicklungen zu rechtfertigen.⁶ Letztlich führte dies in der Zeit der kommunistischen Diktatur zu einer ideellen und nicht selten auch praktischen Kollaboration mit dem Regime.

5 So z. B. Staatspräsident Edvard Beneš in einer Botschaft an das Volk am 8. November 1946, veröffentlicht in: Karel Novotný (Hrsg.): Edvard Beneš. Odsun Němců z Československa. Prag 1996, S.186-189.

6 Siehe dazu ausführlich Peter Morée: „On the basis of the historical background of the Hussite reformation we regard the socialist movements as a part of our history.“ The Political Function of the Bohemian Reformation for Czech Protestants in the Twentieth Century. In: David/Holeton, Reformation (wie Anm. 1, oben S. 315), Bd. 8, Prag 2011, S. 340-359.

Nach der Wende 1989

Nach der Wende standen die Kirchen – unvorbereitet – vor der Frage, was jetzt der Grund ihrer öffentlichen Bedeutung sein sollte. Vielfach wurde von evangelischer Seite wieder die hussitische Tradition genannt, oft aber auch das Engagement zur Erneuerung der Gesellschaft. Zugleich wurde aber die Stelle der Kirchen im öffentlichen Leben insgesamt ernsthaft kompromittiert durch die Debatte über die Rückgabe des verstaatlichten Kirchenbesitzes.

Der hussitische identitätstragende Aspekt kehrte zurück in der Form des Suchens nach einem neuen Bild des Jan Hus und der böhmischen Reformation. Auf Initiative von Papst Johannes Paul II. wurde eine ökumenische Kommission gegründet, deren Aufgabe es war, den Weg zu einer Aufhebung der Verurteilung des Jan Hus durch das Konzil von Konstanz vorzubereiten. Diese Neubewertung des böhmischen Reformators sollte die römisch-katholische Kirche von dem Verdacht der Illoyalität gegenüber der tschechischen Identität freisprechen. 1999 erfolgte schließlich eine feierliche Erklärung des Papstes, wonach es Jan Hus nicht um das Zerstören der Kirche, sondern um ihre Reform gegangen sei einer Zeit, in der sie sich in einer ernsten Krise befunden habe. Sein Auftreten wurde damit zwar grundsätzlich gebilligt, jedoch hatte die römisch-katholische Kirche nicht den Mut, auch die Theologie und das Nachwirken von Jan Hus in die kirchliche Tradition aufzunehmen.⁷ Entscheidend war aber doch, dass Hus mit dieser Neubewertung aufhörte, für eine Spaltung in der Gesellschaft zu stehen. Eröffnet war nun der Raum für Debatten über die Bedeutung und Wirkung des Reformators, wo sie im Grunde genommen zu Hause war, nämlich in der Kirche. Die Schärfe der nationalistisch und kommunistisch gefärbten Hus-Bilder verschwand aus dem öffentlichen Diskurs.

Ein Resultat dieser Entwicklung war spürbar in den Feierlichkeiten zum 600. Jahrestag des Todes von Jan Hus im Juli 2015. Die Initiative, Hus zu feiern, ging von der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder und der Tschechoslowakischen Kirche aus; die staatlichen Organe blieben im Hintergrund. Eine Reihe von Publikationen richtete sich auf die theologischen Aspekte des Wirkens von Hus. Von den großen,

⁷ Erklärung des Papstes vom 17.12.1999: „Address of the Holy Father to an International Symposium on John Hus“ (http://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/en/speeches/1999/december/documents/hf_jp-ii_spe_17121999_jan-hus.html)

die Öffentlichkeit prägenden Ereignissen im Rahmen des Hus-Jahres war ein neuer dreiteiliger Film das einzige Element, das aufs Neue ein nationalistisches und antiklerikales Bild vermittelte. Damit bleibt festzuhalten: Jan Hus wurde 2015 nicht primär als ein Nationalheld oder sogar „Gründer der Arbeiterbewegung“ gewürdigt, sondern als Theologe und Reformers.

Nach 1989 bemühten sich die Kirchen auch darum, ihre Position in der Öffentlichkeit über ihr soziales Engagement zu sichern. Ihr Einsatz bei einigen Katastrophen in den neunziger Jahren (Überschwemmungen usw.) fand breite Zustimmung in der Gesellschaft. In der Zeit der wirtschaftlichen Transformation nach dem Sturz des Kommunismus richteten die Kirchen ihren Blick auf Fürsorge, Hilfe und Solidarität. Heute sind die kirchlichen diakonischen Einrichtungen sowohl klassischer aber auch neuerer Art anerkannte Partner in Staat und Gesellschaft. In diesem Bereich haben sie ihren Wert für die Öffentlichkeit erwiesen.

In einem anderen Bereich verloren die Kirchen allerdings ihre Glaubwürdigkeit. Schon in den frühen neunziger Jahren begann eine gesellschaftliche Debatte über die Frage der Rückgabe von Kirchengütern, die das kommunistische Regime zumeist in den fünfziger Jahren enteignet hatte. Die gesamte Diskussion rief eine Welle von Kritik hervor, die auf die antiklerikale Argumentation der kommunistischen Ideologen ebenso wie der Liberalen vor dem Zweiten Weltkrieg zurückgriff und in der Behauptung gipfelte, den Kirchen ginge es nur deshalb um Macht und Reichtum, um ihre Stellung und ihren Einfluss im Stile des 19. Jahrhunderts wiederherzustellen. Die Debatte konzentrierte sich u. a. auf die Besitz- und Nutzungsrechte des Veitsdoms in Prag. Viele Menschen in Politik und Gesellschaft waren der Meinung, dass der Dom als nationales Symbol der reichen tschechischen Geschichte nicht in die Hand der römisch-katholischen Kirche gehöre.

Die Auseinandersetzung erreichte ihren Höhepunkt und Abschluss 2012, als ein Gesetz im Parlament angenommen wurde, das sowohl die Rückgabe von Kirchenbesitz als auch die Trennung von Staat und Kirche enthielt. Die Kirchen mischten sich kaum in die öffentliche Debatte ein, vermutlich aus Angst, dass irgendwelche Äußerungen ihrerseits den politischen Entscheidungsprozess komplizieren würden. Im Nachhinein ist es aber klar, dass sie damit auch viel Ansehen verloren haben. Kirchliche Vertreter haben nicht versucht, in der Öffentlichkeit ihre Argumente vorzutragen, sondern ließen die konservativen Politiker der damaligen Regierung für sich sprechen. Damit entstand das Bild einer mehr

oder weniger engen Verknüpfung der Religionsgemeinschaften mit konservativen politischen Parteien.

Fazit

Alle Kirchen in der Tschechischen Republik, und vielleicht am meisten die nicht römisch-katholischen, stehen vor der Aufgabe, ihre Beziehung

zum öffentlichen Leben neu zu definieren. Mit der Neuentdeckung des Theologen Jan Hus auf Kosten des nationalen oder revolutionären Hus haben diese Kirchen ein wichtiges Argument verloren, das ihre Bedeutung in der tschechischen Gesellschaft lange Zeit unterstützte und sicherstellte.

Zugleich haben sie in der öffentlichen

Die Erinnerung an Jan Hus als Identitätsstifter für die Tschechen gehört der Vergangenheit an, sodass die evangelischen Kirchen, wenn sie eine öffentliche Rolle spielen wollen, auf ihre diakonischen Leistungen verweisen müssen.

Wahrnehmung wegen der Restitutionsfrage einen beträchtlichen Teil ihrer Glaubwürdigkeit verloren. Nur ihre diakonische und soziale Arbeit bleibt nach wie vor ein möglicher Beweis dafür, dass sie sich auch für das Wohl der Gesellschaft einsetzen.

Die evangelischen Kirchen befinden sich in der tschechischen Gesellschaft in einer Isolierung, die ihnen nicht aufgelegt wurde, aber eine Folge der Entwicklungen in der Gesellschaft seit der Wende ist. Die immer niedrigeren Anzahlen von aktiven Gemeindemitgliedern (stärker in der Tschechoslowakischen Hussitischen Kirche als in der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder)⁸ machen es ihnen noch schwieriger, in der Gesellschaft erkennbar Position zu beziehen. Können die Kirchen einen Weg aus dieser Isolierung finden? Meines Erachtens wäre das möglich, wenn die Kirchen systematisch auch alternativen, avantgardistischen und kritischen Meinungen und Aktivitäten einen Raum bieten. Sie müssen deutlich machen, dass ihr Bemühen nicht primär auf das eigene Wohl, sondern vor allem auf das Wohl der ganzen Gesellschaft gerichtet ist. Wenn dies gelingt, kann es durchaus geschehen, dass die Öffentlichkeit die evangelischen Kirchen als Partner auf der Suche nach Erneuerung der Gesellschaft ernst nimmt.

⁸ Die beiden nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Kirchen umfassen in der Tschechischen Republik nur ca. 140.000 Gläubige (ca 1,3 % der Bevölkerung).

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Die Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven bietet ein offenes Forum für den Dialog zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Damit begleitet sie den Prozess des Zusammenwachsens des neuen Europa und der Entstehung einer neuen gemeinsamen Identität auf konstruktive und sachlich kontroverse Weise.

Jede Ausgabe behandelt ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln. Einzelhefte können zum Preis von **€ (D) 6,50 / € (A) 6,70** (zzgl. Porto) beim Verlag bestellt werden.

Russland – Bedrohung oder Partner?, Heft 3/2015

Russische Eliten von Jelzin bis Putin ♦ Wirtschaftliche und strategische Aspekte ♦ Signale eines Ost-West-Konflikts

Menschenhandel – moderne Sklaverei in Europa, Heft 2/2015

Fakten zu einem unmenschlichen System ♦ Rechtliche, politische und ethische Aspekte ♦ Hilfe für die Opfer

Makedonien – Land am Rand der Mitte Europas, Heft 1/2015

Streifzüge durch die Geschichte ♦ Politik und Kultur ♦ Religion und Nation

Ukraine? – Ukraine!, Heft 4/2014

Der Weg in die Krise ♦ Gesellschaftliche Kräfte ♦ Sprache und Identität

Wege und Straßen, Heft 3/2014

Der Weg als Symbol des Lebens ♦ Straßennamen im Wandel der Geschichte ♦ Handelswege von der Antike bis in die Gegenwart

Hinter Gittern – Strafvollzug in Mittel- und Osteuropa, Heft 2/2014

Juristische und historische Aspekte ♦ Zur Bedeutung der Gefängnisseelsorge ♦ Hilfen zur Resozialisierung: Beispiele aus fünf Ländern

Europa 1914–2014, Heft 1/2014

Das »kurze Jahrhundert der Gewalt« (1914–1989) ♦ Wendepunkte des 20. Jahrhunderts ♦ Zerfall und Neuentstehung von Imperien

Heft 1/2016 erscheint Mitte Februar zum Thema »Was hält Europa noch zusammen?«.



24. Renovabis-Pfingstaktion 2016

„Jung – dynamisch – chancenlos?“

Jugendliche im Osten Europas brauchen Perspektiven!

Ein Vierteljahrhundert nach den politisch-gesellschaftlichen Umbrüchen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa fällt die Bilanz zur Situation junger Menschen in diesem Teil Europas ernüchternd, teilweise erschreckend aus. Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre haben sich ihre Ausbildungs- und Berufschancen erheblich verschlechtert – das Bild einer „Generation auf gepackten Koffern“ ist mehr als nur ein Klischee. Viele Jugendliche verlassen für längere Zeit oder sogar dauerhaft ihre Heimat, die Bleibenden finden häufig nur gering bezahlte Jobs, was die Möglichkeit zur Familiengründung erheblich erschwert.

Mit der diesjährigen Pfingstaktion will Renovabis zur Solidarität mit der jungen Generation im Osten Europas aufrufen. Durch gezielte Förderung sollen den Jugendlichen Perspektiven eröffnet und eine gute Zukunft in ihren Ländern ermöglicht werden.

Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann wird die Renovabis-Pfingstaktion mit einem Pontifikalamt am 17. April 2016 im Dom St. Maria und St. Stephan in Speyer offiziell eröffnen.

Nähere Informationen

Renovabis e. V.

Abt. Kommunikation und Kooperation

Kardinal-Döpfner-Haus,

Domberg 27, D-85354 Freising

Telefon 0 81 61/53 09-0, Fax 53 09-11

www.renovabis.de

